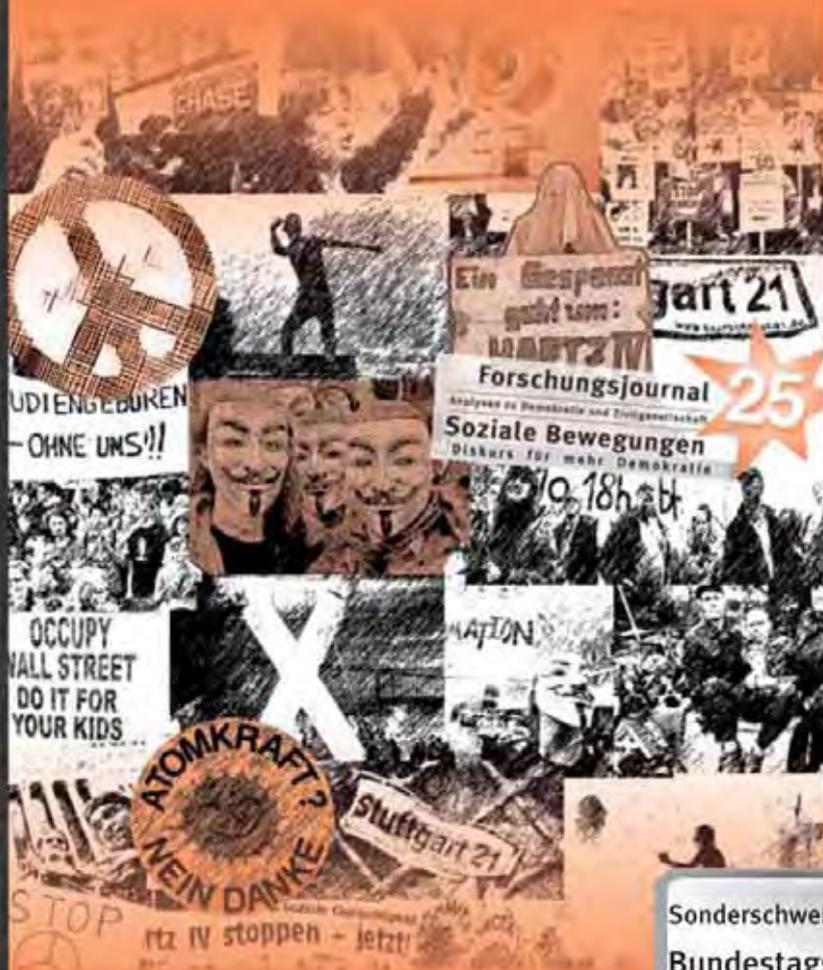


Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen



Sonderschwerpunkt:
Bundestagswahl

2013

ERFOLGREICH SCHEITERN –
25 Jahre Forschungsjournal
(Neue) Soziale Bewegungen

Heft 3 – September 2013 € 19,-

LUCIUS
LUCIUS



EDITORIAL

- 3 Erfolgreich scheitern
25 Jahre Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

NACHRUF

- 5 *Thomas Leif*
Zum Tode von Rolf Schwendter

AKTUELLE ANALYSE

- 8 *Sigmar Gabriel*
Von der „marktkonformen Demokratie“ zum „Primat der Politik“

THEMENSCHWERPUNKT

„CHANCENSTRUKTUR EINER EUROPÄISCHEN ÖFFENTLICHKEIT“

- 11 *Ansgar Klein, Jupp Legrand, Thomas Leif, Jan Rohwerder*
25 Jahre für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- 12 *Ulrich K. Preuß*
Notleidend: Defizite europäischer Öffentlichkeit
- 18 *Claudia K. Huber*
Fünf Thesen zu Medien und Politik in der Europäischen Union
- 23 *Gerd Mielke*
Europäische Öffentlichkeit als Fata Morgana

„WARUM DEMOKRATIE-DISKUSSIONEN IN EUROPA KEINE RESONANZ FINDEN“

BERICHTE AUS DEN WERKSTÄTTEN POLITISCHER ZEITSCHRIFTEN

- 34 *Julia Lepperhoff*
Feminina Politica
- 37 *Albrecht von Lucke*
Blätter für deutsche und internationale Politik
- 41 *Thomas Meyer*
Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte
- 45 *Peter Siller*
Polar
- 50 *Wolfert von Rahden*
Gegenworte
- 53 *Reinhard Blomert*
Der Leviathan
- 57 *Katharina Rahlf*
INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

„DEMOKRATIE OHNE PROTEST?“

ZUR WIRKUNGSGESCHICHTE SOZIALER BEWEGUNGEN.

BILANZEN UND AUSBLICKE

- 61 *Joachim Raschke*
200 Jahre in sieben Thesen
- 65 *Dieter Rucht*
Demokratie ohne Protest?
Zur Wirkungsgeschichte sozialer Bewegungen
- 71 *Ute Gerhard*
Nicht mehr neu, aber keineswegs ‚out‘:
Frauenbewegung und Feminismus heute

SONDERSCHWERPUNKT „STRATEGISCHE ÜBERLEGUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013“

- 77 Ralf Tils**
Die Merkel-Wahl. Strategische Chancenpotentiale der Parteien vor der Bundestagswahl 2013
- 82 Werner Weidenfeld**
Von einer neuen Epoche des Parteienstaats
- 84 Gerd Mielke**
Wähler und Wolken. Anmerkungen zu den Mythen des Wählerverhaltens
- 86 Richard Gebhardt**
Eine „Partei neuen Typs“? Die Alternative für Deutschland
- 91 Knut Bergmann/Clemens Striebing**
Parteimitgliedschaft als bürgerschaftliches Engagement – Chancen für die Parteidemokratie und die Bürgergesellschaft

PULSSCHLAG

- 102 Thomas Frank**
Nächster Halt: Zuccotti-Park. Wie Theorie auf Praxis traf und sie in den Wahnsinn trieb
- 114 Robert Imre**
Die Politik der Antipolitik: „Finnlandisierung“ von Occupy?
- 120 Hartmut Hinke**
Zeigt uns Occupy, dass die Wissensgesellschaft gescheitert ist?

TREIBGUT

- 123** Materialien, Notizen, Hinweise

LITERATUR

- 128 Karin Urich**
Wer jagt wen? – Vom Verhältnis zwischen Politik und Medien.
Krüger, Uwe 2013: Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse. Köln: Herbert von Halem Verlag.
Pörksen, Bernhard/Krischke, Wolfgang (Hg.) 2013: Die gehetzte Politik. Die neue Macht von Medien und Märkten. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- 133 Alban Werner**
Im Bann der Falschheit
Wolfgang Streecks Wiederaufnahme der Kapitalismuskritik
Wolfgang Streeck (2013): Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
- 136 Tobias Quednau**
Krise, Fortschritt, Anpassung
Ingolfur Blühdorn (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin: Suhrkamp.

139 ABSTRACTS

145 IMPRESSUM

Erfolgreich scheitern

25 Jahre Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

25 Jahre Forschungsjournal soziale Bewegungen. Anlass genug, für die Herausgeber Ansgar Klein, Jupp Legrand, Thomas Leif, Jan Rohwerder und die Redaktion, zu diesem Jubiläum – maßgeblich unterstützt von der Heinrich-Böll-Stiftung – eine Konferenz zu Themen und mit Gästen auszurichten, wie es „das Journal“ in den zurückliegenden 25 Jahren immer wieder gehandelt hat: Wissenschaft und engagierte Praktiker aus Politik und Zivilgesellschaft zu versammeln, um über Fragen von Demokratie und Partizipation zu diskutieren. Standen am Tag aktuelle wie grundlegende Fragen zur europäischen Öffentlichkeit und zu den Wirkungsmöglichkeiten politischer Zeitschriften dabei bewirken können im Mittelpunkt, wurden am Abend die nicht minder großen Fragen nach der Zukunft von Protest und Demokratie von engen Wegbegleitern des Forschungsjournal erörtert.

Das vorliegende Heft steht im engen Zusammenhang mit der Konferenz und versammelt fast alle Vorträge, Einwürfe, Einlassungen, die im März 2013 in Berlin debattiert wurden. Zunächst skizzieren Ulrich K. Preuß, Claudia K. Huber und Gerd Mielke Chancen und Probleme einer europäischen Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang präsentieren in einem zweiten Teil Vertreterinnen und Vertreter politischer Zeitschriften ihre Sicht auf Potentiale und Probleme substantiell politischer Debatten in Deutschland und Europa. Am Horizont taucht dabei immer wieder auch die Frage auf, ob eine Debattenkultur in Deutschland (und Europa) nicht längst vom Aussterben bedroht ist. So etwa auch der skeptische Befund des langjährigen Kenners deutscher und europäischer Politikentwicklungen- und debatten Gunter Hofmann in der Zeitung ‚Das Parlament‘: „Die Politik zeigt nicht nur in Sachen Europa, sie zeigt überhaupt niedriges Profil, sie möchte uns Wahlbürger lieber nicht belasten – und die Öffentlichkeit lehnt sich (selbst-)zufrieden zurück, obwohl die Krise den Euro-Klub gerade wieder einholt.“ (15.7.2013).

Im dritten Teil beschäftigen sich drei Beiratsmitglieder und treue Wegbegleiter des Forschungsjournal – Ute Gerhard, Joachim Raschke und Dieter Rucht – mit der Wirkungsgeschichte von Protest und sozialen Bewegungen.

Eingeleitet wird der Themenschwerpunkt mit fünf Thesen der Herausgeber des Forschungsjournal zu 25 Jahren publizistischem Wirken, politischer Bildungsarbeit und Diskursbeiträgen. Zur Vertiefung von Anspruch und Selbstverständnis des Forschungsjournal gibt es einen ausführlichen Text auf www.forschungsjournal.de. Für die Aktuelle Analyse des vorliegenden Heftes konnte der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel gewonnen werden. Er nimmt in seinem Beitrag Bezug zu den politischen Folgen einer „marktkonformen Demokratie“ und skizziert die Notwendigkeit der Vitalisierung unserer Demokratie.

Eine nicht minder „gute Tradition“ des Forschungsjournal ist es, regelmäßig aktuelle Sonderthemenschwerpunkt im Heft zu versammeln. Mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl am 22. September 2013 werden vertiefende, kontroverse Kurzbeiträge zu Fragen politischer Strategien am Vorabend der Wahl präsentiert. Dieser Sonderschwerpunkt basiert auf der Zusammenkunft zum 8. Strategie-Workshop im Februar dieses Jahres in der Berliner Heinrich-Böll-Stiftung, der von Joachim Raschke, Ralf Tils und Elmar Wiesendahl von der Agentur APOS und Thomas Leif vom FJSB konzipiert und ausgerichtet worden ist. An dieser Stelle möchten wir der Agentur APOS herzlich für ihre langjährige und kontinuierliche Unterstützung und Zusammenarbeit danken.

Ralf Tils analysiert Strategien und Chancenpotentiale der Parteien in Hinblick auf die Bundestagswahl. Werner Weidenfeld attestiert dem bundesdeutschen Parteiensystem eine historische Zäsur, die weit über einen Zerfall der politischen Lager hinausgehe. Neu sei die sich jenseits der alten Machtorganisationen etablierende, höchst flexible Positionierung der Wählerschaft. Diesem Befund widerspricht Gerd Mielke in seinem Beitrag: „Liquid Voting“ und

bindungslöse Wähler sieht er eher als Mythos. Mit der neu entstandenen Alternative für Deutschland (AfD) beschäftigt sich Richard Gebhardt. Bislang, so sein Fazit, sei die AfD eine partiell rechtspopulistische Partei, der gegenwärtig das populistische Moment fehle. Knut Bergmann und Clemens Striebig blicken in ihrem Beitrag auf die lokale Ebene und auf die Verknüpfung von Parteimitgliedschaft und bürgerschaftlichem Engagement.

Der Pulsschlag widmet sich vollständig dem Thema Occupy: Thomas Frank zeigt in seinem Essay unter anderem auf, wie die stark Theoretisierung des Phänomens Occupy dem Langzeiterfolg der Proteste geschadet hat. Als größte Schwäche sieht er die Unfähigkeit von Occupy, konkrete Forderungen aufzustellen. Robert Imre hingegen sieht hierin durchaus politisches Kalkül. Den thematischen Zusammenhang von Occupy und Wissensgesellschaft untersucht abschließend Hartmut Hinke. Er geht damit auch auf die ökonomischen Hintergründe von Occupy jenseits von Bankenrettung und Bailouts ein.

Herausgeber und Redaktion danken Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, zahlreichen langjährigen und treuen Freunden für ihre jahrzehntelange Unterstützung, ohne die das Projekt Forschungsjournal nicht möglich wäre. Einer dieser Wegbegleiter war der Universalgelehrte Dr. Dr. Dr. Rolf Schwendter, der kürzlich leider verstorben ist. Thomas Leif würdigt ihn in diesem Heft.

Online

Im Online-Bereich des Forschungsjournals (FJSB Plus) erscheinen als Supplement des Themenheftes Thomas Leifs Analyse „Skandale im Wahlkampf: ein Beitrag zur medialen Steigerung der Politikverachtung“ und Achim Brunnengräbers Beitrag „Die Anti-AKW-Bewegung im Wandel. Neue Herausforderungen durch die Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle“.

Peter Kulefa (Belin), *Thomas Leif* (Wiesbaden), *Ludger Klein* (Frankfurt a.M.), *Jan Rohwerder* (Aachen), *Gabi Schmidt* (Berlin)



Solitär, Anstifter, Organisator und Vordenker – Rolf Schwendter wird seine Wirkung posthum entfalten.

Ein Montaigne unserer Zeit

Thomas Leif

„Der Tod ist der Anfang eines neuen Lebens.“
Michel de Montaigne, Essais

Eigentlich sollte Rolf Schwendter Mitte März 2013 bei der 25-Jahr-Feier des Forschungsjournal Soziale Bewegungen in Berlin dabei sein. Zum Konferenz-Motiv „Erfolgreich Scheitern“ und den dazu passenden Referenten-Kaskaden war sein Auftritt mit situativen Spontan-Strophen von „Ich bin immer noch unbefriedigt“ bereits ein Jahr zuvor geplant. Spitze, karikierende Sentenzen zur Kindertrommel im reduzierten Sound der Stones.

Hier hätte der Professor für Devianzforschung an der Universität Kassel (1975-2003) sein Talent ausgespielt: im Grenzbereich von Ästhetik und Wissenschaft hätte er die Wirkungsgeschichte von 25 Jahren sozialen Bewegungen entziffert, die Tabuzonen des schwächelnden Protests ausgeleuchtet und eine beherzten Blick nach vorn gewagt. „Abweichen des Verhalten“ als Produktivkraft, Kritik als Geschenk, wunde Punkte, blinde Flecken: auf die „black box“ im Denken des Mainstreams war er spezialisiert.

Hätte. Könnte. Sollte. Dazu kam es nicht. Wenige Tage zuvor traf einer seiner typischen, weißen A5-Zettel mit hellblauer Tinte und akkurater Handschrift ein. Zaghafte Hinweise auf den Gesundheitszustand, die wertvolle Ressource Zeit (im Dauerspagat zwischen Kassel und Wien) und die zu erwartenden Reiseanstrengungen. An Pfingsten war er dann doch wieder da – zum 39. Mal – auf dem open ohr-

Festival in Mainz. Leiser, bedächtiger, blasser, viele Kilo leichter. Aber – wie kein anderer Referent – erfüllte er seine Pflichten, wie 39 Mal zuvor. Lesungen, Diskussionen, Moderationen. Ganz gleich, welche Aufgabe die Projektgruppen ihm in vier Jahrzehnten Festivalgeschichte übertrugen: er war immer da, immer präsent, immer inspirierend. So arbeitete er in all seinen Projekten: in der „informellen Gruppe“ in Wien (1959-1969), in den (Republikanischen) Clubs, den Lesetheatern, „Offenen Wohnzimmern“, Theorie-Arbeitskreisen, auf der Waldeck, den vielen Festivals, Theatern und natürlich an der Hochschule in Kassel. Ein Dauer-Pilger heute hier morgen dort, im Blaumann, mit Plastiktüten voller Flugschriften und den Kopf voller Gedanken.

Bescheidene Beharrlichkeit

Zuverlässigkeit war sein besonderes Kennzeichen. Ein schier unerschöpflicher Wissensfundus seine Quelle. Promovierter Jurist, promovierter Politikwissenschaftler, promovierter Philosoph bereits mit 29 Jahren: dazu zwei Dutzend Werke – von den Klassikern „Modelle zur Radikaldemokratie“ (1970) bis zur „Theorie der Subkultur“ (1971) und der „Geschichte der Zukunft in zwei Bänden (1978-1984). Seinen Bildungsreichtum trug Rolf Schwendter nie wie eine Monstranz vor sich her. Er war schnell im Kopf, sehr schnell; seine Gedankenblitze kamen oft und unverhofft. Von Weihrauch-Schwenkern und Claqueuren hielt

er jedoch nicht viel. „Anspruchslosigkeit macht frei“ war eines seiner wiederholten Leitmotive. Es mag in einer Ego-infizierten Welt merkwürdig abgedroschen klingen, aber er war bescheiden und pflegte nicht nur die Attitüde des Bescheidenen.

Rolf Schwendters Werk hätte es – ähnlich wie im Fall Arno Schmidts – verdient, sorgfältig ausgewertet und editiert zu werden. Die Träume auf seinen Zetteln würden einen Stiftungsauftrag rechtfertigen, beflügeln und einen Mäzen vom Schlage Jan Philipp Reemtsma herausfordern.

„Drehpunktperson“ und „Bildungskoordinator“

Wer Rolf Schwendter verstehen will, muss seinen Vortrag „Avantgarde und Gruppenprozesse“ lesen, den er 1991 auf der Fachkonferenz des Forschungsjournal in Saarbrücken in der Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung gehalten hat. Vor gut 20 Jahren beschäftigten wir uns mit der „Politischen Klasse in Deutschland“ und stellten die „Eliten auf den Prüfstand.“ Der Sammelband erschien ein Jahr später mit Texten von Wolfgang Schäuble,



Foto: Wolfgang H. Wögerer, Wien/Wikipedia

Peter Glotz, Antje Vollmer und Hans-Jochen Vogel. Und natürlich mit dem Schlüsseltext von Rolf Schwendter.

In seiner bereits vor 20 Jahren handschriftlich vorgelegten biografischen Reflexion mahnte er: „Im Binnenverhältnis der sozialen Bewegungen und ihrer Drehpunktpersonen hat der ‚Eliten‘-Begriff nichts verloren. Brüsker formuliert: Wo soziale Bewegungen als solche fungieren, ist der ‚Eliten‘-Begriff gegenstandslos - und wo der ‚Eliten‘-Begriff in sein Recht tritt, ist dies ein untrügliches Anzeichen dafür, dass die betreffende soziale Bewegung zu existieren aufgehört hat.“ Sein kulturelles Kapital hatte er hier eindeutig vermessen: er verstand sich als Drehpunktperson und als Bildungskoodinator, in Anlehnung an Iwan Illich. Er sah seine Rolle in der Avantgarde, in Abgrenzung zum Elitebegriff. Aus subkulturellen Bewegungen sollte sich eine Gegenkultur, als Gegenentwurf zu herrschenden Verhältnissen etablieren. Er lebte als Radikaldemokrat, nicht als Anarchist.

Begnadeter Gastrosoph und kulinarischer Diagnostiker

Schon Ende der 1960er Jahre verknüpfte Rolf Schwendter kulturelles und kulinarisches Kapital. Zum Abschluss seiner „Bildungsangebote“ etwa im Republikanischen Club in Mainz gab es ein großes, gemeinsames Essen. Zwei Mal, zwanzig und dreißig Jahre später (1998 und 1999) konnten wir das umsetzen, was er in „Schwendters Kochbuch“ (1988), in „Arme Essen - Reiche speisen“ (1995) und in „Vergessene Wiener Küche“ (2004) konzipierte. Das „bollito misto“ für 150 Personen werde weder ich, noch der Gonsenheimer Metzger oder der (begleitende) Sternekoch Hans-Peter Wodarz samt der vier Hilfsköche eines Sozialprojekts jemals vergessen. Rolf Schwendter überwachte das vorsichtige Garen der Zutaten (von gepökelter junger Rinderzunge bis zum freilaufenden Bresse-Huhn

einer präzise definierten Altersklasse) in einer Riesenpfanne. Er selbst verfeinerte die Kollektivspeise auf „Schloß Freudenberg“ in Wiesbaden am Ende mit zwei Flaschen bestem Madeira, der langsam in die zehn verschiedenen Fleischsorten einsickerte. Sechs Gänge - unendliche Überraschungen. Wahrscheinlich war dies sein größter Koch-Einsatz, wenn auch mit einer assistierenden Profi-Brigade. Zum Dank vereinbarten wir einen Besuch in einem Sterne-Restaurant. Daraus wurde dann ein echtes Devianz-Erlebnis. Die Kellner vermuteten einen Obdachlosen mit Zottelbart, Blaumann und ausgetretenen Latschen, wagten sich aber nicht meine Begleitung abzuweisen. Die Gäste im klimatisierten Restaurant rümpften die Nase. Aber schon nach der Sonderauswahl und Zusammenstellung eines Acht-Gänge-Menüs quer zur Speisekarte schmolz das Eis des irritiert-abweisenden Kellners. Tee statt Wein. Kein Alkohol. Nachdem Rolf Schwendter in Anwesenheit des Oberkellners den „Gruß des Hauses“ und die Vorspeise profund sezierte, die Herkunft der Rohprodukte und die genauen Garzeiten identifizierte, neue, alternative Kombinationen entwickelte, wurden alle weiteren Gänge vom Chefkoch persönlich geliefert. Ein Wort gab das andere. Der Sternekoch hatte seine Lektion in Devianzforschung gelernt und „noch nie einen kulinarisch fachkundigeren Gast bedienen und kennenlernen dürfen.“

„Das Gespräch ist meiner Ansicht nach, die lohnendste und natürlichste Übung unseres Geistes. Keine andere Lebensbestätigung macht mir so viel Freude,“ bemerkte Michel de Montaigne (1533-1592) in „Essais“. (Beste Edition: Die andere Bibliothek, Frankfurt 1998) Rolf Schwendter war mit seiner Menschenfreundlichkeit, seinem Geist und seinem Werk ein Seelenverwandter Montaignes. Ein Montaigne unserer Zeit.

Er starb am 21. Juli 2013 in Kassel. Viel zu früh.

Von der „marktkonformen Demokratie“ zum „Primat der Politik“ Die Folgen der Krise höhlen die Demokratie aus

Sigmar Gabriel

Wir alle spüren heute: Eine Neuorientierung ist dringend notwendig. Da haben wir vor einigen Jahren die schwerste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren erlebt. Und nicht einmal Optimisten sind heute der Meinung, dass sie vorbei ist. Statt einem erneuten Zusammenbruch unseres Finanzsystems vorzubeugen, spekulieren Banken und Fonds munter weiter. Sie tun das im Wissen, dass die Risiken beim Steuerzahler versichert sind. Statt einer Debatte über die gerechte Verteilung der gewaltigen finanziellen Lasten, die uns diese Krise auferlegt hat, lassen wir uns erzählen, dass die Sozialisierung der Verluste alternativlos sei.

Wenn wir ehrlich sind, dann haben wir alle hier erwartet, dass mit der Finanzkrise das Ende des Neoliberalismus begonnen hat. Wenn selbst Konservative wie der FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher zu radikalen Kritikern des Finanzkapitalismus werden, dann hofft man als Linker, es werde sich etwas ändern. Was lernen wir daraus? Wirtschaftliche Fragen sind keine reinen Sach-, sondern vor allem auch Machtfragen. Das, was die übergroße Mehrheit der Menschen als gerecht empfinden, muss auch durchgesetzt werden können.

Wie weit die Verformung des Demokratieverständnisses geht, hat uns Angela Merkel klar gemacht. Die Bundeskanzlerin hat die Anpassung an die globalen Märkte als alternativlos hingestellt. Dabei redet sie davon, man brauche eine „marktkonforme Demokratie“. Angela Merkel war sich vermutlich nicht recht klar, was sie da sagte. Denn was bedeutet „marktkonforme Demokratie“? Das kann nur bedeuten, sie will eine Demokratie, in der sich die

politischen Entscheidungen nach den Anforderungen der Märkte richten.

Das wirft ernste Fragen auf: Entscheiden in einer marktkonformen Demokratie noch demokratisch legitimierte Parlamente und Regierungen? Oder müssen sich politische Entscheidungen in einer marktkonformen Demokratie nicht daran orientieren, wann beispielsweise die Börse in Tokio öffnet. Das überschreitet eine Grenze. Genau das wollen wir nicht. Sozialdemokraten wollen keine marktkonforme Demokratie. Eine „marktkonforme Demokratie“ stellt ein Grundprinzip der Demokratie in Frage: Die Gleichheit aller Staatsbürger. In einer marktkonformen Demokratie haben Anleger größere Rechte als Bürgerinnen und Bürger ohne Kapital. Das hat mit einer sozialdemokratischen Vorstellung von Demokratie nicht mehr viel zu tun.

Sozialdemokraten wollen etwas anderes. Wir wollen einen demokratiekonformen Markt. Demokratiekonforme Märkte müssen den demokratischen Spielregeln der Politik untergeordnet werden. Das ist das Primat der Demokratie. Es geht dabei darum, dass über die Bedingungen des Zusammenlebens von Menschen und Völkern diese Völker und Menschen miteinander ringen und dann selbst entscheiden können. Sie dürfen nicht durch scheinbare Sachzwänge und anonyme Märkte fremdbestimmt werden. Dafür müssen wir mehr Demokratie wagen. Weil ein Primat der Demokratie eine Machtfrage ist, heißt das zuerst einmal, den Bürgern wirksamere Instrumente der demokratischen Mitwirkung in die Hand zu geben.

Mehr direkte Demokratie wagen

Wir müssen unseren Bürgern mehr zutrauen. Dazu gehört vor allem, die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger deutlich auszuweiten. Die Demokratie leidet an der zunehmenden Ungleichheit in unseren Gesellschaften. Sie leidet daran, dass immer weniger Menschen glauben, alle Bürger besäßen die gleichen Rechte und Pflichten. Wenn die Bürger nicht mehr in derselben Zahl wie in früheren Jahrzehnten in den Parteien mitarbeiten, dann brauchen sie eben andere, ihnen nähere Partizipationsmöglichkeiten. Dazu gehören Volksentscheide auf allen Politikebenen, auch im Bund, aber auch eine größere Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren.

Es gibt viele kritische Einwände gegen Referenden. Dennoch sollten wir dem Volk die Fähigkeit zur Entscheidung zutrauen. Der unmittelbare Vorteil von Volksentscheiden liegt auf der Hand: Damit werden politische Entscheidungen wieder auf die politische Bühne gebracht. Politisierung ist gut für die Demokratie. Die Frage ist schlicht, ob eine von den Bürgern mit wachsender Skepsis betrachtete Wahlzettel-Demokratie für die Gesellschaften des 21. Jahrhunderts eigentlich noch angemessen ist?

Nie waren Menschen gebildeter und besser informiert als heute. Der Abiturientenanteil etwa in Deutschland ist von 1945 bis 2008 von fünf Prozent auf 45 Prozent eines Jahrgangs angewachsen. In Frankreich liegt er heute bei deutlich über 60 Prozent. Nie waren Informationen weltweit besser erschlossen und verfügbarer als im Zeitalter des Internets. Man kann diesen schlauen und gebildeten Bürgerinnen und Bürgern mehr zutrauen. Das fördert Bürgerbeteiligung und hilft der Demokratie im Land. Demokratie beruht im Übrigen auf der Erkenntnis, dass – bei vernünftiger Organisation – die Vielen in der Regel klügere Entscheidungen fällen als die Wenigen. Was nicht heißt, dass sie nicht auch falsche Entscheidungen treffen können. Denn natürlich können direkte For-

men von Demokratie den gleichen Unfug beschließen wie ihn manchmal Parlamente beschließen.

Was die Rolle von Parteien in einem auf diese Weise belebten System angeht, besteht kein Grund zu Pessimismus. Da, wo es auf die Zuspitzung zu Entscheidungsfragen angeht, spielen Parteien eine wichtige Rolle. Auch bei der Vorbereitung und Mobilisierung für Volksabstimmungen sind Parteien unverzichtbar. Das zeigen uns Beispiele wie jüngst das Volksbegehren gegen Studiengebühren in Bayern. Da hat ein Bündnis von SPD, Freien Wählern und Grünen zusammen mit vielen Initiativen dafür gesorgt, dass die bayerische Landesregierung bei der Frage der Gebühren klein beigegeben hat. Ohne die enormen Anstrengungen der Parteimitglieder wäre das hohe Quorum nicht zu schaffen gewesen – zehn Prozent der Wahlberechtigten mussten binnen zwei Wochen das Volksbegehren unterschreiben.

Die Voraussetzung des Primats der Demokratie: mehr soziale Gerechtigkeit

Neben direktdemokratischen Elementen brauchen wir andere Reformen, um die Sklerose der repräsentativen Demokratie zu verlangsamen. Wer keine marktkonforme Demokratie will, muss die Märkte wirksam bändigen und dafür demokratische Unterstützung mobilisieren. Ein neuer Anlauf zur Belebung der Demokratie in unserem Land muss damit beginnen, dem ökonomischen Menschenbild des Neoliberalismus eine menschliche, zugleich progressive Vision eines selbstbestimmten Bürgers gegenüber zu stellen: Menschen sind mehr als rationale Marktteilnehmer. Sie sind Staatsbürger, die sich Gedanken machen, was für alle das Beste ist. Sie sind auch Bürger am Arbeitsplatz; sie pflegen ihre Eltern; sie sorgen für ihre Kinder und Lebenspartner; sie sorgen in Ehrenämtern dafür, dass Dinge getan werden, die wichtig sind für alle.

Wenn wir diesem Menschenbild gerecht werden wollen, wenn wir der Demokratie den Primat geben wollen, dann brauchen wir eine

Strategie des systematischen und politischen *Empowerments* von Bürgerinnen und Bürgern. Das schließt die Stärkung der politischen Partizipation durch direkte Demokratie ebenso ein wie die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Arbeitnehmer, die Stärkung der Verbraucherrechte und die Ausweitung der Mitbestimmung und Selbstbestimmungsrechte am Arbeitsplatz. Das schließt auch ein, dass wir politisch dafür sorgen, bestimmte Bereiche menschlichen Lebens nicht ausschließlich dem Profitstreben zu unterwerfen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die erfolgreiche europäische Initiative gegen Wasserprivatisierung. Sie zeigt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger die öffentliche Daseinsvorsorge zurück erobern können. Aber es geht um mehr als um Wasser. Es gibt Gemeinschaftsgüter, über die wir demokratisch entscheiden können sollten: Dazu gehören die Gesundheitsvorsorge, Pflege, Bildung, Kinderbetreuung, Familie, aber auch Wohnen und die Infrastruktur.

Menschen sollten so viel Sicherheit für ihre Lebensplanung bekommen, wie es Menschen möglich ist. Es kann doch nicht darum gehen, dass Hedge Fonds noch reicher werden. Für Sozialdemokraten ist klar: Die Forderung danach, mehr Demokratie zu wagen, geht einher mit der Forderung nach mehr – nicht nur sozialer – Gerechtigkeit. Das bedeutet auch, dass wir dafür arbeiten, materielle Ungleichheit so weit zu begrenzen, wie sie die gleichen Chancen der Staatsbürger auf politische Teilhabe und auf Selbstbestimmung über sein eigenes Leben einengen und begrenzen. Die einen müssen mehr verdienen, andere weniger.

Um das zu sichern, braucht es gesellschaftliche Gegenmacht gegen die Interessen der Finanzmärkte. Es geht bei der Belebung der Demokratie nicht um etwas Abstraktes wie eine Staatsform. Es geht vielmehr darum, dass alle in gleiche Weise Einfluss auf ihr Schicksal nehmen können. Dazu gehören auch Verteilungsfragen. Es geht uns um einen fairen Anteil der

arbeitenden Menschen an den Erträgen von Unternehmen. Und es geht um die gerechte Würdigung des Wertes von Arbeit.

Sozialdemokraten wissen: Nur formale Gleichheit vor dem Gesetz ohne soziale Rechte führt eben zur Ungleichheit. Für uns ist Mitbestimmung, Betriebsverfassung, das Recht Betriebsräte, Gewerkschaften zu gründen und im Betrieb Einfluss auf das Unternehmen zu haben, das ist nicht nur ein formaler Grund der Gleichstellung, sondern das hat etwas mit unserem Menschenbild zu tun. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind für Sozialdemokraten nicht Objekte von Unternehmensentscheidungen, sondern sie sind Subjekte, die etwas beizutragen haben. Und deswegen darf am Betriebstor in Deutschland und auch in Europa kein Schild stehen, auf dem steht: Hier endet der demokratische Sektor der Bundesrepublik.

Für eine Gesellschaft, die sich am Wert der Gleichheit orientiert, haben wir sogar in Deutschland ein ganz gutes Beispiel. Die Idee einer sozialen Marktwirtschaft, die hat sich in unserer jüngeren Geschichte – vor dem Durchsetzen des Neoliberalismus und des Marktradikalismus in den 1990er Jahren – als erfolgreich erwiesen. Wir müssen für einen demokratischen, zivilisierten Kapitalismus streiten. Für die Mobilisierung von politischer Gegenmacht braucht es politischen Streit in einer lebendigen Demokratie. Streit muss sein, vor allen Dingen müssen wir aufhören, von Alternativlosigkeit zu reden. Es gibt unterschiedliche Vorstellungen, wie wir das Allgemeinwohl erreichen können. Für einen Sozialdemokraten aber sind eine stabile Demokratie und soziale Gerechtigkeit untrennbar miteinander verbunden. Stehen wir für diese Verbindung ein im politischen Streit, dann werden wir auch Mehrheiten gegen die neoliberalistischen Grundströmungen weltweit gewinnen.

Sigmar Gabriel ist Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

„Chancenstruktur einer europäischen Öffentlichkeit“

Fünf Thesen: Was hat das Forschungsjournal für die Diskurse zu den sozialen Bewegungen bewirkt?

Ansgar Klein, Jupp Legrand, Thomas Leif, Jan Rohwerder

Das Forschungsjournal Soziale Bewegungen wurde 1988 unter dem Namen „Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen“ gegründet. Die 25 Jahre seines bisherigen Erscheinens sind 25 Jahre intensiver Diskussionen über soziale Bewegungen, bürgerschaftliches Engagement, Partizipation und Zivilgesellschaft. Vor diesem Hintergrund hat sich die Zeitschrift 2011 umbenannt in „Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft“. Die vorliegende Bilanz gibt Auskunft über die publizistische Arbeit der Redaktion in einem Vierteljahrhundert.

1. Das rein ehrenamtlich gestaltete Forschungsjournal hat überhaupt erst eine Kontinuität der theoretisch-analytischen Reflexion von sozialen Bewegungen geschaffen. Die Bewegungsforschung in Deutschland ist bis heute marginalisiert. Nach 25 Jahren und 100 Themenausgaben ist das Forschungsjournal heute Archiv, Reflexionspeicher und historisches Gedächtnis der Bewegungspolitik. Das FJSB hat in seiner publizistischen Praxis das vorweggenommen, was aktuell unter dem Rahmen der „Zivilgesellschaftsforschung“ verhandelt wird. Dazu gehört:
 - eine historisch orientierte Bewegungsforschung als Ausgangspunkt für die systematische Suche nach dem Zusammenhang von Zivilgesellschaft und politischen Lernprozessen etablierter Akteure
 - die Engagementforschung und ihre Funktion der Begleitung, zuweilen auch Initiierung von politischen Lernprozessen

in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen

- die politische Soziologie von Vereinen, Verbänden, sozialen Bewegungen, Non-profit-Organisationen des Dritten Sektors, Stiftungen, NGOs, Gewerkschaften und Parteien und anderen gesellschaftlichen Vereinigungen
 - der Partizipationsforschung als Referenzgröße realer Teiligungsprozesse in Politik und Gesellschaft
 - die Evaluation zivilgesellschaftlicher Effekte, von zivilgesellschaftlichem Handeln in der Spannung von Protest und „Eigensinn“
 - die Verknüpfung von Medien und Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft auf lokaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene
2. Im Forschungsjournal Soziale Bewegungen wurden und werden die wichtigsten Kontroversen zu den Themen Bewegungspolitik, Protest, Partizipation, Zivilgesellschaft und Demokratieentwicklung geführt und dadurch auch gefördert.
 3. Das Forschungsjournal versteht sich als Brücke zwischen Theorie und Praxis. Es hat damit dazu beigetragen, dass soziale Bewegungen als Teil der Debatten um das „bürgerschaftliche Engagement“ und als Treiber gesellschaftlicher Demokratisierung wahrgenommen werden.
 4. Das Forschungsjournal sieht sich selber als Akteur eines ‚Diskurses der Zivilgesellschaft‘

sellschaft' und einer gesellschaftspolitischen Reformpolitik. Der Raum des Politischen erschöpft sich aus dieser Perspektive gerade nicht in staatlichem Handeln, sondern bezieht auch die nichtstaatlichen Akteure, ihre öffentlichen Artikulationen und den intermediären Raum zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Markt ein. Entsprechend interessiert sich das FJSB für das – oftmals konflikthafte – Zusammenspiel der staatlichen und staatsnahen Akteure mit sozialen Bewegungen und anderen zivilgesellschaftlichen Protagonisten.

5. Blick nach vorne – Baustellen nach 25 Jahren:
 - a. Die Bewegungsforschung muss als anerkannter Teil der Zivilgesellschaftsforschung intensiver zu deren Forschung beitragen. Sie ist daher viel stärker in-

stitutionell abzusichern und einzubinden.

- b. Das Forschungsjournal wird sich an diesen Entwicklungen beteiligen und seinen Beitrag für künftige Wissens- und Kompetenzplattformen der Zivilgesellschaft leisten.
- c. Themen wie Sozialproteste und ein demokratisches Europa werden an Bedeutung gewinnen; auch das heikle Verhältnis von Zivilgesellschaft und Wirtschaft gehört zu den großen Themen der kommenden Jahre.
- d. Das Forschungsjournal ist bemüht, die aktuellen Debatten zu befördern und dabei eigene Akzente im Sinne seiner Ziele und seines Selbstverständnisses zu setzen.

Die Autoren sind Herausgeber des Forschungsjournal soziale Bewegungen.

Notleidend: Defizite europäischer Öffentlichkeit

Ulrich K. Preuß

1 | Zum Begriff „Öffentlichkeit“

Mehr noch als bei anderen Begriffen der politisch-sozialen Sprache müssen wir bei dem Begriff der Öffentlichkeit dessen verschiedene Bedeutungsebenen klären, bevor wir über etwaige Defizite sprechen können. Grundlegend und allenthalben anerkannt ist die Unterscheidung zwischen einer soziologisch-empirischen und einer politisch-normativen Bedeutung; erstere bezeichnet die Sichtbarkeit und offene Zugänglichkeit einer allgemein zugänglichen Sphäre des kommunikativen Austauschs, sei dieser direkt oder medial vermittelt. Daraus folgt dann die Ausweitung auf das, was in die-

ser Sphäre allen sicht- und hörbar zugänglich ist – in den knappen Worten des Dictionnaire de l'Académie Française zum Eintrag *public: qui est connu de tout le monde, qui est manifeste*. Letztere – die politisch-normative Bedeutung von Öffentlichkeit – hat ursprünglich ebenfalls einen rein deskriptiven Charakter und bedeutet in der Formulierung des Dictionnaire de l'Académie Française: *l'ensemble de la population considérée comme un tout*.¹

Aber schon die Betrachtung der Bevölkerung als eine Gesamtheit verwandelt die Bevölkerung in ein Volk, und dies ist der Ausgangspunkt für die Begriffsverwendung von „le public“ – die Öffentlichkeit – in einem

genuin politisch-normativen Sinn. Sie hat die Herrschaftsbeziehungen in einem politischen Gemeinwesen zum Gegenstand. Öffentlichkeit wird als ein Medium der Legitimation, Kontrolle und Kritik politischer Herrschaft begriffen – wohlgermerkt als ein kritischer, stets erfüllungsbedürftiger, noch-nicht-erfüllter Maßstab. Darin besteht die normative Bedeutung dieser Dimension der Kategorie der Öffentlichkeit. In Kurzfassung: Öffentlichkeit ist zum einen alles, was allgemein zugänglich ist, zum anderen eine auf materielle Allgemeinheit – Gemeinwohl, Gemeinschaft, Gemeinwillen – gerichtete genuin politische Kategorie.

2 | Drei Formen europäischer Öffentlichkeit

Und was meinen wir, wenn wir von *europäischer* Öffentlichkeit sprechen? Was macht den europäischen Charakter der Öffentlichkeit in den beiden soeben unterschiedenen Bedeutungen aus? Drei verschiedene Versionen kommen in Betracht²: Europäische Öffentlichkeit kann zum einen auf die Existenz einer gemeinsamen, d. h. transnationalen europäischen Kommunikationsgemeinschaft verweisen, in der die Beteiligten ein transnational-europäisches Wir-Bewusstsein teilen und sich dessen Sinnhorizont entsprechend kommunikativ austauschen. Ein solcher Begriff europäischer Öffentlichkeit würde der oben skizzierten politisch-normativen Kategorie von Öffentlichkeit zuzuordnen sein.

Mit dem Begriff Europäische Öffentlichkeit kann aber auch – weniger anspruchsvoll – eine europäische Einfärbung jeweils verschiedener nationaler Perspektiven auf ein Europa betreffendes Thema gemeint sein, d. h. gleichzeitige nationale Kommunikationen über gleiche Themen, so z. B. über ein Fußballspiel der Champions League oder über die Etikettierung von Pferdefleisch als Rindfleisch in Lebensmitteln, die in mehreren europäischen Ländern verkauft werden. Das wäre dann so etwas wie eine Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten (Landfried 2004: 125ff.). Die Gleichzeitigkeit

der Diskussion als solche wäre nicht mehr als ein empirisch-soziologisches Faktum ohne die politisch-normative Dimension des Bezuges auf etwas materiell Allgemeines.

Gleichsam in der Mitte zwischen diesen Positionen ist eine dritte Bedeutung angesiedelt, die Klaus Eder und Cathleen Kantner (2000: 315) vorgeschlagen haben. Danach können wir von einer europäischen Öffentlichkeit sprechen, wenn die Bürger in den Mitgliedsstaaten „zur gleichen Zeit zu den gleichen Themen unter den gleichen Relevanzkriterien“ kommunizieren. Das ist mehr als eine bloß gleichzeitige Kommunikation über dasselbe Thema in den (oder zumindest in einigen) EU-Staaten, aber natürlich weniger als die Verständigung einer transnationalen europäischen Kommunikationsgemeinschaft. Und in der Schwebe bleibt auch die Frage, ob es sich hierbei um eine empirisch-soziologische oder eine politisch-normative Kategorie handelt.

Welchen dieser drei möglichen Modi von Öffentlichkeit können wir mit guten Gründen als den wahrhaft europäischen bezeichnen?

3 | Fragmentierungen europäischer Öffentlichkeiten

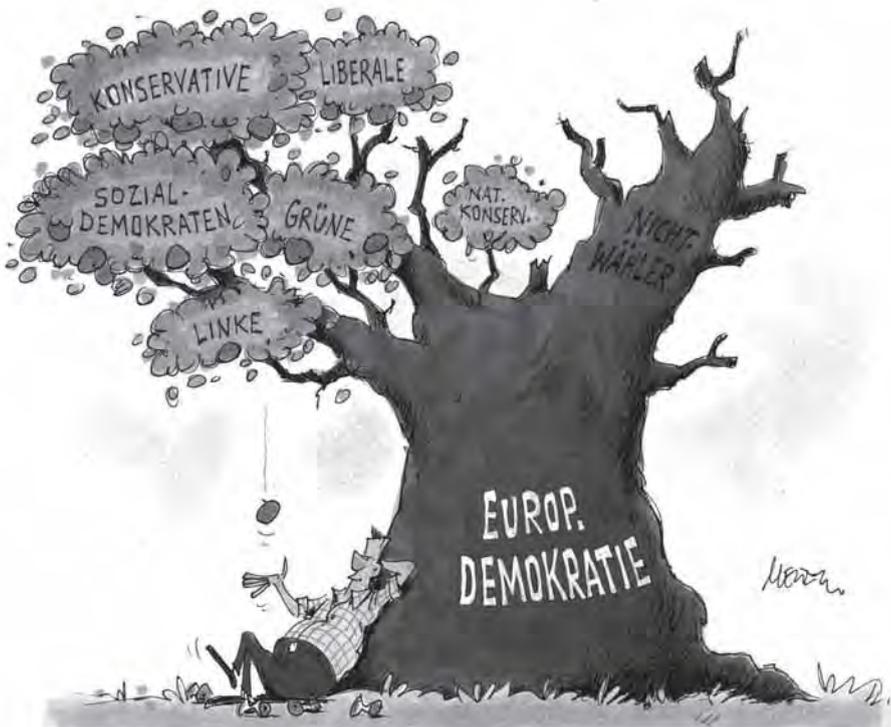
Betrachten wir zunächst die soziologisch-empirische Bedeutung des Begriffs der Öffentlichkeit. Hier wird man sehr schnell darauf gestoßen, dass es „auch innerhalb eines Nationalstaates (...) ‚die‘ Öffentlichkeit nicht [gibt], sondern in Bezug auf bestimmte Materien nur Teilöffentlichkeiten, Fachöffentlichkeiten und fragmentierte Öffentlichkeit“ (Peters 2004: 288). In der Tat gibt es eine Vielzahl von Lebens- und Funktionsbereichen in der Gesellschaft, die ihre je eigenen Formen des kommunikativen Austausches und zum Teil auch je spezifische Kommunikationsmedien herausgebildet haben. Der Besuch im Presseladen eines beliebigen Großstadtbahnhofs zeigt uns, dass die Computer-, die Mode-, die Kunst-, selbst auch die Wissenschaftsinteressierten, ganz zu schweigen von den Fußball-, Reiter-, Segel-, Schach- und vielen anderen themenspezifisch

Interessierten ihre je eigenen Publikationsorgane haben, aber kaum transsektoriell untereinander kommunizieren.

Wie verhält es sich mit dem europäischen Charakter dieser Teil- und Fachöffentlichkeiten? Bei einem europäischen Fußballpokalwettbewerb wird es in so gut wie allen europäischen Staaten – nicht nur in den EU-Mitgliedsstaaten – heftige Kommunikationen über die einzelnen Spiele, über die Vereine, Spieler, Trainer etc. geben. Das ist der typische Fall einer parallelen europäisch-internationalen Fachkommunikation in mehreren europäischen Ländern – eine Diskussion zur gleichen Zeit zu den gleichen Themen, wahrscheinlich auch unter den gleichen Relevanzkriterien. Man kann nur mutmaßen, ob zumindest bei dem fachlich interessierten Publikum der Austausch über die fußballerischen Qualitäten der Mannschaften über die nationale Perspektive der Teilnahme für die Mannschaft(en) des jeweils ei-

genen Landes dominieren. Falls das so wäre, dann wäre das durchaus eine europäische Öffentlichkeit; näherliegend ist eine solche Vermutung wohl in der Wissenschaft, der Kunst, der Technik etc.

Man beachte aber, dass diese Öffentlichkeit keinen spezifischen Bezug auf die EU hat – dasselbe Phänomen haben wir z. B. während Olympischer Spiele; während dieses Ereignisses diskutiert eine Weltöffentlichkeit über die athletischen Leistungen und die Dramen der Kämpfe einer Weltelite des Sports nach den gleichen, dem Sport entnommenen Relevanzkriterien. Selbst noch der Vergleich der nationalen Medaillenspiegel orientiert sich an dem Kriterium der sportlichen Leistungsfähigkeit konkurrierender Nationen. Es handelt sich dabei zunächst um parallele nationale Fachöffentlichkeiten, weil die Informationsvermittlung und Meinungsbildung nicht primär durch grenzüberschreitende Medien vermittelt wird, sondern



ganz wesentlich durch nationale Kommunikationsmittel. Dennoch können wir hier mit guten Gründen von einer Weltöffentlichkeit sprechen. Denn die globale offene Zugänglichkeit zu den Ereignissen, die die kommunikativen Reaktionen auslösen (Fußball, Olympische Spiele), einschließlich der offenen Zugänglichkeit zu den Diskussionen in den anderen Ländern über diese Ereignisse, begründen eine wechselseitige Bezüglichkeit der verschiedenen nationalen kommunikativen Arenen, die das Kriterium der oben zitierten Definition des Dictionnaire der Académie Française erfüllen: *ce qui est connu de tout le monde, qui est manifeste*.

In diesem Sinne kennen wir auch Erscheinungsformen einer EU-spezifischen Öffentlichkeit – dann nämlich, wenn ein die Nationen der EU betreffendes und die Bürger dieser Nationen bewegendes Ereignis parallel in mehreren dieser Nationen Kommunikationen auslöst, von denen diese auch wechselseitig Kenntnis nehmen. Aktuelle Beispiele sind die Finanzkrise, die häufig auch explizit als eine Euro-Krise wahrgenommen wird, und die Bemühungen um ihre Bewältigung durch die EU-Organe und die Regierungen der Mitgliedsstaaten. Der Kampf um die richtige Antwort auf die Problemlage wird auch hier in den nationalen Öffentlichkeiten ausgefochten, hier aber zugleich betont mit Blick auf die anderen EU-Mitgliedsstaaten. Dies geschieht mit sehr kontroversen, mitunter nationalistisch getönten Argumenten – aber die nationale Perspektive ist schließlich auch Teil der europäischen Auseinandersetzung über ein die EU insgesamt betreffendes Problem. Was auch eine primär nationale Kommunikation zu einer europäischen macht, ist das Wissen, die Wahrnehmung, die Reflexion und die Verarbeitung der Stellungnahmen der anderen nationalen Öffentlichkeiten zu demselben Thema.

Akzeptiert man den fragmentierten Charakter von Öffentlichkeitsarenen, so wird man also feststellen, dass es zu einer Vielzahl von europäischen Themen durchaus europäische Öffentlichkeiten im Plural gibt.

4 | Europäische Öffentlichkeit als Kommunikationsgemeinschaft?

Genügt uns das? Verlangt der Begriff der europäischen Öffentlichkeit nicht eine europäische Kommunikationsgemeinschaft, also einen von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kommunikation geteilten Sinnhorizont, nach dessen Kriterien die gemeinsamen europäischen Angelegenheiten streitig verhandelt werden? Muss nicht jedenfalls für den politisch-normativen Öffentlichkeitsbegriff das erwähnte Kriterium des *Dictionnaire der Académie Française* gelten, nach welchem Öffentlichkeit durch das *ensemble de la population considérée comme un tout* definiert wird? Ist die politische Öffentlichkeit nicht notwendig fach- und sektorübergreifend, weil sie sich begrifflich auf das Ganze des politischen Gemeinwesens bezieht?

Tatsächlich gibt es eine ursprüngliche Bedeutung des Begriffs der Öffentlichkeit, die ihre Wurzeln in ihrer Verbindung zum Volk (im Sinne der politischen Nation) hat (*populus-populicus-publicus*)³. Der polemische Sinn dieser Begriffsdimension richtet sich gegen die Sphäre der unorganisierten und damit notwendigerweise zersplitterten Gesellschaft. Das Öffentliche ist konstituierendes Merkmal des politischen Gemeinwesens und ist selbst wesentlich politisch. In dieser Bedeutung hat das Öffentliche eine enge Beziehung zum modernen Nationalstaat. Das Volk im modernen Sinne ist das Staatsvolk, und alles, was das Volk als Gesamtheit betrifft, ist eine öffentliche Angelegenheit – die *res publica* des im Staat zur Nation emanzipierten Volkes. Daraus folgt, dass die legitimierende, kontrollierende, kritisierende und deliberierende Funktion der politischen Öffentlichkeit im Sinnhorizont dieser Republik stattfindet; diese ist, wie gesagt, im Nationalstaat verkörpert. Die öffentliche Autorität ist durch das im Nationalstaat politisch geeinte Volk autorisiert und legitimiert. Und sie wird – als öffentliche Gewalt – von den Organen des Nationalstaats unter Beru-

fung auf die Autorisierung des nationalen Volkes ausgeübt.

Die Europäische Union ist offenkundig keine Nation, sondern eine Union von Nationen; sie könnte daher allenfalls eine Union von Öffentlichkeiten hervorbringen – nicht *die* europäische Öffentlichkeit. Andererseits erlässt aber die EU Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse, d.h. übt öffentliche europäische Autorität mit gleicher Verbindlichkeit in allen Mitgliedsstaaten aus. Jedoch bedeutet das Öffentliche der öffentlichen Gewalt der Union etwas anderes als im Mitgliedsstaat: dort ist die öffentliche Gewalt „vom Volke anvertraute und dem Volk verantwortliche Gewalt“ (Rinken 2002: 44), das Öffentliche ist Ausdruck einer vom Volk ausgehenden, durch offene Verfahren vermittelte Autorisierung von Herrschaft, sie ist originäre öffentliche Gewalt.

Dagegen stammt der öffentliche Charakter der politischen Autorität der Union aus der Verleihung durch die Mitgliedsstaaten – wenn sie „anvertraut“ und „verantwortlich“ ist, dann ist sie von den Staaten „anvertraut“ und Staaten gegenüber „verantwortlich“. Ihre Autorisierung ist eine zusammengesetzte: Während die Verbindlichkeit der von den Organen der Union erlassenen Rechtsakte allgemein ist, d.h. unterschiedslos für alle Staaten und Bürger der Union gilt, ist die Autorisierung eine Ansammlung einzelner Autorisierungen durch die Mitgliedsstaaten. Es gibt also eine Inkongruenz zwischen der Fragmentierung der Autorisierung und der Allgemeinheit der Rechtsverbindlichkeit der Hoheitsakte der Union. Kann auf dieser heterogenen Basis der Autorisierung öffentlicher europäischer Gewalt eine europäische Öffentlichkeit entstehen? Erzeugt mit anderen Worten ein die Europäische Union, ihre Völker sowie ihre Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gesamtheit adressierender hoheitlicher Akt (z. B. eine Verordnung) auch eine darauf reagierende supranationale-europäische Öffentlichkeit im Sinne einer europäischen politischen Kommunikationsgemeinschaft?

Auf den ersten Blick spricht nichts dagegen. Öffentlichkeit entsteht ja in der Regel als Reaktion auf politische Entscheidungen, die die Lebenswelten und Interessen der Bürgerinnen und Bürger betreffen. Auch in der EU ziehen die politisch bedeutsamen Entscheidungen ihrer Organe die Aufmerksamkeit der Massenmedien an und erzeugen europaweite Publizität⁴. Doch bei genauerer Betrachtung führt auch diese europaweite Publizität nicht zu der Öffentlichkeit einer supranational-europäischen Kommunikationsgemeinschaft. Denn die Heterogenität der gesellschaftlichen Verhältnisse der 27 Mitgliedsstaaten hat zur Folge, dass die einheitlich für alle Mitgliedsstaaten geltenden Entscheidungen der EU-Organe in den verschiedenen Ländern durchaus sehr unterschiedliche Wirkungen und Betroffenheiten bei den Bürgerinnen und Bürgern auslösen. Die sich als Reaktion entzündenden Öffentlichkeiten sind daher national-spezifisch – sie haben in allen EU-Mitgliedsstaaten dasselbe Thema und finden zur selben Zeit statt, nehmen aber wiederum jeweils unterschiedliche nationale Perspektiven ein, verwenden unterschiedliche Semantiken und Sinnhorizonte. Auch hier also haben wir es nicht mit einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft zu tun, sondern mit der uns bereits bekannten Variante einer Mehrzahl europabezogener nationaler Öffentlichkeiten.

5 | Fazit: Transnationale Codierung gesellschaftlicher Konflikte

Man könnte sich resignativ damit abfinden, dass offenbar die Konstruktion der Europäischen Union als eine Union von Staaten und Völkern die Herausbildung einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft nicht zulässt. Doch sollte man die Flinte nicht zu früh ins Korn werfen. Folgendes ist zu bedenken:

1. Die Idee einer homogenen Kommunikationsgemeinschaft als strukturelle Basis politischer Öffentlichkeit ist historisch auf der Grundlage des liberalen Nationalstaats entwickelt worden. Sie hat der Entwicklung dieses bür-

gerlichen Staates zur klassengespaltenen Massendemokratie nicht standgehalten und hat zu einer Pluralisierung und Fragmentierung der Idee eines einheitlichen, kulturell und politisch homogenen Trägers der kritisierenden und deliberierenden Öffentlichkeit geführt. Auch im Nationalstaat werden die Politik und die Herrschaftsakte des Staates nicht aus der Perspektive eines von allen anerkannten nationalen Gemeinwohlinteresses beurteilt, diskutiert und verhandelt, sondern aus den miteinander unvereinbaren, zerstrittenen und polemisch zugespitzten Perspektiven von politischen Kräften, die miteinander um Macht, Einfluss und Anteile am gesellschaftlichen Reichtum rivalisieren. Im nationalstaatlichen Rahmen sind gesellschaftliche und politische Konflikte, die den wesentlichen Antrieb für Öffentlichkeit bilden, nach sozio-ökonomischen Kriterien von Status, Einkommen, Lebenslage, Bildung, ja, und auch von Klassenzugehörigkeit codiert.

2. Wenn wir dagegen von Europa sprechen, dann sprechen wir von Bürgerinnen und Bürgern und ihrem Doppelstatus bzgl. Staat und Union, von (Mitglieds-)Staaten, allenfalls noch von organisierten Interessen und ihren in Brüssel antichambrierenden Lobbyisten – aber nicht oder doch sehr selten von sozialen Konflikten, die einen transnational-europäischen Charakter haben. Wenn es in Europa zu Verteilungskonflikten kommt, so werden diese als Konflikte zwischen den verschiedenen Mitgliedsstaaten und deren etwaigen Koalitionen (z.B. der ironisch so genannte *Club Méditerranée*) konstruiert. Soziale Konflikte in Europa werden überwiegend national kodiert und damit in die nationalen politischen Arenen der Mitgliedsstaaten verwiesen. Tatsächlich haben griechische Rentner oder griechische Jugendliche mehr mit Rentnern und Jugendlichen in Spanien, Portugal, Frankreich und durchaus auch in Deutschland gemein als mit griechischen Millionären, die ihr Vermögen in Steueroasen transferieren. Man muss die sozialen Konflikte in Europa einmal transnational-sozioökonomisch codieren und wird ganz neuartige Formen grenzüberschreitender Politisierung finden.

Kurz: Eine genuin europäische Öffentlichkeit kann nur entstehen, wenn es einen europäischen politischen Raum gibt. Dieser erfordert eine transnationale Codierung politisierbarer gesellschaftlicher Konflikte, d.h. eine grenzüberschreitende Aggregation konfliktfähiger Interessen. Das ist nichts weniger als eine Transnationalisierung sozialer Kämpfe. Auch diese Öffentlichkeit würde nicht auf einer homogenen europäischen Kommunikationsgemeinschaft beruhen, sondern bestünde aus einer unübersichtlichen Kakophonie von sehr unterschiedlichen Stimmen – aber diese Stimmen würden nicht mit nationalen Akzenten sprechen, sondern mit den Intonationen ihrer jeweiligen sehr unterschiedlichen sozialen Herkunft. Und dies würde jenen transnationalen öffentlichen Arenen die politische Dimension geben, die solchen sozialen Kämpfen in Demokratien ihren öffentlichen Charakter verleihen. Wir hätten es mit anderen Worten mit einer Pluralität genuin europäischer politischer Öffentlichkeiten zu tun, deren Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei aller sozialen und kulturellen Fragmentierung der Diskurse doch im Bewusstsein eines gemeinsamen europäischen Verbundenseins agieren, weil sie ihre Forderungen und ihre Kritik an eine für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger verbindliche öffentliche europäische Autorität adressieren.

Ulrich K. Preuß ist emeritierter Professor der Freien Universität Berlin, wo er bis 2005 Öffentliches Recht und Politik lehrte, sowie der Hertie School of Governance, an der er bis 2010 die Professur für Law and Politics innehatte. Gastprofessuren bzw. Gastvorlesungen nahm er u. a. an Universitäten in den USA sowie in Israel wahr. Von 1992 bis 2011 war er Mitglied des Staatsgerichtshofs der Freien Hansestadt Bremen. *Kontakt:* ukpreuss@hertieschool.de

Anmerkungen

¹ Einträge zu *public* (Adj. u. Subst.) im Dictionnaire de l'Académie Française, 9. Ed., Ver-

sion informatisée, <http://atilf.atilf.fr/dendien/scripts/generic/cherche.exe?22;s=1186556565>; (zuletzt abgerufen 27. Febr. 2013).

- ² Hierzu ausführlich Risse (2004) mit weiteren Nachweisen aus der Literatur.
- ³ Vgl. den Hinweis auf diese etymologische Wurzel bei Cicero von C. Welcker (1848: 249).
- ⁴ Hierzu die differenzierte Analyse bei Neidhardt et al. (2000: 275ff.).

Literatur

Eder, K./Kantner, C. 2000: Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 52, Sonderheft 40: Die Europäischen nationaler Gesellschaften, 306-331.

Landfried, C. 2004: Das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit. In: Franzius, C./Preuß, U.K. (Hg.): Europäische Öffentlichkeit. Baden-Baden: Nomos, 123-137.

Peters, A. 2004. Europäische Öffentlichkeit im europäischen Verfassungsprozess. In:

Franzius, C./Preuß, U.K. (Hg.): Europäische Öffentlichkeit. Baden-Baden: Nomos, 271-288.

Neidhardt, F./Koopmans, R./Pfetsch, B. 2000: Konstitutionsbedingungen politischer Öffentlichkeit: Der Fall Europa. In: Klingemann, H.-D./Neidhardt, F. (Hg.): Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. Berlin: edition sigma (WZB-Jahrbuch 2000), 263-293.

Rinken, A. 2002: Geschichte und heutige Valenz des Öffentlichen. In: Winter, G. (Hg.): Das Öffentliche heute. Kolloquium zu Ehren von Alfred Rinken. Baden-Baden: Nomos, 7-74.

Risse, T. 2004: Auf dem Weg zu einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft. Theoretische Überlegungen und empirische Evidenz. In: Franzius, C./Preuß, U.K. (Hg.): Europäische Öffentlichkeit. Baden-Baden: Nomos, 139-151.

Welcker, C. 1848: Oeffentlichkeit. In: von Rotteck, C./Welcker, C. (Hg.): Das Staats-Lexikon. Encyklopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände. Bd. 10. Altona, 246-282.

Eine Beziehung in der Dauerkrise Fünf Thesen zu Medien und Politik in der Europäischen Union

Claudia K. Huber

Immer wieder sind Sozialwissenschaftler auf der Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit zu dem Schluss gekommen, dass EU-Politik angesichts ihrer Bedeutung für die nationale Gesetzgebung und der Tragweite der in Brüssel getroffenen Entscheidungen in den Medien stark unterrepräsentiert ist. Im Rahmen von EU-Gipfeln, den Treffen der Staats- und Regierungschefs in Brüssel, wird die Nach-

richtenflaute des politischen Alltags jedoch regelmäßig unterbrochen. Das belegen quantitative Studien (vgl. Kandyła/de Vreese 2011: 55f.; Wessels 2008:173). Aktuell ist dieser Rhythmus von Ebbe und Flut in der EU-Berichterstattung kaum zu beobachten. Es entsteht der Eindruck, als sei der Gezeitenwechsel in der öffentlichen Aufmerksamkeit von einer andauernden Nachrichtenflut aus

Brüssel abgelöst worden, als hätten sich EU-Themen, befeuert durch die Finanz- und Staatsschuldenkrise, zum medialen Dauerbrenner entwickelt. EU-Politik hat in Krisenzeiten einen hohen Nachrichtenwert. Jetzt könnte man sich freuen, dass ein lebendiger, wenn auch kritischer politischer Diskurs über nationalstaatliche Grenzen hinweg entsteht; und dass sich endlich eine Form der viel beschworenen europäischen Öffentlichkeit zeigt. Doch die Berichterstattung erfolgt bei genauerer Betrachtung noch immer häufig aus der rein nationalen Perspektive und ist teilweise gar nationalistisch gefärbt.

Es liegt nahe, die starke nationale Versäulung in der EU-Berichterstattung inhaltlich, das heißt mit den jeweiligen Interessen und Perspektiven von Geber- und Nehmerländern, Gewinnern und Verlierern, Unterstützern und Gegnern zu erklären. Empirische Forschungsergebnisse deuten jedoch darauf hin, dass ein Teil dieser kommunikativen Muster in der in-

stitutionellen Struktur der EU und dem daraus resultierenden Verhältnis zwischen Medien und Politik bereits angelegt ist.

Während für die nationale Ebene diverse theoretische Annahmen sowie zahlreiche empirische Studien zum Zusammenspiel von Medien und Politik vorliegen, existiert auf europäischer Ebene wenig vergleichbare Forschung. Theoretische Betrachtungen zu den Bedingungen journalistischer Kultur, die auch Annahmen über das Verhältnis von Politik und Medien beinhalten, legen nahe, dass die politische Struktur eines Systems maßgeblich auch die Kommunikationskultur innerhalb des jeweiligen Systems prägt. Hallin und Mancini (2003: 11) gehen beispielsweise davon aus, „dass die Presse immer Form und Farbe der sozialen und politischen Strukturen annimmt, innerhalb derer sie arbeitet“.

Die folgenden fünf Thesen zum Verhältnis von Medien und EU-Politik sollen einige Mechanismen der EU-Kommunikation benennen



und so zu einer differenzierteren Betrachtung von EU-Berichterstattung beitragen (vgl. Huber 2012).

1 | Medien und EU-Politik: eine andauernde Beziehungskrise

Die starke Medialisierung der Politik wird in Deutschland häufig beklagt. Bezeichnungen wie Mediendemokratie, Amerikanisierung, Politainment und Infotainment werden spätestens seit der Dualisierung des Rundfunksystems und der damit einhergehenden Kommerzialisierung der Medien diskutiert (vgl. z. B. Marcinkowski/Pfetsch 2009).

In den Routinephasen der EU-Politik ist dieser Grad an Medialisierung nicht zu beobachten. Es wirkt stattdessen fast, als steckten die Medien und die EU-Politik in einer andauernden Beziehungskrise. Dafür gibt es historische und strukturelle Gründe. Als Projekt der politischen und wirtschaftlichen Eliten findet die europäische Integration bereits seit ihren Anfängen vergleichsweise abgekoppelt von Medien und Öffentlichkeit statt. Die historische Konfiguration der EU hat Spuren in ihrem institutionellen Design hinterlassen, die auch Konsequenzen für das Verhältnis zwischen Medien und Politik haben.

Die politischen Akteure des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission sind nicht auf positive Medienpräsenz angewiesen, um ihren politischen Einfluss zu erhalten und bei Wahlen zu erneuern. Die Kommissare werden nicht direkt gewählt. Bei den Abgeordneten des Europäischen Parlaments hängt der Wahlerfolg vom Listenplatz ab. Sie sind also stärker auf ihre Parteigremien im Heimatland angewiesen als auf die europäischen Wähler.

Die EU-Korrespondenten auf der anderen Seite hängen ebenfalls wenig von einzelnen politischen Akteuren ab. Ihnen stehen eine Vielzahl unterschiedlicher Institutionen und Akteure in Brüssel als Quellen zur Verfügung. So gibt es nicht nur die Institutionen EU-Kommission, Parlament und Rat, sondern auch noch

die Vertretungen der 27 nationalen Regierungen sowie zahlreiche Verbände und Interessenvertretungen.

Hinzu kommt, dass viele Heimatredakteure EU-Politik häufig als Quotenkiller und Aufschlagengift betrachten. Es gibt wenige prominente Gesichter, die politischen Prozesse sind komplex und langwierig, die Themen und die Sprache häufig sehr technisch. Kurz gesagt hat EU-Politik in Routinephasen häufig nur wenig Nachrichtenwert (vgl. Statham 2008: 409f.). Die Journalisten können sich daher mit EU-Berichterstattung nur selten gegenüber der journalistischen Konkurrenz profilieren, eher haben sie Schwierigkeiten, die Berichterstattung an die Heimatredaktionen ‚zu verkaufen‘. Die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Medien und Politik im Alltag der Europakommunikation ist nur schwach ausgeprägt.

2 | Raumschiff Brüssel: politische Kommunikation in einer Parallelwelt

Brüssel unterscheidet sich erheblich von anderen Nachrichtenorten wie Berlin, London oder Washington. Die Korrespondenten sitzen im Ausland, berichten jedoch über eine Ebene des eigenen politischen Systems und somit häufig über Innenpolitik. In dieser besonderen Arbeitsumgebung werden EU-Korrespondenten sozialisiert, nationale Rollenverständnisse und Handlungsorientierungen verblissen. Die Forschung hat gezeigt, dass selbst zwischen Journalisten, die aus Ländern mit unterschiedlichen Kommunikationskulturen stammen, nur geringe Unterschiede zwischen den Rollenverständnissen bestehen. Im Zentrum des Selbstverständnisses der EU-Korrespondenten steht die Absicht, zu erklären und zu informieren. Kritik und Kontrolle betrachten viele Journalisten ebenfalls als zentrale Funktion des Journalismus. Es wird jedoch deutlich, dass dieses Rollenbild aufgrund mangelnder Ressourcen selten handlungsrelevant werden kann. Dies führt teilweise zu dem Eindruck, die Journalisten ‚zögen häufig mit den politischen Sprechern der Institutionen an einem Strang‘. Dass EU-

Korrespondenten sich häufig mit den politischen Eliten der EU identifizieren, verstärkt diesen Eindruck weiter.

Ein Spezifikum dieser Kommunikationskultur könnte die Brüsseler EU-Korrespondenten allerdings zur Keimzelle einer europäischen Öffentlichkeit werden lassen: ihre ausgeprägte Kooperation untereinander. Die Brüsseler Korrespondenten arbeiten für ganz unterschiedliche Medienmärkte und stehen deshalb selten in Konkurrenz zueinander. Dies ermöglicht es ihnen, sich untereinander als Informationsquellen zu nutzen und sich gegenseitig Kontakte zu nationalen Politikern und Entscheidungsträgern zu vermitteln (vgl. Baisnée 2002/Meyer 2002). Im Nationalstaat ist eine solche Form der Kooperation nahezu undenkbar. Hier konkurrieren Journalisten vergleichbarer Medien auf ein und demselben Markt. Kooperation kann in diesem Kontext die Preisgabe von Exklusivität bedeuten und so wirtschaftliche Nachteile zur Folge haben.

Während die Interdependenz zwischen Medien und Politik im supranationalen Kontext in Brüssel sehr gering ausgeprägt ist, kommt es im intergouvernementalen Kontext punktuell zu starken gegenseitigen Abhängigkeiten. Am anschaulichsten wird dies im Kontext von Gipfeln des Europäischen Rats.

3 | Durch die nationale Brille: auf EU-Gipfeln ändern sich die Spielregeln

Die Gipfel des Europäischen Rats sind stark ritualisierte Großereignisse der EU-Kommunikation, die regelmäßig zu einer Fokussierung von Medienaufmerksamkeit führen und einen hohen Medialisierungsgrad aufweisen. Hier treten politische Akteure in einer Doppelrolle auf: Sie sind sowohl Vertreter des Europäischen Rats als auch Sachwalter ihrer nationalen Interessen.

Die Staats- und Regierungschefs können ihre Macht nur in nationalen Wahlen bestätigen und erneuern. Daher bleiben auch die nationalen Öffentlichkeiten ihr wesentlicher Bezugspunkt und Adressat. Sie sind darauf angewie-

sen, dass die Journalisten aus ihrem jeweiligen Heimatland positiv über sie berichten. Darüber hinaus können politische Akteure über die Medien laufende Verhandlungen beeinflussen, indem sie ihre Verhandlungspartner über den Weg der Öffentlichkeit unter Druck setzen. Auch zur Umsetzung dieser Strategie sind sie auf Journalisten angewiesen. Es kommt zu einer kommunikativen Verschränkung der nationalen und der europäischen Arena.

Im Gefolge der politischen Protagonisten reisen auch Journalisten aus den Mitgliedsstaaten, die in Brüssel auf das ständige Presse-Corps treffen. Im Zuge dessen halten im Nationalstaat institutionalisierte Handlungsregeln Einzug in die politische Kommunikation im Handlungsraum Brüssel. Dabei kommt es teilweise zu Irritationen zwischen EU-Korrespondenten und Hauptstadtjournalisten. Die angereisten Journalisten recherchieren, analysieren und berichten unter anderen Voraussetzungen als die in Brüssel ansässigen EU-Korrespondenten.

Um an Informationen zu gelangen, sind die angereisten nationalen Journalisten auf Gipfeln meist stärker auf politische Akteure und deren Sprecher angewiesen als ihre Brüsseler Kollegen. Sie haben nur selten Zugang zu internationalen Netzwerken. In der von den Heimatmedien geforderten Geschwindigkeit zu berichten und im Wettbewerb zwischen den Medien bestehen zu können, setzt sie meist unter großen Druck. Diese Journalisten sind nicht in Brüssel sozialisiert und verfolgen in erster Linie nationale Relevanzkriterien und Deutungsmuster. Für sie ist der Gipfel ein internationaler Auftritt ihres Regierungschefs. Berichterstattung wird hier mit prominenten Köpfen personalisiert und über die Konflikte zwischen den Regierungschefs dramatisiert. Es wird deutlich, dass EU-Korrespondenten Entscheidungen in der Berichterstattung aus einer eher europäischen Perspektive treffen, während ihre Kollegen im Herkunftsland einen nationalen Blickwinkel einnehmen.

Diese Forschungsergebnisse weisen nicht auf eine Europäisierung journalistischer Routinen hin, vielmehr werden die Gipfel des Europäi-

schen Rats zu einer Kulisse, vor der die Performance der nationalen Politiker bewertet wird. Die Kommunikationsanreize der politischen Akteure haben ihren Ursprung in erster Linie im nationalstaatlichen Kontext. Der Preis dieser Art der EU-Berichterstattung ist die Nationalisierung: Konflikte werden überbetont, verhandelnde Politiker zu Siegern oder Verlierern erklärt.

4 | Das Blame Game: niemand ist verantwortlich, der schwarze Peter stets in Brüssel

Die Verhandlungen im Europäischen Rat finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Im Anschluss an die Sitzungen brieft jede Delegation die nationalen Medienvertreter. Nun kommunizieren die Regierungschefs zunächst ihre eigene Deutung der Verhandlungen in jeweils eine der 27 Medienöffentlichkeiten. Dies geschieht nicht selten auf Kosten europäischer Institutionen sowie der anderen 26 Mitgliedsstaaten. ‚Die EU‘ – oder wie es oft pauschalisierend heißt: ‚Brüssel‘ – wird für unpopuläre politische Entscheidungen oder Missstände verantwortlich gemacht.

Erfolge europäischer Politik werden hingegen als Eigenleistung der politischen Akteure dargestellt. Gerhards et al. (2009) sprechen in diesem Zusammenhang von der „Attribution von Verantwortung“. EU-Richtlinien werden populistisch kritisiert, gleichzeitig wird verschwiegen, dass die eigene Regierung an deren Entstehung maßgeblich beteiligt war.

Die bestimmende Frage ist daher häufig, was der jeweilige Regierungschef in Brüssel für sein Land herausgeholt hat. Die Staats- und Regierungschefs stellen sich vor den eigenen Heimatmedien oft als Verhandlungssieger dar. Weil jede Delegation sich zunächst an die eigene Heimatöffentlichkeit wendet, funktioniert diese Taktik. Diese Strategien fördern jedoch die Entstehung von populistischen und verkürzten Betrachtungsweisen der EU-Politik. Sie befeuern das Wiederaufkommen von Nationalismen in der politischen Debatte.

5 | Das Europa-Paradox: mehr Berichterstattung, weniger Europa?

Im Rahmen der Krisenberichterstattung, die häufig Gipfelberichterstattung ist, sind diese Rollenmuster und Strategien gut sichtbar. National angelegte Relevanzkriterien und Deutungsmuster bestimmen die Arbeitsweise von politischen Sprechern und Journalisten. Dabei lässt sich aus den Forschungsergebnissen folgern, dass gerade auch die nationalen politischen Akteure große Verantwortung dafür tragen, eine ausgewogene und faire EU-Berichterstattung möglich zu machen.

Zudem wird deutlich, dass bestimmte Handlungsorientierungen für Journalisten und politische Sprecher bereits in der institutionellen Struktur der EU angelegt sind. Im Zuge der Eurokrise und der intensivierten europapolitischen Diskussion sind bereits Reformvorschläge aufgekommen, die nicht nur in der europäischen Politik, sondern auch in der EU-Berichterstattung neue Akzente setzen könnten – so zum Beispiel die Aufstellung transnationaler Spitzenkandidaten für die Parteifamilien des EU-Parlaments (vgl. Preuß/Franzius 2011: 179) oder die Direktwahl des Kommissionspräsidenten (Kumm 2012). Die weitere Entwicklung der EU-Berichterstattung stellt gerade in Zeiten der Krise ein spannendes und dynamisches Forschungsfeld dar. Die Mechanismen und sozialen Regeln der Europakommunikation müssen noch besser erforscht werden. Denn diese ist als Bedingung für eine informierte Willens- und Meinungsbildung der EU-Bürger existentiell wichtig für das Gelingen des europäischen Projekts.

Claudia K. Huber ist Politik- und Medienwissenschaftlerin und arbeitet zu Fragen der internationalen Politik für die Alfred Herrhausen Gesellschaft in Berlin. Kontakt: claudia.k.huber@db.com.

Literatur

Baisnée, Olivier 2002: Can political journalism exist at the EU level? In: Kuhn, Raymond/Neveu, Erik (Hg.): Political Journalism. New challenges, new practices. London: Routledge, 108-128.

Gerhards, Jürgen/Offerhaus, Anke/Roose, Jochen 2009: Wer ist verantwortlich? Die Europäische Union, ihre Nationalstaaten und die massenmediale Attribution von Verantwortung für Erfolge und Misserfolge. In: Pfetsch, Barbara/Marcinkowski, Frank (Hg.): Politik in der Mediendemokratie. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 529-558.

Hallin, Daniel C./Mancini, Paolo 2003: Drei Modelle von Medien, Journalismus und politischer Kultur in Europa: Grundlegende Überlegungen zu einer komparativen europäischen Journalismusforschung. In: Kopper, Gerd G./Mancini, Paolo (Hg.): Kulturen des Journalismus und politische Systeme. Berlin: Vistas, 11-27.

Huber, Claudia K. 2012: Zwischen Routine, Ratspräsidentschaft und Gipfel. Interaktionen von Medien und Politik in der Europäischen Union. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Huber, Claudia K. 2007: Black Box Brüssel. Journalismus zwischen Affirmation und Kontrolle. www.netzwerkrecherche.de/files/mmd-dossier-2007-black-box-bruessel.pdf [25.05.2013].

Kandyla, Anna-Angela/de Vreese, Claes 2011: News media representations of a common EU foreign and security policy. A cross-national content analysis of CFSP coverage in national quality newspapers. In: Comparative European Politics, 9 (1), 52-75.

Kumm, Mattias 2012: Democratic Governance Of The Euro: Two Practical Suggestions. www.verfassungsblog.de/democratic-governance-euro-europe/#.Ua10Q4Jfy8w [25.05.2013].

Marcinkowski, Frank/Pfetsch, Barbara 2009: Politik in der Mediendemokratie. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 42. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Meyer, Christoph O. 2002: Europäische Öffentlichkeit als Kontrollsphäre: Die Europäische Kommission, die Medien und politische Verantwortlichkeit. Berlin: Vistas.

Preuß, Ulrich K./Franzius, Claudio 2011: Für ein demokratisches Europa. Zur Zukunft der europäischen Demokratie. www.boell.de/downloads/Europaeische_Demokratie.pdf [25.05.2013].

Statham, Paul 2008: Making Europe news: How journalists view their role and media performance. In: Journalism, 9 (4), 398-422.

Wessels, Wolfgang 2008: Das politische System der Europäischen Union. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Europäische Öffentlichkeit als Fata Morgana

Gerd Mielke

1 | Seit den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sind die Diskussionen um die Zukunft des „europäischen Projekts“ in einer zunehmend gedämpften Atmosphäre verlaufen. In

den ersten Nachkriegsjahrzehnten und unter dem Eindruck der Systemkonkurrenz des Ost-West-Konflikts standen noch eindeutig die Erleichterung über die friedenserhaltenden und Demokratie sichernden Begleitumstände der

europäischen Integration und der Stolz auf die Wachstum und Wohlstand fördernden Effekte im Vordergrund. Friede, Demokratie und breiter Wohlstand der Bevölkerungen erschienen als Markenzeichen westlicher Demokratien, die vor allem in Europa durch einen ausgeprägten, staatlich gestützten „welfare capitalism“ (Esping-Andersen 1990) sozialen Frieden und soziale Gerechtigkeit hervorbrachten. Seit gut drei Jahrzehnten – und dem Ende des Ost-West-Konflikts – geht die Sorge um, der europäische Markenkern könnte zerfallen. Unter den Randbedingungen einer rasant angewachsenen Zahl von EU-Mitgliedstaaten und einer immer enger verzahnten politischen und wirtschaftlichen Union geraten die magischen Verheißungen von Wachstum und Wohlstand in Wohlfahrt, Frieden und Demokratie in Zweifel. Spannungen zwischen den Ansprüchen einer auf globalen Wettbewerb ausgerichteten Wirtschaft und den Teilhabewünschen und sozialstaatlichen Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten treten zu Tage.

Dabei richten sich die Zweifel in besonderem Maße auf die Zukunft der Demokratie. Durchbruch und Festigung der Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg gelten gerade in Europa als zentrale Voraussetzung für den Eintritt in eine lange und stabile Periode des Friedens auf dem Kontinent, der über Jahrhunderte hinweg Schauplatz erbitterter Kriege gewesen ist. Aber auch für Wachstum und Wohlstand gilt die Demokratie als Schlüsselgröße. Sie schaffte zunächst im westlichen Europa während der Nachkriegsjahrzehnte einen politischen Rahmen, in dem sich die einzelnen Volkswirtschaften und die von ihnen getragenen gesellschaftlichen Zustände in geordneten Interessenkonflikte und auf der Grundlage prinzipiell tragfähiger Wohlfahrtsstaatsmodelle in einer Weise entwickeln konnten, die politischen Konsens und politische Legitimation gleich auf mehreren Säulen begründen konnte.

Nun sind einige Schatten auf die Vision eines auch demokratischen Europas gefallen. Zu nennen sind hier etwa die verweigerten Zustimmungen zum EU-Verfassungsvertrag in

Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005; das aufgeregte Befremden von EU-Vertretern, das sich jeweils gegen die mehr oder minder präzise von der griechischen Regierung angekündigten Referenden zu den gegenüber Griechenland verhängten öffentlichen Sparmaßnahmen äußerte; aber auch die beschwörenden Diskussionen über die von Premierminister Cameron ebenfalls recht ungefähr angekündigte Volksabstimmung zur Form des weiteren Verbleibs Großbritanniens in der EU. All diese Vorkommnisse, so verschieden ihre jeweiligen politischen Kontexte im Einzelnen gewesen sein mögen, kann man auch als Zeichen für deutlich und wohl auch wachsende Vorbehalte in verschiedenen Mitgliedsländern der EU gegen eine Fortschreibung des bisherigen Integrationskurses deuten. Kurzum: Die europäische Entwicklung der letzten Jahre hat den Eindruck gefördert, dass „die EU selbst nicht gerade ein glänzendes Vorbild in Sachen Demokratie“ ist (Crouch 2008: 137) und – in noch skeptischerer Tonlage – dass „die Demokratie, wie wir sie kennen, auf dem Weg ist, als redistributive Massendemokratie sterilisiert und auf eine Kombination von Rechtsstaat und öffentlicher Unterhaltung reduziert zu werden...Dieser Prozess der Entdemokratisierung des Kapitalismus ...ist ...seit der Krise von 2008 weit vorangekommen, auch und gerade in Europa“ (Streck 2013: 28).

Wenn nun aus Anlass einer Konferenz zum Jubiläum eines sozialwissenschaftlichen Forschungsjournals, das für sich stets die Rolle eines kritischen Kommentators sozio-ökonomischer, kultureller und politischer Entwicklungen reklamiert hat, über die Kategorie der Öffentlichkeit in Europa und über die Bedeutung kritischer intellektueller Diskurse im europäischen Kontext diskutiert wird, so ordnen sich diese Themen reflexartig in die skeptische Diskurskulisse über die Demokratiedefizite der Europäischen Union ein. Bieten sich – das ist die Frage – auf der Ebene der Öffentlichkeit optimistischere Perspektiven für ein demokratisches Europa an als auf den Feldern des institutionellen Gefüges oder der Politik-

entwicklung, die Autoren wie Colin Crouch oder Wolfgang Streeck zu eher pessimistischen Einschätzungen gelangen lassen?

2 |

Ulrich K. Preuß hat hierzu einen grundlegenden theoretischen Beitrag zu den Perspektiven einer europäischen Öffentlichkeit vorgelegt, der einerseits einige „Defizite europäischer Öffentlichkeit“ deutlich herausarbeitet und sie zunächst als „notleidend“ etikettiert, aber zugleich sieht er doch auch prinzipiell Hoffnungsvolles und rät „die Flinte nicht zu früh ins Korn (zu) werfen“ (Preuß, in diesem Heft: 12, 16).

Skizzieren wir zunächst kurz seine Analyse. An den Anfang stellt Preuß eine Betrachtung des Begriffs der „Öffentlichkeit“ und unterscheidet zwischen einer soziologisch-empirischen und einer politisch-normativen Bedeutung. Das „erstere bezeichnet die Sichtbarkeit und offene Zugänglichkeit einer allgemein zugänglichen Sphäre des kommunikativen Austauschs“ (Preuß, in diesem Heft: 12). Im politisch-normativen Sinne hat der Begriff der „Öffentlichkeit“ hingegen, so Preuß, „die Herrschaftsbeziehungen in einem politischen Gemeinwesen zum Gegenstand. Öffentlichkeit wird als ein Medium der Legitimation, Kontrolle und Kritik politischer Herrschaft begriffen“ (13).

Dieser innige Bezug des Begriffs der Öffentlichkeit zum politischen Gemeinwesen über die Kategorien der Legitimation, Kontrolle und Kritik politischer Herrschaft stellt sich nach Preuß auf der Ebene des modernen Nationalstaats ein. Nationale Streitfragen und Probleme wie etwa die Bewältigung der deutschen Einheit oder der angemessene Umgang mit Zuwanderern aus den vormaligen französischen Kolonien lösen im Regelfall öffentlich-politische Diskussionen aus, die dann in Deutschland und Frankreich als betroffene Nationen zu jeweils spezifischen Annäherungen an ein vorläufiges, prinzipiell immer korrigierbares Selbstverständnis führen, das wiederum als vorläufiges Ergebnis eines öffentlichen Kommunikationsprozesses in die durch Abstimmun-

gen und Wahlen erfolgenden, regelmäßig sich wiederholenden Positionszuweisungen im politischen System Eingang findet. Problem- und Betroffenheitsrahmen, öffentlicher Diskursrahmen und der Rahmen, in dem sich die Auseinandersetzungen um politische Herrschaft und Verantwortung vollziehen, sind deckungsgleich.

Auf der europäischen Ebene finden wir allerdings, so Preuß, eine andere Konstellation vor, die er als fragmentierte Öffentlichkeit bezeichnet. Hierbei handelt es sich entweder um Teil- oder Fachöffentlichkeiten, in denen zu bestimmten sektoralen Problemen von Experten durchaus auch transnational kommuniziert wird, oder aber um gewissermaßen nebeneinander kommunizierende nationale Öffentlichkeiten. Weil aber die Europäische Union eben keine Nation ist, sondern „eine Union von Nationen“, entsteht bei der Diskussion europäischer Fragen im nationalen Rahmen allen falls „eine Union von Öffentlichkeiten“ (16), die in der Summe und in der Folge nicht Ausdruck einer vom europäischen Volk ausgehenden Legitimation politischer Herrschaft ist.

Behelfen wir uns auch diesmal mit einem aktuellen Beispiel: Hier ist bei fast allen Fragen von europäischem Zuschnitt wie etwa der dramatisch angewachsenen Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa eine Diskrepanz zwischen dem Problemrahmen, dem öffentlichen Diskursrahmen und dem politischen Gemeinwesen zu beobachten, innerhalb dessen sich ein öffentlich kontrollierter und legitimierter Prozess der politischen Positionszuweisung vollzieht. In „Brüssel“ getroffene und direkt oder mittelbar folgenreiche Entscheidungen lösen in Europa durchaus eine Vielzahl von öffentlichen Diskussionen und daraus sich entwickelnde Interpretationen der Entscheidungen und der ihnen zugrunde liegenden Probleme in den Staaten der Europäischen Union aus. Hier stoßen wir jedoch auf die Eigentümlichkeiten von Diskursen der fragmentierten Öffentlichkeiten. Entweder sind sie auf Teil- oder Fachöffentlichkeiten wie auf Konferenzen von Finanzwissenschaftlern, Bildungsökonomern, Jugendsoziologen oder Wohlfahrtsverbänden begrenzt und

dienen der Problemvergewisserung dieser sektoralen Experten, oder aber diese Kommunikationsprozesse werden jeweils in nationalen Diskussionsarenen und mit Blick auf die mit diesen eng verbundenen politischen Arenen geführt. So gibt es natürlich in Griechenland, Spanien, Portugal, aber auch in Dänemark und der Bundesrepublik intensive öffentliche Diskussionen über Ursachen, Folgen und politische Verantwortlichkeiten der Jugendarbeitslosigkeit. Mit diesem diskursiven Transfer auf die nationale Ebene werden die europäischen Probleme und die ihnen inhärenten politischen Entscheidungen in einen nationalen Diskussionsrahmen eingespeist, der dann in der Folge – ganz wie es dem politisch-normativen Begriff der Öffentlichkeit entspricht – wesentlich darüber bestimmt, welche politischen Folgen die Jugendarbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern hat. Je nach Diskussionsverlauf bestimmen diese Öffentlichkeiten mit darüber, welche Gestalt die politischen Kräfteverhältnisse in den jeweiligen Ländern annehmen werden.

Die nationalen Diskussionen – als Teile einer fragmentierten europäischen Öffentlichkeit im Sinne von Ulrich Preuß – spiegeln jedoch höchst unterschiedliche Betroffenheits-, Erfolgs- und Verantwortlichkeitsszenarien und daraus hervorgehende Präferenzordnungen bei Wählern und Parteien wider. Die politischen Positionszuweisungen, die sich aus diesen nationalen Diskussionen über europäische Probleme und die für die jeweiligen Länder spezifischen Manifestationen dieser Probleme ergeben, erfolgen nicht mehr unter der Würdigung des europäischen Gesamtzusammenhangs. Allen Beteiligten der Diskussion im Rahmen nationaler Öffentlichkeiten bzw. einer fragmentierten Teilöffentlichkeit bleibt also immer die Option, einen Teil der Verantwortung für die nationalen Betroffenheiten auf andere Akteure außerhalb des nationalen Diskussionsrahmens zu verschieben. Damit verfügen die politisch Verantwortlichen auf der nationalen Ebene gewissermaßen über eine in den Diskussionsprozess eingebauten Schutzmechanismus der

Problemverzerrung und Problemverlagerung, den sie jeweils für eine Verbesserung ihrer Position in diesem öffentlichen Kampf um politische Unterstützung und Einfluss – allerdings eben auf der nationalen Ebene – in Gang setzen können. Kurzum: Man spielt auf den nationalen Bühnen das allseits bekannte „blame game“: „Brüssel“ ist schuld.

Die besondere Pointe bei diesen nationalen Diskursen über die Verantwortung für wirtschaftliche oder soziale Missstände, die vermeintlich oder auch wirklich aus dem EU-Kontext hervorgehen, besteht allerdings darin, dass „Brüssel“ in der Gestalt des für immer mehr Politikbereiche zuständigen bürokratisch-administrativen Komplexes der EU-Kommissariate nicht oder allenfalls sehr mittelbar von den nationalen Öffentlichkeiten in seinem Herrschaftsgebaren kontrolliert werden kann. Was ist der Ausweg aus dieser tückischen Malaise, in der europäische Fragen und Probleme immer wieder und zwangsläufig in den Sog fragmentierter Teilöffentlichkeiten geraten, die eben nicht die Legitimation der von Preuß umrissenen politisch-normativen Öffentlichkeit einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft stiften und vor allem nicht entsprechend akzeptable Lösungen hervorbringen? Preuß schlägt hier die „transnationale Codierung gesellschaftlicher Konflikte“ (17) vor. Damit ist ganz offensichtlich ein diskursiver Prozess bzw. sein Resultat gemeint, bei dem sich bei den Beteiligten das Bewusstsein herausbildet, dass eine Reihe von Konflikten und Problemen nicht nur die Grenzen nationaler Politik in ihren Auswirkungen übersteigt, sondern dass diese Konflikte und Probleme auch in die praktische Selbstverständlichkeit münden sollten, sie in einem transnationalen diskursiven Prozess zu bearbeiten. Der Politikbereich, für den heute am ehesten eine derartige transnationale Orientierung in Betracht kommt, ist wohl der Bereich der Umweltpolitik, etwa mit seinem Themenfeld des Klimawandels und anderen, daraus hervorgehenden weiteren Problemen. Auch soziale Konflikte wie die schon angesprochene Jugendarbeitslosigkeit und andere

gesellschaftliche Auseinandersetzungen etwa um die zentralen Dimensionen wohlfahrtsstaatlicher Versorgung, können zu einer grenzüberschreitenden Politisierung führen und die Europäische Union zumindest auf einzelnen Politikfeldern und für eine vorläufige Zeitspanne der öffentlichen und diskursiven Auseinandersetzung zu einem europäischen politischen Raum machen. Dies könnte „jenen transnationalen öffentlichen Arenen die politische Dimension geben, die solchen Kämpfen in Demokratien ihren öffentlichen Charakter verleihen“ (17).

Die Schlüsselgröße in diesem Modell eines Transfers des nationalen Öffentlichkeitsmodells auf die europäische Ebene ist also die „transnationale Codierung“. Mit ihrer Hilfe bzw. durch sie kann die Öffentlichkeit gewissermaßen auf höherer politischer Ebene in das vertraute diskursive Wächteramt eingesetzt werden und den politischen Prozessen auf dieser zumindest einen Teil der demokratischen Legitimation verleihen, die ihnen derzeit – noch – fehlt.

3 |

Wie ist Preuß' These von einer transnationalen Codierung gesellschaftlicher Konflikte als Ausweg aus dem unbefriedigenden Gewirr fragmentierter Öffentlichkeiten und als Gegenstrategie zu den Entdemokratisierungsszenarien, wie sie Crouch und Streeck entwerfen, einzuschätzen? Eine erste Schwierigkeit, aus dem Modell von Preuß Fingerzeige für Annäherungen an politische Verfahrensweisen herauszulesen, hängt mit der abstrakten Begrifflichkeit zusammen, die Preuß bei seinen Überlegungen zum Konzept der Öffentlichkeit und der transnationalen Codierung benutzt. Die Begrifflichkeit erzeugt eine große Distanz zwischen der theoretischen Reflektion und den politischen Vorkommnissen und Strukturen, die damit erfasst werden sollen, und belässt die letzteren im Ungefähren.

Fasst man sich dennoch ein Herz und rückt das Modell von Preuß in den handfesten Kontext der Europäischen Union, ihrer Mitgliedstaaten und ihres institutionellen Gefüges, so fällt auf, dass Preuß nicht auf Akteure und

ihre Ziele eingeht, und zwar weder auf der nationalen noch auf der europäischen Ebene. Man stößt also sogleich mit Blick auf die Öffentlichkeit und die transnationale Codierung auf die Frage: Wer soll diese organisieren und vornehmen?

Die Ausblendung der Akteure erscheint deshalb bedauerlich, weil sich diese Verflechtung unterschiedlicher, prinzipiell souveräner politischer Einheiten auf einer höher angesiedelten Systemebene schon einmal als ein äußerst komplizierter, langwieriger und teilweise auch sehr konfliktreicher Prozess erwiesen hat, nämlich bei der Entstehung der europäischen – aber auch mancher überseeischer – Nationalstaaten. Der Prozess des „nation building“ kann durchaus Hinweise auch für den Aufbau einer europäischen Union liefern. Gehen wir also bei der kritischen Würdigung der These von Preuß in aller Kürze auf das Akteursproblem im Lichte einiger neuerer sozialwissenschaftlicher Forschungsdiskussionen ein.

4 |

Die Betrachtung nationaler Öffentlichkeiten in Europa, die als „Medium der Legitimation, Kontrolle und Kritik politischer Herrschaft“ begriffen werden, rückt sogleich die Struktur und Ressourcenzugänge der in diesen Kommunikationsprozess einbezogenen Akteure in den Vordergrund. Diese nationalen Öffentlichkeiten sind in aller Regel über lange Jahrzehnte, in manchen Fällen über ein ganzes Jahrhundert hinweg, entstanden. Sie repräsentieren sowohl auf der Seite der politisch Herrschenden und ihrer politischen Konkurrenten als auch auf der Seite der kritisch analysierenden und kommentierenden Diskursteilnehmer hochgradig stabile, wirtschaftlich, habituell und kulturell eng verflochtene Strukturen. Die Öffentlichkeiten konstituieren jeweils spezifische soziale Räume, in denen Politiker, Journalisten, Wissenschaftler, verschiedenste Arten von Interessenvertretern und die (Wahl-) Bevölkerung zusammenwirken. Als theoretischer Zugriff drängen sich für die Analyse der Struktur dieser Öffentlichkeiten und der in ihnen sichtba-

ren Akteure die soziologischen Kategorien des Feldes und des sozialen Raums mit ihren Beziehungen auf, in denen die Verteilung der Ressourcen und Eigenschaften sichtbar werden, „die in dem untersuchten Universum wirksam sind, jene Eigenschaften, die ihrem Besitzer zu Stärke, Macht und damit zu Gewinn verhelfen“ (Bourdieu 1997: 107). Den relationalen Charakter und gerade auch die historischen Tiefendimensionen der deutschen Öffentlichkeit hat beispielsweise Lutz Hachmeister in seiner Studie „Nervöse Zone“ sehr anschaulich dargestellt (Hachmeister 2007). Neben den politischen Strukturen, den kritisch-wissenschaftlichen Strukturen mit ihren Traditionen und Normen und der politischen Kultur, die in ihrer Gesamtheit das Verhalten der (Wahl-) Bevölkerung prägt, ist für diese Öffentlichkeiten kennzeichnend, dass in ihnen durch regelmäßige Wahlen die Vergabe der politischen Herrschaftspositionen erfolgt. Die nationalen Öffentlichkeiten ruhen auf grundsätzlich sehr stabilen Strukturen. Gleichwohl weisen sie in Europa eine gewisse Varianz auf. In den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas sind sie teilweise noch in einer Phase der Herausbildung und Profilierung. Aber auch in den etablierten europäischen Demokratien sind sie durchaus flexibel, absorbieren und integrieren neue politische und kulturelle Strömungen und Themen.

Gemeinsam ist diesen nationalen Öffentlichkeiten nicht nur, dass sie sich allesamt in dem Referenzrahmen des Nationalstaats entwickelt haben und sich auch weiterhin auf diesen Rahmen beziehen, sondern dass ihre politisch-normativen Diskurse in nahezu allen Mitgliedstaaten der EU seit Jahren in erheblichem Maße von europakritischen bzw. europafeindlichen Kräften mitbestimmt werden. Diese Gruppe der EU-Skeptiker und offenen EU-Gegner tritt in unterschiedlichen Organisationsformen auf, sei es als eigenständige rechtspopulistische und nationalistische Parteien, sei es als bedeutsame Minderheiten innerhalb anderer, prinzipiell durchaus europafreundlicher Parteien. In jedem Fall stellen sie mit ihren

publizistischen Hilfstruppen eine einflussreiche politische Größe dar, die der politischen Umsetzung einer Strategie transnationaler Codierungen enge Grenzen ziehen kann. Dies hat bislang zur Folge gehabt, dass Aus- und Überstiege auf eine transnationale Diskursebene, sofern sie überhaupt angestrebt wurden, diskret durch intergouvernementale Abmachungen erfolgen mussten. Um es zuzuspitzen: Einen Euro-Populismus, der sich für eine Verlagerung nationaler Souveränitäten auf die europäische Ebene stark gemacht hätte, hat es bislang nicht gegeben.

Diesen nationalen Öffentlichkeiten steht auf der europäischen Ebene ein politisch-administrativer Komplex gegenüber, der – anders als die politisch-administrativen Eliten auf nationaler Ebene – nicht in eine politisch-normative Öffentlichkeit eingelagert ist. Dies hängt wesentlich damit zusammen, dass in den ersten Jahrzehnten einer vorwiegend intergouvernemental interpretierten europäischen Integration¹ sich in „Brüssel“ das Selbstverständnis einer von Wahlen und damit einhergehenden, kritischen öffentlichen Debatten weitestgehend unabhängigen Bürokratie aus internationalen Experten etablieren konnte. Dieses, bis in die späten 1980er Jahre entwickelte Selbstverständnis eines von demokratischen Sanktionen unabhängigen bürokratischen Expertentums konnte sich auch über alle späteren, nur sehr zaghaften Demokratisierungsmaßnahmen hinweg erhalten. Der riesige bürokratische Komplex der Kommissionen und ihres organisatorischen Unterbaus befindet sich zwar durchaus in einem intensiven Austausch mit den Bürokratien der Mitgliedstaaten, externen Expertengremien und in einem überhaupt nicht mehr überschaubaren Gewirr lobbyistischer Strukturen, aber in eine politisch-normative Öffentlichkeit mit ihren kritischen Diskursen und den daraus sich ergebenden potentiellen Sanktionen ist „Brüssel“ nicht eingebunden. Diese konsequente Abschottung eines ständig wachsenden und mit neuen, weit reichenden Kompetenzen ausgestatteten bürokratischen Komplexes von öffentlicher Kontrolle ist in jedem Fall aus einer wie

auch immer gefassten demokratischen Perspektive ein bemerkenswerter, ein skandalöser Vorgang. Gemessen an den Gestaltungsansprüchen ungebremster bürokratischer Experten Herrschaft signalisiert er hingegen geradezu paradiesische Möglichkeiten.

Auf der Grundlage dieser, durch eine kritische Öffentlichkeit unkontrollierten und im Vergleich zu nationalen Bürokratien unglaublich privilegierten Position der EU-Bürokratie hat sich in „Brüssel“ in den letzten drei Jahrzehnten zusätzlich ein massiver Ideologisierungprozess vollzogen. Quer durch fast alle Kommissariate kann man den Vormarsch neoliberaler Politikansätze beobachten, die auf eine Entfesselung der Marktdynamiken und auf eine drastische Eindämmung redistributiver Maßnahmen und die Durchsetzung wirksamer wohlfahrtsstaatlicher Regulierungsversuche abzielen. Diese Ansätze haben durch die Einführung des Euro und das in diesem Zusammenhang etablierte Dogma des Konsolidierungsstaates noch

einmal eine deutliche Zuspitzung erfahren. Wolfgang Streeck hat in diesem Zusammenhang die EU als „Liberalisierungsmaschine“ bezeichnet (Streeck 2013: 148 ff.).

Betrachtet man die beiden Akteursgruppen, die prinzipiell bei Preuß' Konzept einer transnationalen Codierung eine Rolle spielen können, die Akteure innerhalb des Bannkreises nationaler Öffentlichkeiten und die Akteure unter der Tarnkappe bürokratischer Expertendiskretion, so ergibt sich ein komplementäres Bild. Die nationalen Akteure, die sich wegen oder trotz der Diskursbedingungen der nationalen Öffentlichkeiten in Herrschaftspositionen befinden, haben wenig Veranlassung, die Bedeutung der politischen Arena zu schmälern, der sie ihren Herrschaftsstatus verdanken. Überdies können sie mit dem Europäischen Rat und dem Ministerrat innerhalb des Institutionengefüges der EU ihren Einfluss auf die EU-Politik aus der jeweiligen nationalen Perspektive hervorragend geltend machen. Die



sen Einfluss zugunsten neuer, transnationaler Diskursforen in noch ungewissen Konstellationen zurückzustellen, ist also keine nahe liegende Strategie. Zudem müssen sie die jeweiligen EU- Skeptiker und EU-Gegner auf nationaler Ebene wachsam im Auge behalten und ihnen durch gezielte und symbolträchtige Berücksichtigung nationaler Interessen rechtzeitig den Wind aus den Segeln zu nehmen versuchen. Auch fast alle anderen Akteure innerhalb der nationalen Öffentlichkeiten haben geringe Möglichkeiten und Veranlassungen, aus dem nationalen Bezugsrahmen ihrer Diskurse auszurechnen: Strukturen und Traditionen der jeweiligen Mediensysteme, die Rekrutierung und Sozialisation der Wissenschaftler und Journalisten verweisen zunächst immer auf die nationalen Diskursarenen.

Auch von dem bürokratisch-administrativen Komplex der EU sind keine Impulse für einen Aufbau von europäischen Diskursarenen zu erwarten und zwar aus gleich zwei, sich wechselseitig verstärkenden Gründen. Zum einen bedeutete eine Hinwendung zum Prinzip der transnationalen Codierung eine grundsätzliche Schwächung der weitgehend unbehelligten Entscheidungs- und Implementierungsmöglichkeiten des bürokratisch-administrativen Komplexes. Zum andern hat die weitgehende, neo-liberale Ideologisierung der EU-Bürokraten und -Experten eine Sicht auf politische Entwicklung befördert, die ja gerade demokratische Diskurse im weitesten Sinne über kontroverse Fragen der politischen und gesellschaftlichen Ausgestaltung der EU durch die dynamischen Effekte marktwirtschaftlicher Prozesse zu ersetzen sucht: Die Vermeidung fest etablierter politischer Diskurse mit ihren Rechtfertigungszwängen im Rahmen politisch-normativer Öffentlichkeiten ist ja geradezu das Kennzeichen dieses „frivolen Experiments“ der EU-Bürokratie (Streeck 2013: 237) im Geiste der neo-liberalen Ideologie.

Die nationalen wie auch die Akteure auf der europäischen Ebene operieren also in Kommunikations- und Diskurskontexten, deren jeweils spezifische Logiken einen Überstieg auf

transnationale politisch-normative Diskurse unwahrscheinlich machen. Hinzu kommt, dass sowohl das Verharren in nationalen Diskursen als auch die Verweigerung von Diskursen bei den Akteursgruppen durchaus eine gewisse politische Entlastung verschafft. In den nationalen Öffentlichkeiten kann im Zuge des „blame game“ schadlos immer „Brüssel“ ein Teil der Verantwortung für nationale Probleme zugewiesen werden; der EU-Bürokratie drohen ja kaum Sanktionen. Der bürokratisch-administrative Komplex der EU verfügt inzwischen über ein umfassendes Instrumentarium an Fördermitteln und anderen Disziplinierungsmaßnahmen, dass die Strukturveränderungen, auf welche die Politik der EU ausgerichtet ist, und die mit ihnen verknüpften Zukunftsverheißungen eines durch Modernisierung und Strukturwandel erzeugten Wachstums von den nationalen Öffentlichkeiten hingenommen werden, auch wenn es in dem einen oder anderen Fall zu Protesten kommt. Dies hängt wesentlich damit zusammen, dass die europäische „Liberalisierungsmaschine“ auch auf nationaler Ebene in den letzten drei Jahrzehnten viele Verbündete gewonnen hat, die dankbar sind, dass ihnen „Brüssel“ die Mühen nationaler Liberalisierungspolitik in einem Akt der missionarischen Arbeitsteilung abnimmt.

5 |

Bislang haben wir die nationalen Öffentlichkeiten in der EU als eine einheitliche, nicht weiter differenzierte Gruppe behandelt. Das ist natürlich eine grobe Vereinfachung. Alle Mitgliedsstaaten der EU weisen unterschiedliche Entwicklungen auf. Ihre wirtschaftlichen Potentiale, die gesellschaftlichen und kulturellen Traditionen, ihre politischen Systeme, aber auch ihr politisches Gewicht innerhalb der EU und in der internationalen Politik differieren beträchtlich. Dieser Hinweis auf die unterschiedlichen Traditionen und Kulturen soll nun aber nicht signalisieren, dass Nationen hier verstanden werden als politische Gemeinschaften, die aus der Tiefe der Geschichte organisch herauswachsen und durch konstitutive

Merkmale der Gleichartigkeit definiert sind, seien diese Merkmale nun Sprache, Religion, ethnische Zugehörigkeit oder auch nur eine als zielgerichtet interpretierte gemeinsame Geschichte, die dann in die Entstehung einer so genannten Geschichtsnation einmündet (Oberndörfer 1993: 21 ff). Das hier zugrunde gelegte Nationenverständnis folgt stattdessen Anderson, Gellner, Hobsbawm und anderen, die in Nationen „imagined communities“ der Neuzeit sehen, die vermittels einer in die Vergangenheit projizierten Konstruktion ihre Traditionen erfinden (Anderson 1998, Hobsbawm 1992, Gellner 1998). Dabei schließt allerdings der Umstand, dass Nationen nicht gemäß ihrer selbst fabrizierten Mythen entstanden sind, langfristige Einflüsse auch konstruierter Identitäten auf die Bürger eines Nationalstaates sowie auf die in einem Staat vorfindbare politisch-normative Öffentlichkeit keineswegs aus².

Ernest Gellner macht nun in seinen Arbeiten zum Nationalismus auf einen Zusammenhang aufmerksam, der für unser Thema der transnationalen Codierung bedeutsam wird. Die Analyse des Verhältnisses der europäischen Nationalstaaten zu den auf ihrem Territorium vorfindbaren Kulturen und Sprachzonen zeigt, so Gellner, von West nach Ost ansteigende Schwierigkeiten bei der Integration dieser Kulturen in das staatliche Gehäuse. In Westeuropa konnten sich bereits vor der Ära der Nationalstaaten die großen und administrativ starken dynastischen Monarchien die verschiedenen Sprachen und Kulturen auf ihrem Territorium einverleiben. Dieser proto-nationalstaatliche Rahmen, der verschiedene Kulturräume integriert, wird schwächer, je weiter man ins mittlere und östliche Kontinentaleuropa gelangt. Dies wiederum hat zur Folge, dass die Nationenwerdung mit massiven ethnischen und kulturellen Integrationskonflikten einhergeht. Die Voraussetzungen und Chancen für eine transnationale Codierung sind also, folgen wir Gellner in dieser Beobachtung, in den westeuropäischen Öffentlichkeiten deutlich besser als in den mittel- und osteuropäischen Staaten. In diesen verdecken die vormals mit aller Härte

konstruierten nationalen Mythen und Kulturen nur mühsam unterdrückte Kulturrelikte³. Die politischen Gegenspieler der im Banne des jeweiligen Nationalismus agierenden Strömungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten sind in den Jahrzehnten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts im Übrigen bezeichnenderweise vor allem neo-liberale Strömungen, denen keine Spielarten nationaler politischer Entwicklung, sondern vor allem eine konsequente Hinwendung zu einer Schaffung möglichst uneingeschränkter Marktfreiheiten notwendig erscheinen.

Gellners Hinweis auf die unterschiedlichen Integrationsleistungen im Zuge des „nation building“ erweitert unser Verständnis von nationalen Öffentlichkeiten und den Problemen bei der transnationalen Codierung. Nationale Öffentlichkeiten sind nicht nur je unterschiedliche, vielfach verwurzelte soziale Räume, die als Öffentlichkeiten in aller Regel im Verlauf der Nationenwerdung zumeist eine wichtige Rolle spielten, ihre Entstehung hat zudem auch unterschiedliche politische, soziale und kulturelle Kosten erfordert, und entsprechend genießt der Erhalt nationaler Öffentlichkeiten in verschiedenen Mitgliedsstaaten sehr unterschiedliche Prioritäten. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Preuß' Anregung transnationaler Codierungen noch am ehesten in den Gründerstaaten der EU auf positive Resonanz stoßen würde, dass aber gerade in den neuen Mitgliedsstaaten gegenüber dieser Strategie mit starken Vorbehalten zu rechnen wäre.

6 |

Bei der Befassung mit Preuß' Überlegungen zu einer europäischen Öffentlichkeit sind wir, so lassen sich diese Anmerkungen zusammenfassen, auf drei Problemfelder gestoßen, in denen jeweils beträchtliche Hindernisse und Widerstände gegen die Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit sichtbar werden.

Zum einen zeigt der Blick auf die Akteure, die in den jeweils nationalen, aber auch in der erst noch zu realisierenden europäischen Öffentlichkeit Diskurse anstoßen und führen kön-

nen, sehr gegensätzliche Kommunikations- und Herrschaftslogiken. Die Einbettung nationaler Akteure in die entsprechenden Öffentlichkeiten wird sich in den Zeiten moderner Mediendemokratie eher verstärken als abschwächen. Umgekehrt wird das Macht- und Herrschaftsinteresse des bürokratisch-administrativen Komplexes der EU wenig Veranlassung geben, die durch öffentliche Diskurse weitgehend unkontrollierten und durch keine Sanktionen bedrohten Positionen aufzugeben und sich öffentlichen Diskussionen mit all ihren Risiken auszusetzen.

Sodann erscheint zweitens auf der Grundlage von Gellners Überlegungen die Kategorie der nationalen Öffentlichkeit unbedingt differenzierungswürdig. Nationale Öffentlichkeiten in Europa sind nicht nur tief verwurzelte und nach außen immer noch relativ abgeschottete Räume, sie bergen auch je nach Mitgliedsstaat unterschiedliche Konfliktpotentiale, wenn in ihnen die Kategorie des Nationalen zur Disposition gestellt wird. Mit der großen Zahl von Mitgliedsstaaten, die erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zur EU gestoßen sind, haben sich die Voraussetzungen für die Schaffung transnationaler Öffentlichkeiten erheblich verkompliziert.

Drittens schließlich hat sich in den letzten Jahrzehnten auch in der Europäischen Union eine markante ideologische Veränderung im Vergleich zu den ersten Nachkriegsjahrzehnten vollzogen. In ihrem Kern besteht sie in dem Versuch, gerade in der EU die dort in zahlreichen Mitgliedstaaten immer noch fest etablierten Systeme des staatlich gestützten „welfare capitalism“ um- und abzubauen zugunsten einer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Ordnung, die vornehmlich auf die Logiken globalisierter Märkte ausgerichtet ist. Angela Merkels viel zitiertes Diktum der „marktkonformen Demokratie“ trifft den Kern dieser Ideologie ganz genau. Der liberale Vormarsch gegen einen staatlich gesicherten „welfare capitalism“ ist aber nicht nur auf der EU-Ebene zu beobachten; auch in einzelnen Mitgliedsstaaten haben sich starke poli-

tische Kräfte unter der Devise „Wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit im globalen Rahmen“ gegen die Anhänger wohlfahrtsstaatlicher Absicherungen sehr erfolgreich in Stellung gebracht. Im Zuge dieser Liberalisierungsstrategie sind transnationale, aber auch nationale politisch-normative Öffentlichkeiten letztlich disfunktionale Störfaktoren.

In allen drei Diskussionszusammenhängen erscheint eine politisch-normative Öffentlichkeit, wie sie Preuß auf der nationalen Ebene noch gegeben sieht und sie für die europäische Ebene immerhin in Betracht zieht, als ein fragwürdiges Relikt aus einer Epoche der Staatenbildung und Nationenwerdung, die im Einklang mit dem Leitbild der „offenen Republik“ stand. Ob das Konzept der politisch-normativen Öffentlichkeit auf der nationalen Ebene noch den diskursiven Prozessen und den wirklichen politischen Entscheidungsverläufen entspricht, müssen Einzelstudien und längerfristige historische Untersuchungen einzelner, nationaler Öffentlichkeiten, d.h. der Mediensysteme, der politischen Akteure, der journalistischen Zunft, der ökonomischen Grundlagen und Besitzverhältnisse und ähnliches mehr, zeigen. Mit Blick auf die europäische Ebene zeichnet sich ein Bild ab, das jedoch durch eher gegenläufige Entwicklungen gekennzeichnet ist. Allein schon die fortlaufende Artikulation pluralistischer Interessenvielfalt im europäischen Rahmen erscheint nach den hier angesprochenen Befunden sowohl durch fehlende Kommunikationsstrukturen und durch die Interessen der dafür überhaupt in Betracht kommenden Akteure kaum vorstellbar.

In den Hoffnungen auf eine europäische Öffentlichkeit und in der Beschwörung ihrer heilsamen Kräfte kommt es zu einer intellektuellen Spiegelung des Optimismus, der die europäische Integration in den Nachkriegsjahrzehnten begleitet hat, in die Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union. Aber diese Spiegelung entfaltet sich über einer wirtschaftlichen und politischen Landschaft der Europäischen Union, die sich gegenüber dem Europa jener seltsam fernen 60er und 70er

Jahre des 20. Jahrhunderts von Grund auf verändert hat. In diesem Sinne erscheint die europäische Öffentlichkeit als politisch-normative Fata Morgana, aber immerhin: Man kann sie sehen.

Gerd Mielke ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Kontakt: mielke@politik.uni-mainz.de

Anmerkungen

- ¹ Zu dem in der Politikwissenschaft gängigen Gegensatz zwischen einem intergouvernementalen und supranationalen Integrationskonzept siehe: Holzinger, Knill, Peters, Rittberger, Schimmelfennig, Ritter (2005), S. 22-39.
- ² Die Schaffung eben solcher Öffentlichkeiten ist in vielerlei Hinsicht ein konstitutives Element in der Frühphase der Nationenwerdung, oftmals bis zur Festlegung und Durchsetzung einer Nationalsprache als Baustein einer durch Schulen, Universitäten, Theater, Verlage und andere Elemente der Öffentlichkeit geschaffenen nationalen Kultur.
- ³ Gellner würde seine These vom Ost-West-Gefälle bei der Intensität der Anstrengungen, die Nationalkulturen aufrecht zu erhalten, durch den Zerfall Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, aber auch durch die starken nationalistische Strömungen in Ungarn bestätigt sehen. Das westeuropäische Gegenmodell wäre durch demgegenüber auf Kompromisse mit den vormals integrierten Teilkulturen ausgerich-

teten politischen Strategien wie die so genannte „Devolution“ in Großbritannien oder die Akzeptanz von Teilautonomien wie in Spanien gekennzeichnet.

Literatur

Anderson, Benedict 1998: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Berlin.

Bourdieu, Pierre 1997: Der Tote packt den Lebenden. Schriften zur Politik und Kultur 2. Hamburg.

Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Frankfurt.

Esping-Andersen, Gosta 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton.

Gellner, Ernest 1997: Nationalism. London.

Hachmeister, Lutz 2007: Nervöse Zone. Politik und Journalismus in der Berliner Republik. München.

Hobsbawm, Eric 1992: „Inventing Traditions“. In: Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence (Hg.): The Invention of Tradition. Cambridge, Canto Edition.

Holzinger, Katharina/ Knill, Christoph/ Peters, Dirk/Rittberger, Berthold/Schimmelfennig, Frank/Wagner, Wolfgang 2005: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Paderborn, München, Wien, Zürich.

Oberndörfer, Dieter 1993: Der Wahn des Nationalen. Die Alternative der offenen Republik. Freiburg.

Streeck, Wolfgang 2013: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin.

„Werkstattberichte politischer Zeitschriften“

Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft

Julia Lepperhoff

Möglichkeiten und Grenzen einer Diskurspolitik aus feministischer Perspektive

„Wie Öffentlichkeit definiert und gestaltet werden könnte, das wurde zu einer Schlüsselfrage der Emanzipationsbewegungen der Frauen und hat feministische Wissenschaftlerinnen [...] beschäftigt“
(Klaus 2004: 209).

Als historischer Ausgangspunkt war mit dem Ausschluss von Frauen aus einer bürgerlich definierten Öffentlichkeit ein Dualismus von Öffentlichkeit und Privatheit verknüpft, in denen Frauen der private und Männern der öffentliche Raum zugewiesen wurde. Der Zugang zur Öffentlichkeit musste für Frauen erst errungen werden. Aus heutiger Sicht hat sich diese duale Perspektive stärker verflüssigt und muss einer differenzierten Betrachtung weichen, die vielfältige Öffentlichkeiten in den Blick nimmt. So haben sich feministische Medienöffentlichkeiten als eine Teil- bzw. Fachöffentlichkeit formieren können. Die Femina Politica, Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, hat im wissenschaftlichen und politischen Diskurs einen Platz eingenommen, den die traditionelle Linke – und in Teilen auch die kritische Linke – frei gelassen hat: Mit der feministischen Auseinandersetzung um geschlechterpolitisch relevante Diskurse wurde eine Leerstelle besetzt, deren ansatzweises Ausfüllen untrennbar mit der Hoffnung auf den Wandel hin zu einer kritischeren Öffentlichkeit verbunden ist (Kurz-Scherf et al. 2009).

Inzwischen sind feministische Themen zumindest teilweise im politischen Diskurs angekommen, ob es nun die Quotenfrage oder

die Debatte um Sexismus ist. Dennoch ist zu fragen, in welcher Art und Weise die Themen im Mainstream verhandelt werden und welches Framing sie erfahren. Vor diesem Hintergrund besteht in einer politikwissenschaftlichen wie feministisch orientierten Zeitschrift wie der Femina Politica die Chance, selbstbestimmt die Agenda zu setzen. So greift die Zeitschrift Themen auf, über die sonst nicht oder nur zum Internationalen Frauentag am 8. März berichtet wird. Dabei Themen zu setzen, die auch über den festen LeserInnenkreis hinaus Resonanz erzeugen und Diskurse anstiften können, gelingt immer dann, wenn die Redaktion einen „Riecher“ entwickelt für ein Thema, zu dem es bislang wenig politikwissenschaftliche Forschung gibt. Beispielhaft lassen sich Hefte nennen zu Geschlechterdemokratie, Diversity Politics oder zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Dabei wird versucht, zentrale Themen und Diskurse aufzugreifen, aber durch den feministischen, geschlechterpolitischen Zugang eben auch eine andere Perspektive einzunehmen: Was bedeutet Geschlecht z.B. für Methoden, Europa, Krieg und Frieden oder Ökonomie? Eine weitere Möglichkeit, Diskurse anzustiften, sind wissenschaftliche und/oder politische Veranstaltungen. Wissenschaftlerinnen, Journalistinnen, Politikerinnen, intellektuelle Frauen zusammenzubringen kann politisch identitätsstiftend und mobilisierend wirken. Es geht aber nicht nur um Diskurse, sondern auch um die Akteurinnen und Akteure, die sie tragen. So finden sich in der Femina Politica Interviews mit und Berichte über politische Akteurinnen, deren Stimme sonst nicht gehört wird (z.B. die Macherinnen eines Frauenradios in Burundi). Auch schreiben in der Femina Politica nicht

nur die „Größen“ der feministischen Politikwissenschaft, sondern auch jene, „die nachwachsen“ und die (noch) keineR kennt. Die Autorinnen und Autoren sind somit das größte Potenzial der Zeitschrift. Die Grenzen liegen wiederum in der begrenzten Reichweite feministischer Medienöffentlichkeiten und der Frage, wie die hierarchische Anordnung von Öffentlichkeiten von feministischer Seite aufgebrochen werden kann.

Das Profil der Zeitschrift

Die Femina Politica ist die einzige deutschsprachige Fachzeitschrift für feministische Politik und Politikwissenschaft. Zielsetzung ist es, feministischem Denken eine Öffentlichkeit zu geben. Denn der Ausschluss von Frauen und die De-Thematisierung und Marginalisierung der Kategorie Geschlecht sind nach wie vor konstitutiv für die politische Theorie und Praxis des Mainstream. Die Femina Politica besteht seit 1997 und erscheint zwei Mal jährlich beim Verlag Barbara Budrich, jeweils mit einem Umfang von etwa 180 Seiten. Im Heft gibt es einen umfangreichen politikwissenschaftlichen Themenschwerpunkt und eine Rubrik namens „Tagespolitik“, in der aktuelle geschlechterpolitische Ereignisse wie z.B. der „Indian Bus Rape Case“ oder das Betreuungsgeld aus feministischer Perspektive analysiert werden. Daneben gibt es Rubriken wie Rezensionen, Neuerscheinungen oder Beiträge aus Lehre und Forschung. Der Kreis der Herausgeberinnen besteht aus rund fünfzehn Frauen, die ganz überwiegend Politikwissenschaftlerinnen sind. Regelmäßig arbeitet die Femina Politica auch mit Gastherausgeberinnen zusammen. Die Redaktion arbeitet ausschließlich ehrenamtlich, was manchmal als mühevoll, aber sehr viel öfter als Freiheit und politische Unabhängigkeit erlebt wird. Herausgeberinnen und Redaktion sind identisch, was in der Landschaft der politischen Zeitschriften nicht die Regel ist, aber dem Selbstverständnis der Femina Politica von Selbstorganisation und Demokratie entspricht.

Die Geschichte der Femina Politica ist auch die Geschichte einer Professionalisierung: So wurde der Redaktion der Femina Politica am 8. März 2000 der Margherita-von-Brentano-Preis „für besonders hervorragende Projekte und Maßnahmen zur Förderung von Frauen“ von der Freien Universität Berlin verliehen, welcher der damals mit 20.000 DM höchstdotierte Frauenpreis in der Bundesrepublik war. Ursprünglich im Selbstverlag erschienen, wechselte die Femina Politica im Jahr 2005 zum Verlag Barbara Budrich. 2012 etablierte die Femina Politica schließlich einen wissenschaftlichen Beirat, der die Zeitschrift in publikationsstrategischen Fragen berät.

Das politische Profil der Femina Politica ist durch feministische Ideen auf der einen Seite und den politikwissenschaftlichen Fachbezug auf der anderen Seite charakterisiert: Bewegungspolitisch ist die Femina Politica der zweiten Welle der Frauenbewegungen verbunden (Gerhard 1995). Sie ist explizit eine feministische Zeitschrift, die einen Beitrag leisten will „zu einem grundlegenden Wandel der Geschlechterverhältnisse und damit verbundener gesellschaftlicher Ungleichheit und Abwertung“ (Lenz 2004: 666). Diesem kritischen sozial-emanzipatorischen Anspruch treu zu bleiben, aber auch das Verhältnis von feministischer Theorie und Praxis immer wieder neu zu justieren, ist für die Zeitschrift Anliegen und Aufgabe zugleich. Daher versteht sich Femina Politica auch als Informations- und Kommunikationsorgan politisch und politikwissenschaftlich engagierter Frauen. So gehört es zum Selbstverständnis der Femina Politica, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen theoretischen und praktisch-politischen Themen zu garantieren. Wissenschafts- und fachpolitisch, d.h. mit Blick auf die Institutionalisierung innerhalb der Politikwissenschaft, ist die Femina Politica in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), in einem der zwei großen Fachverbände der Politikwissenschaft, verortet. 1991 gründete eine Gruppe Berliner Politologinnen – mit enger personeller Überschneidung zur Femina Politica bzw. zu ihrem Vorläufer

„Rundbrief“ (1991-1997) – in diesem Kontext den Arbeitskreis „Politik und Geschlecht“ und das Netzwerk politikwissenschaftlich und politisch arbeitender Frauen. Diese Gruppe versuchte, eine männlich geprägte Institution gleichzeitig zu erobern und zu verändern und setzt(e) auf Nachwuchs- und Frauenförderung. So fördert die *Femina Politica* Frauen in der Wissenschaft z.B. durch die Bevorzugung von inhaltlich qualifizierten Abstracts von Frauen. Auch sollen Themen der Frauenforschung, die inzwischen durch Themen der Geschlechterforschung sowie der Gender und Queer Studies erweitert wurden, im Mainstream des Fachs etabliert werden.

Die *Femina Politica* in der publizistischen Landschaft

Insgesamt lässt sich die *Femina Politica* nicht als Bewegungsmedium im engeren Sinne einordnen. Weder ist die Zeitschrift direkt an Kampagnen und Aktionen aus den Frauenbewegungen angeschlossen noch arbeitet sie unmittelbar mobilisierend im Sinne des direkten Aufrufs zu Aktionen. Vielmehr ist die *Femina Politica* im akademischen Milieu verortet. Es ist aber darüber hinaus ihr Anliegen, eine Art Scharnier zwischen Wissenschaft und politischem Diskurs zu bieten und zu versuchen, wissenschaftliches Wissen für den politischen Diskurs aufzuschließen und einem breiteren feministisch interessierten Publikum zugänglich zu machen. Vor dem Hintergrund der Verbindung von Frauenforschung, Frauenförderung und Frauenbewegung ist auch die Reichweite der *Femina Politica* einzuschätzen: Als wissenschaftliche Fachzeitschrift hat sie vor allem innerhalb der politikwissenschaftlichen Disziplin ihre Leserinnen und Leser, z.B. im AK „Politik und Geschlecht“ der DVPW. Aber auch viele Projekte der zweiten Welle der Frauenbewegung (wie z.B. Frauenbildungsstätten, FrauenLesbenarchive), Frauen aus Nichtregierungsorganisationen oder Gleichstellungsbeauftragte gehören zum Kreis der Abonnentinnen. Insgesamt besetzt die *Femina Politica* eine spe-

zifische Nische, da sie auf wissenschaftliche Analyse und Herrschaftskritik setzt und nicht (nur) nach den Regeln medialer Aufmerksamkeit funktioniert, die Themen stark personalisieren und über Konflikte inszenieren. Analysen von politischen Entwicklungen sind jenseits der Betriebsamkeit des tagesaktuellen politischen Journalismus möglich. Entgegen der tagespolitischen Aufmerksamkeit, die geprägt ist von Skandalisierung, von „Krawall“ und vermeintlicher Exklusivität bietet eine wissenschaftliche und politische Fachzeitschrift die Möglichkeit zum Reflektieren der Zusammenhänge, zur alternativen Deutung und im Fall der *Femina Politica* auch zur wissenschaftlichen Einordnung und Analyse. Das sorgfältige Arbeiten, die Öffnung des Diskurses über „Call for papers“ und die intensive Qualitätskontrolle in der Redaktion tragen ebenfalls dazu bei, dass die Zeitschrift oft über Beiträge mit einer sehr viel längeren „Laufzeit“ verfügt. Auch wenn mit einem solchen Angebot eine Platzierung in der „Web 2.0-Welt“ schwieriger geworden ist, ist das nach wie vor der Markt für das Medium einer feministischen Fachzeitschrift.

Julia Lepperhoff ist Professorin für Sozialpolitik an der Evangelischen Hochschule Berlin und Mitherausgeberin der Zeitschrift „*Femina Politica* – Zeitschrift feministische Politikwissenschaft“. Kontakt: lepperhoff@eh-berlin.de

Anmerkung

- ¹ Für wertvolle Hinweise danke ich Gabriele Abels, Jana Günther und Alexandra Scheele (alle *Femina Politica*).

Literatur

Femina Politica o.J.: Website der *Femina Politica* – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, download unter www.femina-politica.de [08.03.2013].

Femina Politica o.J.: Facebookauftritt der *Femina Politica* – Zeitschrift für feministische

Politikwissenschaft, <https://www.facebook.com/FeminaPolitica> [08.03.2013].

Gerhard, Ute 1995: Die „langen Wellen“ der Frauenbewegung – Traditionslinien und unerledigte Anliegen. In Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/Main: Campus Verlag, 247-279.

Klaus, Elisabeth 2004: Öffentlichkeit und Privatheit: Frauenöffentlichkeiten und feministische Öffentlichkeiten. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und

Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden: VS Verlag, 209-216.

Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hg.) 2009: Feminismus: Kritik und Intervention, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Lenz, Ilse 2004: Frauenbewegungen. Zu den Anliegen und Verlaufsformen von Frauenbewegungen als sozialen Bewegungen. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden: VS Verlag, 665-675.

Quicklebendig: Die „Blätter“¹

Albrecht von Lucke

In den letzten Jahren haben leider diverse traditionsreiche Zeitschriften das Zeitliche gesegnet. Das wohl jüngste Beispiel dafür ist die „Kommune“, die zu Beginn des Jahres ihr Erscheinen nach exakt drei Jahrzehnten eingestellt hat. Anders verhält es sich mit den „Blättern“ – so die eingeführte gängige Kurzform für die „Blätter für deutsche und internationale Politik“. Die „Blätter“ sind die größte politikwissenschaftliche Zeitschrift im deutschen Sprachraum. Sie sind eine der ganz wenigen Zeitschriften, die aus der Zeit der frühen Bundesrepublik erhalten geblieben ist. Aus dieser Epoche, der großen Zeit der unabhängigen Monatspublizistik, stammen so bekannte Zeitschriften wie „Der Ruf“ oder „Der Monat“. Beide sind wie viele andere inzwischen eingegangen.

Neben den „Blättern“ existieren heute nur noch der „Mercur“ von 1947 und die bereits 1946 gegründeten linkskatholischen „Frankfurter Hefte“, die später mit der SPD-nahen Theoriezeitschrift „Neue Gesellschaft“ verschmolzen sind. Aber im Gegensatz zu den

„Blättern“ sind beide nicht selbstständig, sondern an einen starken Verlag gebunden bzw. von einer Partei oder Stiftung finanziert. Das Spezifikum der „Blätter“ ist dagegen ihre völlige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Die drei Phasen der „Blätter“-Geschichte

Gegründet 1956, sind in der „Blätter“-Geschichte drei große Phasen zu unterscheiden: Erstens eine sehr bürgerliche Anfangsphase, mit einer stark neutralistisch ausgerichteten Blattlinie, die für die deutsche Einheit und gegen die Adenauersche Westintegration stand. Verkörpert wurde sie von einem breit gefächerten Gründer- und Herausgeberkreis, von Hermann Etsel, Gründer der Bamberger Symphoniker und führendes Mitglied der Bayernpartei, über Karl Graf von Westphalen, anfangs in der CDU, später Präsidiumsmitglied der Deutschen Friedensunion, bis zu Paul Neuhöffer, Kommunist und später Geschäftsführer und Leiter des linken Pahl-Rugenstein Verlags in Köln. Sie alle

einte die Nähe zum 1954 gegründeten neutralistischen Deutschen Klub. Hinzu kamen unter anderem der bekannte Romanist Hans Rheinfelder, der Theologe und Vertreter der Bekennenden Kirche Hans Joachim Iwand und Robert Scholl, der Vater von Hans und Sophie, den hingerichteten Mitgliedern der „Weißen Rose“. Aus dieser Anfangszeit stammt das bekannte Diktum des großen Theologen Karl Barth, die „Blätter“ seien „eine Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn“.

Die „Blätter“ als Teil der Linken

Mitte der 1960er Jahre setzt dann die zweite Phase ein: Beginnend mit den Ostermärschen und der Bewegung gegen den Atomtod bis hin zur Studentenbewegung wurden die „Blätter“ zu einem wichtigen Teil der bundesrepublikanischen Linken. Der Bayernkurier nannte die „Blätter“ sogar einmal das Zentralorgan der APO. Im Zuge der Zersplitterung der 68er-Bewegung folgte eine DKP-nahe Periode. Die „Blätter“ erschienen damals im Pahl-Rugenstein Verlag, der teilweise aus der DDR finanziert wurde.

Die dritte Phase beginnt 1989. Im Zuge der sich abzeichnenden Insolvenz des Pahl-Rugenstein Verlages gelang es den damaligen „Blätter“-Machern um Karl D. Bredthauer, die Zeitschrift in die Selbstständigkeit zu überführen. Seither produziert die „Blätter Verlags-gesellschaft mbH“ die Zeitschrift in eigener Regie – völlig unabhängig von Parteien und Verbänden, Unternehmen und Kirchen. Ökonomische Grundlage für den Gang in die verlegerische Unabhängigkeit war eine Auflage von 12.000 Exemplaren und ein Abonnentenstamm von knapp 11.000, so der Stand im Januar 1990. Die Redakteure tragen seither auch die verlegerische Verantwortung und sind damit ökonomisch wie politisch völlig unabhängig.

Bereits wesentlich früher hatten die Redakteure die Abkehr von der national-deutschen Orientierung der Zeitschrift vollzogen. Spätestens in den 1980er Jahren begriffen sie sich in Anlehnung an ein Wort von Jürgen Habermas

als „Adenauersche Linke“, die die Westbindung des ersten Kanzlers der Republik akzeptierten und sogar begrüßten – auch und gerade als Bindung an die Werte der westlichen Moderne. Gleichzeitig fand eine starke Annäherung an stärker bürgerliche, links-liberale Kräfte statt. Aus der Zeit vor und nach der Selbstständigkeit stammten etwa die neuen Mitherausgeber Walter Jens und Günter Gaus. Zu den „neuen Blättern“ gesellten sich 1990 u.a. noch die DDR-Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer und Jens Reich, später auch der Philosoph Jürgen Habermas.

2003/2004: Von Bonn nach Berlin

Vor zehn Jahren zogen die „Blätter“ schließlich aus ihrem alten Domizil in Bonn nach Berlin. Dieser Ortswechsel bedeutete gleichzeitig einen Generationswechsel. Heute bilden Anne Britt Arps (Jahrgang 1979), Daniel Leisegang (1978), Albrecht von Lucke (1967) und Annett Mängel (1976) die vierköpfige Redaktion. Im Frühjahr 2011 wurde auch der Kreis der Herausgeber durch sechs neue Köpfe verjüngt: Katajun Amirpur, Seyla Benhabib, Peter Bofinger, Ulrich Brand, Saskia Sassen und Hans-Jürgen Urban. Mit ihnen wurde zudem die internationale Ausrichtung der Zeitschrift verstärkt.

Heute stehen die „Blätter“ für einen wichtigen Teil der liberalen, freiheitlich-linken Intelligenz im politisch-wissenschaftlichen Spektrum nicht nur dieses Landes. Der „Blätter“-Slogan lautet denn auch selbstbewusst: „Große Köpfe für große Fragen“.

Dass sich die vier festen Redakteursstellen des „Blätter“ Verlages (und zudem eine halbe Stelle in der Abo-Verwaltung) allein durch den Verkauf der Zeitung finanzieren lassen, dafür sorgt eine Druckauflage von 10.000 Exemplaren, bei gegenwärtig 7.200 Abonnenten. Das ist vermutlich auch die Größe, die eine Zeitschrift dieses Zuschnitts heute unbedingt benötigt, um sowohl wirtschaftliche Überlebensfähigkeit als auch politische Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Kontinuität und Wandel

Trotz einiger Neuerungen sind wir dem Anspruch der alten Blätter, formal wie inhaltlich, durchaus treu geblieben. Gerade was das äußere Erscheinungsbild anbelangt, sind wir sehr zurückhaltend vorgegangen, schon um unsere Stammler nicht zu verprellen. Das 2006 eingeführte neue Layout ist weniger grau, das Deckblatt kontrastreicher. Der Aufbau ist grundsätzlich derselbe geblieben: Das Heft besteht in der Regel aus 8 Kommentaren (von ca. 13.000 Zeichen) und 8 Analysen (ca. 25.000 Zeichen). Dazu kommen noch einige kleinere Formate: die Glosse („Aufgespießt“), die Medienkritik, eine kurze Kolumne mit einer wichtigen ausländischen Stimme und schließlich, ganz wichtig, die Debatte. So kommen wir pro Heft auf gut 20 Texte.

In diesem Aufbau zeigt sich bereits der inhaltliche Anspruch der Zeitschrift: die Verbindung von Wissenschaftlichkeit und politischer Intervention. Einerseits sind die „Blätter“ die klassisch-wissenschaftliche Bleiwüste – ohne Illustrationen und durchaus mit Fußnoten, das heißt mit dem Anspruch, wissenschaftlich anschluss- und zitierfähig zu sein. Andererseits soll jeder Text auch den journalistischen Ansprüchen guter Lesbarkeit und Verständlichkeit genügen. Das Problem dabei: Der Wille zur Intervention, der die Intellektuellen der alten Bundesrepublik auszeichnete (von der skeptischen bis zur 68er-Generation), existiert heute bei vielen Wissenschaftlern so nicht mehr. Deshalb müssen wir in manchen Fällen den relevanten Kern einer These erst durch intensive redaktionelle Tätigkeit herausarbeiten. Auch in dieser Hinsicht verstehen wir uns selbst dezidiert als Journalisten.

Organ der Debatte und unabhängiger Monatsberichterstatte

In diesen Zeiten einer globalen Unübersichtlichkeit sehnen sich die Leute nach Orientierung. Unser politischer Anspruch besteht deswegen darin, Monat für Monat das Wesentli-

che des politischen Geschehens zu analysieren. Unsere Einzigartigkeit und Ausnahmestellung resultiert dabei aus dem Versuch, die relevanten Themen aus der Schnelllebigkeit des Tagesjournalismus heraus zu filtern. Weil wir Monat für Monat in hintergründigen Kommentaren und Analysen bilanzieren, was bleibt, wird unser Format so geschätzt.

Im Zentrum der Verlagstätigkeit steht eindeutig die gedruckte Ausgabe der „Blätter“. Allerdings können unsere Leserinnen und Leser seit einigen Jahren ausgewählte Beiträge der Zeitschrift auch über unseren sehr stark nachgefragten Internetauftritt unter www.blaetter.de abrufen (und bei Bezug eines Online-Abos sogar alle Beiträge). Die Website verfügt zudem über ein umfangreiches Online-Archiv sämtlicher Beiträge der letzten Jahre sowie über zahlreiche Dossiers zu aktuellen Themen.

Sowohl mit dem Heft als auch mit der Website wollen wir jene Debatten befördern, die wir als die relevanten betrachten. Seit 2008 war dies natürlich in erster Linie die große Debatte um die Krise des Finanzkapitalismus. Aus unseren Beiträgen und Kontroversen sind auch drei eigenständige Bücher hervorgegangen: „Sound des Sachzwangs. Der Globalisierungsreader“ (schon in vierter Auflage), „Das Ende des Kasino-Kapitalismus“ und schließlich „Exit. Mit Links aus der Krise“.

In den letzten Jahren ist die Debatte um die Zukunft des Euro und der Europäischen Union stark in den Mittelpunkt gerückt. Mit Jürgen Habermas, dem Wirtschaftsweisen Peter Bofinger und dem Wirtschaftsprofessor Rudolf Hickel haben wir drei der bekanntesten Euro-Verteidiger in unseren Herausgeberreihen. Allerdings betreiben wir diese Debatte – ganz unserem Anspruch als Debattenorgan nach – dezidiert diskursiv und Streitig. Deshalb kommen bei uns mit Wolfgang Streeck und Thilo Bode auch zwei der relevantesten Euro-Kritiker zu Wort.

Der Anspruch ist klar: nicht eine „Linie“ vorzugeben, sondern eine offene Debatte zu betreiben. Bei aller Kontinuität im Formalen

sind wir im Inhaltlichen offen, auch gegenüber wichtigen (und kontroversen) konservativen Stimmen, wie etwa den Verfassungsrechtlern Ernst-Wolfgang Böckenförde und Josef Isensee.

Medium der Intervention seit über 50 Jahren

Wir, die „Blätter“-Macher, begreifen unser Periodikum durchaus ein wenig stolz als eine Überlebende der großen Zeitschriften-Ära der 1950er Jahre. Auf der linken Seite gibt es heute nur noch einige wenige, kleinere Organe, wie etwa „Das Argument“, die „PROKLA“ oder „Sozialismus“, die in der Regel als Themenhefte erscheinen. Die „Blätter“ sind dagegen auch insofern solitär, als es uns gelingt, Monat für Monat politisch zu intervenieren – und dabei unsere Auflage zu steigern. Tatsächlich sind die „Blätter“ aus den Zeiten des Zeitungsterbens nicht nur ungeschoren hervorgegangen, sondern sie wachsen pro Jahr um zwischen 200 bis 300 Abonnenten, das heißt um 3 bis 4 Prozent ihrer Leserschaft. Insofern können wir, im Rahmen unserer Möglichkeiten, dem Niedergang der Zeitungs- und Zeitschriftenkultur durchaus eine Alternative entgegengesetzt.

Dafür gibt es einen weiteren, wichtigen Grund: Wir sind in der Wahrnehmung unserer Leser ein Projekt, das eher zwischen Zeitschrift und Buch rangiert. Gerade weil die große Epoche der Zeitschriften offenbar der Vergangenheit angehört, sind wir stolz darauf, mit einem politisch und wirtschaftlich unabhängigen Organ weiter existieren und politisch intervenieren zu können. Unsere Wirkung und Verbreitung ist dabei durchaus vielfältig: „Blätter“-Beiträge werden stark nachgedruckt und auch vielfach übersetzt, von anderen Organen, national wie international, aber auch im Netz.

Es gibt heute also durchaus die Chance für ein politisches Monatsmagazin, auf dem Medienmarkt zu bestehen. Gerade dann, wenn sich (fast) nichts mehr an kritischer Publizistik findet, wächst eine beachtliche neue Nach-

frage heran, die uns immer wieder mobilisiert und motiviert. Denn unser bester Lohn ist die (ziemlich häufige) Reaktion unserer neuen Leserinnen und Leser, die da lautet: „Ich wusste gar nicht, dass es Sie gibt. Und ich bin froh, dass ich Sie gefunden habe!“

Gleichzeitig spornt uns dies immer wieder zu der Frage an: Wie können wir noch bekannter werden? Wo und wie erzeugen wir gesellschaftliche Relevanz?

Die Ironie der Geschichte: Wir vier „Blätter“-RedakteurInnen sind keine bestallten Professoren wie viele unserer Redakteurskollegen, wir müssen daher von den Blättern leben, sprich: wir müssen uns „verkaufen“ – auch deshalb müssen wir in die relevante Öffentlichkeit. Nicht die Kultur der Nische pflegen zu können, wie die in einem gesicherten, großen Verlag erscheinende Zeitschriften, sondern sich dem Markt stellen zu müssen, um, so banal es klingt, zahlende Kunden zu werben: Diese Form der ständigen Selbstoptimierung – auch durch Selbstaubeutung – ist sicherlich ein Teil des Erfolgsrezepts der „Blätter“.

„Blätter“ in Bewegung?

Bleibe als letzte Frage – gerade auf einem Kongress und in einem Forschungsjournal der (neuen) sozialen Bewegung –, welche Wirkung unsere Artikel und die von Ihnen angeregten Diskurse auf eben jene sozialen Bewegungen haben. Und hier wird es schwierig: Anders als vor 30 Jahren, zu den Hochzeiten der Friedens- und Ökologiebewegung in den 1980er Jahren, kann heute von Bewegung im Lande nicht mehr wirklich die Rede sein. Der kurze Frühling der Jahrtausendwende, ausgelöst durch Attac, ist vorbei und Occupy in der Bundesrepublik eher ein laues Lüftchen geblieben.

Was aber können die „Blätter“ für eine Bewegung bedeuten, wenn der Bewegungshintergrund zunehmend erodiert – wegen Wegfalls der Aktivisten? Wie sollen sie dann diese Bewegung begleiten, wenn es wie heute – wieder einmal – erst einmal um die Herstellung von Bewegung geht? Kurzum: Was kön-

nen Zeitschriften in dieser Richtung selbst an Bewegung leisten? Das bleibt in dieser Hinsicht die Gretchenfrage.

Als dezidiertes Debattenorgan werden wir jedenfalls weiterhin versuchen, die „großen Fragen“ zu thematisieren und potentielle Bewegungen mit Argumenten zu versorgen. Es bleibt unverändert unser Anspruch, über gesellschaftliche Missstände aufzuklären, um die Verhältnisse im Zusammenspiel mit aktiven sozialen Bewegungen zum Besseren zu transformieren. Und dabei bleiben wir, politisch wie beruflich, optimistisch: Denn angesichts der wachsenden Probleme dürfte an der erforderlichen Nachfrage nach kritischer Analyse auch in Zukunft eigentlich kein Mangel bestehen.

Albrecht von Lucke ist seit 2003 Redakteur der „Blätter für deutsche und internationale Politik“. Daneben arbeitet von Lucke auch für andere Printmedien und den Rundfunk. Zuletzt erschienen von ihm die Bücher: „68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht“ (2008) und „Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin“ (2009), beide im Wagenbach Verlag. Kontakt: albrecht.vonlucke@blaetter.de

Anmerkung

¹ Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, der auf der 25-Jahr-Feier des Forschungsjournal soziale Bewegungen am 12. März 2013 in der Heinrich-Böll-Stiftung gehalten wurde.

Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte

Das Thema Europäische Öffentlichkeit

Thomas Meyer

Thesen

Allgemein

1 |

Die gewaltigen Defizite der europäischen Öffentlichkeit liegen auf der Hand und sind oft beschrieben worden. Weder im Hinblick auf ihre liberal-informative noch ihre republikanisch-deliberative Funktion erfüllt die existierende rudimentäre europäische Öffentlichkeit ihren demokratischen Aufgaben. Sie ist auch nicht der Lage, die Ausübung von Macht auf europäischer Ebene kontinuierlich zu kontrollieren. Dieser Mangel ist ein wesentlicher Grund für die Unterentwicklung europäischer Identität und Solidarität sowie des wünschenswerten Maßes an europäischem Bürgerengagement.

2 |

Wir können freilich nicht davon ausgehen, dass eine europäische, europaweite Öffentlichkeit die gleiche Form, die gleiche Dichte und die gleichen Funktionen haben wird, die wir sie von unseren nationalen Öffentlichkeiten kennen – ganz abgesehen von der Tatsache, dass ja die nationalen Öffentlichkeit ebenfalls im höchsten Maße defizitär und kritikwürdig sind und immer weniger ihren informativen und deliberativen Funktionen erfüllen. Es herrscht vielmehr der Vorrang von Unterhaltungsangeboten und inszeniertem politischen Spektakel. Es wäre nicht fair, den Maßstab einer idealisierten nationalen Öffentlichkeit an die europäische Öffentlichkeit anzulegen. Vielmehr kommt es darauf an, Kriterien zu entwickeln, die dem auf europäischer Ebene

wirklich Notwendigen und Möglichen gerecht werden.

3 |

Die heute festzustellenden Defizite der europäischen Öffentlichkeit beziehen sich sowohl auf die vertikale Funktion der Kommunikation zwischen den Institutionen der EU und den europäischen Bürgern wie auch auf die horizontale Ebene, nämlich die Diskussion zwischen den einzelnen europäischen Mitgliedsländern und ihren Gesellschaften. Das horizontale Defizit ist am größten, selbst oder vor allem jetzt in der großen europäischen Krise.

4 |

Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, dass vor allem ein Politikdefizit auf der europäischen Ebene selbst, in der Art wie die Institutionen arbeiten, in der Art wie die europäischen Debatten geführt werden und in der Art wie Alternativen und Machtprozesse auf der europäischen Ebene in Erscheinung treten, eine der Hauptursachen für das Defizit der europäischen Öffentlichkeit ist. Das wird vor allem in großen Konflikten, Krisen, Skandalen deutlich, die jedes Mal kurzzeitig eine relative intensive Öffentlichkeit europaweit aufleben lassen, die nach kurzer Frist wieder abebbt.

Auch im Falle halbwegs funktionierender nationaler Öffentlichkeit beobachten wir ja in der modernen Mediendemokratie, dass nur in dem Maße, wie politisch gestritten wird, Debatten entstehen und politisiert werden. Es sind Konflikte und herausragende Personen, die für divergente Projekte stehen, welche Aufmerksamkeit erregen, so dass die Medien dann in gewissem Maße politische Strategien, konkurrierende Politikinhalte und Konflikte thematisieren. Insofern ist die bisherige Entpolitisierung der politischen Prozesse in der EU – vor allem infolge der Jean Monnet-Tradition, die dies regelrecht bezweckte – eine der Hauptursachen für das Defizit europäischen Öffentlichkeit: Ohne Politisiertes Europa keine europäische Öffentlichkeit!

5 |

Nur wenn die europäischen Politikprozesse substantiell politisiert werden, ist zu erwarten, dass unter Bedingungen der Mediendemokratie die Massenmedien sich von selbst europäischen Themen zuwenden. Was vor allem notwendig ist, sind

- a. **Veränderungen bei den Wahlen** (wir brauchen gesamteuropäische Alternativen, repräsentiert durch europäische Parteien, die zur Diskussion und zur Abstimmung stehen) gestellt werden,
- b. eine Politisierung der wesentlichen Entscheidungsprozesse, vor allem **Öffentlichkeit im europäischen Rat**, also der Institution in der zwischen großen Alternativen verbindlich entschieden wird,
- c. eine stärkere, herausgehobene Rolle für **die politischen Personen**, die verschiedene Parteien, politische Richtungen und verschiedene Institutionen repräsentieren.

6 |

Freilich, selbst wenn es uns gelingt, europäische Öffentlichkeit zu beleben und zu aktivieren, wird sie, wie sich schon jetzt abzeichnet, ihre eigene besondere Form entwickeln und ihre Funktion auf ihre eigene Weise erfüllen, so wie ja auch die Europäische Union selbst ein politisches Gemeinwesen besonderen, einzigartigen Typs ist. Es ist zu erwarten, dass sich die jetzt schon – zumeist in Keimform – vorhandenen Strukturen weiter entwickelt werden. Was wir sehen, ist eine Mischung aus liberalen Funktionen (informativ), deliberativen Funktionen und „postmodernen“ Formen der Netzwerk-Kommunikation, im Internet, in vernetzten sozialen, zivilgesellschaftlichen, thematischen oder professionellen Gruppen, Organisationen von Parteifamilien und Gewerkschaften. Ein solches *Kommunikations-Patchwork* wird vermutlich in intensiverter und komplettierter Form die Grundstruktur der europäischen Öffentlichkeit bleiben.

Für die europaweite Erfüllung ihrer demokratischen Kernfunktionen bedarf eine solche

Öffentlichkeit freilich überlappender Strukturen und Kommunikationskanäle. Nur so kann bei Schlüsselfragen eine gesamteuropäische gemeinsame Öffentlichkeit hergestellt werden, die die heterogenen Teilöffentlichkeiten bei Bedarf miteinander verbindet. Die Phasen, in denen diese Überlappung zustande kommt, dürften anlassbezogen jeweils zeitlich begrenzt bleiben, so dass wir eine periodisch-zyklische Struktur europäischer Öffentlichkeit erwarten müssen.

7 |

Eine Verbesserung der Strukturen, der Funktion und der Kapazität europäischer Öffentlichkeit sollte zunächst auf drei Ebenen ansetzen:

- a. Die Verbesserung der horizontalen Kommunikationen zwischen den Gesellschaften der Mitgliedsländer. Dabei können die Zivilgesellschaften eine große Rolle spielen.
- b. Die Verbesserung der Brücken zwischen den einzelnen Teilöffentlichkeiten online und offline. Die Organisation der überlappenden Institutionen und Strukturen.
- c. Schärfung der Kompetenz und des Interesses der klassischen, besonders der öffentlich-rechtlichen Massenmedien für die vertikalen und horizontalen europäischen Verhältnisse und Politikprozesse.

Der Beitrag der Neuen Gesellschaft/ Frankfurter Hefte

1 |

Die *Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte* hatte aus ihren beiden, im Hefttitel genannten Traditionen heraus immer einen starken Europabezug - in der Tradition der *Neuen Gesellschaft* wegen der alten SPD-Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ schon im Heidelberger Programm von 1925, in der Tradition der *Frankfurter Hefte* wegen der beispielhaften Europagesinnung ihrer Gründer Eugen Kogon und Walter Dirks. Die Zeitschrift versteht sich natürlich auch wegen der Bedeutung der europäischen Organisationen

und Projekte der sozialen Demokratie in besonderer Weise als eine europäisch orientierte Zeitschrift. Dass diese Tradition in ihr sehr lebendig ist, lässt sich nach Inhalt und Anzahl der Europaartikel in jeder Ausgabe nachlesen. Das manifestiert besonders auch darin, dass wir eigens zur Beflügelung der europäischen Debatte seit 2011 ein englischsprachiges Quarterly mit europäischen und internationalen Titeln herausbringen. Es findet Leser in allen Mitgliedsländern der EU und in einer Anzahl weiterer europäischer Länder vertrieben.

Für die Herausbildung einer europäischen politischen Öffentlichkeit spielen natürlich die großen Massenmedien, print- und audiovisuell, zunehmend ergänzt und komplementiert durch das Internet die Hauptrolle. Die Fülle, Unübersichtlichkeit und Beliebigkeit der Stimmen, die in ihnen zu Wort kommen, ist aber zugleich auch ein grundlegendes Problem. Unstrukturierte Überinformation wird oft zur Desinformation, die lockere Stimmenvielfalt zur Beliebigkeit. Ohne Selbstüberschätzung können die politischen Zeitschriften doch den Anspruch erheben und für bestimmte politisch-kulturelle Multiplikatorengruppen auch streckenweise einlösen, drei Dinge zu leisten, die den großen Massenmedien und wohl auch dem Netz nicht so gut gelingen. Sie tragen bei zu:

- a. der Orientierung und Sinngebung in der Informationsflut
- b. klärenden Debatten und
- c. politischer Identitätsbildung.

2 |

Wie und warum können sie das leisten? Wegen ihrer Erscheinungsweise in monatlichen oder mehrmonatigen Intervallen und ihrem Anspruch können sie Analysen, Reflexionen und Diskurse entlastet vom Druck der Nachrichtenwerte und der tagesaktuellen Konkurrenz um Aufmerksamkeitsanteile anbieten, ohne sich vom Interesse ihres Publikums zu entkoppeln. Ihr periodisches Erscheinen ermöglicht, ja verlangt von ihnen, in kalkulierter Distanz zum aktuellen Tagesgeschehen die

großen, längerfristig wirksam Betrachtungen und Erörterungen zu fördern. Sie können und sollen auch das noch nicht Praktikable, das Offenen, Experimentelle, Kontroverse ins Zentrum stellen. Sie sind auch besser in der Lage als die tages- oder wochenaktuellen Massenmedien, anstelle einer bloßen Fülle von neuen Informationen zusätzlich zu den ohnehin schon überbordenden Nachrichten, sich auf die sortierenden, bewertenden, orientierenden und strukturierenden Betrachtungen zu konzentrieren. Daher können die politischen Zeitschriften – zunächst in ihrem je eigenen Leserkreis – Diskurse organisieren, Debatten anstoßen und Orientierung geben. Sie können, wenn sie ein kohärentes Angebot machen, politische Identität stärken oder stiften.

3 |

Die *Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte* wendet sich vorrangig an drei Zielgruppen mit ihren jeweils besonderen Erwartungen:

- a. Jüngere politisch Interessierte, vor allem Studentinnen und Studenten die unabhängig von tagesaktuellen Informationen nach politisch orientierenden Analysen, Projekten, Meinungen, Stellungnahmen und Debatten suchen, ohne allzu viel Zeit darauf verwenden zu können.
- b. Politisch Engagierte, oft in Organisation wie Gewerkschaften, Mitte-Links-Parteien, Kirchen die in einem weit gespannten, lockeren Rahmen der Sozialen Demokratie vertiefende Informationen, Einschätzungen, Kontroversen zum politischen Geschehen oder grundlegenden politisch-kulturellen Fragen suchen.
- c. Journalisten in allen Bereichen, die einen Überblick über die Debatten zur sozialen Demokratie suchen oder auf dem Laufenden bleiben möchten, was und wie in diesem Spektrum diskutiert wird.

Nach der Daumenformel, wonach auf ein gekauftes Heft etwa vier Leser kommen erreichen wir mit unserer Auflage von ca. 6000 vermutlich knapp 25 000 Leserinnen und Leser.

4 |

Es hat sich freilich gezeigt, dass es äußerst schwer ist, über den eigenen Leserkreis hinaus Resonanz in den großen Massenmedien zu finden und dorthin Diskursanstöße zu exportieren. Gespräche mit Schlüsselakteuren wichtiger Massenmedien und unsere langjährige Beobachtung des Auf und Ab der Debatten-/ Themensetzung in den Massenmedien vermitteln den Eindruck, dass dies vermutlich aus zwei Gründen kaum gelingt:

- a. Die mittlerweile fast hermetische Selbstreferenz der Massenmedien (vor allem der Feuilletons).
- b. Die allzu enge Symbiose der Massenmedien mit dem politischen Betrieb.

Immerhin finden unsere Angebote Zugang einerseits zu den besonders deliberativ geöffneten und andererseits den für die großen politischen Diskurse einflussreichen politisch-kulturellen Milieus. Diese Multiplikatoren prägen die Debatten und Meinungen in ihren Lebenswelten, in zivilgesellschaftlichen Bereichen und in ihren Berufs- und Sozialwelten. So haben die politischen Zeitschriften trotz vergleichsweise kleiner Abo- und Leserzahlen wohl durchaus einen gewissen Einfluss auf den großen demokratischen Willensbildungsprozess. Aus den andauernden Gesprächen mit unseren jüngeren Leserinnen und Lesern erfahren wir immer wieder, dass für ihre politische Identitätsbildung, für ihre Strukturierung der täglichen Informationsfülle, für ihre Rezeption der anderen Massenmedien und auch für ihre online-Aktivitäten die Beziehung zu unserem Angebot durchaus ein gewisses Gewicht hat.

5.

Es spricht gegenwärtig nichts dafür, dass online Kommunikation die redaktionelle Arbeit der politischen Zeitschriften ersetzen wird. Unsere Erfahrung sagt, dass allenfalls eine gewisse Parallelität der Angebote auf Papier und eine begleitende online Kommunikation zukunftsweisend sein dürfte. Die Präsenz physisch verfügbarer periodisch erscheinender Kommunikationsträger,

real und symbolisch, spielt nach unserer Erfahrung für die politische Identitätsstiftung und Loyalitätsbildung weiterhin eine besondere Rolle, vermutlich mehr als die oft flüchtigen und uferlosen online- Informationsangebot. Schon durch das Abo und die Aneignung der Hefte scheint ein gewisses Maß an Tiefgang und Bereitschaft zur Dauerheftigkeit begründet.

6 |

Europapolitische Themen spielen für uns eine sehr zentrale Rolle. In jedem Heft sind europapolitische Debatten-Beiträge enthalten, oft aus der Feder von Autoren aus anderen europäischen Ländern. Wir haben versucht, die

europäischen Schwestern-Zeitschriften zu organisieren und mit Ihnen gemeinsame Kooperationsprojekte, sowie dauerhaften Informations- und Erfahrungsaustausch zu organisieren. Wir wollten auf diese Weise ein Stück europaweiter Öffentlichkeit im Bereich der für uns erreichbaren Leserinnen und Leser zu schaffen, bisher allerdings mit begrenztem Erfolg, vermutlich auch aufgrund der begrenzten Arbeitskapazität der beteiligten Redaktionen.

Thomas Meyer ist Chefredakteur bei Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte. Kontakt: Thomas.Meyer@fes.de

Was will polar?

Eine Selbstauskunft in 14 Punkten

Peter Siller

1 | Wozu

Die Frage nach dem Zweck einer politischen Zeitschrift im politischen Diskurs sollten sich alle MacherInnen ernsthaft stellen, denn man investiert einen Haufen Zeit und Energie. Geht es wirklich um politische und intellektuelle Einflussnahme, oder aber – wie oft der Fall – um den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes, um Celebrity, Kontakte und Netzwerke? Oder dient die eigene Zeitschrift schlicht dazu, die eigenen Texte unterzubringen? Aus der Frage nach dem Wozu ergeben sich Anschlussfragen. Um welchen politischen Diskurs geht es? Und was ist eigentlich eine politische Zeitschrift?

Politischer Diskurs kann sehr Unterschiedliches heißen: von politisch-theoretischen Diskursen in der Wissenschaftsszene bis zu Fachdebatten in bestimmten politisch-weltanschaulichen Milieus, von der breiten intellektuellen Feuilletondebatte bis hin zur noch breiteren medialen Debatte zu einer Frage der politischen Praxis.

Analysiert man die Ingangsetzung der breiten, öffentlichen Diskurse – gleich ob intellektuell-feuilletonistisch oder politisch-praktisch – so muss man konzedieren, dass diese in aller Regel von journalistischer Seite entweder durch Meinungsbeiträge für eine der großen Zeitungen oder durch das Format des Sachbuch-Bestsellers ausgelöst werden. Beide Wege setzen wiederum in der Regel ein hohes Maß an kommunikationsstrategischem Bewusstsein voraus, ergänzt durch ein hohes Platzierungs- bzw. Marketinggeschick der Verlage – zunehmend flankiert durch die Nutzung von Online-Plattformen und Social Media. Allen, die unter einem Mangel an breiter öffentlicher Aufmerksamkeit leiden, kann man deshalb getrost empfehlen, sich entweder Zugang zu einem der großen Blätter zu verschaffen oder aber an einem möglichst markanten Sachbuch-Bestseller zu arbeiten. Und auch das ist noch lange keine Garantie. Denn selbst da, wo sich Substanz und Marketingstrategie kongenial ergänzen, ist

die Resonanz kaum vorhersehbar – es sei denn, man zählt zu dem äußerst kleinen Kreis der meist mühsam aufgebauten Großnamen. Das führt zu einem ersten wichtigen Punkt: Öffentliche Einflussnahme über politischen Journalismus gelingt oftmals nur über Umwege.

2 | Laboratorium

Folgt man bis hierher, dann sieht man bei politischen Zeitschriften eine andere Funktion klarer: Es handelt sich bei Ihnen im Idealfall um Laboratorien für neue, unvorhersehbare Gedanken, Diagnosen und Perspektiven. Um Laboratorien, in denen neue Anordnungen entwickelt, neue Themenfelder erkundet und Ansätze weitergedacht werden können. In denen Elemente neu kombiniert werden und Perspektiven ungewohnt kollidieren. Politische Zeitschriften wären in diesem Sinne Orte, an denen der Raum für demokratische Politik überhaupt erst eröffnet wird, indem Raum für die Auseinandersetzung geschaffen wird. There is an alternative.

Eine solches Verständnis hat allerdings starke Voraussetzungen in der Produktionsweise einer politischen Zeitschrift: Die Produktion sollte in einem experimentellen Raum stattfinden, in der die abgesicherte Sprache – sei es des Wissenschaftsbetriebs, sei es des Politikbetriebs – durchbrochen werden kann. In beiden Milieus sind die sprachlichen Absicherungsmechanismen – auf völlig unterschiedliche Weisen – immens, um nicht aus dem Akzeptanzrahmen zu fallen. Eine politische Zeitschrift sollte ein gesicherter Raum für entsicherte Texte sein, für offengelegtes, intensives Denken ohne Angst vor der Blamage, ohne Angst aus dem Rahmen zu fallen. Wenn einer politischen Zeitschrift dieses gelingt, ist schon viel gewonnen.

Die Produktion benötigt in einem doppelten Sinn einen diskursiven Raum. Zum einen sind ein intensiver redaktioneller Dialog, redaktionelle Auseinandersetzung und redaktioneller Streit unverzichtbar, um auf die interessanten Themen und Fragen zu stoßen. Zum

anderen geht es darum, den diskursiven Entstehungsprozess von Fragestellungen und Positionen auch im Heft abzubilden und diese so verständlich zu machen.

Und die Produktion braucht schließlich einen stark kuratierten Raum, in dem die verschiedenen Positionen – Themen und Fragestellungen, Standpunkte und Perspektiven – sehr bewusst ausgewählt werden. So beginnen die Texte miteinander zu sprechen, sich zu ergänzen und zu kollidieren.

Politische Zeitschriften, die sich in diesem Sinn als Laboratorien verstehen, haben die Innovationskraft, langsam und meist über Umwege in eine breitere Öffentlichkeit durchzuzickern.

3 | Selbstaufklärung

Am Ende ist der stärkste Antrieb des öffentlichen Schreibens – wie auch des Zeitschriftenmachens als öffentliche Kompilierung von Geschriebenem – wohl doch der einer Selbstaufklärung durch den Prozess des Schreibens. Erst im Schreibprozess lassen sich Gedanken splitter in eine Anordnung bringen, lassen sich systematische Erkundungen anstellen und Begriffe ausreichend klären. Jeder kennt die Vorher-Nachher-Überraschung ernsthaften Schreibens, in der man mit einer starken Intention angefangen hat und mit einer ganz anderen hinten raus kam. Jeder hat die Erfahrung schon gemacht: In dem Moment, indem man Dinge aufschreibt, sieht man viel klarer, wo etwas fehlt, wo Widersprüche liegen, aber auch, wo man richtig liegt. Diese selbstaufklärerische Funktion des Schreibens ist auch der Grund, warum politische Zeitschriften eine elementare Funktion für eine politische Praxis haben, die fast ausschließlich auf Mündlichkeit und Visualität ausgelegt ist. Die meisten PolitikerInnen tun sich unglaublich schwer, jenseits des Recyclings vorhandener Textbausteine zu verschriftlichten Positionen zu kommen. Dadurch mangelt es jedoch an jener Sprachbildung, die man bräuchte, um überhaupt erst politisch etwas beitragen zu

können. Worüber man nicht reden kann, darüber muss man bekanntlich schweigen.

So erleben wir in der Politik zwar kaum Stille, aber viel beredtes Schweigen. An der mangelnden Zeit der PolitikerInnen liegt diese strukturelle Schreibblockade sicher nicht, auch wenn das gerne von den Betroffenen angeführt wird. Es ist eher eine andere Interpretation der eigenen Tätigkeit, die viele PolitikerInnen vom Schreiben abhält. Warum Zeit in einen Vorgang investieren, der den Zuspruch nicht erhöht, vielleicht sogar gefährdet? Warum sich quälen für etwas, das gar nicht erwartet wird? Warum sich schwarz auf weiß festlegen, wo man sich besser flexibel hält? Diese Kultur der Mündlichkeit wird weiter angetrieben durch den Aktualitätsdruck der Digitalisierung. Was kümmert mich mein Tweet von vor 5 Minuten? Damit fehlt aber genau das, für das Schreiben letztlich steht: nämlich die Zeit eine Idee zu entwickeln, zu neuen Anordnungen zu kommen, statt die Dinge nur nebeneinanderzustellen. Mit diesem Mangel an Zeit geht zugleich jene Orientierungs- und letztlich auch Überzeugungskraft verloren, die politische Praxis dringend benötigt. Publizistische Entwicklungslabore gewinnen vor diesem Hintergrund an Bedeutung. Dabei ist Zeit nicht nur ein Schlüsselbegriff für die Text-Produktion, sondern auch für die Rezeption. Nur mit ihr kann ein Nachdenken mit und gegen die Texte erfolgen.

4 | Aufforderung zu neuer Reflexion

Die aktuelle Finanzkrise zeigt es überdeutlich: Statt einer Reaktivierung der politischen Sphäre – auch des politischen Denkens – starren alle auf Wirtschaftsexperten, die aber ihrerseits am Schwimmen sind. Und es gibt in Deutschland herausragende Wissenschaft – aber kaum öffentliche Intellektuelle, die bereit sind, sich an einem ernsthaften politischen Orientierungskurs zu beteiligen. Hinzu kommt das Feuilleton-Dilemma, dass man einerseits die harten Fragen diskutieren will, andererseits aber ständig die esoterischen Fragen der gehobenen

Mittelschicht herausstellt, die die Blätter ja schließlich kaufen soll. Diese traurigen Umstände sind für polar eine Chance.

Im Gegensatz zu den resignativen Lesarten der Postmoderne als Ende der Ideologien, der Geschichte und der Systemalternativen versteht polar die Diagnose der „neuen Unübersichtlichkeit“ als Aufforderung zu neuer Kritik, Reflexion und Theoriebildung. Es ist uns wichtig, dass bei aller Unterschiedlichkeit in den Positionen und bei allem Interesse an produktiver Dissonanz, eine gemeinsame Haltung deutlich wird, ein gemeinsames Interesse an bestimmten Fragen. Uns verbindet der neugierige Blick auf die Veränderung der Welt und das gemeinsame Festhalten an den Idealen der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Das Entscheidende am Zeitschriftmachen ist für uns die Möglichkeit, Zusammenhänge anders darzustellen, Dinge anders zu denken. Wo das gelingt, ist schon viel gewonnen.

5 | Transdisziplinarität

polar setzt methodisch auf Transdisziplinarität, verstanden nicht als Beliebigkeit, sondern als produktive Reibung. Die Grenzen zwischen den beteiligten Disziplinen – Philosophie und Kulturwissenschaften, Politikwissenschaft und Rechtswissenschaft, Ökonomie und Soziologie, aber auch bildende Kunst und fiktionale Literatur – werden dadurch nicht aufgehoben, aber sie sorgen für Irritation und mitunter für Verflüssigung. Ein solches gemeinsames Gespräch ist für alle Beteiligten nicht ohne Risiko, da man gezwungen ist, die eigenen Sprach- und Szene-Codes zu übersetzen. PolitikerInnen müssen ihre Textbausteine weglegen, WissenschaftlerInnen den akademischen Habitus und Pop-RedakteurInnen ihren subjektivistischen Befindlichkeits-Sprech. Das tut weh, ist aber eine riesige Chance.

6 | Internationalität

polar bringt Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Regionen der Welt ins Spiel. Das

heißt nicht, dass dadurch automatisch regionale Perspektiven abgefragt werden, sondern zunächst einmal, dass jemand etwas zu sagen hat. Gleichwohl geht es polar darum, den Blick zu weiten auf andere Gegebenheiten, auf andere Kontexte jenseits der nationalen Grenzen, insbesondere in europäischer Perspektive. Dabei fällt uns auf, dass manche transatlantische Debattenstränge eine größere Nähe aufweisen, besser eingeübt sind (und insofern auch vorhersehbarer), als solche aus verschiedenen Ecken Europas.

Es wäre vermessen, zu behaupten, polar wirke großartig in eine europäische Öffentlichkeit oder trage zu deren Herstellung bei. Oft sind es eher Berichte aus verschiedenen Öffentlichkeiten, die ja ihrerseits fragmentiert und zerfasert sind. Ein Austausch mit ähnlichen Zeitschriftenprojekten aus anderen EU-Ländern findet jedoch über persönliche Kontakte, die über polar entstehen und aufrechterhalten werden, und über die Zeitschriften-Plattform Eurozine (www.eurozine.net) statt. Über Eurozine hat polar die Möglichkeit, ausgewählte Artikel einem europäischen Publikum zugänglich zu machen und sich regelmäßig mit anderen europäischen Zeitschriftenprojekten auszutauschen.

7 | Post-Postideologie

Der postideologische Pragmatismus ist Teil unserer derzeitigen Probleme. Postdemokratie ist die fatale Folge. Auch wenn Begriffe wie „links“ oder „rechts“ notwendige Unterschiede verdecken, brauchen wir sie, solange wir keine besseren haben, um bestimmte Unterschiede zu formulieren und nicht im beredten Schweigen des Pragmatismus zu versinken. polar ist eine linke Zeitschrift, links im Sinne eines Zugewinns an Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Demokratie. Was damit aber genauer gemeint ist, ist strittig. Auch um das auszutragen, gibt es polar.

Dabei geht es uns zum Beispiel um die Frage, wie eine linke, eine solidarische und von unten durchlässige Mitte aussehen könnte. Wir

verstehen uns nicht als Dienstleister für die gehobene Mittelschicht, auch wenn wir wissen, dass die meisten LeserInnen von dort kommen. Wir fragen uns eher im Gegenteil: Wie denkt man die Interessen der Benachteiligten ernsthaft mit, die das Blatt weder lesen noch darin schreiben?

8 | Poplinke revisited

polar ist in den Cultural Studies, der Kultur- und Poptheorie verwurzelt. Wir können gerade politische Fragen besser behandeln, wenn wir sie an kulturellen Alltags- und Massenphänomenen ebenso brechen, wie an Entwürfen der künstlerischen Avantgarde. Nur so lassen sich gesellschaftliche Verhältnisse reflektieren. Und nur so gewinnen wir ein Vokabular und Bilder für andere Möglichkeiten, für eine andere Welt. Wir sind davon überzeugt, dass Zombies, Heavy Metal oder Fernsehserien sowohl als Instrument von Gesellschaftsanalyse wie auch als Ansatz einer Entgegnung notwendige Gegenstände politischen Denkens und Schreibens sind. Und wir sehen mit großer Sorge, wie sich die politische Praxis diesen Raum der Analyse und der Fantasie abschneidet.

Ausgangspunkt ist für uns dabei aber das politische Erkenntnisinteresse. Und deshalb geht es polar – in kritischer Hinwendung an das eigene Milieu – um Repolitisierung, um eine ernsthafte und kontinuierliche Befassung mit gesellschaftlichen Zuständen und Alternativen.

9 | Generationenfrage

Den jüngeren WissenschaftlerInnen, Kulturschaffenden und politisch Engagierten fehlen die Plattformen für kontinuierliche Debatte und öffentliches Sprechen vielleicht besonders. Vieles wirkt seltsam still und fragmentiert. polar will dazu beitragen, diese Sprachlosigkeit zu überwinden. polar ist im Schwerpunkt ein Projekt von 25 – 45-Jährigen, kommt also aus jüngeren Generationen von WissenschaftlerInnen,

PolitikerInnen und Kulturschaffenden. Als Zeitschrift mit einem dezidiert politischen Anspruch befindet sie sich damit in einer recht überschaubaren Gesellschaft. Das heißt aber nicht, dass sich polar als Generationen-Sprachrohr versteht, denn "die" Generation gibt es nicht. polar lässt Leute wegen ihrer Texte zu Wort kommen, nicht wegen ihres Namens oder ihres Alters. Das ist zumindest der Anspruch.

10 | Zusammenkunft

Texte ohne Gespräch, ohne Austausch sind tot. polar geht es darum, mit Interessierten zu den Texten ins Gespräch zu kommen, am besten einen Gesprächsfaden aufrecht zu erhalten. Deshalb bietet polar regelmäßig öffentliche Veranstaltungen aber auch Fachgespräche und Salons mit Autorinnen und Autoren an. Es gibt inzwischen eine polar-Community. Man sieht sich.

11 | On- / Offline

Kann künftig die Online-Kommunikation die redaktionelle Arbeit der Zeitschriften ersetzen? Das Gegenteil ist der Fall. Je mehr Informationen online herumschwirren und für jeden immer und überall verfügbar sind, desto wichtiger wird redaktionelle Arbeit. Die Auswahl von Themen und AutorInnen, die Kompilation und Lektorierung von Texten entlastet den Leser von der nur schwer möglichen Auswahl zwischen einer Unmenge von Daten.

polar ist bewusst den Weg eines Printmediums gegangen, obwohl die Redaktion eher netzaffin ist. Print bedeutet nicht nur eine konzentriertere Art des Lesens, sondern zwingt auch zu einem konzentrierteren Prozess des Schreibens und der Hefentstehung. Gleichwohl stellen wir unsere Texte zusätzlich ins Netz und bewerben Neuerscheinungen und Veranstaltungen über in den sozialen Medien. Mehr Interaktivität wäre sehr wünschenswert, führt uns aber als ehrenamtliches Projekt zumindest bislang an die Grenzen des Machbaren.

12 | Redaktion, Beirat, Trägerverein

Die 15-köpfige polar-Redaktion wird von Peter Siller und Bertram Keller geleitet. Ihr steht ein Beirat zur Seite. Neben einem Pool von Stammautoren, der den politisch-intellektuellen Rahmen bildet, ist polar offen für die Impulse und Positionen neuer AutorInnen. Da nur wissenschaftliche Texte keine ausreichende Perspektive abbilden, verwendet die Redaktion Zeit darauf, auch gute Texte aus der politischen und künstlerischen Praxis zu akquirieren.

polar wird getragen von polarkreis e. V. Der Trägerkreis versteht sich als Plattform für öffentliche Angelegenheiten an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Kunst und Politik und ist Herausgeber der Zeitschrift.

13 | Wegmarken

polarkreis e. V. wird mit der Gründungsversammlung am 6. Juli 2002 in Berlin ins Leben gerufen. 2004 erfolgen zwei erste große Symposien zur „Repolitisierung“ in den Berliner Kunstwerken und im Atelier Frankfurt. Im Herbst 2006 erscheint die erste Ausgabe von polar zum Thema „Was fehlt. #Politisierung“. Zeitgleich startet die öffentliche Veranstaltungsreihe Forum polarkreis in den Berliner Sophien Sälen, die mehrmals im Jahr stattfindet. Seit Juni 2011 lädt polarkreis e. V. zu einer Reihe von Fachgesprächen mit dem Titel Salon polarkreis, an wechselnden Orten, meistens jedoch in die Berliner Galerie KOW.

14 | Resonanzen

polar hat mit einer Auflage von 2.000 Exemplaren einen überschaubaren Leserkreis, der sich langsam aber kontinuierlich erweitert. Stellt man in Rechnung, dass jede Ausgabe der Halbjahreszeitschrift von mehreren Leuten gelesen wird, und zählt man die zahlreichen Zugriffe auf der polar-Website hinzu, kommt man immerhin auf eine Leserschaft pro Ausgabe, die im fünfstelligen Bereich liegt. polar ist online bestellbar (www.polar-zeitschrift.de) oder

in jeder Buchhandlung, und in den guten auch vorrätig. Ca. ein Drittel des Absatzes läuft über Abonnements.

polar-Beiträge werden inzwischen immer wieder von anderen Medien aufgegriffen. Das Heft dient zudem zahlreichen Akteuren aus Politik, Kunst und Wissenschaft als Ideenspeicher und Anregung. Unsere größte Freude sind all die Abende, an denen das geschriebene Wort zum Leben erwacht, indem es zur Diskussion gestellt wird.

Wir treffen inzwischen viele Leute, die polar kennen und schätzen. Das heißt aber noch lange nicht, dass sie das Heft auch kaufen. Manchmal fühlt es sich an wie die coole Band, die aber immer noch in der kleinsten Halle spielt. Egal, wir kommen wieder.

Peter Siller ist leitender Redakteur der Zeitschrift polar (www.polar-zeitschrift.de) und Leiter der Inlandsabteilung der Heinrich-Böll-Stiftung.

Gegenworte? – Gegenworte! Hefte für den Disput über Wissen¹

Wolfert von Rahden

Es ist das Gegenwort, es ist das Wort, das den „Draht“ zerreißt, das Wort, das sich nicht mehr vor den „Eckenstehern und Paradegäulen der Geschichte“ bückt, es ist ein Akt der Freiheit. Es ist ein Schritt. (Paul Celan)

Sind kritische Zeitschriften ein Auslaufmodell? Der Druck kommt von vielen Seiten: Auflagenzahlen sinken, die Konkurrenz mit anderen Medien verschärft sich, Werbeeinnahmen schrumpfen und das ‚Publikum‘ ist kritischen Journalen offenbar nicht mehr so ‚geneigt‘ wie ehemals. Bleibt dem Chronisten also allenfalls Wehmut über den Bedeutungsverlust eines Mediums, das im 18. Jahrhundert noch *den* Ort der Aufklärung mitpräsentiert und -repräsentiert hat? Wirft er nostalgisch einen Blick zurück auf jene Epoche, als grenzüberschreitend in fast ganz Europa – neben den Salons sowie Groß- und Langzeitprojekten wie der *Encyclopédie* – vor allem *Zeitschriften* eine kritische Öffentlichkeit herstellten, sie zum Träger neuer Ideen wurden und Debatten über „brennende Fragen der Bewegung“ (wie es im

68er-Jargon hieß) vor allem hier geführt wurden? Oder verspürt der geneigte Redakteur nur den Phantomschmerz über ein Medium, das die Zukunft bereits hinter sich hat?

1 | Medium der Wissenschaftskommunikation

Die GEGENWORTE sind eine Halbjahreszeitschrift mit wechselnden Themenschwerpunkten, die – von Dieter Simon 1997 gegründet – von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) herausgegeben wird. Es geht der Redaktion um die Frage, wie Wissenschaft auf eine der Wissenschaft adäquate Weise – über sich selbst und mit anderen Bereichen der Gesellschaft – kommunizieren kann. Zum Profil des Journals gehören die Auseinandersetzung mit den Bedingungen, unter denen Wissenschaft produziert wird, die Einordnung in Kontexte, aber auch Beiträge zur Selbstaufklärung der *scientific community* und nicht zuletzt die Beförderung einer kritischen Urteilsfähigkeit auch gegenüber wissenschaftlichem Expertentum.

Trotz sinkender Auflagenzahlen von Printmedien ist das Interesse an Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsvermittlung sprunghaft gestiegen. Es gibt gegenwärtig sehr viel mehr Veranstaltungen, die sich an die Öffentlichkeit wenden, als noch vor einigen Jahren. Enorme Anstrengungen wurden innerhalb wissenschaftlicher Institutionen unternommen, die eigene Arbeit nach außen hin darzustellen, für die Forschung zu werben oder Wissenschaft zu einem Thema für die Allgemeinheit werden zu lassen. Obgleich also viel getan wird, bleibt ein Zwiespalt: Die Öffnung ist für die einen Anlass zur Freude, für andere Anlass zur Sorge. Die GEGENWORTE sind seit ihrer Gründung einer der Orte, an denen die Nebenwirkungen der aktuellen Veränderungen thematisiert werden. Mit dem Gang in die Öffentlichkeit werden nicht nur alte Probleme gelöst, sondern es entstehen auch neue. Die Zeitschrift versucht, zwischen Events und Popularisierung, zwischen Hochglanzpräsentation und mehr oder weniger komplexer Darstellung eine Strategie zu entwickeln, mit intelligenten Formen der Wissenschaftskommunikation zu experimentieren.

2 | Forum für einen interdisziplinären Polylog

„Wer nichts als Chemie versteht, versteht auch die nicht recht“, versuchte schon Georg Christoph Lichtenberg seinen Zeitgenossen einzuschärfen. Mehr denn je sind die einzelnen Disziplinen und die Wissenschaft als Ganze heute aufgefordert, über die eigenen Grenzen hinauszuschauen, den Blick nicht nur in andere Regionen der Wissenschaften zu richten, sondern auch ‚hinein ins Leben‘. Die GEGENWORTE haben sich zum Ziel gesetzt, diesem interdisziplinären ‚Polylog‘ – denn es ist ja ein vielstimmiger Diskurs – ein Forum zu bieten, und sie verstehen sich als ein ‚Laboratorium des Wissens‘, das an der Entwicklung neuer Kommunikationsstrategien mitwirkt. Der Disput über Wissenschaftsthemen darf nicht abbrechen vor den Schranken der Einzeldisziplin. Und nicht nur das: Er muss ebenso die Wechselwirkun-

gen mit außerwissenschaftlichen gesellschaftlichen Institutionen und der sozialen Lebenswelt reflektieren. Aus diesem Grunde ermuntert die Zeitschrift nicht nur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den unterschiedlichsten Gebieten, das Wort zu ergreifen, sondern auch Schriftsteller, Künstler, Journalisten, Studierende sowie Autoren aus Wirtschaft, Politik und anderen gesellschaftlichen Bereichen, Jung und Alt, Etablierte und Außenseiter. Der jeweilige Themenschwerpunkt wird also aus einer Vielzahl unterschiedlichster Perspektiven beleuchtet. Unsere Entdeckung dabei: Es gibt eine nicht unbeträchtliche Zahl von Forschern, die mit offenkundigem Vergnügen über den Tellerrand ihrer Disziplin schauen und sich gern überreden lassen, die Rituale ihres Gewerbes gelegentlich außer Acht zu lassen.

Die Kürze der Artikel (zumeist 3-5 Heftseiten), Layout und Ästhetik laden dazu ein, sich trotz Zeitnot mit fachfremden Wissenschaften zu beschäftigen. So präsentiert jede Ausgabe einen bildenden Künstler oder eine Künstlerin mit mehreren ganzseitigen Bildern, und der Stil der Essays soll eher pointiert sein – und (im besten Falle) ebenso informativ wie vergnüglich. Im Fokus stehen dabei nicht nur Mainstream-Themen, sondern auch Fragen und Themen ‚vom Rand‘ sowie deren Einordnung in unterschiedliche gesellschaftliche Kontexte. Zugleich wird das Augenmerk auf die historische Tiefenschärfe eines Themas gerichtet, sodass es eingebettet wird in einen geschichtlichen Zusammenhang. Aber auch hier steht nicht bloß die Tradition der ‚herrschenden Meinung‘ im Vordergrund (im Juristenjargon: der ‚h. M.‘), sondern das Interesse gilt ebenso dem ‚schrägen Blick‘ jener Außenseiter, die häufig genug erst das Neue und Innovative hervorbringen, das – obschon *theoretisch* in Sonntagsreden oft genug beschworen – *in praxi* erfahrungsgemäß kaum eine Chance erhält sich durchzusetzen.

Zentrales Instrument der Verständigung bleibt die Sprache, wiewohl Bilder auch eine wichtige Rolle spielen. Auf dem Gebiet einer verständlichen und differenzierten Sprache hat die deutsche Wissenschaft einigen Nachholbedarf, und

die redaktionelle Bearbeitung, der Austausch mit den Autorinnen und Autoren sowie das Gespräch vor der Fertigstellung von Artikeln hat sich als produktives Mittel bei der Suche nach Gegenworten im Sinne des ‚Namensgebers‘ Paul Celan erwiesen, der das ‚Gegenwort‘ als den Einspruch, den Akt des Widerspruchs gegen das als selbstverständlich Akzeptierte begriff.

3 | Vom Diskurs zur Intervention

Der konzeptionellen Entwicklung der GEGENWORTE lag der Gedanke zugrunde, den Forschungs- und Diskussionsprozess *in* der Wissenschaft, *mit* ihr und *über* sie abzubilden, kritisch zu reflektieren und damit auch aktiv – soweit dies medial möglich ist – zu intervenieren. Es geht darum, dass der Disput nicht nur von der Redaktion fingiert wird, sondern möglichst eng anknüpft an die Debatten, wie sie in Wissenschaft und Gesellschaft wirklich geführt werden. Zur Abbildung ‚realer‘ statt ‚virtueller‘ Debatten gehört die verstärkte Präsenz und Teilnahme der Redaktion an Veranstaltungen, (Podiums-)Diskussionen, Konferenzen und Tagungen und das Führen von Gesprächen und Interviews.

Daneben bietet die Website (www.gegenworte.org) umfassende Informationen: Sie informiert über Themen und Autoren, Künstler, Leserbriefe, Rezensionen und ist verlinkt mit dem Edoc-Server der BBAW, auf dem *alle* Volltexte der Hefte archiviert sind. Seit zwei Jahren ist jede Ausgabe *open access*, also kostenfrei nach Erscheinen zugänglich. Es bleibt allerdings abzuwarten, wie lange dieses *userfreundliche* Modell Bestand haben wird, da die verkaufte Druckauflage sich seitdem merklich verringert hat. Eine weitere Überlegung besteht in der Ausweitung der bisherigen Webpräsenz in Richtung Online-Forum und sozialer Netzwerke; durch Online-Redaktion, Blog, Forenbeiträge und weitere Verlinkungen sind kürzere Reaktionszeiten im Kontrast zum Halbjahreszyklus der Hefte möglich.

Mit der Einrichtung eines ständigen interdisziplinär ausgerichteten Beirates (*advisory*

board) wurde die Kommunikation zur Wissenschaftsseite intensiviert. Insgesamt hat sich die Zeitschrift in den letzten Jahren stärker wissenschaftspolitisch ausgerichtet, etwa mit Schwerpunkten zur Politikberatung, zum Problem der Grenzen von Wissenschaft, zur Hochschul- und Forschungspolitik und zum Wissenschaftsjournalismus „zwischen Expertendiskurs und Publikumserwartung“.²

4 | In der Krise bestehen

Trotz der eingangs angedeuteten Krisensituation eröffnet sich für Zeitschriften durchaus die Möglichkeit – wie ich meine –, eine bedeutsame Rolle innerhalb einer kritischen Öffentlichkeit wahrzunehmen und zu behaupten. Sie bestünde vor allem – je nach thematischer Ausrichtung des Journals – in der qualifizierten Analyse und Reflexion sozialer und gesellschaftlicher Probleme sowie kultureller, politischer und wissenschaftlicher Fragen und Konflikte. Um es als *Maxime* zu formulieren: *Relevante Fragen aufgreifen, Themen setzen, diese qualitativ mit ‚Tiefenschärfe‘ erörtern und sich den Möglichkeiten neuer Medien nicht verschließen*. Ein entscheidender Vorteil besteht darin, dass Zeitschriften Medien ‚mittlerer temporaler und thematischer Reichweite‘ sind, wie ich es nennen möchte. Einerseits unterliegen sie nicht dem schnell- und kurzlebigen ‚One-Click‘-Syndrom des Internets, andererseits aber auch nicht dem längerfristig angelegten Zeitrhythmus der Produktion und Lektüre dickleibiger Monographien. Immer dann, wenn sich der Netz-Nutzer, der Tagespresse-Leser oder der TV-Seher zum einen nicht hinreichend informiert glaubt, sich aber zum andern nicht auf das zeitintensive Studium eines voluminösen Buchs zum Thema (so es denn eines dazu gibt) einlassen mag, können Zeitschriften die dazwischen liegende Zeit- und Themen-Nische füllen. Diese Lücke gilt es zu nutzen und offensiv zu besetzen.

Im 18. Jahrhundert meinte der Begriff ‚Aufklärung‘ noch einen gesellschaftlichen Gesamtentwurf; er war noch nicht – wie zumeist im

heutigen Alltagsverständnis – auf seine sexualpädagogische oder militärisch-nachrichtendienstliche semantische Schwundstufe geschrumpft, und Zeitschriften bildeten europaweit eine entscheidende Säule der bürgerlichen Öffentlichkeit. An diese Tradition können und sollten Journale als Vertreter des ‚alten Typographieums‘ anknüpfen: Sie müssen die Chance ergreifen, die eigenen Stärken zu zeigen und ihre Potenziale auszuschöpfen. In Verbindung mit den neuen Medien wie dem Internet und mit Blick über die nationalen Grenzen hinaus können Zeitschriften sich durchaus als eigenständiges Forum erhalten und weiterentwickeln. Denn um Probleme zu erörtern, neue Ideen zu generieren und Kontroversen auszutragen, genügen keine Für- und Geleitworte, dazu bedarf es immer noch des Gegenwortes.

Nachtrag zum Thema „Erfolgreich scheitern“: Unversehens (und nach Fertigstellung des Beitrags) hat sich der vorliegende Text *contra intentionem* des Autors in einen Nachruf verwandelt, da die BBAW als Herausgeberin

der GEGENWORTE den Beschluss gefasst hat, „aus finanziellen Gründen“ die Publikation der Zeitschrift ab 2014 einzustellen.

Wolfert von Rahden ist Redakteur der Zeitschriften *Gegenworte* und *Tumult* sowie Gründungsredakteur der *Zeitschrift für Ideengeschichte*. Kontakt: vrahden@arcor.de

Anmerkungen

- ¹ Ich danke meiner Vorgängerin und Gründungsredakteurin der *Gegenworte*, Hazel Rosenstrauch, auf deren konzeptionellen Überlegungen dieser Text z. T. beruht, und ich danke meiner langjährigen Kollegin Phuong Duong für tatkräftige Unterstützung bei der Umsetzung des Konzepts.
- ² Siehe hierzu W. v. Rahden: „Zwischen Expertendiskurs und Publikumserwartung. Wissenschaftliches Publizieren aus der Sicht eines Wissenschaftsredakteurs“, in: GEGENWORTE: *Die Wissenschaft geht ins Netz*, Heft 21 (2009), S. 33-36 (Volltext unter: <http://edoc.bbaw.de>)

Der Leviathan

Reinhard Blomert

Die Zeitschrift Leviathan ist der Idee sozialwissenschaftlicher Aufklärung und Kritik verpflichtet. Sie veröffentlicht aktuelle Forschungsbeiträge und Debatten zu Themen aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Philosophie, Recht und Gesellschaft. Sie richtet sich an eine breite Leserschaft aus Lehre und Forschung, Politik und Verwaltung, Publizistik und Medien.

Motto der Zeitschrift Leviathan, verabschiedet auf der Jahrestagung 2010

1 | Das Projekt „Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft“

Als sich Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler im Jahre 1971 im Mannheimer Schloss zu ihrem 10. Kongress zusammenfanden, kam während eines Kaffee-Pausengesprächs in einer „akustisch aufgekratzten Stimmung“¹ die Idee auf, eine „Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft“ zu gründen. An der Konkretisierung dieser Idee zeigte sich der

Bertelsmann Verlag interessiert, und im darauffolgenden Januar traf sich in Berlin eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern mit dem Vertreter des Bertelsmann Universitätsverlags, Manfred Müller, um das „Zeitschriftenprojekt kritische Sozialwissenschaft“ zu konkretisieren. Die Gruppe bestand aus Claus Koch, dem Redakteur der (eingestellten) EVA-Zeitschrift „Atomzeitalter“, der als Redakteur vorgesehen war, dem Soziologen und Psychologen Klaus Horn vom Sigmund Freud-Institut, den noch jungen Politikwissenschaftlern Wolf-Dieter Narr, Claus Offe und Dieter Senghaas und dem kritischen Regensburger Ökonomen Winfried Vogt. Das Programm einer profilierten wissenschaftlichen Zeitschrift mit einer Ausrichtung „an der kritischen Theorie und universitärer Reform“, stand fest, als die Frage nach dem Namen der Zeitschrift aufkam: Wie soll das Kind heißen? Tatsächlich sollte Modell für die Intentionen der Zeitschrift die alte „Zeitschrift für Sozialforschung“ des Frankfurter Instituts für Sozialforschung sein. Aber Max Horkheimer hatte es kategorisch abgelehnt, die Titelrechte abzugeben. Der Bertelsmannlektor schrieb in einer verlagsinternen Notiz: „Kein Vorschlag wurde akzeptiert. Allgemeine Abneigung bestand gegen den Begriff ‚kritisch‘ in irgendeinem Zusammenhang; auch der Terminus ‚Sozialwissenschaft‘ wurde als zu breit - nichtssagend eher abgelehnt (wogegen ich ihn gerade wegen des großen Mantels favorisierte). Tendenz: Für den Haupttitel einen Begriff zu finden, der schnell zum Signet werden könnte (es wurden auf die Beispiele ‚Kürbiskern‘, ‚Daedalus‘ verwiesen); einziger konkreter Vorschlag: Leviathan. Der Untertitel soll informieren; im Gespräch war: ‚Zeitschrift für Sozialökonomie und Politik‘“.

Dieser „einzig konkrete“ Vorschlag, „Leviathan“, stammte von Claus Offe. Er wurde angenommen, und dass er zum „Signet“ taugte, erwies sich spätestens, als Hauke Sturm den Umschlag neu gestaltete, der seit 1987 die Hefte erkennbar macht. Bei dem Titel bezog sich Offe, der gerade aus den USA zurückge-

kommen war, auf ein militant antikapitalistisches Blatt der amerikanischen Studentenbewegung, das für kurze Zeit in New York, San Francisco und Boston erschienen war und sich zum Ziel gesetzt hatte, die „cracks in the Leviathan“ zu finden, also die Bruchstellen im Staatsgefüge. So stand denn auch in der ersten Nummer des bundesrepublikanischen Leviathan, die Anfang 1973 erschien, „es gehe darum, die im Leviathan gefasste Verkörperung des Staates analytisch zu durchdringen, um seine inneren Widersprüche offenzulegen und Strategien zur Überwindung seiner Krisen vorzulegen“. Vor allem, so lautet das Fazit, gehe es darum, das Subjekt gegenüber dem Leviathan in Szene zu setzen: Kurz, „die Subjekte als Funktion des Leviathan und die Strategien ihrer rationalen Repolitisierung werden Themen dieser Zeitschrift sein.“

Die Herausgeber bestanden darauf, dass die Titelrechte bei ihnen verblieben. Für das Profil einer Herausgeberzeitschrift ist das nicht unwichtig, trägt es doch im Konfliktfall zu einer stärkeren Verhandlungsposition gegenüber dem Verlag bei.

Über den Preis waren die Ansichten von Verlag und Herausgebern stets verschieden: Der Lektor schrieb: „Mit Blick auf ‚Argument‘ und ‚Kursbuch‘ wurde der vorgeschlagene Einzelheftpreis heftig kritisiert, da er die ‚Gelegenheitskäufe‘ (etwa bei Montanus) blockiere. Ich verwies auf die Abhängigkeit des Einzelheftpreises vom Preis für das normale Abonnement und außerdem auf die beträchtlichen allgemeinen Honorarbelastungen und Anlaufkosten und bot eine Preissenkung bei gleichzeitiger Verminderung der Honorar-Gesamtbelastung an. Antwort: keine Honorarsenkung: Einzelheftpreis akzeptiert“². Die Honorarbelastung des Verlags ergab sich zu jener Zeit daraus, dass Autorenhonorare bezahlt wurden (20,- DM je Druckseite) und dass der Redakteur, Claus Koch, auf Honorarbasis mit 1000,- DM/Monat bezahlt wurde. Er war die aktive Koordinationsstelle für die gesamte Programmplanung, und koordinierte die Auswahl- und Entscheidungsgänge für die Manuskripte sowie die

Schlussredaktion und die Korrekturen des Umbruchs.

Zielgruppe waren Studentinnen und Studenten und die Randgruppen Oberschüler/Lehrer der sozialwissenschaftlichen Fächer. Die Herausgeber und der Redakteur Claus Koch waren an der größten Breitenwirkung interessiert und dementsprechend galt es die Programmplanung zu gestalten, ohne dabei den wissenschaftlichen Standard herabzusetzen. Bodo von Greiff dachte an „Studenten, Richter, Professoren, Journalisten, Architekten, Gewerkschaftler, Abgeordnete und Dramaturgen“, um zu betonen, dass es nicht um eine „beschränkte Wissenschaftlichkeit“, sondern um eine „politische und dennoch wissenschaftliche Zeitschrift“ geht und verglich sie mit „Les Temps Modernes“ aus Frankreich, „MicroMega“ aus Italien und der US Zeitschrift „Dissent“³.

2 | Die Kunst, sich zu ändern und sich treu zu bleiben

In den 40 Jahren seit dem ersten Erscheinen hat sich manches sukzessive verändert: Auf Claus Koch folgte 1982 Bodo von Greiff, der als „Mr. Leviathan“ die Redaktion 25 Jahre lang betreute, bevor der jetzige Redakteur Reinhard Blomert sie 2007 übernahm. Hatten Koch und von Greiff die Hefte von zu Hause aus betreut, so bezog Blomert ein Büro im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin: Der Hintergrund war, dass die FU die Zeitschrift nicht mehr allein tragen wollte. Der damalige Präsident des WZB, Jürgen Kocka, war bereit, sie als Projekt in Kooperation mit FU, HU und dem Verlag zu erhalten. Zu dieser Kooperation stieß 2008 noch die Hertie School of Governance hinzu. Die Zahl der Herausgeber und Beiräte ist inzwischen auf 27 angewachsen, unter ihnen ist von den ursprünglichen noch Dieter Senghaas als Beirat und immer wieder auch als Autor aktiv. Vom Bertelsmann-Universitätsverlag ging der Leviathan 1975 zum Westdeutschen Verlag über, der von Manfred Müller geleitet wurde und ebenfalls zu Bertelsmann gehörte, kam 2003

an die Verlagsgruppe Julius Springer und wechselte 2012 zum Nomos Verlag⁴.

Dem ursprünglichen Programm ist der Leviathan treu geblieben, soweit für eine Zeitschrift, die von aktuellen Beiträgen lebt, von Treue die Rede sein kann – das Selbstverständnis ist nach wie vor vom Bild der kritischen Sozialwissenschaft geprägt, die Leserschaft, die angesprochen werden soll, ist allerdings nicht mehr auf Hochschule und Oberstufe begrenzt, sondern wird auch in Politik und Verwaltung vermutet, ganz entsprechend der Lebensläufe der ursprünglichen Leserschaft.

Auch der Aufbau der Hefte ist geblieben: Die Hefte beginnen mit einem Editorial, in manchen Hefen folgt die Rubrik „Positionen, Begriffe, Debatten“, in der kleinere Beiträge oder auch strittige Themen behandelt werden, dann die Hauptartikel und anschließend ein Essay, der auch aus einem Literaturbericht oder einer ausführlichen Rezension eines bahnbrechenden Werkes bestehen kann. Geändert hat sich, dass die englischen summaries nicht alle miteinander am Ende des Heftes erscheinen, sondern den Artikeln zugeordnet sind, damit sie als Bestandteil der Einzelartikel im elektronischen Netz erhalten bleiben. Sonderhefte erscheinen ein bis zweimal pro Jahr zu bestimmten Themenfeldern, alle Beiträge auch bei den Sonderheften unterliegen den üblichen anonymisierten Begutachtungsverfahren.

3 | Zweigleisig im Prozess der Digitalisierung

Schon im Jahre 2007 war der Leviathan im Internet zu finden, die früheren Hefte wurden bis zum Jahrgang 2000 zurück digital archiviert. Der mit der Umstellung verbundene redaktionelle Aufwand ist freilich nicht einfacher, sondern komplizierter geworden. Statt eines einzigen Manuskripts gibt es eine Vielzahl von Manuskripten in verschiedenen Zuständen, denn das papierne Rohmanuskript, das zuvor redaktionell bearbeitet wurde und dann, nach der Autorisierung, in corpore zum Satz

geschickt wurde, vermehrt sich im digitalen Herstellungsmodus in jeder Bearbeitungsstufe. Die Textvarianten bleiben in der Regel alle erhalten und werden gespeichert, der Emailverkehr ersetzt das Telefonat, Einzelheiten werden nicht mehr besprochen, sondern durch Vorschläge in weiteren neuen Versionen hin und hergeschickt. Die Technik selbst zeigt dann ihre Tücken, wenn Manuskripte in unlesbaren Formaten eintreffen, oder in Formaten, die wegen bestimmter Sicherheitscodes nicht zu bearbeiten sind.

Ob die Digitalisierung selbst, über das rein Technisch-Praktische (und manchmal auch sehr aufwendig Unpraktische) hinaus, ein echter Gewinn ist, lässt sich bisher noch nicht sagen: Weder gibt es ein einfaches und faires Bezahlmodell für die digitalen Ausgaben, mit dem der Verlag seine Kosten decken kann, noch ist bisher klar, ob die Digitalisierung tatsächlich den „goldenen Weg“ darstellt, den sich viele vorstellen. Das Lesen elektronischer Formate ist an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden, die in wissenschaftlichen Institutionen in Deutschland in der Regel vorhanden sind und vorbildlich gepflegt werden – vom EDV-Personal über die Rechner mit adäquaten und ständig aktualisierten Programmen bis zu Stromzugang und Drucker. Doch ist diese Infrastruktur teuer und aufwendig, weshalb man bei Geldknappheit – etwa in Ländern, die unter einem Spardiktat leiden – mit Abstrichen in dieser Ausstattung wird rechnen müssen und auch hier eine Zweiklassengesellschaft zu befürchten ist.

Auch die digitale Archivierung ist problematischer als die Archivierung einer gedruckten Ausgabe, da sie an digitale Archive gebunden sind, die in der Regel von privaten Spezialfirmen gepflegt werden. Über die Qualität dieser Pflege gibt es bisher kaum Erkenntnisse, aber es ist klar, dass die Texte bei jeder Veränderung der Formate auf die neuen Programme umformatiert werden müssten, um lesbar zu bleiben. Dass dieser Aufwand nicht immer betrieben wird, dafür gibt es inzwischen bereits eine Reihe von Beispielen.

Tatsächlich haben viele Zeitschriften insbesondere im medizinischen und im naturwissenschaftlich-technischen Bereich sowie in der Ökonomie bereits auf elektronische Veröffentlichungsformen umgestellt. Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften ist diese Umstellung zwar auch in Gange, ohne dass jedoch die Druckausgaben gleichzeitig verschwinden: Die Autorinnen und Autoren, so muss man annehmen, haben ein stärkeres historisches Bewusstsein, sie wollen ihre Texte gerne ins Buchregal stellen. Deshalb wird der Leviathan weiterhin die Vorteile der Digitalisierung nutzen, aber von der Druckausgabe nicht lassen.

4 | Diagnosen der Kultur des Kapitalismus

Es gibt im Leviathan Aufsätze zur Theorie – Theorie der nationalen und internationalen Politik, der politischen Ökonomie, des nationalen und europäischen Rechts, der politischen Philosophie, der Wissenschaftsforschung und der Soziologie, – ebenso wie empirische Beiträge mit Ergebnissen aus der Forschung. Die Themen sind nach wie vor um jenes große Feld gruppiert, das Alfred und Max Weber einmal die „Kultur des Kapitalismus“ nannten, als sie ein Lehr- und Forschungsinstitut in Heidelberg planten, an dem Nationalökonomie, Staatswissenschaften und Sozialpolitik gelehrt und erforscht werden sollte. Daraus ist in der Weimarer Republik das berühmte Institut für Sozial- und Staatswissenschaften (In-SoSta) entstanden. Das ist die Besonderheit des Leviathan, nämlich die Idee der Einheit der Sozialwissenschaft, also das, was heute Interdisziplinarität genannt wird. Der Leviathan nennt sich im Untertitel deshalb auch „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“, um zu betonen, dass es die „von der wissenschaftlichen Arbeitsteilung gezogenen und oft sinnlosen Grenzen zwischen den Disziplinen zu lockern, also nicht Soziologie, Psychologie, Ökonomie, Ethnologie, Philosophie, politische Wissenschaft etc. je für sich zu kultivieren, sondern ‚die‘ Sozial-

wissenschaft in ihrer Einheit zu erhalten“ gilt, wie es Bodo von Greiff in seinem Editorial zum 20. Jahrgang formulierte.

Der Leviathan lebt von den politischen und sozialen Auseinandersetzungen. Wissenschaftliche Zeitschriften wie der Leviathan stellen nicht nur das einschlägige Medium für den Austausch zwischen Wissenschaftlern dar, bilden also stets die neueste Äußerung und den neuesten Stand eines Forschungsbereichs ab, sondern bieten auch die Basis für das Wissen und die Reflexionen von Journalisten oder Politikern, bzw. ihren Zuarbeitern in den wissenschaftlichen Diensten der Politik. Insofern verstehen sich die Autor(inn)en stets auch als Diskursteilnehmer, die Marken setzen können – sei es in der Öffentlichkeit, in den Parteien oder in den sozialen Bewegungen.

Die Themenfelder entstammen zwar einer deutschen Perspektive, aber die Sicht der einzelnen Beiträge reicht weit über die Landesgrenzen hinaus in die internationale Politik.

Sie befassen sich mit Weltordnungen und Welt-systemen, Krieg und Frieden, politischen und ökonomischen Abhängigkeiten zwischen den Kontinenten und zwischen den Staaten, wobei das Thema Europa im Leviathan schon lange seinen Platz hatte und seit der Eurokrise in den letzten Heften verstärkt präsent ist.

Reinhard Blomert ist Publizist, Hochschul-lehrer und Redakteur der Fachzeitschrift Leviathan. Kontakt: blomert@wzb.eu

Anmerkungen

- ¹ So die Erinnerung von Claus Offe.
- ² Die Diskussion um die Preise lief unterschwellig weiter. Erst mit dem Verlagswechsel 2012 konnte der Preisanstieg für private Abonnements stabilisiert werden.
- ³ Bodo von Greiff, „20 Jahre Leviathan. Eine Zwischenbilanz“, Leviathan 1/1993
- ⁴ Vgl. dazu das Editorial von Heft 1, 2012, S. 3

INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

Katharina Rahlf

Im Herbst 2011 erschien die erste Ausgabe von INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft. Die Zeitschrift wird vom Göttinger Institut für Demokratieforschung herausgegeben, das von Prof. Franz Walter geleitet wird. INDES versteht sich als ein Journal, das den Transfer zwischen Politologie, Soziologie, Geschichte und – dies keineswegs zuletzt – dem anspruchsvollen Feuilleton anstrebt.

Die Absicht lautet, nicht allein oder auch nur in erster Linie die eigene Zunft zu bedienen. Damit fügt sich INDES nahtlos ein in eine längere Tradition der Göttinger Politikwissenschaft, die ihre Forschungsergebnisse bereits seit den frühen 1980er Jahren – begin-

nend mit Christian von Krockow – ausdrücklich nicht nur den eigenen Fachkollegen zu vermitteln versuchte, sondern bestrebt war, mit Büchern und Aufsätzen auch ein größeres, sicher interessiertes, gewiss gebildetes, aber nicht unbedingt fachwissenschaftlich geschultes Publikum zu erreichen. Dieses Erbe wurde in der jüngeren Vergangenheit vor allem von der Göttinger Parteienforschung bewahrt. Ihm fühlt sich nun auch das neue Periodikum INDES verpflichtet. Es wendet sich auch und nicht zuletzt an Professionelle der Politik und der politischen Deutung, vom Abgeordneten über den Persönlichen Referenten bis zum Journalisten. Aber eben gleichfalls an diejenigen,

die montags das Magazin mit in den ICE nehmen, donnerstags die Wochenzeitungen auf dem Wohnzimmertisch ausbreiten und überhaupt an alle, deren kluge Köpfe wo auch immer stecken mögen, sei es selbst vor dem Bildschirm.

1 | Jenseits des Fachjargons

Es ist mithin nicht gleichgültig, wie man als Forscher des Politischen schreibt. »Wieso wissenschaftliche Sprache so schwach und ausdrucksarm sein muss, aseptisch gegenüber Leid, Schmerz wie Glück und Hochgefühl, kaum fähig, bürgerliche Erfahrungen wiederzugeben« (Heinrich August Winkler), ist weder einsichtig noch fatalistisch hinzunehmen. Es verringert auch nicht den Erkenntnisraum, wenn man neugierig schauend ins gesellschaftliche Feld geht, ohne stets ein vorab bereits festes Analyseraster im Gepäck mitzuführen. Und: Erkenntnisgewinn lässt sich nicht allein aus der Empirie seriell gewonnenen Zahlenreihen ziehen. Die Autoren dieser Zeitschrift sollen daher, wenn irgend möglich und ohne krampfhaftes Selbstkasteiung, auf überflüssigen Fachjargon verzichten. Sie sollen sich nicht hinter starren Methoden verstecken, nicht aus riegelfesten Theoriegehäusen Aussagen ableiten. Urteilsfreudigkeit ist durchaus erwünscht, Anschaulichkeit gern gesehen. Der Unterwürfigkeit gegenüber Systemkategorien wollen wir hingegen entgegenwirken.

INDES will neugierig schweifend assoziieren und bedient sich insofern einer Forschungspraxis, wie sie am Göttinger Institut für Demokratieforschung (GfD) versucht wird. Politische Phänomene, davon sind wir überzeugt, können ohne historische, kulturelle und soziologische Kenntnisse nicht überzeugend erklärt werden, sie müssen auf die untergründigen Mentalitätsströme der Gesellschaft zurückgeführt und im historischen Längsschnitt gedeutet werden. Deshalb halten wir den systematischen Blick über die Fächergrenzen für erforderlich und ermutigen, jenseits vorgegebener Interpretationspfade eigene Wege einzuschlagen.

Dabei kann und darf es auch widersprüchlich zugehen. Man muss nicht an Zugriffen, Perspektiven und Ergebnissen dauerhaft festkleben; sie sind revidierbar. Insofern finden unerwartete, eben nicht automatisch dem journalistischen oder wissenschaftlichen »Mainstream« nacheifernde Interpretationen – die »originelle Alternative« – und Kontroversen in INDES ihren Platz. Der Name kündigt es an: Nicht zuletzt um Einwände, um Widersprüche und Gegensätze soll es INDES gehen.

Selbstverständnis und Zielsetzung von INDES – und dies gilt gleichfalls für das aus der Göttinger Parteienforschung hervorgegangene GfD – verdichten sich in der Textgattung der »Inspektionen«, die sich neben bekannten und bewährten Rubriken wie Analysen, Porträts, Interviews und Rezensionen in jedem Heft finden. Diese reportageartigen Erkundungen versinnbildlichen den Brückenschlag zwischen Feuilleton und Politologie. Durch vielfältige Darstellungsformen und eine fächer- und universitätsübergreifende Rekrutierung von Autoren hoffen wir, auf Dauer eine abwechslungsreiche und lebendige Kultur des Schreibens zu begründen. Wir haben uns dabei bewusst für das Format und den Erscheinungsrhythmus einer politischen Vierteljahreszeitschrift entschieden, weil es dadurch möglich ist, über die tagesaktuelle Berichterstattung hinauszugehen. Sie lassen Zeit und Raum für tiefgründige Analysen und Interpretationen. Das wissenschaftliche Fundament, z.B. die historische oder soziologische Perspektive, bewahrt vor überhasteten Urteilen, kann diese jedenfalls relativieren und gegebenenfalls korrigieren oder ergänzen. Genau diese Ausführungen, auch die teils kontroversen Ansichten, braucht es, um sich zum Beispiel eine eigene Meinung zu politischen Streitthemen bilden zu können. Der Mehrwert von INDES für den politischen Diskurs besteht darin, über rein politische Aspekte hinaus gesellschaftliche, kulturelle, lebensweltliche und sozialgeschichtliche Bereiche in den Fokus zu rücken. Dadurch ist es möglich, den weit verbreiteten gegenwartfixierten Alarmismus in Politik und Tagesmedien zu relativieren und

insgesamt eine sehr dichte, komplexe, analytisch tief reichende, zudem kreative und im ganzen plausible Argumentation herzustellen.

2 | Resonanz und Reichweite

Wir arbeiten mit einem Kreis aus ca. zehn Personen, die zum Großteil am Göttinger Institut für Demokratieforschung beschäftigt sind, hinzukommen zwei externe Redaktionsmitglieder. Was unsere Reichweite betrifft, lässt sich nach einem Jahr Bestehen Zweierlei beobachten: Einerseits, das Erfreuliche, scheint man INDES zu kennen, auch wahrzunehmen – so zumindest unser Eindruck bei Vorträgen, Gesprächskreisen, Podiumsdiskussionen. Hervorzuheben ist hier sicherlich die größtenteils positive Resonanz. Auch merken wir, dass wir offenbar tatsächlich in eine Lücke hineingestoßen sind, dass unsere Autoren die Publikationsmöglichkeit begrüßen. So schätzen zum Beispiel Journalisten, die bei uns geschrieben haben, dass Ihr Beitrag nicht bereits nach einem Tag oder einer Woche überholt ist und sie ihre Gedanken ein wenig schweifen lassen konnten. Interessanterweise sind die Bedenken und Hemmungen in der Politikwissenschaft vergleichsweise am größten – Historiker, auch Soziologen sind da sehr viel offener.

Andererseits ist unser Abonnementkreis (noch?) beschränkt. Hier zeigt sich, wie schwer eine Zeitschriftengründung heute in der Tat ist. Wir würden den Leser- und Abonnementkreis gerne erweitern. Vielleicht haben wir uns auch die Etablierung einer „klassischen Zeitschrift“ ein wenig einfacher vorgestellt. Andererseits braucht man natürlich anfangs eine gewisse Euphorie.

Außerdem haben sich unsere Ideale in puncto „Schreibstil“ noch nicht allorts erfüllt – was auch nicht anders zu erwarten war. Es ist einfach schwierig, Autoren „von außen“ etwas vorzugeben, ohne sie allzu sehr einzuengen. Hier werden wir sicherlich noch einige Anstrengungen unternehmen müssen. Auch gilt es, den Frauenanteil zu erhöhen. Wir haben sehr viel mehr Autoren als Autorinnen, was

unterschiedliche Ursachen hat. Zum einen gibt es einfach mehr Politologen als Politologinnen, und das Missverhältnis wird analog zur steigenden Positionshöhe und zum akademischen Grad eklatanter. Zum anderen haben wir bei angefragten Autorinnen oft eine ausgeprägtere Vorsicht bemerkt. Und schließlich haben wir unsere liebe Mühe bei den expliziten Kontroversen. Fragen wir hier Wissenschaftler an, erhalten wir oftmals eher eine abwägende Erörterung. So wertvoll natürlich diese Skepsis vor eindeutigen Urteilen ist – ein wenig mehr Zuspitzung, Prägnanz und Präzision wären an dieser Stelle wünschenswert.

Tatsächlich haben wir es uns leichter vorgestellt, Themen zu setzen, die auch über ihren festen Leserkreis hinaus Resonanz erzeugen und Diskurse anstiften. Die Schwierigkeiten haben, so glauben wir, mehrere Gründe: Von INDES erscheint gerade das siebte Heft, weshalb wir alleine aus Zeitgründen noch nicht von einem festen Leserkreis sprechen möchten. Diesen muss man erst einmal haben und ihn – wenn man ihn dann hat – benennen, eingrenzen können. Ansonsten zeigt das breite Themenspektrum der bisher erschienenen Texte, dass wir uns vorerst an einen *potenziellen* Leserkreis wenden, nämlich jene politisch Interessierten, welche die erforderliche Zeit auch für etwas längere Texte aufwenden und die vor allem an originellen, unkonventionellen Deutungen Spaß haben.

3 | Digital oder Print?

Zeitschriften haben unserer Überzeugung nach auch in dem veränderten medialen Umfeld des 21. Jahrhunderts einen eigenen Stellenwert behalten. Wir leben in einem Zeitalter der Beschleunigung, die sich im Bereich politischer Deutungen in Internetpublikationen und -foren mit ihren extrem kurzen Taktungen widerspiegelt. Doch die Verlustbilanz der durch den rapiden Wandel erzeugten Entbindung, Verhaltensunsicherheit und Orientierungslosigkeit rückt in der letzten Zeit stärker ins Blickfeld. Zeitschriften – egal ob monatlich, zweimonat-

lich, viertel- oder halbjährlich erscheinend – mögen in den Stromschnellen der politischen Berichterstattungshektik als Fels der Entschleunigung fungieren. Darin liegt ihre Bedeutung, absehbar auch und vielleicht insbesondere in der näheren Zukunft.

Was nun die Frage nach print oder digital betrifft: Vielleicht muss man das auch gar nicht so dogmatisch sehen oder sogleich in Untergangsszenarien schwelgen. Oft ist es ja eher eine Geschmacksfrage, ob man einen Essay nun lieber auf Papier oder auf einem tablet liest (Das Buch an sich ist ja – kurioserweise? – auch nicht durch die E-Book-Reader verschwunden). Beides hat seine Vor- und Nachteile, und in manchem sind Druckerzeugnisse ihren digitalen Konterparts eben überlegen. Man kann sich Notizen machen, sie überall mit hinnehmen und – nicht zu vernachlässigen – ohne allzu großes Risiko auch einmal etwas rabiat behandeln.

So abgedroschen es klingen mag: Online-Kommunikation kann nur ergänzen, nicht ersetzen. Insofern besteht hier gar kein Widerspruch und wir sehen bislang keinen Grund, warum Zeitschriften ihren Stellenwert verlieren sollten. Trotz online-Kommunikation bleiben direkte persönliche Begegnungen unverzichtbar, und zwar aus zwei Gründen: Erstens, weil unserer Erfahrung nach die regelmäßigen Gruppentreffen eine wichtige Rolle dabei spielen, die einzelnen Redaktionsmitglieder tatsächlich zu engagierter Mitarbeit zu bewegen. Der ausschließliche Rückgriff auf Online-Kommu-

nikation würde zu systematischer Verantwortungslosigkeit führen – jedenfalls überall dort, wo es keine persönliche Ansprache und direkte Aufgabenzuteilung gibt, was gerade in den Erarbeitungsphasen und bei den frühen Themenüberlegungen künftiger Heftschwerpunkte der Fall ist. Hier muss zunächst einmal das Feld sondiert und abgesteckt werden. Zweitens, weil im persönlichen Kontakt auch Meinungsverschiedenheiten, unerschwellige Zustimmung oder Ablehnung viel besser erkannt werden und so eine reibungslosere Redaktionsarbeit möglich ist.

Was hier im Kleinen für die Redaktionsarbeit bei z.B. INDES gilt, gilt aber auch generell: Macht Online-Kommunikation die redaktionelle Betreuung von Inhalten per se überflüssig? Wir denken, nein. Hier werden natürlich fundamentale Fragen berührt – nach der Legitimation von Kontrollinstanzen, nach Qualitätsstandards etc. Im Grunde nimmt das fast philosophische Ausmaße an: Wie stark darf und muss man filtern? Wie sehr glaubt man daran, dass Partizipation automatisch konstruktiv ist? Unsere Erfahrungen zeigen auch hier, dass die redaktionelle Arbeit der Zeitschriften unabdinglich ist.

Katharina Rahlf, geb. 1983, Politologin, ist Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung und seit 2011 Chefredakteurin der neu gegründeten „INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft“. Kontakt: katharina.rahlf@demokratie-goettingen.de

„Demokratie ohne Protest“

200 Jahre in sieben Thesen

Joachim Raschke

Wenn man bei einem so schönen Anlass nur ein paar Minuten Zeit hat, sollte man zuerst eines tun: gratulieren. Ganz herzlich und mit großer Bewunderung. 25 Jahre Projekt sind eine große Leistung. Weil die Kernmannschaft um Thomas Leif seit 25 Jahren dabei ist, ist es auch eine bewundernswerte Lebensleistung.

- Ihr habt ein engeres Thema, das der Bewegung, immer mit dem weiten Blick auf die Gesellschaft behandelt. „Bewegung und Gesellschaft“ war der eigentliche Titel eurer Zeitschrift. An Bewegung ließ sich ablesen, was sich in Gesellschaft tat. An eurer Zeitschrift auch. Bewegungen sind Frühmeldesystem und Agentur für gesellschaftliche Veränderungen. Ihr habt Bewegung zu Protest, Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement erweitert. Habt sie ins intermediäre System von Verbänden, Parteien, Medien eingebettet. Habt den Staat und seine Wandlungsformen nie aus dem Blick verloren. Könnte man fortsetzen. Bewegung war für euch Schlüssel zu Gesellschaft, Gesellschaftskritik und Demokratie.
- „Forschungsjournal“ war Ausdruck für eure Neugier auf Wirklichkeit. Ihr wolltet mehr wissen, nicht erst nach zehn Jahren. Sondern, was man heute wissen kann und muss, wenn man eingreifen will. Das Journal war ein Glücksfall, der Wissenschaft und Praxis zusammenbindet. Wofür man, aus der Sicht von Wissenschaft, immer und heute besonders dankbar sein muss. Sozialwissenschaften haben heute wieder starke Tendenzen, sich aus dem Gemenge zurückzuziehen. Sich an der Praxis die Hände nicht schmutzig zu machen. Ihr habt einen Raum geschaffen für die Selbstreflexion von Praxis und von Wissenschaft – Kritik von Pra-

xis und Wissenschaft inklusive. Die Autoren kamen aus beiden Bereichen. Ihr habt sie zusammengeführt.

- In der Verbindung von ehrenamtlich und professionell seid ihr sowieso Spitze. Insofern trägt euch auch der Geist moderner Bewegungen. Das war nicht immer reine Harmonie – ist es dort ja auch nicht. Die Mühen der Ebenen gehören zu einer so langen Geschichte dazu. Und eure 25 Jahre waren eine Erfolgsgeschichte.
- Soziale Bewegungen und Demokratie – Euer großes Thema. Für ein paar Minuten Rede ein *sehr* großes Thema. Ich versuch’s mal mit sieben Thesen, die man bei Gelegenheit ausführen müsste. 200 Jahre in 10 Minuten – muss doch möglich sein.

1. These: *Am Anfang waren soziale Bewegung und Demokratie eins. Verglichen damit erfuhr soziale Bewegung einen Bedeutungsverlust als Machtfaktor. Heute ist soziale Bewegung in der Demokratie ein Einflussfaktor neben anderen – und er ist nicht der wichtigste.*

Vor mehr als 200 Jahren war soziale Bewegung der Akteur, der zugleich sich und die moderne Demokratie hervorbrachte. Der Durchbruch geschah 1789 in Paris, aber es brauchte selbst in Frankreich noch mehr als 100 Jahre bis Demokratie gesichert war. Im ganzen 19. Jh., im Kampf gegen die hartnäckige Fürstensouveränität, waren Bewegungen zentrale Akteure. Immer Vorkämpfer von Volkssouveränität und Demokratie. Später, als Demokratie zur etablierten Herrschaftsform wurde, bei uns erst nach 1949, mussten sich soziale Bewegungen kleiner machen. Wenn man den Bogen bis heute schlägt, verlieren Bewegungen als Machtfaktor an Bedeutung. Zum Beispiel gegenüber

Vereinigungen, die zur kaum noch kontrollierbaren Lobbymacht geworden sind. Vor allem in Konkurrenz zu Parteien, die anfangs – wie Bewegungen – aus der Gesellschaft kamen, heute aber einen Parteienstaat bilden, der sogar, wie neuere Untersuchungen zeigen, noch bei der Referendumsdemokratie, bei der direkten Bürgerentscheidung über Sachfragen, in der Regel durchschlägt. Bedeutungsverlust auch hinsichtlich der ursprünglich gesellschaftsnahen Medien, die zur vierten Gewalt geworden sind, mit massiver Kampagnenmacht. Ich glaube, dieser Bedeutungsverlust liegt daran, dass Verbände, Parteien, Medien funktional stärker spezialisiert sind, ihre Mittel also gezielter einsetzen können, und dass sie ressourcenstärker sind.

2. These: *Soziale Bewegungen standen vor zwei folgenreichen Möglichkeiten. Sie konnten systembildende oder nur systemkorrigierende Bewegungen werden. Und sie konnten sich von Macht- oder Kulturorientierung, zwei gegensätzlichen Hauptmotiven, leiten lassen. Versuch der Systembildung und Machtorientierung gehörten zusammen. Kulturorientierung war eine der Möglichkeiten, korrigierend in das System einzugreifen.*

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ – wenn man die Werte der Französischen Revolution auf die Ökonomie übertrug, war man dann nicht beim Sozialismus? Oder Kommunismus? Oder beim Anarchismus? Man wusste nicht genau, wie das aussehen sollte, aber es schien klar: Man braucht viel Macht, um eine Ökonomie und mit ihr eine ganze Gesellschaft zu ändern. Deshalb waren die großen Bewegungen des späten 19. und lange Zeit im 20. Jh. *machtorientierte Bewegungen*. Sie wollten die Menschen nicht direkt verändern. Sie wollten mit Macht und mit einem machtvollen Staat Grundstrukturen der Ökonomie verändern. Die kulturellen Impulse, die überschießenden Vorstellungen eines guten Lebens, sie liefen immer mit, aber sie blieben nachgeordnet. Antizipationen der neuen Ökonomie – als Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe, gar Kommunen

– waren wichtig, aber nicht zentral. Staatlich-politische Macht war das Mittel zum Zweck der Durchsetzung einer neuen Ökonomie. Die neue Ökonomie war der Schlüssel zur wirklichen Veränderung der ganzen Gesellschaft.

3. These: *Die großen, machtorientierten Bewegungen der Linken – heute sprechen wir mal nur vom progressiven Pol – scheiterten an der Stärke der Ökonomie und an ihrer eigenen Schwäche, unter anderem auch, weil sie den Staat nach ihrem eigenen Organisationsprinzip formen wollten.*

Die systembildenden, machtorientierten Bewegungen hatten sich übernommen. War das 19. Jh. ein heroisches, so das 20. ein katastrophisches Zeitalter sozialer Bewegungen. Erst Macht, dann Strukturen, dann die Lebenspraxis – so lief es nicht. Die Bewegungen scheiterten am ehernen Gehäuse der Ökonomie. Sie scheiterten aber auch, weil sie den Staat nach ihrem Bilde formen wollten. Otto Kirchheimer hat das schon 1932 in einem großen Aufsatz beschrieben: Das Organisationsprinzip einer Bewegung ist nicht tragfähig als Organisationsprinzip des Staates. Dass man Staat anders als Bewegung denken muss – davon hätten auch noch die frühen Grünen und die Piraten lernen können.

4. These: *Kulturorientierte Bewegungen wollen Werte und Lebensformen ändern. Sie sind eine beachtliche Alternative zu den machtorientierten Bewegungen, mit einem eigenen Wirkungspotential.*

Als die Kämpfe um das richtige System, konzentriert auf Ökonomie und Staat, noch tobten, als das Herrschafts-Paradigma noch die Sichtweise der Akteure bestimmte, als Bewegungen, Bewegungsparteien, Massenorganisationen im Mittelpunkt standen, bildeten sich erste Bewegungen heraus, mit einem neuen und anderen Antriebssystem. Dies waren *kulturorientierte Bewegungen* wie Jugend- oder Lebensreformbewegung an der Wende zum 20. Jh. Sie wollten das Leben ändern. Und die Werte. Sie suchten eine neue Grammatik und eine andere Les-

art des Lebens, wollten neue Lebensformen einführen. Kultur war schwächer als Wirtschaft. Der Staat war immer auf Seiten der Wirtschaft: Die Menschen wollten Arbeit und Wohlstand und der Staat brauchte Ressourcen für sich selbst. Kultur war immer die schwächere Kraft, aber – sie wirkte subversiv.

Werte und Wertewandel waren nicht einfach von der Sozialstruktur abzuleiten. Sie gingen eigene Wege. Seit den 1960er Jahren haben sich die Industriegesellschaften durch einen postmaterialistischen Wertewandel verändert. Ein neuer Typ sozialer Bewegungen war eine seiner Ausdrucksformen. Nach den systembildenden Bewegungen, die gescheitert waren, kamen die *systemkorrigierenden* Bewegungen. Begrenzt in den Zielen, schwächer in ihren Ressourcen, aber mit verstärkten kulturellen Motiven. Wie wollen wir morgen leben? Das Lebensweise-Paradigma war Ausdruck solcher veränderter Perspektiven. Es stimmt ja, was Roland Roth und Dieter Rucht in ihrem hervorragenden Standardwerk über den Typus macht- vs. kulturorientierter Bewegungen geschrieben haben, dass dies heute häufig kein schroffer Gegensatz ist. Dass man oft auch in Politik intervenieren muss, wenn man sein Leben ändern will. Aber der Fokus, das Hauptmotiv dieser neuen Bewegungen hat sich geändert. Und die Wirkung, die im kulturellen Potential von Bewegungen stecken kann – und heute mehr noch als früher steckt – hilft der Demokratie.

5. These: *Demokratie war ein großes, übergreifendes Thema der progressiven Bewegungen bis weit ins 20. Jh. Bewegungen haben die wesentlichen Leistungen einer Demokratisierung der Demokratie zustande gebracht. Dabei stießen sie auf eine strukturelle Grenze: die Demokratisierung der Demokratie als Herrschaftsform.*

Demokratie, das große Versprechen sozialer Bewegungen, war 1789 auf den Weg gebracht, aber sie war noch lange nicht fertig. Beiträge zu *Demokratisierung von Demokratie* waren immer auch Leistungen sozialer Bewegungen:

- Die schrittweise Demokratisierung des Wahlrechts bis das allgemeine, gleiche Wahlrecht dann selbstverständlich auch die Frauen mit einschloss.
- Die Durchsetzung von Volksgesetzgebung, weil die rein repräsentative Demokratie zu oft zu viele Repräsentationslücken aufwies und der Korrektur bedurfte – auch sie ein Werk sozialer Bewegungen.
- Die Erfindung und Etablierung eines intermediären Systems, mit dem Herrschaftsträger kontinuierlich beeinflusst und kontrolliert werden konnten. Parteien, anfangs vor allem ein Hilfsmittel progressiver Bewegungen, gehörten dazu.

Aber es gibt eine Grenze der Demokratisierung von Demokratie als *Herrschaftsform*. Für die Massenbevölkerung im Flächenstaat ist mit allgemeinem, gleichem Wahlrecht, Volksgesetzgebung und Parteien, ist mit diesen drei Konkretisierungen der Volkssouveränität, aufs Ganze gesehen, auch eine *strukturelle* Grenze formeller Demokratie erreicht. Um nicht falsch verstanden zu werden: eine strukturelle Grenze bei den Hauptstrukturen. Unterhalb bleibt natürlich immer Regelungsbedarf zum Schutz und zur Weiterentwicklung von Demokratie. Um ein Beispiel zu nennen: bei Informationsrechten gegenüber der Verwaltung. Es gibt übrigens Länder, da muss Demokratie erst noch an diese strukturelle Grenze geführt werden. Dazu gehört Deutschland, da die Bundesrepublik den europäischen Standard, zu dem Volksentscheide auf allen Ebenen gehören, noch nicht einmal erreicht hat. Und der Kampf gegen demokratiefeindliche Akteure steht immer auf der Tagesordnung.

6. These: *Das Scheitern an der grundlegenden Veränderung von Ökonomie und die Grenzen bei struktureller Demokratisierung des Staates eröffnen neue Orientierungen und Handlungschancen.*

Ökonomie beugt sich nicht einem Programm von égalité und fraternité. Marktwirtschaft hat ihre eigene Härte und erzeugt ein fortwähren-

des Ungleichheitspotential – auch nach sozialer Einrahmung. Sozialprotest, Arbeitslosenbewegung, globalisierungskritischer Protest – wichtige Demonstrations- und Diskursbeiträge, aber sie treffen nicht den Kern der Ökonomie. Gesellschaftlicher Wertwandel erreicht die Wirtschaft, z.B. über kritische Konsumenten oder anspruchsvolle, autonomiebewusste Arbeitnehmer – das ist wichtig, aber strukturell gesehen marginal. Bewegungen stehen am Rande der Ökonomie.

In der *Demokratie* lässt sich Partizipation nicht unbegrenzt maximieren ohne negative Folgen für Transparenz und Effizienz. Zur Kenntnis der Wirkungsmöglichkeiten sozialer Bewegungen gehört auch ein Wissen über Scheitern und über die Erfahrung von Grenzen. Man kann das Prinzip Hoffnung mit dem Prinzip Lernen verbinden.

Es bringt nichts, wenn man das Rad der modernen Demokratie unentwegt neu erfinden will. Die APO forderte hier 1968 die Räterepublik West-Berlin – zu ihrem Glück weiß das heute niemand mehr und ihre Wirkungen lagen auf anderen, vorzugsweise kulturellen Feldern. Die Grünen waren so klug, Basisdemokratie für Staat und Partei nach zehn Jahren einzumotten – und sich auf Ökologie und die kulturelle Pluralisierung der Gesellschaft zu konzentrieren. Die Piraten waren nicht so klug, die Sache mit der Basisdemokratie auf sich beruhen zu lassen, sondern bestanden darauf, sie noch einmal elektronisch durchzuspielen – und stehen, weil sie kein zweites Thema haben, vielleicht bald mit leeren Händen da. Man muss ja nicht dreimal mit dem Kopf gegen die gleiche Wand rennen.

Demokratie bleibt die zentrale Schaltstelle unserer Gesellschaft. Man braucht den demokratischen Staat, um der Ökonomie Grenzen zu setzen, ihr Standards der Sozial- und Umweltverträglichkeit abzurufen. Und Demokratie enthält die Möglichkeit, gesellschaftliche in politische Mehrheiten umzuwandeln. Aber Demokratie als *Struktur* ist ausgesetzt. Uns in Deutschland fehlt noch Volksgesetzgebung im Bund, weil ohne sie das Misstrauen gegen den

Bürger institutionalisiert bleibt. Und auch sonst ist bei demokratischen Regeln immer noch etwas *nachzubessern*. Was aber in Zukunft zählt, ist Demokratie als *Prozess* und Demokratie als *Lebensform*.

Demokratie als Prozess, das heißt: Transparenz, Argument, Alternative, Glaubwürdigkeit, Vertrauen, Responsivität – es kommt nicht auf neue Verfahren, sondern auf überzeugendes Verhalten an. Wenn die Opposition versagt, ist das folgenreicher als das Fehlen eines Referendums. Wenn die Kanzlerin mit einer Strategie der Demobilisierung agiert, begräbt sie die Politik eines ganzen Landes unter Mehltau. Solche Demobilisierung ist Entpolitisierung und letztlich auch Entdemokratisierung. Nicht die Strukturen, sondern Handeln und Nicht-Handeln der Akteure sind entscheidend für die demokratische Qualität eines Landes.

Demokratie als Lebensform ist ein riesiges Aufgabenfeld. Auf den Alltag, auf gesellschaftliche Praxis kommt es an, nicht auf die „hohe Politik“. Toleranz, Konfliktfähigkeit, Gleichberechtigung, Interessenberücksichtigung, Aktivierung und Engagement. Demokratische Lebensformen in Familien, Nachbarschaften, Schulen, Vereinen und Bewegungen. Beteiligung bei folgenreichen Entscheidungen im Nahbereich (z.B. Flughäfen, Bahnhöfen, großindustrielle Projekten). Die Demokratisierung aller Lebensbereiche, die seit 68 ein großes Thema geblieben ist.

„Demokratie als Prozess“ stellt ganz andere Anforderungen an die Politik als die Orientierung an formalen Verfahren. Und auch „Demokratie als Lebensform“ ist ein Hebel zur Veränderung der Gesellschaft.

7. These: *Die Geschichte sozialer Bewegungen hat einiges durchprobiert. Manches hat sich weniger bewährt. Die Zukunft sozialer Bewegungen in Deutschland und den meisten OECD-Staaten liegt bei den kulturorientierten Bewegungen.*

„Veränderung in den Köpfen“, postulierte Atac jüngst. Wertewandel und Wandel des Le-

bensstils: Wie wollen wir leben? Die Macht der Ökonomie wird durch Staat begrenzt und durch Kultur unterlaufen. Das, was man an Kultur nicht kaufen kann, ist potentiell eine Gegenmacht zur Ökonomie. Gegen das Übermaß an Ökonomisierung von Gesellschaft und Politik werden Gegengewichte der Kulturalisierung wichtig. Emanzipierung, Solidarisierung, Pluralisierung, Ökologisierung, Moralisierung – neue Motive, vor allem aber historisch bekannte Motive in neuen Verbindungen. Studentenbewegung und APO waren dieser neue Typ kulturorientierter Bewegungen. Die nsB setzten das in der Breite fort. Die dritte, globalisierungskritische Welle geht in diese Richtung. Themen dafür sind unbegrenzt. Das Geflecht von Netzwerken, auf denen Bewegung und Protest aufbauen, ist gewachsen. Das Begrenzte, das Kurzfristige, das Aufmerksamkeits- und Diskursorientierte sind Merkmale des Protest- und Bewegungs-

sektors geworden. Wieweit sie durchdringen, hängt wesentlich von der demokratischen Qualität des Landes ab. Wir müssen uns sozialen Wandel anders vorstellen als im 19. oder 20. Jh.

Können soziale Bewegungen helfen, Gesellschaft, die ihr Gleichgewicht verloren hat, wieder ins Lot zu bringen? Ich glaube ja. Diese Gegensteuerung gegen ein ausdifferenziertes System moderner Gesellschaft, das kein verlässliches Steuerungssystem in sich trägt, ist eine der Aufgaben von Bewegungen in der fortgeschrittenen Moderne.

Ein etwas verrückter Versuch: 200 Jahre in 10 Minuten. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und wünsche dem Forschungsjournal eine gute Zukunft – mit viel Bewegung.

Joachim Raschke ist emeritierter Professor an der Universität Hamburg.

Demokratie ohne Protest?

Zur Wirkungsgeschichte sozialer Bewegungen¹

Dieter Rucht

Ohne Protest gäbe es keine Demokratie. Und bezogen auf die Gegenwart: Es gibt keine Demokratie ohne Protest. Diese These klingt apodiktisch und plakativ, aber sie lässt sich im langen historischen Rückblick wie auch für die Zeitgeschichte und Gegenwart empirisch untermauern.

Zum Rückblick: Alle wesentlichen Errungenschaften, die wir mit Demokratie verbinden – also Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlen, Gewaltenteilung inklusive parlamentarischer Kontrolle der Regierung, Rechtsstaatlichkeit, freie Religionswahl,

Minderheitenschutz, Bürger- und Volksentscheide – verdanken wir im wesentlichen Protesten und sozialen Bewegungen der Vergangenheit. Nichts davon wurde den Menschen einfach geschenkt (Tilly 2004). Gegen Widerstände von großen Teilen der *ruling class* – Feudalherren, Geistlichkeit, Honoratioren, Großbürger, Genaufklärer, Militärregierungen, Politbüros – musste Demokratie erkämpft² und immer aufs Neue verteidigt werden.

Die Anti-Demokraten beriefen sich auf eine ‚natürliche‘ oder ‚göttliche‘ Ordnung, priesen den Sachverstand und die Gemeinwohlorien-

tierung der ‚Gebildeten‘, warnten vor der Herrschaft des ‚Pöbels‘, verwiesen Frauen an ‚Heim und Herd‘ und knüpften das Stimmengewicht an Steuerzahlungen. Während die Gegenaufklärer (Garrard 2005), darunter Edmund Burke in England, Joseph-Marie de Maistre in Frankreich und Johann Georg Hamann in Preußen, die argumentativen Pfeile gegen die ‚Freygeisterei‘ liefern, entsandte die Obrigkeit zuerst Soldaten, dann eine ebenfalls hauende, stechende und schießende Polizei: „Die Strafe dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch. Ich warne Neugierige“ (Ludwig-Uhland-Institut 1986: 35). So ließ es der königliche Polizeipräsident Traugott von Jagow am 13. Februar 1910 angesichts bevorstehender Wahlrechtsdemonstrationen in Berlin verkünden.

Zur Gegenwart: Soweit diese in historischen Kämpfen eingeforderten demokratischen Rechte in heutigen liberal-repräsentativen Systemen mehr oder weniger realisiert worden sind, läge die Annahme nahe, es gäbe gar keinen Grund mehr für Protest. Warum kommt es selbst dort zu Protest? Die Antwort: Weil diese Demokratie unvollkommen ist, weil nach wie vor eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft, weil die Ansprüche an Demokratie sich weiter entwickeln, weil anhaltende Interessengegensätze bestehen, weil man es nicht allen Recht machen kann, weil auch demokratisch gewählte Repräsentanten fehlbar sind, Sachverhalte falsch einschätzen, Eigeninteressen haben, für Pressionen oder gar Korruption anfällig sind, weil antidemokratische und anti-solidarische Stimmungen und Aktivitäten anhalten, teilweise sogar zunehmen.

Trotz aller Vorkehrungen zur Repräsentation von Interessen, zur Artikulation, Kanalisierung, Institutionalisierung und Dämpfung von Konflikten spricht also nichts dafür, dass Proteste und soziale Bewegungen sich künftig erübrigen würden, ganz zu schweigen von der Fortdauer autoritärer und diktatorischer Regime, die massive Gründe für Protest liefern und anhaltend damit befasst sind, ihn mit massiver Repression einzudämmen.

1 | Partizipatorische Revolution?

1982, als „Strategien der Demokratisierung“ (Vilmar 1973) und eine „Politisierung des Alltags“ (Bahr 1972) längst verkündet waren und die neuen sozialen Bewegungen unter Volldampf standen, diagnostizierte der Politikwissenschaftler Max Kaase, auf Umfragen gestützt, eine „partizipatorische Revolution“. Sollte sich diese Entwicklung nicht als Strohfeuer erweisen, „dann wird es notwendig werden, institutionelle Arrangements zu finden, die dieses Partizipationsbedürfnis in feste Bahnen lenken“ (Kaase 1982: 187). Aus heutiger Sicht ist festzustellen, dass das Partizipationsbedürfnis nicht abgeklungen ist, ja eher zugenommen hat. Ob es in feste Bahnen zu lenken sei, ist allerdings eine politische Frage.

Ignoriert man die allfälligen Schwankungen und betrachtet durchschnittliche Entwicklungen über längere Zeiträume, so gibt es vermutlich mehr praktizierte politische Partizipation als Folge – und als Begleiterscheinung! – von Protest. Wer protestiert, hat oft schon andere Möglichkeiten der politischen Beteiligung erfolglos ausgeschöpft oder flankiert diese mit Protest. Dass zugleich die Wahlbeteiligung in vielen Ländern in den letzten zwei, drei Jahrzehnten abgenommen hat, ist wohl keine Folge von Protest, sondern Ergebnis anderer Faktoren und Entwicklungen.

Die meisten politisch Aktiven sehen keinen Gegensatz zwischen Protest und anderen Formen politischer Partizipation. Das ist ein seit der Political Action-Studie (Barnes et al. 1979) immer wieder bestätigter Befund der empirischen Sozialforschung. Unsere Befragung der Demonstrierenden gegen das Projekt Stuttgart 21 vom Oktober 2010³ zeigt sogar, dass die so genannten Wutbürger sich zu einem höheren Prozentsatz als der Bevölkerungsdurchschnitt an Wahlen beteiligt haben und auch an kommenden Wahlen beteiligen wollen. Es gibt allerdings einen kleinen und vermutlich wachsenden Anteil von in Protestgruppen und Bewegungen engagierten Menschen, die sich von Wahlen ganz abgewandt haben. Sie sehen in Wahlen lediglich

ein Instrument der werbetechnisch beschafften Akklamation für Eliten bzw. den Austausch von Eliten; sie vermissen konkrete inhaltliche Einflussmöglichkeiten im Akt der Wahl (Offe 1980) und/oder wollen sich nicht mehr damit abfinden, unter den vorhandenen Parteien jedes Mal das kleinste Übel zu wählen.

Partizipation, zumal Protestbeteiligung, ist kein Selbstzweck. AktivistInnen wollen konkrete Lebensumstände vor Ort, weitreichende politische Entscheidungen, ja ‚die Welt‘ verändern. Heute, im Zeichen einer intensiven Online-Kommunikation und einer wachsenden Zahl und Reichweite netzbasierter Kampagnenorganisationen nach dem Vorbild von MoveOn.org, scheint die politische Intervention der vielen, aber auch kleinerer und nach herkömmlichen Maßstäben ressourcenschwacher Gruppen, aussichtsreicher den je. Das glauben jedenfalls viele der beteiligten AktivistInnen und der sie beobachtenden JournalistInnen. Zweifel sind angebracht (Rucht, im Erscheinen). Die theoretischen Möglichkeiten des Internet stehen in großer Diskrepanz zu seinem realen Gebrauch und, mehr noch, seinen Wirkungen auf die Politik. Zwar machen einzelne Erfolgsgeschichten die Runde. Einzelne Blogger, kleinere Protestgruppen und zuweilen auch weit gespannte Kampagnennetzwerke können qua Internet (und anderer Kanäle) zu Protesten ermuntern und ermutigen. Aber mit Blick auf die nordafrikanischen Erhebungen seit 2010 erscheint mir die Rede von Facebook-Revolutionen überzogen. Das sind Selbststilisierungen von meist jungen AktivistInnen und Zuschreibungen von überwiegend im Netz recherchierenden JournalistInnen, die kaum vergleichend nach der kommunikativen und mobilisierenden Rolle herkömmlicher sozialer Netzwerke – Familien, Nachbarschaften, Gewerkschaften, religiöse Gruppen – und herkömmlicher Medien – Presse, Radio, Fernsehen – fragen.

Vermutlich hatte die Online-Kommunikation bislang im Gesamtbild nicht den Effekt, die Beteiligung an Offline-Protesten, also zumeist Straßenprotesten, zu erhöhen. Die zunehmende Verbreiterung und Intensivierung

der Instrumente des Internet seit Ende der 1990er Jahre war in Deutschland von einer sinkenden und dann stagnierenden Protestbeteiligung begleitet. Erst seit etwa 2010 dürfte die Protestbeteiligung wieder angewachsen sein, aber erreichte auch dann nicht die Spitzenwerte der Vergangenheit. Allerdings hat die Online-Kommunikation vermutlich die Zahl und den Umfang von Petitionen und Unterschriftensammlungen gesteigert sowie zu einer weitaus rascher und unkalkulierbarer verlaufenden Protestmobilisierung (Online wie Offline) geführt. Erleichtert und beschleunigt wurde zudem die grenzüberschreitende Mobilisierung von Protest.

2 | Begünstigende und hinderliche Faktoren für Protest

Die langfristig feststellbare, aber keineswegs kontinuierlich verlaufende Zunahme von Protestaktivitäten, die vermutlich auf viele Länder zutrifft, verdankt sich einer Reihe von günstigen gesellschaftlichen Strukturbedingungen und sozio-kulturellen Trends. Dazu gehören, stichwortartig benannt:

- der gestiegene Bildungsgrad und das gewachsene bürgerschaftliche Selbstbewusstsein,
- erhöhte Erwartungen an Lebensqualität und politische Mitsprache,
- die Entstigmatisierung und ‚Normalisierung‘ von Protest,
- die gesunkenen Transaktionskosten beim Aufbau von Netzwerken und der Organisation von Protesten,
- die Professionalisierung der Protestmobilisierung einschließlich der Public Relations-Arbeit,
- das gesunkene Vertrauen in die ‚politische Klasse‘ und die Weisheit von Experten.

Auf der anderen Seite ist aber auch zu betonen, dass sich die Protestneigung keineswegs gleichmäßig über alle gesellschaftlichen Schichten verteilt, dass die Protestentwicklung in ein-

zelen Phasen oder einzelnen Ländern rückläufig sein kann. Als wichtige hinderliche Faktoren sind zu nennen:

- das Gefühl der politischen Ohnmacht vor allem bei bildungsferneren Gruppen,
- soziale Vereinzelung,
- Selbstzuschreibungen von Schuld, Versagen etc.,
- Misserfolge bei Protesten in der Vergangenheit (z.B. gegen Hartz IV),
- teilweise fehlende Unterstützung von ressourcenstarken Akteuren (Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbände, Parteien u.a.),
- mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten in manchen, insbesondere großen und hierarchischen Bewegungsorganisationen (Beispiel Greenpeace),
- die Delegation von Engagement an dafür ‚zuständige‘ Personen und Gruppen einschließlich der Tendenz zum ‚Scheckbuchaktivismus‘ und clicktivism als Ersatz für aufwändiges eigenes Engagement,
- Abschreckungseffekte durch Überwachung, Repression und Kriminalisierung,
- die wachsende Komplexität mancher politischer Fragen,
- Naivität im Umgang mit Medien, Parteien und anderen Großorganisationen sowie
- professionelle Gegenstrategien und Abschreckung (Überwachung, Kanalisierung, Spaltung, Diskreditierung und Kriminalisierung von Protest).

Aus der Gegenüberstellung der allgemeinen Faktoren, die Protestbeteiligung fördern und/oder hemmen, lassen sich kaum Prognosen über das Aufkommen, die Größenordnungen oder gar die Erfolge von konkreten Protestkampagnen und -bewegungen ableiten. Immer wieder hat sich gezeigt, dass Protestwellen völlig unerwartet zustande kamen. Umgekehrt hat sich aber auch gezeigt, dass günstige Vorzeichen (windows of opportunity, ressourcenstarke und erfahrene Organisatoren, breite Aktionsbündnisse) nicht immer den erwarteten Mobilisierungseffekt zeitigten.

Unterhalb der Ebene günstiger wie ungünstiger struktureller Rahmenbedingungen kommt eine Vielzahl intervenierender, prozesshafter und interagierender Faktoren ins Spiel, die alle Kalküle über den Haufen werfen können. Dazu gehören Strategien der Gegenseite, die Koinzidenz von Großereignissen oder -entwicklungen, die mit dem Protest nichts zu tun haben, situationsbestimmte Taktiken der Gegner des Protests, das Auftreten und Verschwinden charismatischer Figuren, interne Differenzen und Spaltungen sowie unvorhergesehene Ereignisse (Tod eines Demonstranten, Katastrophen à la Fukushima, Skandale usw.).

Es liegt in der Natur derart komplexer Vorgänge, dass sie sich einer Vorhersage auf Basis eines „Hydraulic Model“⁴ weitgehend entziehen. Somit kann auch kaum von einem prinzipiellen Unvermögen der auf ihre Analyse gerichteten Sozialwissenschaften gesprochen werden.⁵ Diese haben sich in erster Linie an retrospektiven Erklärungen zu beweisen.

3 | Veränderungen des Protestsektors

Jenseits der durch konkrete Ereignisse ausgelöst, sich aber in der Rückschau wiederholenden Entdeckungen oder Verkündigungen einer neuen Protestkultur können, bezogen auf die Geschichte der Bundesrepublik, einige grundlegende Tendenzen identifiziert und teilweise auch mit Mitteln der Protestereignisforschung sowie qualitativen diachronen Analysen empirisch dingfest gemacht werden. Schlagwortartig verkürzt: Proteste wurden

- in thematischer Hinsicht kleinteiliger und spezialisierter,
- sozial breiter, mehr Altersgenerationen einschließend, weniger männlich dominiert,
- mit Blick auf die organisatorischen Träger informeller und netzwerkförmiger,
- bei der Ressourcenbeschaffung und den Mobilisierungstechniken professioneller,
- in ihren Formen und Taktiken variabler, kombinationsreicher und stärker spaßorientiert, auch mehr medienorientiert.

Zwischen den Protestwellen der Außerparlamentarischen Opposition der 1960er Jahre, den neuen sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren und den globalisierungskritischen Protesten seit den 1990er Jahren gibt es deutliche Kontinuitätslinien, aber auch einige Brüche. Die gravierendste thematische Veränderung im deutschen Protestsektor der letzten drei Jahrzehnte ist der Aufstieg eines selbstbewussten und militanten Rechtsradikalismus und darauf bezogener Gegenbewegungen.

In der longue durée der weit zurückreichenden Betrachtung mag sich allerdings das Bild, das wir von zeitgeschichtlichen und aktuellen Protesten zeichnen, teilweise relativieren. Einige der Merkmale, die den neuen sozialen Bewegungen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zugeschrieben werden, scheinen auch die Anfänge sozialer Bewegungen im frühen 19. Jahrhundert auszuzeichnen (Calhoun 1993). Phasen der Verflüssigung von Organisationsformen können wiederum in Phasen der Erstarrung münden. Gegenüber den auf mediale Präsenz und auf Masse ausgerichteten Mobilisierungstechniken können wieder Formen der qualitativen Mobilisierung an Gewicht gewinnen. Die Mittelschichtlastigkeit der meisten Proteste kann, insbesondere global gesehen, einer stärkeren Präsenz der weniger Begüterten und Gebildeten weichen. Zahlreiche Gründe für und auch gegen solche Entwicklungen lassen sich anführen, aber wer vermag sie schon zu gewichten? Und wer vermag vorherzusagen, mit welchen Konstellationen wir in fünfzig oder hundert Jahren zu rechnen haben?

4 | Demokratisierung der Demokratie

Liberal-repräsentative Demokratie und positives Recht sind keine versteinerten Endresultate historischer Kämpfe, sondern Zwischenstände eines offenen Prozesses. Es bleibt Zeitgenossen wie künftigen Generationen vorbehalten, ihre Demokratie und ihr Gemeinwesen zu gestalten. So gesehen sind Rekurse auf Naturrecht und grundgesetzliche ‚Ewigkeitsgarantien‘ Ausdruck eines essentialistischen, also dis-

kursiver Reflexion entzogenen Denkens. Sie sind gut gemeint; sie liefern zitierfähige Berufungsgründe im Falle eklatanter Rechtsverletzungen. Aber sie sind letztlich vordemokratische Relikte einer Weltsicht, die normative ‚Wahrheiten‘ postuliert anstatt sie als vertragliche Vereinbarungen von Mehrheiten anzuerkennen, denen idealerweise ein intensiver freier und öffentlicher Diskurs vorangegangen ist.

Im Zentrum des gegenwärtigen und voraussichtlich künftigen Protestgeschehens stehen ‚alte‘ Fragen, die auch schon frühere Protestbewegungen umgetrieben haben, aber unter heutigen Bedingungen neu zu überdenken und fortzuschreiben sind. Alteuropäisch formuliert geht es um ‚das gute Leben‘, die Bedingungen einer menschenwürdigen Existenz unter Bedingungen, die als ‚gerecht‘ empfunden werden und in denen, emphatisch gesprochen, das Prinzip der „Anerkennung des Anderen“ (Honneth 1992) die Grundlage rechtlicher Normierung und alltäglicher Praktiken ist. Der institutionelle Rahmen für die zeitspezifische Ausformung solcher abstrakten Prinzipien ist eine für fortlaufende Willensbildungsprozesse offene Demokratie, die, historisch gesehen und in die Zukunft verlängert, als eine Demokratisierung von Demokratie (dazu Roth 2001) zu denken ist.

Damit komme ich zurück auf meine Eingangsthese zu den historischen Errungenschaften von Protest für Demokratie. Aus der Einsicht, dass diese Errungenschaften mit großem Mut und unter enormen Opfern erkämpft worden sind, erwächst uns die Verpflichtung, sie zu bewahren, weiter zu entwickeln und anderen dabei zu helfen, sie ebenfalls zu realisieren. Damit ist auf den ersten Blick ‚nur‘ die demokratische Frage, nicht aber die soziale Frage angesprochen. Ich glaube allerdings, dass zwischen beiden Fragen ein enger innerer Zusammenhang besteht – zumindest wenn Demokratie nicht nur als Herrschaftstechnik, sondern auch als Lebensform verstanden wird.

Dieter Rucht ist emeritierter Professor für Soziologie in Berlin. Kontakt: dieter.rucht@wzb.eu.

Anmerkungen

- ¹ Überarbeiteter Text, der auf einen Vortrag anlässlich des 25. Jubiläums des Forschungs-journals Soziale Bewegungen am 12. März 2013 in Berlin zurückgeht.
- ² Von Sonderfällen, wie denen einer von außen aufgezwungenen Demokratie, sei hier abgesehen.
- ³ Die Befragung wurde von einer vom Autor geleiteten Gruppe am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung durchgeführt. Erste Auswertungen wurden am 27. Oktober 2010 auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt: (http://www.wzb.eu/sites/default/files/projekte/stgt_21_kurzbericht_2010.pdf).
- ⁴ Charles Tilly umschrieb das Hydraulic Model mit den Worten: „hardship increases, pressure builds up, the vessel bursts. The angry individual acts as a reservoir of resentment, a conduit of tension, a boiler of fury.” (Tilly 1975: 390f.) Während er mit seinem strukturalistischen Ansatz ursprünglich eine Nähe zu diesem Modell aufwies, hatte er sich bald davon verabschiedet und in der letzten Phase seines Schaffens stärker die Rolle von Kultur, Identität und kontingenten Faktoren einbezogen.
- ⁵ Zu den grundsätzlichen Schwierigkeiten sozialwissenschaftlicher Vorhersagen siehe Mayntz 2011.

Literatur

Bahr, Hans-Eckehard (Hg.) 1972: Politisierung des Alltags – Gesellschaftliche Bedingungen des Friedens. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.

Barnes, Samuel H. and Max Kaase et al. 1979: Political Action. Mass Participation in Five Nations. Beverly Hills/London: Sage.

Calhoun, Craig 1993: “New Social Movements” of the Early Nineteenth Century. In: *Social Science History* 17 (3), S. 385-427.

Garrard, Graeme 2006: Counter-Enlightenments. From the Eighteenth Century to the Present. London/New York: Routledge.

Honneth, Axel 1992: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Kaase, Max 1982: Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien? In: Joachim Raschke (Hg.): Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 173-189.

Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen (Hg.) 1986: Als die Deutschen demonstrieren lernten. Tübingen: Tübinger Vereinigung für Volkskunde e.V.

Mayntz, Renate 2011: Emergenz in Philosophie und Sozialtheorie. In: Greve, Jens/Schnabel, Annette (Hg.): Emergenz. Zur Analyse und Erklärung komplexer Strukturen. Berlin: Suhrkamp, S. 156-186.

Offe, Claus 1980: Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität. In: Roth, Roland (Hg.): Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen. Frankfurt/Main: Campus, S. 26-42.

Roth, Roland 2011: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Hamburg: edition Körber-Stiftung.

Rucht, Dieter (i. E.): Die Bedeutung von Online-Mobilisierung für Offline-Proteste. In: Voss, Kathrin (Hg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Wiesbaden: Springer VS-Verlag.

Tilly, Charles 1975: Food Supply and Public Order in Modern Europe. In: Tilly, Charles (Hg.): The Formation of National States in Western Europe. Princeton, NJ: Princeton University Press, S. 380-455.

Tilly, Charles 2004: Contention and Democracy in Europe, 1650-2000. Cambridge: Cambridge University Press.

Vilmar, Fritz (Hg.) 1973: Strategien der Demokratisierung. 2 Bde. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.

Nicht mehr neu, aber keineswegs ‚out‘ Frauenbewegung und Feminismus heute

Ute Gerhard

Befragt, wie es um die Frauenbewegung bzw. den Feminismus steht, habe ich mich in den vergangenen 20 Jahren wund geschrieben und kann der Versuchung nicht widerstehen, auf bereits Geschriebenes zu verweisen, schließlich – doch eigentlich recht spät – auch im Forschungsjournal selbst (Gerhard 2006; 2013). In dem Bemühen, die Geschichte, den Verlauf und die Bedeutung der Frauenbewegung nicht nur in die Bewegungsforschung, sondern in die Gesellschaftsgeschichte einzuschreiben, waren die „langen Wellen“, Auf- und Abbrüche, „Atempausen“ und die politische „Zäsur 1989“ zum Thema geworden (z.B. Gerhard 1995; 1999; 2008; 2009). Und so wenig ich die historische bzw. soziologische Diagnosen revidieren würde, der zeitliche Abstand zur Frauenbewegung der 1970er Jahre, die als ‚neue‘ gekennzeichnet wurde, zwingt inzwischen zu historischer Differenzierung und neuen Bewertungen und gebietet Zurückhaltung im Hinblick auf Prognosen. Denn nicht nur die Zeitumstände oder politischen Gelegenheiten haben sich verändert, sondern auch die „Generationenlagen“ (Mannheim 1970), das Erfahrungswissen und das Selbst-Bewusstsein der Betroffenen bzw. Beteiligten. Aber auch die Beurteilungsmaßstäbe sind dank der ‚neuen‘ sozialen Bewegungen, nicht zuletzt der ‚neuen‘ Frauenbewegung andere geworden, weil im Geschlechterverhältnis und im Blick auf die gesellschaftliche Stellung der Frau unmerklich und selbstverständlich neue Standards für Gerechtigkeit gelten.

Das heißt nicht, dass alles erreicht ist. Doch ebenso wie das ‚Forschungsjournal

Soziale Bewegungen‘ das Eigenschaftswort ‚neu‘ aus seinem Titel herausgenommen hat und dabei die historische Distanz und Zuschreibung des Neuen zu einer bestimmten Phase reflektiert, zugleich aber auf dem Interesse am „Widerständigen“ und einer Position „zwischen den Stühlen“ emanzipatorischer Politik und „Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft“ beharrt (vgl. Forschungsjournal 1/2011), sprechen Feministinnen zur Klarstellung inzwischen von der Frauenbewegung der 1970er Jahre, ohne damit doch ihr Ende zu erklären. Denn als historische soziale und politische Bewegung mit einer nun mehr als 150jährigen Geschichte ist die Frauenbewegung so lange nicht obsolet, als ihre emanzipatorischen und demokratischen Ziele nicht erreicht sind, Geschlechtergerechtigkeit im Privaten und Politischen herzustellen. Tatsächlich „existieren soziale Bewegungen in diskontinuierlichen Zeiträumen“ und bieten Anschlussmöglichkeiten für weiteres Handeln“ (Eder 2011: 53f.). Deshalb gilt für die noch nicht am Ziel angekommenen Frauenbewegung nach wie vor die Charakterisierung der irischen Feministin Frances Power Cobbe, mit der sie 1884 die „Wellen“-Metapher gerade auch in internationaler Perspektive einführte. Danach glichen die Frauenbewegungen in Europa dem Auf und Ab verschiedener Wellenbewegungen, von unruhigen, gekräuselten Gewässern bis zu den hochschäumenden Wellen, die zu unterschiedlichen Zeiten und an verschiedenen Ufern alles, zumindest die Hälfte der Menschheit mitreißen, aus immer noch gleichem Anlass und Impuls (Cobbe 1884: XII-If.).

1 | Frauenbewegung und Geschlechterforschung

Wenn es um eine aktuelle Bilanz geht, ist m.E. zu unterscheiden zwischen dem historischen Phänomen Frauenbewegung als sozialer und politischer Bewegung und dem Feminismus als einer Form der Gesellschaftskritik, als Wissensbestand und theoriegeleitete Perspektive. Die Frauenbewegung der 1970er Jahre war mit ihrer Netzwerkstruktur und basisdemokratischen Projekten, ihren spezifischen Aktionsformen und Themen seit 1990 in der Defensive – nicht nur in Deutschland (vgl. Faludi 1991). Sie hat hier die Zäsur der weltpolitischen Wende nach 1989, die neuen Prioritäten in der gesamtdeutschen Politik neben der Globalisierung der Märkte und Finanzsysteme, ja, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten als eine gesamtdeutsche gesellschaftliche Kraft nicht überdauert. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Scheitern oder Erfolg so einseitig wie unangemessen, zumal diese so tut, als wenn die Frauenbewegung ein einheitlicher bzw. der einzige Akteur wäre, der dies oder das zu verantworten hätte, ohne auch die verschiedenen Ebenen des Politischen und sozialer Praxis zu berücksichtigen. Tatsächlich hat die ‚neue‘ Frauenbewegung entscheidend zu tiefgreifenden Veränderungen im Verhältnis der Geschlechter, zur Dekonstruktion der Geschlechterrollen, zur Skandalisierung sexueller Gewalt und zur Demokratisierung der privaten Lebensformen beigetragen. Sie hat hartnäckig Fortschritte in der Frauen- und Gleichstellungspolitik erkämpft. Aber sie hat auch profitiert von der Bildungsexpansion und dem Erstarken einer Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in der sie in anderen sozialen Bewegungen, Alternativ-, Friedens- und Ökologiebewegungen in vielen Fragen Verbündete fand.

Ein Teil ihrer Erfolge ist die Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung an den Universitäten, die ja gerade erst am Ende der 1980er Jahre einsetzte und sich seitdem in eigenen Curricula für Gender Studies, aber auch durch Schwerpunktsetzungen bei der

Besetzung von Professuren vor allem in den sozial- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen partiell etabliert, in jedem Fall professionalisiert hat. Und wie zur Bestätigung ihrer emanzipatorischen/aufklärenden Funktion hört es sich an, wenn jüngere Wissenschaftlerinnen Anfang der 1990er Jahre darauf bestanden, dass ‚Frau‘ nicht aus der Frauenbewegung kommen oder an ihr teilhaben muss, um Feministin zu sein, sondern ebenso die intellektuelle Auseinandersetzung mit den beharrlichen politischen und sozialen Strukturen im Geschlechterverhältnis sie zur Feministin gemacht hat (Villa 2003: 279).

Das Verhältnis zwischen Frauenbewegung und Geschlechter- bzw. feministischer Forschung ist vielfach debattiert worden. Der Fundamentalverdacht der Parteilichkeit trifft jegliche Bewegungsforschung, die sich nicht scheut, ihre politischen Perspektiven offen zu legen. Dabei ist grundsätzlich für alle Wissenschaften davon auszugehen, dass es eine Verbindung von Erkenntnis und Interesse gibt, die, wenn sie sich dessen bewusst ist, sehr produktiv sein kann. Zugleich kann auch die Forschung in feministischer Perspektive nur aus der Distanz zum politischen Alltagsgeschäft ihr selbst gestecktes Ziel einer kritischen Gesellschaftsanalyse erreichen und kann/sollte sich nicht zum Berater oder Kopf einer Bewegung aufschwingen. Doch als feministische Theoretikerinnen im Zuge des postmodernen und poststrukturalistischen Dekonstruktivismus selbstreflexiv und radikal selbst die Voraussetzungen ihres Denkens und ihrer Konzepte infrage stellten und aus der Erkenntnis der Differenzen auch unter Frauen das Subjekt des Feminismus, die kollektive Identität stiftende Kategorie ‚Frau‘ bzw. die Naturalisierung des Geschlechts und einer biologisch oder essentialistisch begründeten Geschlechterdifferenz dekonstruierten, führte der Gender trouble (Butler 1990, deutsch: Das Unbehagen der Geschlechter 1991) nicht nur zu Verunsicherungen in der Bewegungsszene und zu heftigen Theoriedebatten, sondern paradoxerweise auch zu einem

Aufschwung feministischer Theorien. Denn „in der intellektuellen und universitären Kultur der westlichen kapitalistischen Demokratien“ hatten sich – so Seyla Benhabib im „Streit um Differenz“ – „der Feminismus und das postmoderne Denken (...) zu den beiden führenden Gedankenströmungen der Zeit entwickelt“ (Benhabib 1993: 9). Gleichzeitig mit dieser Profilierung und akademischen Karriere feministischer Theorie und Philosophie setzte auch ein Ablösungsprozess vom 1970er-Jahre-Feminismus und seiner Frauen- bzw. Geschlechterforschung ein, deren politisches ‚Gepäck‘ immer wieder dazu benutzt worden war, die wissenschaftlichen Standards der Geschlechterforschung zu diskreditieren. Stattdessen versprach die Ablösung „von der ursprünglichen Nähe zur Frauenbewegung“ endlich auch „den Eingang in die *normal science*, den akademischen *mainstream*“ (Aulenbacher et al. 2010: 94). Doch im gleichen Maße, wie feministische Theorie an der Spitze des *linguistic* oder *cultural turn* (vgl. Bachmann-Medick 2006) mit der Konzentration auf Sprache, Wissen und Bedeutungen neue Einsichten in die heterosexuelle Matrix der Geschlechterordnung und das Verhältnis von Wissen und Macht ermöglichte, wurden durch die Verabsolutierung der Kultur- und Diskursanalysen die gesellschaftlichen Kontexte und Alltagserfahrungen von Frauen und Männern weitgehend ausgeblendet. Die Akzentverschiebung von der Analyse der Herrschaftsformen und Ungleichheitsstrukturen hin zu Fragen der Anerkennung, Identität und Differenz ist inzwischen vielfach kritisiert worden. Fortan geht es nicht mehr nur um einen social return, sondern um eine radikale Erweiterung der Kultur- und Gesellschaftsanalysen aus feministischer Perspektive, um die anderen „Achsen der Differenz“ (Knapp/Wetterer 2003) und um die Überschneidung der verschiedenen wichtigsten Ungleichheitsdimensionen wie *gender/sexuality*, *class*, *race/ethnicity* – eine lebhaft unter dem Stichwort „Intersektionalität“ geführte Debatte feministischer Theorie und Forschung (vgl. Knapp 2008; Klinger 2008).

2 | Eine beunruhigende Koinzidenz

Wenn sich feministische Theorien und Diskurse bis heute als höchst lebendig erweisen und in unterschiedlicher Tiefenschärfe in Wissenschaft und Institutionen Vertreterinnen und auch einige Vertreter finden, bleibt zu fragen, was dies für die Frauenbewegung als sozialer Bewegung bedeutet. Als die *Feministischen Studien* anlässlich ihres 25jährigen Bestehens vor fünf Jahren eine Konferenz zum Thema „Brauchen wir einen neuen Feminismus?“ veranstalteten, entpuppte sich die Medienflut zu diesem Thema als „unglückliche Liaison“ von Feminismus und Medien (Wischemann 2013). Vorausgegangen war ein Zeit-Dossier mit der Forderung „Wir brauchen einen neuen Feminismus!“ (2006) sowie eine Reihe von Titelgeschichten und Büchern, die ein allgemeines Feminismus-Bashing veranstalteten (vgl. Klaus 2008). Danach war der 1970er-Jahre-Feminismus veraltet und „überflüssiger als Fäustlinge im Hochsommer“ (Dorn 2006: 9), karikiert in Stereotypen wie den immer wieder zitierten Klageweibern und Trägerinnen von lila Latzhosen. Seine ehemals emanzipatorischen Ansprüche aber wurden reduziert auf einen männerfeindlichen, opferseligen und skandalträchtigen „Schwarzer-Feminismus“ (Gebhardt 2012). Die Avantgarde dieses als ‚neu‘ deklarierten Feminismus war die sog. F-Klasse, jene Gruppe von erfolgreichen, gut ausgebildeten und selbstbewussten Frauen – andere sprachen auch von „Alpha-Mädchen“ (Haaf et al. 2008) –, die es schaffen oder geschafft haben ohne Quoten oder Frauensolidarität, vielmehr kraft eigener Leistung. Was zählte war „das individuell von ihr Erreichte und Gelebte“, kokettierte die Autorin doch gleichzeitig mit dem Eingeständnis, „der Mauerfall“ habe sie „ungefähr so erschüttert wie der Wasserrohrbruch im Haus ihrer (meiner) Eltern“ (Dorn 2006: 37 u. 21).

Dies war neo-liberaler Zeitgeist pur. Aber wie konnte es zu diesen Missverständnissen, zu dieser Anpassung und Einpassung einer durch ihre Stellung in der Öffentlichkeit privi-

legierten Schicht von Frauen in die bestehenden Verhältnisse, insbesondere in die global herrschenden Gesetze der angeblich freien Märkte kommen? Gibt es einen Zusammenhang zwischen der oben beschriebenen Vernachlässigung gesellschaftskritischer Analysen, dem Abschied von der Gesellschaftstheorie und der Entpolitisierung der Geschlechterforschung sowie einer auf individuelle Leistung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Flexibilität und Diversity Management reduzierten Frauen- und Geschlechterpolitik? Kritische Feministinnen diagnostizieren nun eine „seltsame (...) Koinzidenz nicht in den Absichten, aber in den Wirkungen“ zwischen dem Poststrukturalismus „als Ausdruck neuen Wissensformen und Wissenspraktiken“ und neoliberalen Zeitgeist (Casale 2008: 205). Nancy Fraser, die immer wieder auf den zentralen Stellenwert der Verteilungsgerechtigkeit verwiesen hat, spricht im Hinblick auf den westlichen Feminismus sogar von einer „untergründigen Wahlverwandtschaft“ zwischen neuer Frauenbewegung und Neoliberalismus, weil diese im Prozess der Transformation vom staatlich organisierten Kapitalismus zu seiner neoliberalen Formation „den Traum von der Frauenemanzipation in den Dienst der kapitalistischen Akkumulationsmaschine gestellt“ habe (Fraser 2009: 52). Dies ist eine sehr verallgemeinernde Kritik, die gleichwohl auf einen wichtigen Punkt des neoliberalen Konsenses verweist: Die angeblich errungene Wahlfreiheit sowie die Überbewertung und allein maßgebende Lohnarbeit und damit die Ausrichtung auf ein Zwei-Verdiener Modell – das Erwerbsbürgermodell auch in der europäischen Beschäftigungspolitik – haben Frauenpolitik heute auf ein Vereinbarkeitsproblem reduziert, ohne doch gleichzeitig die festgezurrteten Strukturen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung zu berücksichtigen, geschweige denn als politische Aufgabe neu zu organisieren. Denn diese unbezahlbaren und unbezahlten reproduktiven Tätigkeiten der Sorge für andere, die nach wie vor beruflich wie privat in der großen Mehrheit von Frauen geleistet werden, sind nicht nur die Voraussetzung, son-

dern auch die eigentlichen Quellen des gesellschaftlichen Reichtums und Zusammenhalts (vgl. Kaufmann 1995).

3 | Feminismus heute?

Heute, fünf Jahre später – die Zeitschrift *Feministische Studien* feiert ihr 30jähriges Bestehen – besteht Einmütigkeit darüber, dass feministische Gesellschaftskritik notwendiger ist denn je. Gleichzeitig gibt es den Vorbehalt, dass „der Feminismus akademisch geworden ist“, ohne doch im *Mainstream* der Disziplinen angemessen Einfluss gewonnen zu haben, andererseits sei er „in die Bremspuren der Gleichstellungspolitik geraten“ (Kuster 2013: 114/115). In dieser Diagnose sind die neuerdings in den sozialen Medien ausgetragenen vielfältigen Initiativen jüngerer Frauen (vgl. die Anfang 2013 unerwartet aufgebrochenen Sexismus-Debatte), überhaupt die weltweit agierenden Protestbewegungen und Netzwerke zu Menschenrechtsverletzungen, Frauenhandel und zur Globalisierungskritik nicht im Blick. Gleichwohl stellen gerade sie möglicherweise neue Formen der Mobilisierung und transnationaler sowie geschlechtsübergreifender Bündnisse dar. Denn spätestens seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sind politische Interventionen wieder gefragt, ist angesichts verschärfter Ungleichheit und Armut auf der einen Seite und unermesslichem Reichtum auf der anderen die Notwendigkeit der Umverteilung und Teilhabe nicht nur, aber auch von Frauen Anlass und Fokus neuer Aktions- und Protestformen geworden (vgl. Roth 2012).

Die Geschlechterforschung hat seit dem Beginn der 1990er-Jahre – in Anknüpfung an die seit den 1970er-Jahren zentrale Kritik am gängigen, auf Lohnarbeit beschränkten Arbeitsbegriff – in transnationaler, insbesondere auch europäischer Kooperation unter dem Stichwort *Care* ein grundlegendes Gerechtigkeitsproblem aufgegriffen, das in den nach wie vor dominanten Strukturen geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung und in der welt-

weiten Migration von Hausarbeiterinnen und Betreuerinnen (*care chain*) manifest wird (z.B. Lewis 1998; Lutz 2009; Kumbruck et al. 2010). Care als analytisches Konzept und Schlüsselkategorie einer anderen Sozialpolitik und neuen Prioritätensetzung in der Politik bezeichnet all die Tätigkeiten der Sorge für andere, die üblicherweise von Frauen übernommen werden: Hausarbeit, Betreuung, Erziehung und Pfl egetätigkeiten. Erst kürzlich (2011) ist es gelungen, die Rechtlosigkeit der Arbeitsmigrantinnen durch das *Übereinkommen 189 über menschenwürdige Arbeit von Hausangestellten* zur Ratifizierung auf die politische Agenda der UN-Mitgliedsstaaten zu setzen. Zur gleichen Zeit hat die Europäische Sozialplattform ([www. socialplatform.org](http://www.socialplatform.org)), der europäische Zusammenschluss von über 40 Nichtregierungsorganisationen im Bereich des Sozialen, ein Manifest und Empfehlungen an die europäischen Regierungen verabschiedet, die *Care* – als Recht, für andere zu sorgen, und als Recht, umsorgt, gepflegt zu werden – als Menschenrecht einklagen. So wenig mit dieser Deklaration die Ungerechtigkeiten in der Welt beseitigt sind: In dieser Initiative, die bis zur UNO weiterverfolgt wird, wird mit der radikalen Re-Definition demokratischer Rechte und neuen Maßstäben für eine soziale Politik nicht weniger als ein Systemwechsel eingefordert.

Wie von Anbeginn kann die Zukunft des Feminismus als Bewegung und Gesellschaftstheorie nur transnational und in neuen Bündnissen erfolgreich sein. Die Expertisen einer Forschung aus feministischer Perspektive und die Politisierung der Care-Problematik durch zivilgesellschaftliche Organisation sind für mich ein Beispiel dafür, welches soziale und intellektuelle Potential in solchen Allianzen steckt und dass sich möglicherweise politisch doch etwas bewegt.

Ute Gerhard ist emeritierte Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung der Universität Frankfurt a.M., Direktorin des Cornelia-Goethe-Centrum in

Frankfurt a.M. Schwerpunkte ihrer Forschung sind Rechtsgeschichte und Rechtssoziologie, europäische Sozialpolitik und soziale Bewegungen, insbesondere Frauenbewegung. Kontakt: utegerhard@arcor.de

Literatur

Aulenbacher, Brigitte/Meuser, Michael/Riegraf, Birgit 2010: Soziologische Geschlechterforschung. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.

Bachmann-Medick, Doris 2006: Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften. Reinbek: Rowohlt.

Benhabib, Seyla 1993: Feminismus und Postmoderne. Ein prekäres Bündnis. In: Benhabib, Seyla/Butler, Judith/Cornell, Drucilla/Fraser, Nancy (Hg.): Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch, 9-30.

Butler, Judith 1990: Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity. New York/London: Routledge.

Casale, Rita 2008: Die Vierzigjährigen entdecken den Feminismus. Anmerkungen zur Epistemologisierung politischer Theorien. In: Feministische Studien, 26. Jg., Nr. 2, 197-207.

Cobbe, Frances Power 1884: Introduction. In: Stanton, Theodore (Hg.): The Woman Question. New York/London/Paris: Putnam's Sons, XIII-XVIII.

Dorn, Thea 2006: Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird. München/Zürich: Piper.

Eder, Klaus 2011: Kollektive Identität, soziale Bewegung und Szenen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 24, Heft 4, 53-73.

Faludi, Susan 1991: Backlash. The Undeclared War Against American Women. New York: Anchor Books.

Fraser, Nancy 2009: Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8, 43-57.

Gebhardt, Miriam 2012: Alice im Niemandsland. Wie die deutsche Frauenbewegung die Frauen verlor. München: DVA.

Gerhard, Ute 1995: Die „langen Wellen“ der Frauenbewegung - Traditionslinien und unerledigte Anliegen. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/New York: Campus, 247-278.

Gerhard, Ute 1999: Atempause: Feminismus als demokratisches Projekt. Frankfurt a.M.: Fischer-Taschenbuch-Verl.

Gerhard, Ute 2006: Nachfolge in der Frauenbewegung - Generationen und sozialer Wandel. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 19, Heft 1, 24-37.

Gerhard, Ute 2008: Frauenbewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt a.M./New York: Campus, 187-217.

Gerhard, Ute 2009: Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789. München: C.H.Beck.

Gerhard, Ute 2013: Bürgerrechte und Demokratie - eine feministische Perspektive? In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 26. Jg., Heft 1, 75-85.

Haaf, Meredith/Klingner, Susanne/Streidl, Barbara 2008: Wir Alpha-Mädchen. Warum Feminismus das Leben schöner macht. Hamburg: Hoffmann & Campe.

Kaufmann, Franz Xaver 1995: Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. München: Beck.

Klaus, Elisabeth 2008: Antifeminismus und Elitefeminismus. Eine Intervention. In: Feministische Studien, 26. Jg., Nr. 2, 176-186.

Klinger, Cornelia 2008: Überkreuzen der Identitäten - Ineinandergreifende Strukturen. Plädoyer für einen Kurswechsel in der Intersektionalitätsdebatte. In: Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Über-

kreuzungen. Fremdheit, Ungleichheit, Differenz. Münster: Westfälisches Dampfboot, 38-67.

Knapp, Gudrun-Axeli 2008: Give Sex, Gender and Sexuality more of Society: Zur Standortbestimmung feministischer Theorie. In: Feministische Studien, 26. Jg., Nr. 2, 208-219.

Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.) 2003: Achsen der Differenz Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Kumbruck, Christel/Rumpf, Mechthild/Senghaas-Knoblich, Eva 2010 (mit einem Beitrag von Gerhard, Ute): Unsichtbare Pflegearbeit. Fürsorgliche Praxis auf der Suche nach Anerkennung. Münster: LIT-Verlag.

Kuster, Friederike 2013: Feministische Theorie heute: Ein subjektives Schlaglicht. In: Feministische Studien, 31. Jg., Nr. 1, 113-119.

Lewis, Jane (Hg.) 1998: Gender, Social Care and Welfare State Restructuring in Europe. Aldershot: Ashgate.

Lutz, Helma (Hg.) 2009: Gender Mobil? Geschlecht und Migration in transnationalen Räumen. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Mannheim, Karl 1970: Das Problem der Generationen. In: Mannheim, Karl (Hg.): Wissenssoziologie. Neuwied: Luchterhand, 509-565.

Roth, Roland 2012: Vom Gelingen und Scheitern sozialer Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 25. Jg., Heft 1, 21-31.

Villa, Paula-Irene 2003: Woran erkennen wir eine Feministin? Polemische und programmatische Gedanken zur Politisierung von Erfahrungen. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster: Westfälisches Dampfboot, 266-285.

Wischermann, Ulla 2013: Feminismus und Medien - eine unglückliche Liaison? In: Feministische Studien, 31. Jg., Nr. 1, 188-193.

Die Merkel-Wahl

Strategische Chancenpotentiale der Parteien vor der Bundestagswahl 2013

Ralf Tils

Wer den Bundestagswahlkampf 2013 verstehen will, muss ihn von Angela Merkel aus denken. Sie ist die dominierende Spielerin der Wahlauseinandersetzung und zentraler Angelpunkt fast aller strategischen Überlegungen – sowohl innerhalb ihrer eigenen Partei als auch bei den politischen Verbündeten und Gegnern. Trotz aller Dominanz: Als Siegerin der Bundestagswahl steht die Kanzlerin noch nicht fest. Dafür ist ihr Spiel zu riskant. Merkels Chancenpotentiale sind dennoch groß. Das Ziel, auf das sie ihr gesamtes politisches Handeln ausrichtet, ist klar: strategische Mehrheitsfähigkeit. Sie soll Merkel vier weitere Jahre die Kanzlerschaft sichern und eine Mehrheit jenseits der Union verhindern. Wer unter ihr regiert, ist nachrangig. Vieles spricht aus ihrer Sicht eher für die SPD als für die FDP.

In drei Schritten sollen hier die Strategien und Chancenpotentiale der Parteien im Bundestagswahlkampf 2013 skizziert werden, bevor am Schluss ein Verweis auf die hohen politischen Kosten der Merkel-Strategie notwendig erscheint. Am Anfang stehen, wie immer, die Wähler. Denn eine Wahl strategisch lesen und begreifen kann nur, wer weiß, was die Wähler wollen.

1 | Das Wahlvolk verstehen

Die deutsche Gesellschaft prägen drei Mehrheiten mit unterschiedlichen Trägern. Sie bilden das Erwartungsspektrum der Wähler in zentralen Feldern ab. Gewonnen werden die drei Mehrheiten über zugerechnete Parteikompetenzen. Die ökonomische Mehrheit domi-

niert Schwarz-Gelb. Die soziale und kulturelle Mehrheit gewinnen Rot-Grün. In Deutschland existiert also eine schwarz-gelbe Ökonomie in rot-grüner Gesellschaft. Ginge es allein nach der sozialen und kulturellen Mehrheit, würde Deutschland auf lange Sicht von SPD und Grünen regiert. Dafür bräuchten sie noch nicht einmal die Linkspartei.

Am liebsten würden die Deutschen es bei der Wahl wie im Supermarkt halten: einfach von jedem das nehmen, was ihnen gefällt. Sie wüssten, was sie wählen würden: die Merkel in den Korb, dazu ihre Euro-Politik, von der SPD den Mindestlohn und die KITAS (statt Betreuungsgeld), von den Grünen die Energiepreise. Allein von der FDP und der Linkspartei brauchen sie diesmal nichts wirklich dringend. Nur wissen wir: Das wahre Leben der Politik ist kein Supermarkt. Die Wähler müssen Parteien wählen. Und die müssen ihnen ein Gesamtangebot für die drei Mehrheitsfelder machen, das sie von der Konkurrenz unterscheidet. Das ist die Aufgabe der Wahlkampfstrategien.

2 | Lage und Strategien der Parteien

Die Kanzlerin und ihre Partei dominieren den Bundestagswahlkampf 2013. Die CSU darf in Bayern ihr eigenes Spiel spielen und soll dort, auch für die Bundespartei, Mobilisierungsleistungen erbringen. Die CDU lebt zurzeit von drei Stärken: Merkel, Euro-Politik, Ökonomiekompetenz. Das sind die drei Pfeiler, auf denen ihre Wahlkampagne steht. Aus dieser Lage heraus verfolgt die Partei eine Doppelstrate-

gie. Sie besteht erstens in der Anpassung auf fremdem Terrain, bei den kulturellen und sozialen Themen. Atomenergie und Mindestlohn waren nur der Auftakt einer erneuten asymmetrischen Demobilisierung, die bei Frauenquote, Finanzmarktkontrolle oder Mietpreisbegrenzung ihre Fortsetzung findet. Zweitens beinhaltet die Strategie Angriffe auf dem eigenen Terrain, dem christdemokratischen Stärkefeld der Ökonomie. Hier versucht die Union Negativ-Images der Gegner zu aktivieren, indem sie Grüne, Linkspartei und Sozialdemokraten als Steuererhöhungs-, Staats- und Umverteilungsparteien attackiert. Dieser zweifache Ansatz soll im Wesentlichen genügen, um die reduzierten strategischen Ziele der Kanzlerin zu erreichen.

Die Tarnkappenstrategie der Kanzlerin macht es für die SPD schwer, mit ihren Themen durchzudringen. Die Sozialdemokraten versuchen permanent anzugreifen, die Kanzlerin pariert durch inhaltliche Anpassung. Die SPD kann nur erfolgreich sein, wenn sie ihren Vorsprung bei der sozialen und kulturellen Mehrheit deutlich machen kann und – vor allem – ergänzt um ökonomische Stärke. Das wirtschaftliche Feld müssen die Sozialdemokraten zumindest neutralisieren, sonst entscheidet die bürgerlich dominierte Ökonomie-Mehrheit die Wahl. Nur mit sozialen und kulturellen Themen gewinnt Mitte-links nicht. Der Dreiklang der SPD-Strategie aus Wirtschaft mit sozialer Verantwortung (ökonomisch), Gerechtigkeit (sozial) und Zusammenhalt (kulturell) erreicht die Wähler bislang nicht. Vielmehr dominiert das vom Gegner und den Medien gezeichnete Bild eines Linksschwenks von Partei und Kanzlerkandidat. Bleibt das so, wird es schwer für die SPD.

Die FDP muss sich vor allem um sich selbst kümmern. Sie kämpft ums nackte Überleben – als Regierungs- und sogar als Parlamentspartei. Die Liberalen versuchen das vor allem mit zwei Rettungsankern: ihrer Rolle als Mehrheitsbeschaffer einer bürgerlichen Regierung (Funktionspartei) und ihrem letzten verbliebenen Kompetenzkern, dem Wirtschaftsliberalismus.

Wahrscheinlich wird das für den Einzug in den Bundestag sogar reichen.

Den Grünen geht es eigentlich nicht schlecht. Angesichts ihrer demoskopischen Werte im Vergleich zur letzten Bundestagswahl strotzen sie vor eigener Kraft. Die grüne Wahlstrategie enthält Sicherheits- und Risikoelemente. Das Sicherheitselement liegt darin, die Kernwähler mit klassischen grünen Themen wie der Energiewende (als Nachfolgethema der Atompolitik), sozialer Gerechtigkeit und moderner Gesellschaft zu gewinnen. Ungewisser ist der Ausgang beim Risikoelement, den Steuererhöhungsplänen. Sie sind Teil einer Strategie der Wählererweiterung, bei der Steuererhöhungen – auch – gegen das Kernklientel zugunsten des weiteren Wählerpotentials ärmerer Grün-Sympathisanten vorgesehen sind, für die die grüne Sozialpolitik (Armutsbekämpfung, Alterssicherung) auch eigene materielle Vorteile bringt. Wie weit die alt-rassistischen Orientierungen der grünen Kernwähler reichen (auch gegen den eigenen Geldbeutel), bleibt hier die offene Frage.

Die Linkspartei ist zurzeit nur Zaungast, steht am Rand des Wahlkampftrings und kann beim Machtspiel der anderen lediglich zuschauen. Sie hat sich allerdings innerparteilich stabilisiert und bindet mit ihren klassischen Themen Soziales, Frieden und Osten weiterhin 6-8 Prozent Wählerstimmen. Eine machtpolitische Perspektive wird sich für sie erst bei der Bundestagswahl 2017 ergeben können – je nach Ergebnis und Bewegungen im Parteiensystem nach dieser Wahl.

Die Piraten schauen etwas sehnsüchtig auf die glücklichen Tage, in denen sie mit ihren drei Sympathisantenkreisen kurzzeitig das Parteiensystem durcheinanderwirbelten: netzpolitischer Kern, generationsspezifische Erfahrung von Internet als Lebenswelt, Protest. Da fuhr das Schiff noch volle Kraft voraus. Heute sind die Piraten, nachdem sie sich selbst fast zerlegt haben, weniger seetüchtig. Ihre Themen bleiben. Die Frage ist nur, ob sie nach Auffassung der Wähler auch die Lösung dafür sind. Das Protestelement hat heute einen neuen Fokus gefunden und wurde in dieser Hinsicht vor

allem von der Alternative für Deutschland (AfD) übernommen.

Die AfD ist ein interessantes Projekt. Es ist eine Ein-Punkt-Protest-Partei ohne populistischen Führer zum Top-Thema Euro. Allerdings hat die Partei nur ein thematisches Standbein. Deswegen wird sie eher unter 5 Prozent bleiben. Ist die AfD ein Problem für die Konkurrenz? Debatten dazu gab es vor allem in der Union. Soll man die neue Konkurrenz toschweigen oder doch lieber angreifen? Für eine strategische Antwort auf diese Frage ist es sinnvoll, zum argumentativen Ausgangspunkt dieses Beitrags zurückzukehren: Wer diesen Bundestagswahlkampf verstehen will, muss ihn von Merkel aus denken. Die Kanzlerin möchte keine aktive Konfrontation mit der AfD. Das passt erstens nicht zu ihrem präsidentialen Regierungsstil. Zweitens, wahrscheinlich noch wichtiger, kann es ihr nur Recht sein, wenn die AfD mit 2-3 Prozentpunkten Schwarz-Gelb verhindern sollte. Eine Große Koalition ist für die Kanzlerin attraktiver als eine Fortsetzung des Konfliktbündnisses mit der FDP.

3 | Chancenpotentiale

Im nächsten Schritt wollen wir sehen, über welche Chancenpotentiale die Parteien in konkurrenzpolitischer Perspektive verfügen. Dabei fällt der Blick zunächst auf die beiden Großparteien, über deren Kräfteverhältnis sich die Bundestagswahl 2013 entscheidet.

Viel spricht zurzeit für eine strategische Mehrheitsfähigkeit der CDU. Der wichtigste Grund ist die Euro-Politik der Kanzlerin. Zwar ist die Währungsfrage medial nicht immer voll präsent, sie bleibt aber für die Wähler im Hintergrund von höchster Bedeutung. Die Politik des Euro-Egoismus der Kanzlerin ist für ihre Gegner unantastbar, weil die Deutschen in dieser Frage im Wesentlichen drei Dinge denken: Erstens, Merkel hält unser Geld zusammen. Zweitens haben wir Deutsche bereits genug europäische Solidarität gezeigt. Weil wir das Geld geben, dürfen wir, drittens, auch sagen, was die Südländer tun sollen.

Ein weiterer Grund für die Stärke der CDU ist Angela Merkel selbst. Uneitel, verlässlich, sachlich, so das öffentliche Bild der Kanzlerin. Klug und fleißig ist sie ohnehin. Negative Lesarten ihres politischen Erscheinungsbilds wie Wankelmut, Opportunismus oder Verschleierung der eigenen Absichten stehen, auch Dank freundlicher medialer Berichterstattung, weniger im Vordergrund. Die Deutschen mögen Merkel, vielleicht auch, weil sie ähnlich ist, wie sie selbst: auffällig normal, ein wenig bieder, in kleinen Schritten vorantastend.

Der dritte Grund für den Chancenvorteil der Union ist die aktuelle Zufriedenheit der Deutschen mit sich und der Welt. Es ist eine „sorgenvolle Zufriedenheit“, bei der die Ängste um den Euro, die Bildungschancen der Kinder und vor dem eigenen Abstieg den Sorgen-Pol bilden, der aber im Moment vom Kern ökonomischer Zufriedenheit verdrängt wird. Bleibt es dabei, ist eine wahlentscheidende Wechselstimmung der Deutschen trotz verbreiteter Unzufriedenheit mit der schwarz-gelben Regierungskoalition unwahrscheinlich.

Es gibt aber auch Risiken bei Merkels Solo-Show. Die ökonomische Ein-Punkt-Strategie könnte wie 2002 in eine Sackgasse führen, als dem damaligen Spitzenkandidaten Edmund Stoiber neben der Wirtschaftspolitik ein weiteres Thema fehlte und Gerhard Schröder ihn mit seiner Friedens- und Flutpolitik plötzlich nackt dastehen ließ. Erste Anzeichen von Nervosität und Unsicherheit sind bei der Union inzwischen sichtbar geworden. Die neuen, teuren (und nicht gegenfinanzierten) Wahlversprechen sind Ausdruck davon. Die anlasslose Thematisierung der inneren Sicherheit deutet auf einen zusätzlich geplanten Wahlkampfeschlager der CDU hin. Es wäre der Versuch, den letzten verbliebenen Trumpf der Union (neben der Ökonomie), das christdemokratische Kompetenzfeld innere Sicherheit, im Wahlkampf auszuspielen. Es bleibt aber dabei: Das kulturelle und soziale Feld kann Merkel nur neutralisieren, was sie mit Hilfe ihrer Demobilisierungsstrategie auch nach Kräften versucht. Ein weiteres Risiko der CDU-Kampagne ist die

Kommunikationsschwäche der Kanzlerin. Bislang kommt dieses Defizit nicht zum Tragen, weil die Merkel-Union unangefochten scheint. Sobald aber etwas Unvorhergesehenes passiert und die Deutschen doch am Glanz der Kanzlerin zweifeln lässt, kann das noch zum Problem für die CDU werden.

Die SPD hat bei der Bundestagswahl nur gute Chancen, wenn die Innenpolitik in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rückt, wenn der Schwerpunkt bei sozialen und kulturellen Themen liegt (Familie, Bildung, Wohnen, Arm-Reich-Schere). Nur dann können die Sozialdemokraten in die Offensive kommen und die Politik der Kanzlerin angreifen. Das sozialdemokratische Problem liegt in der Euro-Dominanz, bei der die Opposition (gegen die Mehrheitsauffassung in der Bevölkerung) nicht gewinnen kann und die Deutschen ihr gegenüber misstrauisch bleiben. Die Erfolgsformel der SPD liegt in einer glaubwürdigen Verbindung ökonomischer, sozialer und kultureller Kompetenz. Bislang konnte das Ökonomiepotential des Kanzlerkandidaten Steinbrück in der sozialdemokratisch notwendigen Verknüpfung mit dem Sozialen nicht ausgeschöpft werden. Politische und mediale Gegner arbeiten daran, Steinbrück aus dem bürgerlich-ökonomischen Feld zu drücken. Der Dreh geht so: Die SPD hat einen programmatischen Linksschwenk vollzogen, Steinbrück folgt dem opportunistisch, obwohl er lange ein Mann der bürgerlichen Mitte und Ökonomie war, deswegen kann man Steinbrück heute nicht mehr wählen. Ihm fehlt es an Glaubwürdigkeit. Damit kann die SPD bislang das Potential und die Stoßrichtung des Kandidaten Steinbrück nicht voll nutzen. Es liegt (neben einer Mobilisierung der sozialdemokratischen Kernwählerschaft und des Wartesaals ehemaliger SPD-Anhänger) darin, die Entfremdung eines Teils der bürgerlichen Wähler von der Merkel-CDU für die SPD fruchtbar zu machen. Dieser Ansatz geht bisher wegen des Euro-Trumpfs bei der Kanzlerin und der Schwächung Steinbrücks in seinem rhetorischen Angriffspotential weitgehend ins Leere.

Die Grünen sind eigentlich gut aufgestellt. Das größte Plus ist ihre Glaubwürdigkeit bei Themen und Positionen. Die Grünen sind in der Wahrnehmung der Wähler die ehrlichste Partei. Die Stärken der Partei liegen im Bereich der sozialen und kulturellen Mehrheit (z.B. Gerechtigkeitsthemen, Gleichstellungspolitik, offene Gesellschaft). Die Grünen zeigen sich angriffslustig gegenüber der Politik der Kanzlerin. Sie haben es in dieser Hinsicht aber angesichts ihrer Wähler leichter als etwa die Sozialdemokratie. Dennoch ist auch das Leben der Grünen nicht völlig unbeschwert. Über ihnen schwebt das Koalitionsrisiko, das parteiintern wieder aufbrechen kann, wenn Rot-Grün in den Wochen vor der Wahl nicht in den Bereich einer Machtchance kommt. Viele Grüne fühlen sich zu stark, um nur für ein unrealistisch werdendes Rot-Grün still zu halten. Bislang hat die Parteispitze den in der Partei unter der Oberfläche schwelenden Koalitionsstreit (Rot-Grün-Rot oder Schwarz-Grün) kontrollieren können. Gut läuft es für die Partei, wenn dieser Streit erst nach der (für Rot-Grün möglicherweise verlorenen) Bundestagswahl aufbricht. Auch das Risiko der grünen Steuererhöhungspläne ist noch nicht ausgestanden. Hier wird alles davon abhängen, wer im Sommer die Thematisierungs- und Framing-Schlacht beim Thema Steuern für sich entscheiden kann: ob wir nur über Steuererhöhungen und die potentielle Betroffenheit der Mittelschichten streiten oder auch über Steuereinzug und die Verwendung von Steuereinnahmen für öffentliche Güter (Bildung, Infrastruktur, Staatshaushalt) diskutieren. Schließlich bleibt das Risiko der gegnerbetriebenen Thematisierung von Energiepreisen. Zwar haben die Grünen in diesem Feld die höchsten Kompetenzwerte, aber auch eine etwas komplizierte Argumentation, wenn den Bürgern die Energiekosten irgendwann zu teuer erscheinen.

Die FDP kann bei der Bundestagswahl möglicherweise von der Lagerorientierung bürgerlicher Wähler profitieren (wie in Niedersachsen). Es gibt immer noch einen Teil der Wähler, für den Rot-Grün ein Schreckge-

spenst ist. Die FDP stellt aus ihrer Sicht die Funktionspartei zur Rettung einer bürgerlichen Regierung dar. Viel wird für die FDP von den demoskopischen Werten in den Wochen vor der Wahl und dem Ergebnis in Bayern abhängen: Gute Werte könnten gefährlich demobilisierend wirken (und der Union Stimmenzuwächse bringen), schlechte Werte das Überlebens-thema als Mobilisierungshilfe reaktiveren, aussichtslose Werte sogar das außerparlamentarische Schicksal der Partei besiegeln (wer will schon seine Stimme nutzlos verschenken?). Gegen die FDP spricht nach wie vor die große Leistungsenttäuschung ihrer Anhänger wegen der nicht eingehaltenen Wahlversprechen von 2009 und ihrer schlechten Regierungsperformance. Dazu kommen eine Themenarmut, die über Wirtschaft nicht hinausführt, und ein Wahlkampf-Spitzen-duo (Rösler/Brüderle), das bei den demoskopisch bewerteten Politikern die letzten beiden Plätze belegt.

Die Linkspartei geht gestärkt aus ihrer innerparteilichen Konsolidierungsphase hervor und verfügt nach wie vor über eine ausgezeichnete Ostverankerung. Ihre Chancenpotentiale bleiben bei dieser Wahl aufgrund der fehlenden Machtperspektive im Bund jedoch reduziert. Die Piratenthemen sind zwar immer noch gesellschaftlich relevant, aber in ihrer Wahlbedeutung begrenzt. Vor allem aber schwächt die Piratenpartei ihre beschränkte eigene kollektive Handlungsfähigkeit. Die AfD hat zwar ein Sprengkraftthema, aber nichts darüber hinaus. Das könnte insgesamt zu wenig sein.

4 | Gesamtkonstellation und politische Kosten der Merkel-Strategie

Wie lässt sich politische Gesamtkonstellation vor der Bundestagswahl 2013 in aller Kürze empirisch-analytisch fassen? Es gibt eigentlich immer noch zwei Lager in Deutschland, ein bürgerliches und ein linkes. In der Orientierung vieler Bürger ist die Lagerstruktur des deutschen Parteiensystems (operationalisiert über Koalitionspräferenzen) sehr wohl wirkungsmächtig. So brauchte es etwa bei der

Niedersachsenwahl am Anfang dieses Jahres nur wenige Signale, um die bürgerlichen Wähler an die großen Machtvorteile einer kleinen Stimmenumverteilung von der Union zur FDP zu erinnern – mit der Folge eines nichts kalkulierbaren, erdrutschartigen Stimmenzuwachses bei den Liberalen, deren Wähler zu großen Teilen eigentlich CDU-Anhänger waren. Auch die Wähler von SPD und Grünen zeigen sich bei ihren Koalitionspräferenzen als ausgewiesene Lagersympathisanten (schwächer, unter dem Koalitionsaspekt, die Wähler der Linkspartei). Politisch funktionieren die Lager beide nicht richtig. Das Gesamtlager links der Mitte ist blockiert, weil die Akteure (zum Teil auch die Präferenzen der Wähler) die Linkspartei außerhalb der Koalitionsreichweite sehen. Das linke Lager ist damit nur in seinem rot-grünen Kern funktionsfähig, aber die Parteien einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit von Mitte-Links, die bei Issues erkennbar wird, zeigen sich bislang nicht willens und in der Lage, eine politische Mehrheit zu organisieren (hinkendes Lager). Das rechte Lager, das bei der Umverteilung von Wählerstimmen so gut funktioniert, zerbricht gerade durch gegenseitige Entfremdung in der Regierung (Konfliktbündnis). Was wird die Folge der verdrängten Lageralternativen bei der Bundestagswahl 2013 sein? Wahrscheinlich die von beiden Lagern verschmähte Alternative einer breiten Mitte, das heißt die Große Koalition.

Normativ betrachtet ist zu befürchten, dass die Merkel-Strategie dieser Wahl nicht ohne politische Kosten bleibt. Das vor allem von der Kanzlerin forcierte Kleinreden von politischen Kontroversen und ihr Zufriedenheitsansatz entlassen die Deutschen aus ihrer „politischen Verantwortung“. Merckels normative Belieblichkeit („Mal bin ich liberal, mal bin ich konservativ, mal bin ich christlich-sozial“) bei gleichzeitiger „Alternativlosigkeit“, wohin man auch schaut, treiben die Entpolitisierung der deutschen Gesellschaft voran. Die Deutschen sind nicht abgeneigt, bei guter eigener Lage zu privatisieren und den Blick allenfalls auf Konflikte in ihrer unmittelbaren Umgebung

zu richten. Gern geben sie ihre politische Gesamtverantwortung an die Kanzlerin ab, bei der sie Deutschland in guten Händen meinen. Eine Entpolitisierung dieser Art tut dem Land nicht gut. Deswegen steht hier am Schluss ein Appell für eine funktionierende Demokratie: Es ist die Aufgabe der politischen Parteien, klare politische Alternativen aufzuzeigen und die Unterschiede in ihren Positionen deutlich

zu machen, nicht zu verschleiern. Dann müssen sich die Bürger und nur dann können sie am 22. September 2013 inhaltlich-rational entscheiden.

Ralf Tils arbeitet als Politikwissenschaftler am Zentrum für Demokratieforschung der Leuphana Universität Lüneburg. Kontakt: tils@politischestrategie.de

Vor einer neuen Epoche des Parteienstaates

Werner Weidenfeld

Erscheint sinnvoll, nicht bei der Beobachtung situativer Oberflächlichkeiten der Politik stehen zu bleiben. Die täglich, ja stündlich wechselnden Schlagzeilen dramatischer Art zu den Details der Parteiaktivitäten verstellen eher den Blick auf die relevanten, strukturellen Sachverhalte, als dass sie ihn eröffnen. Die tieferen Schürfungen der politischen Kultur ergeben Hinweise auf eine geradezu historische Zäsur im Parteiensystem. Dieser Einschnitt wird verdeckt, wenn man bloß die Routine-Rhetorik im Kontext der überkommenen politischen Lager wahrnimmt. Deren Rechts-Links-Schema existiert in der Disposition der Gesellschaft genauso wenig noch wie die alten Freund-Feind-Bilder. In den Wahrnehmungskonstellationen der Bevölkerung hat sich sehr viel mehr verändert.

Bisher prägten nur einige wenige Einschnitte die Parteiengeschichte der Bundesrepublik Deutschland: die Integrationsphase der Volksparteien in den 50er Jahren, die machtpolitische Konzentration auf eine einfache Koalitionskonstellation der drei Fraktionen des Deutschen Bundestages in den 60er und 70er Jahren; dann Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre die Pluralisierung des linken Randes.

1998 wurde erstmals seit 1949 vom Wähler ein Regierungswechsel erzwungen, nicht durch bloßen Koalitionswechsel, wie bis dahin üblich.

Was ist inzwischen neu? Diese Frage ist nicht primär mit der neuen Freude am Protest in praktisch allen Bevölkerungsgruppen oder der wachsenden Politikdistanz oder dem immer größer werdenden Misstrauen gegenüber den politischen Akteuren und Institutionen zu beantworten. Jenseits der alten Machtorganisationen hat sich eine ungebundene Beweglichkeit, eine höchst flexible Positionierung, das ‚liquid voting‘ ausgebildet. Diese akute Beweglichkeit resultiert nicht zuletzt aus der Erosion der Bindungen und der Legitimationen.

In diesem ‚liquid voting‘ verbinden sich etliche Tendenzen der letzten Jahre: zunächst die Auflösung gesellschaftlicher Milieus. Dann vollzog sich die Auflösung der alten Erklärungsblöcke aus der Erinnerung an den Ost-West-Konflikt, die Gut und Böse, links und rechts klar definierten. Dies wurde ergänzt durch die Entdramatisierung politischer Konfliktlagen.

Die Konsequenz ist: Mehr als 70 Prozent der Bürger sehen heute keinen Unterschied

zwischen den Parteien. Folgerichtig sinkt die Wahlbeteiligung. Der zusätzliche Vertrauensentzug gegenüber allen politischen Instanzen führt zur Misstrauensgesellschaft. Inzwischen nimmt Deutschland einen Spitzenplatz auf der Skala des gesellschaftlichen Misstrauens ein.

Hinzu kommen die Folgen der Digitalisierung. Sie hat einen neuen Aggregatzustand des Politischen geschaffen. Die digitale Datenlage verfügt nicht nur über ganz andere Geschwindigkeitsdimensionen, sie ist vor allem punktuell und damit kontextlos. Folgerichtig erfolgt das ‚liquid voting‘ immer später, immer hastiger und immer weniger in traditionellen Einbindungen. Der Traditionswähler, der sich in seinem Abstimmungsverhalten an den Eltern und Großeltern orientiert wird in der Realität zu irrelevanten Randerscheinung.

Neugründungen von Parteien – wie die Piraten-Partei oder die ‚Alternative für Deutschland‘ – erscheinen vor diesem Hintergrund als eine Art ‚Kommunikationswolke‘, die jenseits der demoskopischen Kurven des Auf und Ab

der traditionellen Parteien weiter schwebt. 70 Prozent der Anhänger der Neugründungen haben als eigentlichen Grund für ihre Positionierung die Unzufriedenheit mit den anderen Parteien angegeben. Diese Wolke bleibt, wächst auf längere Sicht eher an und erhält weiteres Futter durch das hurtige Klein-Klein im fast täglichen Themenwechsel der Politik.

Wie können auf dieser Grundlage die Antworten zur Organisation der künftigen Macht aussehen? Zwei Alternativen sind denkbar. Die erste lautet: Die politisch-kulturelle Anstrengung unternehmen, um zu den alten Erfolgsrezepten des Parteienstaates zurückzukehren – zum Angebot von Geschichtsdeutung und Zukunftsbild der Gesellschaft.

Die zweite Alternative lautet: Dem ‚liquid voting‘ wird nicht mehr die Hülle der alten Lager übergestülpt. Eine geradezu immense Zahl von unterschiedlichen Formen der Koalitionsbildung stehen dann zur Verfügung.

Kurzum: In den kommenden Jahren wird man wohl die Lagerformationen alter Zeiten



wirklich in die Geschichtsbücher der Republik ablegen. Sie verfügen nicht mehr über die notwendige gesellschaftliche Grundierung. Spätestens dann wird die alte Lagerrhetorik abgelegt und die gesellschaftliche Wirklichkeit neu erfasst.

Die neue Epoche des Parteienstaates wird also durch mehrere Schlüsselemente gekennzeichnet sein:

1. Wachsende Distanz und wachsendes Misstrauen werden das Unterfutter der Parteien verzehren.
2. Die Erosion der Bindungen wird die Zustimmung zu einzelnen Parteien weiter reduzieren.
3. ‚Liquid voting‘ wird die wechselnden Parteipräferenzen noch ausgeprägter werden lassen.
4. Die früheren Lager von Stammwählern werden in ihrer Bedeutung abgelöst von der Wirkung der gesellschaftlichen Kom-

munikationswolken, die sich mal hier, mal dort festmachen.

5. Die Verbindung dieser neuen Beweglichkeit mit den neuen Social Media und der durch die Digitalisierung erhöhten Geschwindigkeit des Informationsflusses wird zu immer wieder neuen Formen der Machtarchitektur der Republik führen.

Die neue Machtarchitektur des Parteienstaates fordert zu neuer Nachdenklichkeit und zu intensiver analytischer Kreativität heraus. Nur die alten Erkenntnisse früherer Epochen zu wiederholen, würde bloß das Tor zu vielen strategischen Fehlern öffnen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Kontakt: cap.office@lrz.uni-muenchen.de

Wähler und Wolken

Anmerkungen zum den Mythen des Wählerverhaltens

Gerd Mielke

Auch in diesem Jahr kann man wieder vor der Bundestagswahl Mythen über das Wählerverhalten bestaunen. Ein Klassiker unter ihnen ist der Mythos von der Erosion aller Strukturen und Bindungen in der Wählerschaft, die der deutschen Parteienlandschaft über Jahrzehnte Konturen verliehen haben. Das Denken in ideologischen Ordnungskategorien wie „rechts“ und „links“ und die daraus erwachsenden politischen Lager lösen sich danach ebenso auf wie die Stammwählerschaften der Parteien.

Stattdessen gilt in dieser „neuen Epoche des Parteienstaates“, die etwa Werner Weidenfeld von der Universität München heraufziehen sieht, die Devise einer „ungebundenen Be-

weglichkeit, eine höchst flexible Positionierung“ der Wähler. Ein rasant anwachsendes „Liquid voting“ löst, so Weidenfeld, die Stammwählerschaften der Parteien auf. Protest gegen die etablierten Politikformen konkretisiert sich in mehr oder minder frei schwebenden politischen „Kommunikationswolken“, in Neugründungen von Parteien wie den Piraten oder der „Alternative für Deutschland“. Und am Ende aller dieser Erosionen und Beweglichkeiten stehen ganz neue „Formen der Koalitionsbildung“ jenseits der überkommenen Lagermodelle.

Erstaunlich ist die Vitalität dieser Mythen auch, weil immer wieder renommierte Wahlforscher darauf hinweisen, dass die vorliegen-

den Daten diese Thesen von radikalen Umbrüchen des Wählens und der Parteienlandschaft nicht stützen. Erst vor einem knappen Jahr hat eine Gruppe um das Frankfurter Forschungsprojekt „German Longitudinal Election Study“, die sich dabei auf den größten Pool von langfristigen Datenbestände in Deutschland stützen konnte, gezeigt, dass natürlich die langfristigen ideologischen Orientierungen immer noch sehr stark in der deutschen Wählerschaft ausgeprägt sind und auch entsprechend das Wahlverhalten bestimmen. Rund 90 Prozent der Wähler können sich selbst, aber auch fast alle politischen Gruppen und Streitfragen ziel sicher auf der Rechts-Links-Skala einordnen. Die eher Rechten wählen Union und FDP, die eher links Orientierten wählen SPD, Grüne und Linke. Das ideologisch unterfütterte Wählen hat überdies seit 1998 deutlich zugenommen. Entsprechend schweben auch die Parteien nicht irgendwo zufällig und wolkenartig im politischen Raum, sondern sie sind in den Augen der Wählerschaft eindeutig in einem rechten und einem linken Lager angeordnet, mit einem klar erkennbaren ideologischen Graben dazwischen.

Auch die These von stetig wachsenden Schwärmen von bindungslosen Wählern, die ganz nach den Zufälligkeiten der politischen Wetterlage mal so und mal so wählen, hält einer Überprüfung anhand der vorliegenden Datenbestände für Deutschland nicht stand. Es stimmt schon: Rund ein Drittel der deutschen Wähler sind mittlerweile Wechselwähler, aber deren große Mehrheit verbleibt innerhalb des ideologischen Lagers oder zieht sich allenfalls - bisweilen resigniert und frustriert - in die Wahlenthaltung zurück. Wenn man freilich diese Schwankungen innerhalb der Wählerschaft zu den teilweise drastischen Kurskorrekturen und programmatischen Brüchen in Beziehung setzt, die etwa die SPD in der Ära Schröder oder die Union unter Merkel ihren Anhängern zugemutet haben, dann erscheinen - im Gegensatz zu der Erosionsthese - vor allem die Stabilität und die Loyalität in der deutschen Wählerschaft erklärungsbedürftig.

Und wenn man schließlich den klassischen Indikator für die langfristige Bindung der Wähler an Parteien, die so genannte Parteiidentifikation, betrachtet, so kann von einer Entstrukturierung am Wählermarkt nicht die Rede sein. Gewiss, in den siebziger Jahren gaben fast 80 Prozent der Befragten hierzulande in einschlägigen Wahlstudien eine Parteibindung an. Seit der deutschen Vereinigung liegt der Anteil der Wähler mit einer langfristigen Bindung an Parteien, auch wenn sie ab und zu einmal eine andere Partei wählen, in den alten Bundesländern immerhin bei etwa zwei Dritteln, in den neuen Ländern bewegt er sich stabil zwischen 50 und 60 Prozent. Und auch hier gilt zu berücksichtigen, dass dies hohe Niveau der Parteiidentifikation in Zeiten fortbesteht, in denen die zentrale Legitimationsgrundlage der deutschen Politik, der Wohlfahrtsstaat mit seiner staatlich gewährleisteten sozialen Sicherheit, von beiden Volksparteien dramatisch zurückgebaut wurde. Das Konzept der Parteiidentifikation stammt im Übrigen ursprünglich aus der Forschung zum Zusammenhalt von Bezugsgruppen, und das besagt: Bindungen zwischen Wählern und Parteien können nicht nur durch die Wähler brüchig werden, sondern eben auch durch die Parteien. Genau diese zweite Variante von Entkoppelung, so scheint es, können wir seit eineinhalb Jahrzehnten hierzulande beobachten. Oder anders formuliert: Nicht die Strukturen der Wählerschaft lösen sich auf, sondern vor allem die programmatischen Traditionen der Parteien. Kaum ein Wähler der beiden großen Parteien kann heute noch Union oder SPD aus denselben Gründen wählen wie noch vor wenigen Jahren.

Worin liegt also der Reiz dieses Mythos von der so ganz neuen Wählerschaft, dass man ihn immer wieder lanciert? Zum einen wird dadurch dem Kriegsgeschrei all der vielen Wahlkampfspezialisten Plausibilität verliehen. Möglicherweise entscheidende „last minute swings“ der Wähler legitimieren natürlich immer auch teure „last minute polls“ der demoskopischen Institute und ebenso teure „last minute campaign activities“ der Werbeagenturen. Aber auch der Tross der journalistischen

Kommentatoren hängt im Blick auf seine Rolle als exklusiver Club politischer Seher wesentlich von einem „horse race scenario“ ab, bei dem beim Rennen bis auf die Zielgerade noch alles offen und möglich erscheint. Kurzum: Der Mythos suggeriert Spannung, und Spannung ist gut fürs Geschäft.

Aber es liegt auch im Interesse der Parteiliten, dass der Mythos der so ganz neuen, so unkalkulierbaren Epoche des Wählens eine gewisse Frische bewahrt. Mit ihm gekoppelt ist nämlich eine Spielart der Heldentheorie der Politik, nach der man als Kanzlerin oder Kanzlerkandidat immer wieder neu in offene Rennen geht und dann auf den letzten Metern gewinnt oder verliert. Vor allem Niederlagen erscheinen so nicht in erster Linie als schlichtes Versagen beim langen und zähen Kampf um die Mehrheit, sondern sie erhalten den Hauch des Schicksalhaften und Zufälligen in einer prinzipiell ungewissen Wählerwelt.

Die Union wie auch vor allem die SPD haben zwar bei den Bundestagswahlen seit Jahren immer schlechtere Ergebnisse erzielt, aber der Mythos von der unberechenbaren, neuen Epoche des Parteiensystems lenkt von den ja so nahe liegenden Fragen ab, ob denn etwa die politischen Angebote der Eliten in beiden Parteien während der letzten Jahre hierzulande einfach „falsch“ oder „schlecht“ gewesen sind und ob man mit anderen Eliten und anderen Angeboten besser gefahren wäre.

Die Mythen transportieren also zwei Botschaften – eine offene und eine versteckte. Zum einen enthalten sie im wissenschaftlichen Sinne schlicht und einfach bestenfalls halbwahre Erklärungen und Prognosen zum Verhältnis von Wählern und Parteien, die im Lichte der zahlreichen seriösen Studien und ihrer Befunde zur Wahlforschung dringend korrigiert werden sollten. Zum anderen jedoch liefern die Mythen unter der Hand ein Bild vom Verhältnis zwischen den Bürgern als Wählern und den Parteien und ihren Führungsfiguren, bei dem die Bürger den schrägen Part von entwurzelt und orientierungslosen Zufallswählern übernehmen, mit denen die wackeren Eliten ihre liebe Last haben und die sie besser nicht allzu ernst nehmen sollten. Sollte freilich dieser Mythos vom Verhältnis von Bürgern und Parteien sich zu einer in jeder Wahl bekräftigten Vorstellung der politischen Wirklichkeit verfestigen, dann zeichnet sich unter all den so frei schwebenden Kommunikationswolken für die neue Epoche des Parteienstaates vor allem ein Zeitalter der vorsorglichen Entmündigung der schwankenden Wähler durch die politischen Eliten ab.

Gerd Mielke ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Kontakt: mielke@politik.uni-mainz.de

Eine „Partei neuen Typs“?

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) vor den Bundestagswahlen

Richard Gebhardt

Auch wenn die Berichterstattung über den Wahlkampf 2013 so geführt wird, als stünde die Siegerin des Kanzlerduells bereits „alternativlos“ fest, bietet der Urnengang am 22.

September doch Aufschluss über eine für das politische System der Bundesrepublik zentrale Frage. Das Wahlergebnis der in der „Alternative für Deutschland“ (AfD) versammelten kon-

servativ-liberalen Eurokritiker wird Aufschluss darüber geben, welche Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit eine „bürgerliche“ Parteigründung jenseits von Union und FDP gegenwärtig auf Bundesebene besitzt.

Auch ohne parlamentarische Präsenz wirkt die AfD bereits seit ihrer Gründungsphase als politischer Stimulator wider die Apathie in den Parteien und Medien. Die AfD ist zudem partieller Hoffnungsträger des rechten Rands sowie eine Projektionsfläche für jene Teile einer enttäuschten Mittelschicht, die sich als unfreiwilliger Zahlmeister der Krise wähen. Die AfD ist ein Indiz für die Desorientierung und fehlende politische Repräsentation jener mittelständischen bzw. akademischen Milieus, die sich über ihren Status als „Leistungsträger“ definieren. Für diese Fraktion der „gebenden Hand“ kommt eine Abkehr vom Lehrbuch des Ordoliberalismus, den die etablierten Parteien mit der Eurorettung vollziehen, einem Tabubruch gleich.

Die Reaktionen auf die Gründung der AfD geben jedoch nicht nur Auskunft über die Bindekraft des bürgerlichen Lagers und dessen wirtschafts- und finanzpolitische Bruchlinien, sondern über die gesamten politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik. Als von links bis rechts besetztes Thema verfügt die „Eurorettung“ über ein ebenso großes wie diffuses Empörungspotenzial. Doch *Stimmungen* in den Umfragen – laut Meinungsforschern hält jeder fünfte Wähler eine Entscheidung pro AfD für denkbar – sind noch keine *Stimmen* am Wahltag. Noch Anfang Juli blieb die AfD bei der Sonntagsfrage deutlich unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde (Decker 2013). Vor dem Schicksal der Erfolglosigkeit ähnlicher Kleinparteien seit Gründung des Euro ist die AfD trotz der großen Resonanz also nicht gefeit. Nicht unwahrscheinlich ist ein Szenario, wonach die AfD durch die Warnung, dass ein Votum für die „Eurokritiker“ der Bundesregierung wesentliche Stimmen kosten könnte, an eben dieser Hürde scheitern wird. Dann wird die derzeit moderat agierende Partei schließlich eine programmatische und personelle Transformation

hin zu einer prototypischen rechtspopulistischen Partei durchlaufen.

1 | „Weder links noch rechts“

Als „Partei neuen Typs“, die weder links noch rechts sei, bezeichnete der Parteivorsitzende Bernd Lucke die AfD auf ihrem Gründungsparteitag Mitte April 2013 in Berlin.¹ Diese Selbstbezeichnung ist nicht ohne Ironie: Die letzte große Partei, die sich als „Partei neuen Typs“ bezeichnete, war die SED. Vielleicht war dem Professor für Makroökonomie an der Universität Hamburg die rhetorische Nähe zur Diktion des Marxismus-Leninismus nicht bewusst. Doch die straffe Parteiführung, die eine Grundsatzdebatte über das Wahlprogramm zunächst vertagte, wirkte auf Beobachter des von rund 1500 Anhängern besuchten Gründungsparteitags im reputierlichen Berlin Hotel Intercontinental wie eine Karikatur des demokratischen Zentralismus. Effiziente machtpolitische Ergebnisse standen im Mittelpunkt. Taktisch agiert die Parteiführung um Lucke im Wahlkampf durchaus mit Geschick. Rechtsabweichungen werden weitgehend unterbunden, lediglich ein skurril wirkender älterer Herr mit schwarz-rot-goldener Schärpe lieferte in Berlin entsprechende Bilder für die Presse. Dass die AfD allen Grund zur Sorge vor schlechter Presse hatte, zeigten Berichte über die rechte Agitation auf der offiziellen Facebook-Seite der Partei. Dort wurden kurz vor dem Parteitag Parolen gegen die „Multi-Kulti-Umerziehung“ verbreitet (Sieber/Gensing 2013). Die AfD wird nicht nur deshalb allenthalben als eine „rechtspopulistische“ Neugründung wahrgenommen, die mit ihrer Losung „Deutschland braucht den Euro nicht“ die Bundesregierung in Schwierigkeiten bringen könnte.

Tatsächlich ist die AfD eine Herausforderung gerade für die FDP, die selbst dann entscheidende Stimmen verlieren könnte, wenn die Eurokritiker an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Doch nicht nur im bürgerlichen Lager sorgte der Antritt der AfD für Irritationen. Da das auf dem Berliner Parteitag per Akkla-

mation beschlossene Wahlprogramm ausdrücklich „Banken, Hedge-Fonds und private Großanleger“ (AfD 2013: 1) als Krisengewinner bezeichnet, ergeben sich Schnittmengen mit den Forderungen der Linkspartei. Oskar Lafontaine nutzte die Gunst der Stunde für eine scharfe Ablehnung des Euro, die den Realflügel seiner Partei in arge Verlegenheit brachte (ausführlich dazu von Lucke 2013). Vor diesem Hintergrund wird auch die Pointe von Jürgen Habermas verständlich, der der AfD Erfolg wünschte und hoffte, „dass es ihr gelingt, die anderen Parteien zu nötigen, ihre europapolitischen Tarnkappen abzustreifen“ (Habermas 2013: 70).

2 | Liberal-konservative Eurokritiker als Parteigründer

Rasant verlief der Aufstieg der AfD zur ernstzunehmenden Kleinpartei. Rund 13000 Mitglieder konnten Lucke und seine Mitstreiter nach eigenen Angabe bis Ende Juni 2013 gewinnen.² Doch trotz dieser bemerkenswerten Erfolge zeigen sich auch deutliche Grenzen der AfD. Ihr Funktionsstamm rekrutiert sich bislang aus pensionierten Merkel-Kritikern im Unruhestand. Ihre führenden Repräsentanten wie der konservative Publizist und heutige Sprecher der AfD, Konrad Adam waren bislang nur einem kundigen Publikum bekannt. Eine Abwanderung bekannter Abweichler aus dem schwarz-gelben Lager fand bis zum Sommerbeginn 2013 nicht statt. Die AfD bleibt auf Funktionärschicht eine Eliten- und Honoratiorenpartei der Professoren und Pensionäre. Zwar gefällt sich der Parteivorsitzende Bernd Lucke in der klassisch rechtspopulistischen Pose des Anti-Politikers. „Ich fühle mich nicht wie ein Politiker, ich denke nicht wie ein Politiker und ich rede auch nicht wie ein Politiker“, rief Lucke auf einer Wahlveranstaltung in Aachen seinen Anhängern zu.³ Ein populistischer Lautsprecher ist Lucke jedoch nicht. In den Talkshows präsentiert sich der Volkswirt eher wie ein besonnener Liberaler, der auf den allzu tösenden Auftritt verzichtet. Das Programm der AfD

ist für eine „rechtspopulistische Partei“ moderat formuliert. Bei Wahlveranstaltungen kann dies allerdings anders aussehen: Hier sorgt bisweilen Konrad Adam für Stimmung, beispielsweise wenn er gegen die „Euro-Propaganda-Maschine“ wettet.⁴

Ob der „Bund Freier Bürger“, die „Pro Deutsche Mitte – Initiative Pro DM“ oder jüngst die „Freien Wähler“ – bislang scheiterten „bürgerliche“ Parteineugründungen auf Bundesebene am fehlenden charismatischen Personal, den formalen Hürden im föderalen System der Bundesrepublik sowie der mangelnden langfristigen Aktivierbarkeit des Wählerpotenzials. Zudem beschränkt sich die offensive mediale Unterstützung der AfD weitgehend auf Spartenblätter wie die *Junge Freiheit*. Hier tritt eine von den etablierten Parteien und breiten Teilen der Medien betriebene „Politik der Stigmatisierung“ zutage, mittels derer die demokratische Legitimität der Parteien „rechts von der Union“ angezweifelt wird (ausführlich dazu Werner/Gebhardt 2013). Die AfD bietet unmittelbare Angriffsfläche: Zu ihren publizistischen Unterstützern gehört mit der Wochenzeitung *Junge Freiheit* das Sprachrohr der „Neuen Rechten“, Nationalkonservativen und Rechtsliberalen in der Bundesrepublik. Zentrale Mitbegründer und Unterstützer der AfD wie der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider oder die Ökonomen Joachim Starbatty und Wilhelm Hankel haben als bekannte Kritiker des Euro und Kläger gegen den ESM-Vertrag mehrfach am rechten Rand das Wort ergriffen. „Neu“-rechte Blätter wie *Sezession* oder – wie im Falle Hankels – die revisionistische *Deutsche Nationalzeitung* dienen als Forum für ihre Positionen. Dass Hankel, der zum Unterstützerkreis der AfD zählt, zudem keinerlei Berührungängste zum äußersten rechten Rand hat, zeigt sein angekündigter Vortrag auf einem von dem rechtsextremen Verleger Dietmar Murnier organisierten Veranstaltung.⁵ Die *Sezession* widmete der AfD mehrere skeptisch bis hoffnungsfrohe Beiträge in ihrem mit „Alternativen für Deutschland“ betitelten Sonderheft.

Diese und andere Beispiele zeigen, dass die von dem Parteivorsitzenden, dem Hamburger Ökonomen Bernd Lucke oftmals betonte Rechtsabgrenzung faktisch schon mehrfach unterlaufen wurde. Allerdings scheiterten bislang sämtliche Versuche der extremen Rechten, die AfD offensiv als „Transmissionsriemen“ zu nutzen. Und verglichen mit den führenden Parteien des europäischen „Rechtspopulismus“ ist die AfD keinesfalls ein typisches Phänomen. Auffällig ist der weitgehende Verzicht auf allzu laute kulturkämpferische Töne. Klassische Themen des Rechtspopulismus wie die Agitation gegen den Bau von Moscheen spielen im Wahlkampf keine Rolle.

3 | Der Volkswirt als personifizierter Volkswille?

Die Reaktion auf die AfD offenbart die Bruchlinien im konservativ-liberalen Lager. Solange in der Öffentlichkeit der „Nettoeinzahler“ Deutschland als Krisengewinner gilt und die Forderungen nach Euro-Bonds nicht politisch umgesetzt werden, verfügt die von Merkel und Schäuble vertretene Politik weiterhin über die nötige Bindekraft. Dies ist eines der größten Probleme für die AfD und ihr Milieu. Im hegemonialen politisch-medialen Spektrum, das der Diktion der „Alternativlosigkeit“ der Euro-Rettung mehrheitlich folgt, wird den Kritikern um Lucke die Rolle der Sperrminorität zugewiesen. Für einen ordo-liberalen Konfrontationskurs fehlt zudem der personalisierbare Gegner. Die „unsichtbare“ und konkret im Alltag der Menschen wenig erfahr- und durchschaubare Politik der Euro-Rettung ist hinsichtlich der Stabilisierung der politischen Verhältnisse noch erfolgreich. Wahrgenommen wird die Abweichung vom liberal-konservativen Dogma hauptsächlich von jenen Teilen des Bürgertums, die darin einen Verstoß gegen die Lehrbuchideologie der guten Ordnung sehen. Das ist der Grund für die hohe Professorendichte in der AfD und der ihr vorausgehenden Initiativen wie dem „Plenum der Ökonomen“ oder dem „Hamburger Appell“. Beim „einfachen“

Wahlvolk kommen die Weckrufe nur gefiltert an. Parteineugründungen brauchen deshalb einen einfachen Gegensatz, gegen den sich die entfachte Leidenschaft richten kann. Der „Euro“ bleibt hier eine vergleichsweise kalte Chiffre, die vermutlich mehr Reduktion von Komplexität erfordert, als Lucke und das intellektuelle Personal der AfD bislang liefern können.

Zudem erhält die AfD kaum Unterstützung aus den führenden Kapitalverbänden. Nur der ehemalige BDI-Chef Hans-Olaf Henkel spielt im Unterstützerkreis der AfD die Rolle des heimatlosen Wirtschaftsliberalen. Von den führenden Kapitalfraktionen der „Exportnation“ Deutschland erhalten Ausstiegsszenarien und DM-Nostalgie keinen Applaus. Der Kernsatz aus dem Wahlprogramm der AfD, „Deutschland braucht den Euro nicht“ (AfD 2013: 1), ist hier aktuell keine Option. Mögen sich die professionalen Volkswirte aus dem Umfeld der AfD auch als Verkörperung des Volkswillens inszenieren, ihre Wirkungsmacht bleibt jenseits der Anfangserfolge beschränkt.

Die Merkelsche Politik gilt jedoch nicht nur als Verstoß gegen ordoliberalen Prinzipien, sondern auch als ein Affront gegen die parlamentarische Handlungsmöglichkeit. Politiker wie der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schaeffler oder der Christdemokrat Klaus-Peter Willsch sind die Repräsentanten derjenigen, die dem Merkel-Kurs der diskretionären Politik des *muddling through* nicht folgen wollen. Wolfgang Bosbach, der vielleicht prominenteste christdemokratische Kritiker von Angela Merkels Politik, warnte schon 2010 im *Kölner Stadt-Anzeiger*: „Wenn wir nur noch alle paar Wochen zusammenkommen, um angeblich alternativlose Rettungspakete durchzuwinken, kann man das Parlament auch auflösen“ (*Kölner Stadt-Anzeiger*, 12.5.2013).

Interessant ist vor diesem Hintergrund die im Wahlprogramm der AfD erhobene Forderung nach Volkssentscheiden. „Parteien sollen am politischen System mitwirken, es aber nicht beherrschen“, heißt es dort (AfD 2013: 2). Eine Kernforderung ist die Stärkung der Mitbestim-

mung „von unten“: „Wir wollen Volksabstimmungen und -initiativen nach Schweizer Vorbild einführen. Das gilt insbesondere für die Abtretung wichtiger Befugnisse an die EU.“ (AfD 2013: 2)

Forderungen wie diese können tückisch sein. Kritiker wie der Publizist Thomas Wagner (Wagner 2011) haben mehrfach darauf hingewiesen, dass sich die „Demokratie als Mogelpackung“ erweisen könnte, da oftmals lediglich elitäre Forderungen legitimiert werden sollen. Gegen die deliberative Politik des Parteienstaats im deutschen Korporatismus wird dann eine akklamationsdemokratische Legitimierung einer autoritären Exekutive gesetzt. Auch Holger Oppenhäuser weist in einer Auseinandersetzung mit den „Ambivalenzen der direkten Demokratie“ angesichts des Programms der AfD auf die möglich Gefahr hin, dass diese von konservativen Parteienkritikern häufig geforderte Variante der direkten Demokratie auf die „Selbstentmachtung des Demos zugunsten plebiszitärer Führung“ (Oppenhäuser 2013: 291) hinauslaufen könne. Die Befürworter vertrauen laut Oppenhäuser „auf die Passivität einer Plebs, der soziale Rechte mit dem Argument genommen werden sollen, sie selbst – nämlich das Volk – habe es doch gewollt“ (ebd.). Wie die direkte Demokratie hier zum Instrument konservativer Besitzstandswahrung werden kann, haben die Proteste gegen die schwarz-grüne Schulreform in Hamburg eindrucksvoll gezeigt.

4 | Ausblick: „Rechtspopulisten“ auf dem Sprung in die Parlamente?

Die Politik der Rettungsschirme ist für die konservativ-liberale Klientel das, was die Agenda 2010 für die Sozialdemokratie war: ein Bruch mit vermeintlichen programmatischen Gewissheiten. Ob diese Politik für die Parteien des bürgerlichen Lagers eine ähnlich katastrophale Langzeitwirkung entfaltet wie die der Agenda für die SPD, bleibt abzuwarten. Bislang ist jedenfalls fraglich, ob sich die AfD als Neugründung jenseits von CDU/CSU und FDP dauerhaft etablieren kann.

Im Vergleich zu anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa stellt die AfD derzeit bestenfalls eine sanfte Variante dar. Losungen wie „Die Wiedereinführung der DM darf kein Tabu sein“ weisen der AfD eine Sonderstellung bei den Bundestagswahlen zu. Auffällig ist jedoch, dass weder der Stil des Wahlkampfes noch der Tonfall des Wahlprogramms dem aggressiven Auftritt des europäischen Rechtspopulismus folgt. Eine Forderung nach einem „Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild“ (AfD 2013: 4) zeigt, dass die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte ausdrücklich erwünscht ist. Auch das geforderte Arbeitsrecht für Asylbewerber zählt keinesfalls zum Standardrepertoire europäischer Rechtsparteien. Die von Lucke apostrophierte „Partei neuen Typs“ ist eine Eliten- und Honoratiorenpartei, die als Sprachrohr einer enttäuschten, sich selbst als geprellte Gläubiger der Südländer fühlenden Mittelschicht eine vielleicht nur vorläufige Heimat bietet. Ein radikaler Bruch mit der bürgerlichen Mitte findet nicht statt. Programmatisch abkehrbereit ist das Personal der AfD bislang nur im als zentral empfundenen Politikfeld der Euro-Rettung. Die Alternative für Deutschland ist eine partiell rechtspopulistische Partei, der gegenwärtig das populistische Moment fehlt.

Richard Gebhardt ist Publizist und politischer Bildner in Aachen. Kontakt: richardgebhardt@hotmail.com

Anmerkungen

- ¹ www.zeit.de/politik/deutschland/2013-04/parteitag-alternative-deutschland [14.04.2013].
- ² Handelsblatt vom 28.06.2013.
- ³ Aachener Nachrichten vom 11.07.2013: 2.
- ⁴ Aachener Nachrichten vom 11.07.2013: 2.
- ⁵ blick nach rechts vom 25.3.2013.

Literatur

Alternative für Deutschland (AfD) 2013: Wahlprogramm. Parteitagsbeschluss vom

14.4.2013. www.alternativefuer.de/pdf/Wahlprogramm-AFD.pdf [11.7.2013].

Decker, Frank 2013: Attraktiv für Deutschland? www.b-republik.de/archiv/attraktiv-fuer-deutschland [11.7.2013].

Grunert, Johannes 2013: Illustres Treffen in Sachsen. In: *Blick nach rechts*, 22.3.2013

Habermas, Jürgen 2013: Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2013, 59-70.

Oppenhäuser, Holger 2013: Demokratische Querfronten? Der neue Rechtspopulismus und die Ambivalenzen der direkten Demokratie. In: *Prokla* 2/2013, 277-295.

Sieber, Roland/Gensing, Patrick 2013: Alternative für Deutschland: Sowas kommt von sowas! www.publikative.org/2013/04/11/afd-sowas-kommt-von-sowas/ [11.4.2013].

von Lucke, Albrecht 2013: Heilsame Verwirrung? Der Euro, die Linke und die AfD. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2013, 5-8.

Wagner, Thomas 2011: Demokratie als Mogelpackung. Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus. Köln

Werner, Alban/Gebhardt, Richard 2013: Bedingt abkehrbereit. Warum es in der Bundesrepublik (noch) keine erfolgreiche rechtspopulistische Partei gibt. In: *Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke* (Hg.): *Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus*. Köln: PapyRossa Verlag, 191-205.

Parteimitgliedschaft als bürgerschaftliches Engagement – Chancen für die Parteiendemokratie und die Bürgergesellschaft

Knut Bergmann/Clemens Striebing

Das Bonmot des legendären Komikers Groucho Marx, der keinem Club angehören wollte, der ihn als Mitglied aufnimmt, ist auf die Mitglieder von Parteien glücklicherweise nicht übertragbar – ihr Selbstbild wie das ihrer Organisation ist zweifelsohne ein positiveres. Wenn das nicht so wäre, hätten die deutschen Parteien noch sehr viel mehr mit dem Schwund und der Überalterung ihrer Mitgliedschaft zu kämpfen, denn ihr Image könnte kaum schlechter sein. Neben einem Trend zu punktuell und nicht mehr zwingend langfristig angelegtem Engagement, von dem unter den gesellschaftlichen Großorganisationen vor allem Parteien und Gewerkschaften betroffen sind (Deutscher Bundestag 2012: 99 f), sind Ein- und Austritte durchaus konjunkturbedingt, abhän-

gig vom jeweiligen Erfolg und dem Bild, das die Medien von einer Partei zeichnen. 2009, dem Jahr mit dem besten Bundestagswahlergebnis für die FDP, konnten die Liberalen um 15 Prozent bei der Mitgliedschaft zulegen; ein Jahr später sah das schon wieder ganz anders aus. Nur Bündnis 90/Die Grünen wachsen als einzige Partei konstant (Nieder Mayer 2011).

1 | Hat Groucho Marx Recht?

Die Volksparteien SPD und CDU einschließlich der CSU und der Partei „Die Linke“ im Osten beschäftigt angesichts dieses Schrumpfungstrends fortwährend ein Problem: Ihre Mitglieder sterben aus. Außer bei Bündnis 90/Die Grünen und der FDP ist die „Generation

60+“ in Relation zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung in den Parteien deutlich überrepräsentiert. Um ihre Mitgliedszahlen konstant zu halten, müssten Union, Sozialdemokraten wie „Die Linke“ die Zahl der Neumitglieder um mehr als die Hälfte steigern. Ob diese Erosion die Legitimität der Parteiendemokratie in Frage stellen könnte, bleibt dahingestellt; sicher jedoch leidet die Vielfalt lokalen Engagements. Denn Parteien, und sei ihr Ruf noch so schlecht, tragen erheblich zum Interessenausgleich in den Kommunen bei, dort wo Politik im unmittelbaren Lebensumfeld erfahrbar wird. Für eine funktionierende Demokratie ist das politische Engagement des Einzelnen innerhalb dieses Mikrokosmos nicht hoch genug zu schätzen. Während Vereine und Initiativen sich meist auf wenige bestimmte soziale Probleme konzentrieren, wird das kommunale Engagement durch die Parteimitgliedschaft verstetigt. Trotzdem findet es im Gegensatz zu Bürgerinitiativen sehr viel weniger Aufmerksamkeit und vor allem Anerkennung – was für Medien wie Wissenschaft gilt. Groucho Marx hat insofern Recht, dass Parteimitgliedschaft insbesondere für Jüngere keinen hohen „Coolness-Faktor“ aufweist. Doch eröffnen gerade die Nachwuchssorgen der Parteien Partizipationschancen, da sie vielerorts nicht mehr genügend Bewerber für Mandate aufbieten können (Bergmann 2012: 22).

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der für unser Gemeinwesen auch auf kommunaler Ebene unverzichtbaren Rolle der Parteien – und der dafür wiederum unverzichtbaren Rolle ihrer Mitglieder. Zunächst werden die Gelingensbedingungen erfolgreicher Mitgliederwerbung und -bindung auf Orts- und Kreisverbandsebene diskutiert. Danach wird, ausgehend von der These, dass den Mitgliedern auf kommunaler Ebene weniger an Ideologie als an der Gestaltung des Gemeinwesens gelegen ist, die Frage aufgeworfen, wie kooperationswillig Parteien an der Basis um der „gemeinsamen Sache“ Willen überhaupt sind. Zur Klärung der beiden Leitfragen hatte die BMW Stiftung Herbert Quandt zu einem Workshop unter dem

Motto „Die Offene Basis – Beteiligung gemeinsam denken“ nach Berlin eingeladen (BMW Stiftung 2013). Dabei nahm sich eine Fokusgruppe von insgesamt elf „Parteipraktikern“ Ende Januar 2013 des Themas unter Leitung eines Moderators an. Ursprünglich wurden Fokusgruppen in der Marktforschung und zur Fragebogenentwicklung durchgeführt (Frey/Fontana 1993: 29 f). Das Verfahren kann aber auch als qualitative Methode zur Theorieentwicklung verwendet werden. Die Gruppeninteraktion ermöglicht die reflektierte und facettenreiche Behandlung abstrakter Themen (Morgan/Krueger 1993: 3 ff, Flick 2007: 180 f). Eingeladen waren jeweils zwei Basisvertreter und ein Mitgliederbeauftragter aus den Bundesgeschäftsstellen aller im Bundestag vertretenen, deutschlandweit tätigen Parteien. Für die Auswahl der Basisvertreter wurden die Teilnehmer aus der Bundesgeschäftsstelle um Empfehlung von jeweils zwei Repräsentanten aus Orts- und Kreisverbänden gebeten, die erfolgreich Mitgliederwerbung und -bindung betreiben.¹ Die Basisteilnehmer wurden gebeten, ihre erfolgreichen Instrumente zur Mitgliederwerbung und -bindung zu präsentieren; im Anschluss wurden die Beispiele insbesondere hinsichtlich ihrer Skalierbarkeit diskutiert. Letztlich haben an dem Workshop fünf Vertreter von nach Mitgliederprinzip funktionierenden Kreisverbänden und drei Vertreter von Ortsverbänden sowie die Mitgliedsbeauftragten von vier Bundesgeschäftsstellen teilgenommen.²

2 | Warum mehr Mitglieder nicht verordnet werden können

Menschen engagieren sich in Parteien, weil sie sich mit deren Werten identifizieren und mit Gleichgesinnten zur Verwirklichung der Ziele der Partei beitragen wollen (vgl. Wiesendahl 2011: 8). Wer nachhaltig aktiv sein möchte, opfert in der Regel mehr Geld, Zeit, Nerven und vermeintlich attraktivere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, als dies bei konkreten anlassbezogenen Formen politischen Engagements der Fall ist (ebd.). Entsprechend hoch liegen

die Beitrittsschwelle und die Voraussetzungen für eine langfristig aktive Beteiligung. Das führt zu der Frage, was diese „Gallischen Dörfer“ der Parteibasis, die durch die erfolgreichen Praxisvertreter der Fokusgruppe repräsentiert werden, so renitent gegen die strukturellen Ursachen des Mitgliederschwunds macht. Über diese Ursachen, von denen neben Parteien alle gesellschaftlichen Großorganisationen wie Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Kirchen betroffen sind, besteht weitgehender Konsens (Deutscher Bundestag 2012: 122 ff).

Zu nennen ist die allgemeine Abnahme sozialer Integration, einhergehend mit der allmählichen Auflösung traditioneller parteipolitischer Milieus (Niedermayer 2005: 230). Gift für das zeitaufwendige und stark ortsgebundene Engagement in Parteien ist auch die zunehmenden *Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen* unserer modernen Gesellschaft. Ein zweiter Faktor des Mitgliederverfalls sei die *Konkurrenz durch vermeintlich effizientere und zielführendere Engagementformen* in der Bürgergesellschaft und in sozialen Bewegungen (Niedermayer 2005: 231). Elmar Wiesendahl (2011: 18 ff) weist darauf hin, dass die Partizipationsforschung zum Niedergang der Mitgliederpartei beitrug, indem die Partizipation in Parteien als konformistisch und überholt gebrandmarkt wurde. Zugespielt formuliert gilt Engagement in Parteien spießig und medial schwer vermittelbar, während der Protest gegen Infrastrukturprojekte im Zeitgeist liegt (Bergmann 2012: 18 f).

Drittens werden eine *allgemeine Politikverdrossenheit und ein Verlust an Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems* festgestellt (Niedermayer 2001: 194; Wiesendahl 2011: 22 f). Zwar sei das Vertrauen in demokratische Grundwerte wie Gerechtigkeit, Fairness, Toleranz oder Freiheit ungeboren hoch. Demgegenüber stünde aber ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber den Akteuren und Institutionen der Parteidemokratie (vgl. Embacher 2010: 7 f). Unter dem Stichwort des Vertrauensverlusts lassen sich zudem parteispezifische Narrative von Enttäuschung

und Erneuerung anführen. Insbesondere Parteien in Regierungsverantwortung tun sich schwer, ihre Identität („Tafelsilber“) zu wahren – als Beispiele sei auf die SPD und die Agenda 2010 oder die grüne Abkehr vom Pazifismus beim Militäreinsatz im Kosovo verwiesen (Deutscher Bundestag 2012: 125).

Aller Parteireformen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte zum Trotz wurde am Status der Funktionärspartei nie gerüttelt (Wiesendahl 2011: 24), wobei die Parteien allerdings kaum zukunftsfähig sein werden, wenn Amts- und Mandatsträger nicht lernen, Steuerungsverluste zu akzeptieren (Bergmann/Pohl 2011: 45). So sehr Parteien grundsätzlich möglichst viele aktive Mitglieder in ihren Reihen haben wollen, scheinen sie nicht fähig, entsprechende Maßnahmen zur Förderung der Mitgliederbindung *top-down* zu verordnen. Vielmehr tragen die Orts- und Kreisverbände selbst die Verantwortung, neue Mitglieder nachhaltig einzubinden. Angesichts der zahlreichen, hinsichtlich des Mitgliederschwunds erfolglosen Parteireformen kommt die Wissenschaft einhellig zu der Schlussfolgerung, dass sich die Mitgliederpartei nicht „verordnen“ lässt (überblicksweise Jun 2009; Alemann et al. 1998). Zudem sind die Anreize zur Mitgliedergewinnung für die Parteispitze heute weniger stark als zu den Anfängen der Bundesrepublik, als der Arbeitseinsatz und die Finanzmittel der Mitglieder noch eine größere Rolle für die Kampagnenfähigkeit der Parteien spielten (Detterbeck 2009: 77 ff; Klein et al. 2011).³ Heute hingegen stecken die Parteien in dem Dilemma zwischen hohen Erwartungen an ihre Professionalität einerseits und der Forderung nach einer möglichst umfassenden Beteiligung andererseits (Bukow 2009, Jun 2009: 205, Meng 2005: 60 f, Weßels 2005).

3 | Mitgliederwerbung als kulturelle Herausforderung

Erfolgreiche lokale Mitgliederwerbung und -bindung hat gemäß den Ergebnissen der Fokusgruppe des Workshops zwei Grundvoraussetzungen: eine Willkommenskultur, die den

Einbezug von mehr Mitgliedern begrüßt, und Aktivitäten, mit denen die Partei vor Ort sichtbar wird. Erfolgreiche Basisverbände, so zeigt die Praxis, müssen nicht zwingend die typischen strukturellen Probleme der Großorganisation lösen (so auch Gorholt 2009: 259 f) – sie müssen lediglich das große Potential der nach wie vor zahlreichen auf die Parteiarbeit Neugierigen ausschöpfen.

Eine grundlegende Herausforderung für die Werbung und insbesondere die Einbeziehung neuer Mitglieder liegt dann vor, wenn die Amts- und Mandatsträger der Partei Neumitglieder nicht als Chance, sondern als Risiko für die eigene Position sehen. Bei den Parteiverbänden der Fokusgruppe war Mitgliederwerbung insbesondere dort erfolgreich, wo sie von den lokalen Entscheidungsträgern explizit gewollt („Chefsache“) und als der Legitimation des individuellen Führungsanspruchs dienlich verstanden wurde. Erfolgskriterium für einen Amtsträger war hier in hohem Maß sein Beitrag zur nachhaltigen Vitalität des Verbandes. Dessen persönlicher Einsatz wiederum entspricht der Überzeugung, dass „Mitgliederwerbung ein Gesicht braucht“, wie ein Teilnehmer sinngemäß sagte. Es sei nun mal ein „*people business*“. Insgesamt sei Authentizität wichtig; in einem Fall wurde sogar beschlossen, den Mitgliedern keine Schulungen für die Ansprache von Interessierten anzubieten, um so „Politikersprech“ zu vermeiden.

Neben dem klaren Bekenntnis, mehr aktive Mitglieder als eine Chance für die Partei und nicht als Bedrohung für das eigene Amt zu sehen, wurden die Oberbegriffe Gemeinschaft, Offenheit und wertschätzende Kommunikation als kulturelle Gelingensbedingungen erfolgreicher Mitgliederwerbung identifiziert. *Gemeinschaft* bedeutet, dass alle aktiven Mitglieder für die Werbung und Einbindung gleichermaßen Verantwortung tragen, was von fast allen Praxisvertretern als wichtig erachtet wurde. Hierdurch werde ein wesentlicher Multiplikatoreffekt erzielt, da die Parteiverbände in der Regel zu ressourcenschwach für breit angelegte Werbemaßnahmen sind. *Offenheit*

wurde in verschiedenen Kontexten als zentrales Prinzip benannt: Grundsätzlich sollten insbesondere in strukturschwachen Regionen Veranstaltungen auch für Nicht-Mitglieder geöffnet werden, um niedrigschwellige Angebote zum Kennenlernen zu schaffen. Offenheit kann aber auch bedeuten, neue Mitglieder schnell zu integrieren und ihnen ggf. rasch die Möglichkeit zu eröffnen, ein Amt bzw. ihren Interessen gemäße Aufgaben zu übernehmen.⁴ Bei der Integration der Neulinge sei die richtige Kommunikation wichtig, denn gerade Alt-Mitglieder können sich in einem dynamischen und wachsenden Verband plötzlich nicht mehr gebraucht fühlen, was zu einer Blockadehaltung führen könne. Ein Teilnehmer sprach in diesem Zusammenhang von „Kuscheltieren“ – den „üblichen Verdächtigen“, die kaum veränderungsbereit, aber zuwendungsbedürftig seien, damit sie Veränderungen nicht blockieren. Insbesondere bei der Linkspartei im Osten mit ihrer ausgeprägten Überalterung scheint es zwischen den Alt-Mitgliedern, die oft eigentlich konservativen Milieus zuzurechnen sind, und dezidiert linken Jung-Mitgliedern zu Spannungen zu kommen: „Wir haben Kreisverbände, die fallen in Ohnmacht, wenn da fünf Rastabezopfte kommen“, wird aus einer nicht-veröffentlichten Mitgliederbefragung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zitiert (Küpper 2013).

Ein Praxisvertreter wies außerdem auf die hohe Bedeutung *wertschätzender Kommunikation* etwa durch handschriftlich unterzeichnete Einladungen, Feedback-Bögen oder die persönliche Ansprache hin. Individualisierte Kommunikation sei zwar aufwändig, erhöhe aber bei den Adressanten die Identifikation mit dem Orts- oder Kreisverband. Eine rege Diskussion entwickelte sich um die Frage des Zeitmanagements und über Quotenregelungen für unterrepräsentierte Gruppen. Besonders um die Altersgruppe Mitte 30 bis Ende 40 einzubeziehen, sei ein effizientes Zeitmanagement nötig. Mitglieder müssen sich auf die Sitzungsagenda verlassen können, Sitzungen und Veranstaltungen müssen zu familienfreundlichen Zeiten stattfinden. „Sitzfleisch“ dürfe nicht

mehr der entscheidende Faktor der innerparteilichen Mitbestimmung sein. Gerade zu Beginn sollten Neumitglieder nicht auf einen hermetischen Kreis von Altvorderen ohne Maß im Umgang mit Zeit, aber mit hohem Geltungsanspruch treffen. Insgesamt wurde festen und regelmäßigen Terminen wie auch fixen Bürozeiten eine hohe Bedeutung zugemessen. Quotenregelungen könnten wiederum ein geeignetes Instrument sein, um unterrepräsentierte Gruppen zu motivieren. Genauso gilt es, eine konstruktive Fehlerkultur zu etablieren. Insgesamt müssten die Parteien den frischen Wind aushalten, wenn sie die Hinterzimmer lüften wollen, fasste ein Teilnehmer pointiert zusammen. Kurzum: Mitgliederwerbung und -bindung funktioniert nur in einer dafür günstigen Kultur, die zudem im gesamten Verband gelebt werden sollte. Wenn diese Gelingensbedingung nicht erfüllt ist, werden Neue wie Neues als Bedrohung wahrgenommen und der Weg vom „Frischling“ zur Karteileiche ist vorprogrammiert (vertiefend Embacher 2010: 40).

4 | Strategische Instrumente erfolgreicher Ortsverbände

Auch die von der Fokusgruppe präsentierten Beispiele strategischer Mitgliederwerbung und -bindung setzen an der in einer Partei gelebten Kultur an: Als *best practices* wurden Strukturanalysen, Selbstverpflichtungen, Jahresempfänge, der Standort der Geschäftsstelle, die Rolle von Mandatsträgern, „Outings“, Selbstreflexion und direkte Kommunikation vorgestellt. In ihrer Gesamtheit sind dies nicht allein technische Werkzeuge, sondern setzen – wie alles in der Politik, was oft übersehen wird – unmittelbar bei der Persönlichkeit der Verantwortlichen an.

Mittels einer *Strukturanalyse* wird der Einzugsraum der Parteigliederung in kleine Einheiten unterteilt, um so lokale Multiplikatoren zu identifizieren. Der Ortsverband rastert sein Einzugsgebiet nach Alter, Geschlecht, Beruf und Vereinsmitgliedschaften der Bewohner und geht anschließend auf potentielle Multiplikatoren wie Vereinsvorstände, Lehrer

oder Gastwirte zu. Im vorliegenden Fall verpflichteten sich die aktiven Mitglieder sogar schriftlich, eine bestimmte Akquisequote zu erfüllen. Weitverbreitet sind periodisch veranstaltete (meist jährlich) niedrigschwellige Formate, mit dem sich die Parteien Nicht-Mitgliedern zuwenden. Alle Teilnehmer betonten die identifikationssteigernde Wirkung, die eine gemeinsame Veranstaltungsplanung für den Verband habe. In einem Beispiel gelang es, den *Jahresempfang* von einem parteipolitischen zu einem gesellschaftlichen Ereignis zu wandeln, wofür wichtig war, dass ein parteiunabhängiger Prominenter als Hauptredner gewonnen wird. Auch dies fällt wiederum in die Kategorie Offenheit.

Ein Teilnehmer berichtete von einem Mitgliederzuwachs in seinem Kreisverband von 50 Prozent innerhalb von zwei Jahren durch den Umzug der Geschäftsstelle. Diese sei nun als offene Anlaufstation mitten im Zentrum der Kleinstadt präsent: Sie sei nunmehr von außen einsehbar und wirke im Gegensatz zu der vorherigen Geschäftsstelle einladend. Zudem könnte sie von Organisationen der lokalen Zivilgesellschaft für Veranstaltungen genutzt werden, was wiederum die Verankerung der Partei in ihrem politischen Vorfeld stärke. Eine wichtige Rolle käme weiterhin den *lokalen Mandatsträgern* zu. Insbesondere in strukturschwachen Regionen könne Veranstaltungen öffentliche Aufmerksamkeit verschafft werden, indem die jeweiligen Bundestags- oder Landtagsabgeordneten eingebunden werden. Der Kontakt zu diesen „Aushängeschildern“ sei auch für Bürger, die Parteiveranstaltungen sonst fern blieben, ein besonderer Mehrwert. Andererseits böten *geschlossene Veranstaltungen* den Raum für authentische Kommunikation.

Weiterhin stellte ein Basisvertreter das sogenannte „Outing“ vor. Hierfür gestaltet der Ortsverband Flugblätter, in welche die Kontaktdaten der Mitglieder individuell eingedruckt werden können. Auf diese Weise bekennen sie sich öffentlich zu ihrer Parteimitgliedschaft und unterbreiten gleichzeitig, etwa in ihrer Nachbarschaft, ein Angebot zum Dia-

log. Als Zielgröße wurden etwa 150-300 Flugblätter pro Mitglied, das auf diese Weise „Farbe bekennt“, genannt. Dieses Vorgehen wurde im konkreten Fall in einer Situation gewählt, in der dem Parteiverband „ein starker Wind ins Gesicht wehte“. Zweifelsohne ein wenig aufwändiges Verfahren, das allerdings Bekennernut erfordert und einmal mehr belegt, dass Politik vor allem etwas mit der direkten Begegnung von Menschen zu tun hat. Ein anderes Beispiel waren *Workshops zur Mitgliederwerbung und -aktivierung*. Dafür analysierte der betreffende Kreisverband seine Stärken und Schwächen unter Zuhilfenahme eines externen Moderators; im Anschluss wurden konkrete Ziele formuliert. Zwei Monate später werden die jeweiligen Fortschritte betrachtet. Zuletzt wurde die *direkte Kommunikation mit Neumitgliedern* beleuchtet. Unmittelbar mit der Begrüßung werden die Angebote des Ortsverbands vorgestellt, wobei sich ein Neumitgliederstammstisch bewährt habe, um eine erste Anlaufstelle zum Austausch mit Gleichgesinnten zu bieten.

Dies alles ist wahrhaft keine „Raketenwissenschaft“, wobei in der Praxis solcherlei Selbst-

verständlichkeiten dennoch oft unterbleiben. Nahezu alle Instrumente zielen darauf ab, die Sichtbarkeit der um Mitglieder werbenden Gruppierungen zu erhöhen. Ein Basisteilnehmer brachte dies auf die simple Formel, dass kein Mensch einer Partei beitreten wolle, die nichts mache. Tatsächlich scheinen noch große Potentiale brach zu liegen, denn der Anteil der grundsätzlich Eintrittsbereiten wird mindestens fünfmal höher eingeschätzt als der Anteil der tatsächlich Organisierten (Wiesendahl 2011: 14f). Erfolgreiche Parteiverbände müssen nicht „die Welt strukturell im Großen“ verändern. Vielmehr gelingt es ihnen, potentiell Beitrittswillige anzusprechen, ihnen Angebote im unmittelbaren Lebensumfeld zu unterbreiten und sie nachhaltig an sich zu binden. Das Entscheidende dafür ist, dass sie sichtbar und ansprechbar sind (hierzu auch Niebuhr 2009: 253).

5 | Wer soll das bezahlen?

Die genannten Punkte sind zweifelsohne in hohem Maße von den verfügbaren Ressourcen abhängig – in personeller, aber auch finanzieller Hinsicht. In der Fokusgruppe sorgte die



Frage nach der Finanzierung der Neumitgliederwerbung, deren Integration und die Beteiligung der Parteibasis für eine längere Diskussion. Dabei wurde das Ergebnis ironisch auf den einfachen Begriff „Portokosten“ gebracht. Mitunter kosten die Materialien und die Briefmarken für den Versand an die Mitglieder mehr, als diese über ihren Mitgliedsbeitrag refinanzieren. Der Mehrwert einer Partei Mitgliedschaft wie Informationsmöglichkeiten, Freizeitangebote oder Kontakte zu Amtsträgern verschlingt erhebliche Mittel. Aussendungen seien oft nur über Spenden finanzierbar. Dies gilt auch für andere Aktivitäten, die nicht allein für die Präsenz, sondern auch für Selbstverständnis und -bewusstsein der Mitglieder wichtig sind. Dafür sei überdies die Beteiligung der Basis an inhaltlichen wie personellen Entscheidungen, die normalerweise die Parteit Spitze trifft, nicht zu unterschätzen, wie die Teilnehmer einhellig betonten. Als Beispiele wurden dafür die Urwahl des grünen Spitzen duos für die Bundestagswahl 2013 oder der Mitgliederentscheid der FDP zum Euro-Rettungsfond angeführt. Konsens bestand unter allen Mitgliederbeauftragten sowohl hinsichtlich der Offenheit gegenüber einer stärkeren Basisbeteiligung als auch darüber, dass entsprechende Verfahren gegenwärtig noch zu teuer sind, um sie regelmäßig anzuwenden. Hinsichtlich der Finanzierungsprobleme der Basis könnten die Bundesparteien über die gezielte Förderung von mitgliederwerbenden Maßnahmen nachdenken, wie sie sich auch generell mit ihren Finanzierungs- und Kostenströmen auseinandersetzen sollten. Im Fokus sollten dabei jedoch nicht die machtpolitische Kampagnenfähigkeit, sondern die Chancen für bürgerschaftliches Engagement durch eine breite Partei Mitgliedschaft stehen.

6 | Parteiübergreifende Kooperationen als gemeinsame Chance?

Ausgehend von der Erkenntnis, dass es insbesondere Partei Mitgliedern, die auf kommunaler Ebene aktiv sind, um die Gestaltung

des Gemeinwesens geht, stellt sich die Frage, inwieweit dafür Kooperationen über die Grenzen der Parteien hinweg im gemeinsamen Interesse liegen können – und ob dafür überhaupt eine Bereitschaft vorhanden ist. Insbesondere auf kommunaler Ebene tritt die Parteilichkeit von Parteien hinter die pragmatische Lösung von konkreten Problemen zurück; Konflikte verlaufen eher selten entlang ideologischer Parteigrenzen. Dies eröffnet zusätzliche Chancen auf eine breite Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, wobei vielfach argumentiert wird, dass Parteien selbst zum Träger solcher Initiativen werden sollten (Bergmann/Pohl 2010: 61, Florack et al. 2004, Mielke 2005: 125 f). Auch mit Blick auf die Mitglieder gewinnung ist dies von Belang: Beitrittschwellen können abgebaut werden, die Partei Mitglieder vergrößern ihren Perspektiv- und Erfahrungsschatz, was der Fähigkeit zur Problemlösung wie zur Politikgestaltung zu Gute kommt, und nicht zuletzt werden zusätzliche Angebote und Formen des Engagements geschaffen.

Dies wiederum entspricht dem Verständnis von Parteien als Teil der Bürgergesellschaft (Deutscher Bundestag 2012: 122 f; Alemann 2005: 43; kritisch: Backhaus-Maul 2005). Orts- und Kreisverbände können durch parteiübergreifende Kooperationen, auch unter Wahrung ihrer natürlichen Konkurrenz, zur Stärkung der lokalen Bürgergesellschaft beitragen. So erhöhen etwa gemeinsame Diskussionsveranstaltungen die Sichtbarkeit. Der politische Diskurs mit Andersdenkenden schärft das eigene Profil und regt zur Selbstreflexion an (Bergmann/Pohl 2010: 61). Im gemeinsamen Verbund haben Parteien eher die Chance, in Kontakt mit lokalen Organisationen der Zivilgesellschaft oder des öffentlichen Lebens wie Theatern, Bibliotheken und Bildungseinrichtungen zu treten, die sonst möglicherweise Vorbehalte gegenüber Kooperationen mit einer einzelnen Partei hätten. Besonders in der Nachwuchsarbeit kann der Zwang, Farbe zu bekennen und sich möglichst früh die zu den eigenen Werten passende Partei zu suchen, eher abschrecken

(ebd.). Hingegen lässt sich bei einem parteiübergreifenden Wochenend-Workshop der Jugendorganisationen Freude an der politischen Auseinandersetzung wecken (ebd.).

Die Motivation von Basismitgliedern ist eher im Willen zu finden, im eigenen Umfeld aktiv gestaltend tätig zu werden – was aber eine normative Werthaltung keinesfalls ausschließt. Dies belegen die Antworten der Teilnehmer der Fokusgruppe auf die Frage, was der individuelle Antrieb ihres politischen Engagements ist. In den Statements klangen parteiideologische Motive nur in wenigen Fällen und wenn, dann nur leise, an. Zwar tauchte das Streben nach einer gerechteren Welt oder einer nachhaltigen Lebensweise bei Teilnehmern aus dem linken Parteienspektrum als Engagementmotiv auf, während sich typisch konservative oder liberale Statements kaum identifizieren ließen. Die „zarten“ ideologischen Motive wurden zudem von der Gemeinwohlorientierung der Teilnehmer überlagert. Genannt wurden in erster Linie die Wünsche, gemeinsam mit anderen Menschen etwas zu bewegen, zu einer lebendigen Demokratie beizutragen oder allgemein der eigenen Verantwortung nachzukommen. Insgesamt hoben die Teilnehmer hervor, dass sie „aktiv gestalten wollten, anstatt nur verwaltet zu werden“. Aus den Statements ging hervor, dass der generelle Entschluss, überhaupt einer Partei beizutreten, vor der Entscheidung rangierte, einer bestimmten Partei beizutreten. Daraus lässt sich ableiten, dass im „kommunalen Basisgeschäft“ die Parteien für die Mitgliederwerbung mehr ihr politisches Handeln als ihre ideologische Positionierung betonen sollten. Es gilt vielmehr, brachliegende Engagementpotentiale zu erschließen und damit zu werben, dass es Parteimitgliedern möglich ist, etwas an konkreten gesellschaftlichen Problemen zu ändern. Glaubwürdig ist der Appell an die parteiliche Gestaltungskraft des Individuums jedoch nur, wenn in Kauf genommen wird, dass sich ein Interessierter auch für eine andere Partei entscheiden kann – und selbst dann vor allem der Gewinn für die „res publica“ betrachtet werden sollte.

7 | Die Rolle der Bundespolitik

Daraus folgend stellte sich die Frage, welche Rolle die Bundespolitik an der Basis spielt. Zwei Vertreter erfolgreicher Orts- und Kreisverbände verneinten, dass die Bundespolitik wichtig für ihre Vorstandsarbeit sei: „lokale Gremien sind lokal beeinflusst“, lautete die entsprechende Formel. Bei der Mitgliederwerbung konzentrierten sich die Parteiverbände darauf, lokale Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen, denn „die an der Bundespolitik Interessierten kämen auch von allein“, so ein Teilnehmer.⁵ Die Bundespolitik überfordere die Basisvertreter geradezu, was in besonderem Maße für die jeweils im Bund regierenden Parteien gilt. Es sei enorm schwierig, die entsprechenden Themen in der Tiefe zu durchdringen und professionell zu kommunizieren. Der Zwang, sich dabei gelegentlich Positionen und koalitionsfähige Kompromissformeln zu Eigen machen zu müssen, die man weder für besonders gelungen noch intelligent erachte, könne durchaus für Unmut sorgen. Insgesamt würden aktive Mitglieder immer wieder für die Arbeit der Bundes- und insbesondere der Regierungsparteien haftbar gemacht, was frustrierend sei.

Die Debatte zeigte, dass die Basisvertreter in der Fokusgruppe stark gemeinwohlorientiert, weniger ideologisch und eher in kommunalen als in nationalen Kategorien denken. Die Offenheit für den am gemeinsamen Interesse orientierten Austausch war trotz der unterschiedlichen Parteizugehörigkeit groß. Bezeichnend hierfür war, dass die einzelnen Parteimitgliedschaften – um deren Geheimhaltung zu Beginn der Fokusgruppe gebeten wurde – in der überschaubaren Runde erst am zweiten Veranstaltungstag allesamt zu Tage getreten waren. Andererseits war die parteipolitische Wettbewerbsorientierung unübersichtbar, als das Thema des parteiübergreifenden Austauschs innerhalb der eigenen Kommune aufgeworfen wurde. Hierbei überwog die Skepsis. Zwei Basisvertreter griffen den Ball dennoch auf: Ein Teilnehmer wünschte sich die Fortführung des Workshops mit Verbandsvertretern seines Krei-

ses. Der zweite Teilnehmer gab an, innerhalb seines Verbands über Möglichkeiten zur parteiübergreifenden Kooperation diskutieren zu wollen. Für die Fokusgruppe bleibt festzuhalten, dass sowohl der Wunsch nach fachlichem Austausch als auch die Bereitschaft für parteiübergreifenden Dialog in hohem Maß vorhanden waren.

8 | Fazit

Die bei der Mitgliederwerbung erfolgreichen Orts- und Kreisverbände schöpfen die nach wie vor bestehende Rekrutierungslücke der potentiell Beitrittswilligen aus. Die von der Fokusgruppe als hierfür geeignet identifizierten Instrumente haben gemeinsam, dass sie die Parteien vor Ort visibler machen. Damit neue Mitglieder konstruktiv eingebunden werden können, bedarf es einer Beteiligungskultur, die vor allem von den kommunalen Parteieliten getragen werden muss. Das Interesse am parteiübergreifenden Austausch ist groß, während ideologische Haltungen hinter dem Ringen um die „öffentliche Sache“ zurücktreten. So einfach und einsichtig viele der erarbeiteten Gelingensbedingungen sind, beispielsweise hinsichtlich des Zeitmanagements, so selten werden sie in der Parteipraxis oftmals aus machttaktischen Gründen gelebt. Viele Parteimitglieder dürften etwa im Kontext von Nominierungen schon einmal mit kurzfristig geänderten Tagesordnungen konfrontiert worden sein. Zugespitzt heißt das, dass der egoistische Machtwille einzelner droht, das gemeinwohlorientierte Engagement vieler zu unterminieren.

Mitgliedermanagement an der Basis ist in erster Linie eine Kulturfrage, der sich die Verantwortlichen stellen müssen. Es handelt sich dabei nicht um eine hochtheoretische Geheimwissenschaft, sondern es geht darum, das Naheliegende nachhaltig zu betreiben, so kleinteilig und mühsam es auch ist. Die Teilnehmer an der Fokusgruppe tun dies allesamt – und erbringen damit tagtäglich den Beweis, dass die klassische und fast hundert Jahre alte Definition von Max Weber bis heute stimmt, nach

der Politik das „Bohren von harten Brettern mit Augenmaß und Leidenschaft [bedeutet]“ (Weber 2010: 65).

Knut Bergmann leitet die Abteilung Kommunikation und das Hauptstadtbüro des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln). Er war Moderator des dem Artikel zugrundeliegenden Workshops.

Clemens Striebing promoviert zur Legitimation von Stiftungen an der Universität Heidelberg. Daneben arbeitet er bei der BMW Stiftung Herbert Quandt im Referat Young Leaders Foren und betreut dort die Projekte im Bereich politische Partizipation. Er war für die Konzeption und Organisation des dem Artikel zugrundeliegenden Workshops verantwortlich.

Anmerkungen

- ¹ Der Weg einer reputationsbasierten Stichprobe (Miles/Hubermann 1994) wurde gewählt, da das statistische Material der Parteien über Beitritte und Austritte von Mitgliedern auf Orts- und Kreisverbände im Fall der Partei „Die Linke“ und bei Bündnis 90/Die Grünen nicht vergleichbar ist. Nach Angabe der Bundesgeschäftsstelle der Linken ist dafür die im Zusammenhang mit dem relativ kurzen, fünfjährigen Bestehen der Partei mehrfach erfolgte räumliche Neugliederung der kommunalen Verbandsebene ursächlich. Bei den Grünen werden wiederum die entsprechenden Daten von den Landesgeschäftsstellen verwaltet und nicht zentral gespeichert. Zudem lässt sich die Mitgliederentwicklung nicht ausschließlich statistisch messen, sondern hängt von zahlreichen „weichen“ Faktoren ab, wie etwa dem Zuspruch, den eine Partei aktuell in der medialen Öffentlichkeit erhält, der traditionellen Bereitschaft der Bürger in einer Kommune, sich in Parteien zu organisieren, oder der Zufriedenheit der Mitglieder mit ihrem Verband. Maßgeblicher als die reine

- Mitgliederzahl ist überdies die Intensität des Engagements der Aktiven (Bergmann/Pohl 2010: 62; Deutscher Bundestag 2012, S. 123). Vor allem die Inaktiven kehren ihrer Partei den Rücken zu, so dass „die Mitgliederbasis der deutschen Parteien auf einen harten, aktiven Kern zusammenschmilzt“ (Klein/Spier, 2011, S. 209).
- ² Kurzfristig sind bei einer der eingeladenen Parteien alle drei Vertreter krankheitsbedingt ausgefallen. Einer der fünf Kreisbandsvertreter war ebenfalls erkrankt, hat aber so umfassendes Material nachgereicht, dass sein Praxisbeispiel bei der Auswertung trotzdem berücksichtigt werden konnte.
- ³ Wie Klein et al. (2011) argumentieren, bleibt letztlich aber auch die staatliche Parteienfinanzierung an den Mittelzufluss aus selbsterwirtschafteten Einnahmen wie Mitgliedsbeiträgen und Spenden gebunden.
- ⁴ „Plakate kleben“ dürfte unter den meisten Parteimitgliedern die Chiffre für gegenteilige Aufgaben sein. Immerhin 29 Prozent der Parteimitglieder benennen aber „Plakate geklebt, Informationsmaterial verteilt“ als Aktivitätsform in der Partei (Spier 2011: S. 109).
- ⁵ Die Aussage deckt sich mit der Beobachtung der bundespolitisch motivierten, konjunkturell zu erklärenden Ein- und Austritte.

Literatur

Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G./Schmid, Josef 1998: Parteien im Modernisierungsprozess. Zur politischen Logik der Unbeweglichkeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Heft 1-2, 29-36.

Backhaus-Maul 2005: Eine Partei ist eine Partei. Über den Sinn von Unterscheidungen. In: *Dettling, Daniel (Hg.): Parteien in der Bürgergesellschaft. Das Verhältnis von Macht und Beteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 81-89.

Bergmann, Knut 2012: Zum Verhältnis von Parlamentarismus und Protest, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Heft 25-26, 17-22.

Bergmann, Knut/Pohl, Tobias 2011: Ortsverbandsstammtisch versus virtuelle Mitgliedschaft. Parteien im gesellschaftlichen Wandel. In: *Die Politische Meinung*, Heft 503, 43-48.

Bergmann, Knut/Pohl, Tobias 2010: Die Zukunft der Parteien in der Bürgergesellschaft. Maßnahmen zur Vitalisierung der politischen Partizipation. In: *Die Politische Meinung*, Heft 493, 60-63.

BMW Stiftung Herbert Quandt 2013: Die Offene Basis – Idee und Thesen. Protokoll des Workshops vom 27. und 28. Januar 2013 in Berlin. <http://www.bmw-stiftung.de/de/news/item/id/120#documents> [6. April 2013].

Bukow, Sebastian 2009: Parteiorganisationsreformen zwischen funktionaler Notwendigkeit und institutionellen Erwartungen. In: *Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hg.): Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen & Farmington Hills, MI: Verlag Barbara Budrich, 211-228.

Detterbeck, Klaus 2009: Die Relevanz der Mitglieder. Das Dilemma effektiver Partizipation. In: *Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hg.): Zukunft der Mitgliederpartei*. Opladen & Farmington Hills, MI: Verlag Barbara Budrich, 71-88.

Deutscher Bundestag 2012: Erster Engagementbericht – Für eine Kultur der Mitverantwortung. Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 17/10580 vom 23. August 2012. Berlin: Eigenverlag.

Embacher, Serge 2010: Demokratische Beteiligungsprozesse initiieren, solidarisches Denken und Handeln fördern. Neue Strategien für Parteien und Gewerkschaften. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07652.pdf> [2. April 2013].

Flick, Uwe 2007: *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Reinbek: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.

Florack, Martin/Grunden, Timo/Korte, Karl-Rudolf 2004: Lebendiger Ortsverband, politische Bildung und Partizipationsanreize. Voraussetzungen für erfolgreiche Rekrutierung und Aktivierung von Parteimitgliedern. In:

Kösters, Winfried (Hg.): Handbuch Erfolgreiche Kommunalpolitik, Berlin: Raabe, 1-28.

Frey, James H./Fontana, Andrea 1993: The Group Interview in Social Research. In: Morgan, David L.: Successful focus groups. Advancing the state of the art. London & Newbury Park, CA & New Delhi: Sage Publications, 20-34.

Gorbolt, Martin 2009: Die SPD als Mitgliederpartei. In: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hg.): Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen & Farmington Hills, MI: Verlag Barbara Budrich, 257-260.

Jun, Uwe 2009: Organisationsreformen der Mitgliederparteien ohne durchschlagenden Erfolg. Die innerparteilichen Veränderungen von CDU und SPD seit den 1990er Jahren. In: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hg.): Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen & Farmington Hills, MI: Verlag Barbara Budrich, 187-210.

Klein, Markus/Spier, Tim 2011: Welche Zukunft hat das innerparteiliche Engagement der Bürger? In: Spier, Tim et al. (Hg.): Parteimitglieder in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 203-213.

Klein, Markus/von Alemann, Ulrich/Spier, Tim 2011: Warum brauchen Parteien Mitglieder? In: Parteimitglieder in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 19-29.

Küpper, Mechthild 2013: Studie, Studie an der Wand. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. April 2013.

Meng, Richard 2005: Am Ende regiert immer der Kanzler. Bürgergesellschaft in den Medien - wie viel Quote bringen Engagement und Beteiligung? In: Dettling, Daniel (Hg.): Parteien in der Bürgergesellschaft. Das Verhältnis von Macht und Beteiligung. Wiesbaden: VS Verlag Sozialwissenschaften, 49-63.

Mielke, Gerd 2005: „I'll get by with a little help from my friends“. In: Dettling, Daniel (Hg.): Parteien in der Bürgergesellschaft. Das Verhältnis von Macht und Beteiligung. Wiesbaden: VS Verlag Sozialwissenschaften, 117-130.

Miles, Matthew B./Huberman, A. Michael 1994: Qualitative data analysis. An expanded sourcebook. Thousand Oaks, CA & London & New Delhi: Sage Publications.

Morgan, David L./Krueger, Richard A. 1993: When to Use Focus Groups and Why. In: Morgan, David L.: Successful focus groups. Advancing the state of the art. Thousand Oaks, CA & London & New Delhi: Sage Publications, 3-19.

Niebuhr, Frank 2009: Mitgliederwerbung als Herausforderung und Chance - erfolgreiche Maßnahmen der CDU. In: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hg.): Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen & Farmington Hills, MI: Verlag Barbara Budrich, 251-256.

Niedermayer, Oskar 2011: Parteimitglieder in Deutschland. Version 2011. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 18, Freie Universität Berlin.

Niedermayer, Oskar 2005: Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Spier, Tim 2011: Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien? In: Parteimitglieder in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 97-119.

Weber, Max 2010: Politik als Beruf. 11. Auflage (1. Auflage 1919), Berlin: Dunkler und Humblot.

Weßels, Bernhard 2005: Zwischen Organisation und Bewegung. Wie viel Gesellschaft braucht Partei? In: Dettling, Daniel (Hg.): Parteien in der Bürgergesellschaft. Das Verhältnis von Macht und Beteiligung. Wiesbaden: VS Verlag Sozialwissenschaften, 90-104.

Wiesendahl, Elmar 2011: Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien. Demokratie in Deutschland 2011 - Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Partizipation_und_Engagementbereitschaft_in_Parteien.pdf [2. April 2013].

ANALYSE

Nächster Halt: Zuccotti-Park

Wie Theorie auf Praxis traf und sie in den Wahnsinn trieb

Es gibt eine Szene, die mir immer einfällt, wenn ich mich an das Hochgefühl erinnern will, das Occupy Wall Street (OWS) bei mir ausgelöst hat, als es in Fahrt kam. Ich war in der U-Bahn in Washington D.C. unterwegs und las einen Artikel über die Proteste im Zuccotti Park in Manhattan. Drei Jahre waren seit den Bailouts für die Wall Street vergangen. Seit zwei Jahren hatten alle, die ich kenne, die Hoffnung auf Barack Obamas Kreativität aufgegeben. Es war zwei Monate, nachdem die Banker-Freunde in der Republikanischen Partei das Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gebracht hatten, um ihren halluzinatorischen ökonomischen Theorien Nachdruck zu verschaffen. Wie jeder andere, hatte ich davon die Nase voll.

Wie auch immer, in die U-Bahn-Wagen stieg ein perfekt gekleideter, blitzblank polierter Manager, auf dem Rückweg von irgendeiner Handelsmesse, mit einer Einkaufstasche, die verziert war mit einem schwungvollen Slogan über die Maximierung des Shareholder Value oder warum Luxus so toll ist oder was so glorreich daran ist, ein Sieger zu sein – genau das Gefühl vermittelnd, das noch vor Kurzem ein Allgemeinplatz gewesen war, inzwischen aber auf bittere Ablehnung der amerikanischen Öffentlichkeit stieß. Dem Mann war sein Accessoire offensichtlich unangenehm. Und mir ging die Situation durch den Kopf: Vor nicht allzu langer Zeit wäre es mir peinlich gewesen, eine Ausgabe dieses Magazins [gemeint ist der linksliberale „Baffler“, Anm. d. Ü.] in einer überfüllten U-Bahn dabei zu haben, aber jetzt waren es Leute wie er, die verheimlichen mussten, was sie tun. Ihr Dienst an den 1 % war nicht länger etwas, mit dem sie angeben konnten, ohne die Verachtung der Mitfahrer zu spüren.

Eine Weile später sah ich zufällig ein Online-Video einer Occupy-Podiumsdiskussion in einer New Yorker Buchhandlung. An einer Stelle der Aufzeichnung kritisierte einer der Diskutanten die Art, mit der die Protestierenden davon redeten, „für sich selbst“ zu sprechen, anstatt anzuerkennen, dass sie Teil einer Gruppe seien. Ein anderer Diskutant widersprach dem Einwand: „Ich würde anmerken, dass Leute nur für sich selbst sprechen können, dass das Selbst dort ausgelöscht wird, in dem Sinne, dass das Selbst infrage gestellt wird, wie einen jedes poststrukturalistische Denken, das über den Anarchismus führt, einen dorthin stößt... Ich würde zustimmen, dass ein Individualismus, den unsere Gesellschaft dort eingeschrieben hat und weiter dort einschreibt, ‚Ich kann nur für mich selbst sprechen‘, das ‚nur‘ ist hier am Werk, und natürlich werden diese Räume geöffnet...“¹

Mir rutschte das Herz in die Hose. Sobald ich diesen langen, verzweifelten Schwall von pseudo-intellektuellem Geschwafel gehört hatte, wusste ich sofort, dass Occupy dem Untergang geweiht war.

Occupy – ergebnisloser Hype?

„Es besteht eine Gefahr“, warnte der slowenische Philosoph Slavoj Žižek das Occupy-Zeltlager im Zuccotti Park im vergangenen Jahr, und er meinte nicht die New Yorker Polizei. „Verliebt Euch nicht in Euch selbst. Wir haben hier eine nette Zeit“, sagte er. „Aber vergesst nicht, ein Jahrmarkt dauert nicht lang. Worauf es ankommt, ist der Tag danach, wenn wir in unser normales Leben zurückkehren müssen. Wird es dann irgendwelche Veränderungen geben?“

Žizeks Bemerkungen erschienen im Buch „*Occupy!: Scenes from Occupied America*“ (Blumenkranz et al. 2011) des Magazins n+1, das erste Buch, und eines der buntesten, das über die Proteste des vergangenen Jahres erschien. Dem Band folgten zahlreiche andere, wobei das Spektrum reicht von den Reden, die vor den Zelten gehalten wurden (Noam Chomskys *Occupy*, 2012), über historische

Verortungen des Protests (Todd Gitlins *Occupy Nation: The Roots, the Spirit, and the Promise of Occupy Wall Street*, 2012) bis zu gesammelten Erinnerungen von Teilnehmenden (*Occupying Wall Street: The Inside Story of an Action that Changed America* (Writers for the 99 % 2012)). Bevor ich sie jeweils erörtere, muss ich einen Vorbehalt geltend machen: Todd Gitlin ist ein Freund, dessen Arbeiten ich bewundere; Joe Sacco, der die Cartoons für Chris Hedges Buch gezeichnet hat, ist eine weitere Bekanntschaft und einmaliger *Baffler*-Autor; Will Bunch, den ich nie getroffen habe, hat mein letztes Buch (zweigespalten) rezensiert; ich kenne mehrere Autoren aus dem n+1-Sammelband; andere meiner Freunde trugen zum quasi-offiziellen Occupy-Gedächtnisband bei; und wieder andere Freunde tauchen in diesen Büchern auf, geben Statements ab, werden zitiert oder ähnliches. Linke Aktionen sind anscheinend wie Familienzusammenkünfte.

Nahezu alle der o.g. Bücher erliegen mehr oder weniger der „Gefahr“, vor der Zizek gewarnt hatte. Sie sind hoffnungslos in die Proteste verliebt. Jedes davon nimmt selbstverständlich an, dass die Occupy-Kampagne welterschütternd und ehrfurchteinflößend war – tatsächlich findet sich diese Einstellung sogar oft in den Buchtiteln selbst wieder: „*This Changes Everything: Occupy Wall Street and the 99 % Movement*“ (van Gelder 2011), zum Beispiel. Die Autoren häufen die Superlative nur so auf, ohne Einschränkung oder Vorsicht. „Die 99 % sind erwacht“, schreibt der Herausgeber von „*Voices From the 99 Percent: An Oral History of the Occupy Wall Street Movement*“ (Flank 2011); „Die politische Landschaft der USA wird nie wieder die gleiche sein“. Was im Zuccotti Park passierte, war „ohne Vorläufer“, erklärt Noam Chomsky, „Ich kann mich an nichts vergleichbares erinnern“. Aber das ist noch gar nichts verglichen mit dem Enthusiasmus des ehemaligen *New York Times*-Reporters Chris Hedges. In „*Days of Destruction, Days of Revolt*“ (Hedges/Sacco 2012) vergleicht er Occupy mit den 1989er-Revolutionen in Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und Rumä-

nien. Die Protestierenden in New York, schreibt er, „waren zuerst unorganisiert und unsicher, was sie tun sollten; noch nicht einmal davon überzeugt, dass sie irgendetwas nennenswertes erreicht hatten, aber sie hatten unabsichtlich eine globale Widerstandsbewegung ausgelöst, die quer durch das Land und die europäischen Hauptstädte nachhallen sollte. Der unangenehme Status Quo, seit Jahrzehnten von Eliten auferlegt, wurde zerbrochen. Die Revolution begann“.

Oder hatte sie nicht schon zwölf Jahre zuvor begonnen? 1999 schwärmten Linke im ganzen Land, als sie von den Protesten gegen die WTO in Seattle hörten. Dann, 2008, schwärmten linksliberale Kommentatoren wieder in ihrer Hoffnung auf Barack Obama: Er war die politische Führungsfigur, auf die sie all diese Jahre gewartet hatten. Dann, 2012, schwärmten sie auf genau dieselbe Weise für Occupy: So etwas hatte es noch nicht gegeben, es war die Revolution etc. pp. Ich habe nichts einzuwenden gegen irgendeines dieser Anliegen – ich habe Occupy unterstützt; ich habe für Obama gestimmt; ich war entzückt über die 1999er Proteste –, aber die Schwärmerei finde ich unerträglich. Die o.g. Bücher wurden von gebildeten Leuten geschrieben, einige von ihnen Experten zu sozialen Bewegungen. Warum verfallen sie beinahe ekstatisch in unkritisches Gruppendenken?

„Gruppendenken“? In der Tat. Mit ein paar Ausnahmen hier und da sind diese Bücher erstaunlicher- und einschläfernderweise *alle gleich*. Sie erzählen die gleichen Anekdoten. Sie zitieren dieselben „Kommuniqués“. Sie reiten auf denselben Details herum. Sie übernehmen sogar, eines nach dem anderen, dieselben historischen Deutungen. (Es ist wichtig, die Ausnahmen von der Regel anzuerkennen. Sowohl der n+1-Sammelband als auch Todd Gitlins *Occupy Nation* verdienen Lob dafür, gelegentlich auch kritische Stimmen zuzulassen. Die anderen sind ziemlich ununterscheidbar in ihrem Enthusiasmus.)

Und weitestgehend ist das, was Zizek unserer „gewöhnlichen Leben“ genannt hat, eigent-

lich nicht Teil der Geschichte. Ebensovienig sind es die „Veränderungen“, die Occupy nicht sicherstellen konnte. Nur ein Dummkopf, ahnt der Leser, würde sie überhaupt erwähnen. Worauf es ankommt – und alle Autoren stimmen hier überein –, ist das bunte Treiben; alle demokratischen und nicht-hierarchischen Dinge, die im Zuccotti Park vor sich gingen.

Die Details dieses Jahrmarktes sind Gegenstand nahezu aller hier besprochenen Bücher – die Einzelheiten werden einzigartig liebevoll unter die Lupe genommen. Sollte die Leserin sich dafür interessieren, kann sie nun ebenso viel über die Ereignisse im New Yorker Zuccotti Park während dieser magischen sechzig Tage lernen, wie sie aus anderen Büchern über die internen Geschäfte der Obama-Regierung oder die Entscheidungsprozesse des Kongresses erfährt. Gemessen an der Wortmenge pro Quadratmeter dürfte der Zuccotti Park wohl das am intensivsten untersuchte Fleckchen der jüngeren journalistischen Geschichte sein. Wir wissen nahezu alles, was sich dort ereignet hat, und die Geschichten werden von Buch zu Buch wiederholt: wie die Trommler alle wach gehalten haben, was auf der Brooklyn Bridge passierte, wie das „Volks-Mikro“ funktionierte, wo die Idee zu den Vollversammlungen herstammte, wie alle in einer panischen Nacht mit anpackten und den Park sauber machten, um eine Räumung am Folgetag abzuwenden...

Gemessen an den veröffentlichten Worten pro politischem Resultat hingegen ist OWS womöglich das am meisten überschätzte Ereignis aller Zeiten. Nahezu jedes der o.g. Bücher erhebt weitreichende Behauptungen zur Bedeutung der Bewegung und seiner ungekannnten und welterschütternden Innovationen. Im Grunde ist alles, was es tut brillant, erfindet und ermächtigt die Leute in umwerfender Weise. Und was haben wir jetzt davon in unseren „gewöhnlichen Leben“? Nicht viel. Präsident Obama mag jetzt auch von den „obersten 1 %“ reden, aber er bleibt anscheinend wie eh und je der Sparpolitik verpflichtet und strebt eine „große Übereinkunft“ mit den Republikanern an.

Occupy selbst ist ziemlich vorbei. Es wurde etwa zwei Monate nach Beginn aus dem Zuccotti-Park herausgeworfen – ein vollkommen vorhersehbares Ergebnis, für das die Gruppe keine angemessene Vorbereitung getroffen hatte. OWS konnte sich nicht dazu durchringen, wirkliche Forderungen aufzustellen, bis es vertrieben wurde und sich dann schließlich auf einen einzigen Punkt einigen konnte.² Ausgenommen einiger Grüppchen hier und dort, die aus den üblichen Berufsaktivisten bestehen, ist Occupy heute ziemlich verpufft. Die mediale Aufregung, die es umgab, ist zu anderen Orten weitergezogen.

Halten wir einen Moment inne und vergleichen diese Bilanz mit der von Occupys bösem Zwillings, der Tea-Party-Bewegung, und der breiten Neubelebung der politischen Rechten, zu der sie gehört. Nun ja, unter dem Druck dieser künstlich geschaffenen Protestbewegung hat die Republikanische Partei *eine Mehrheit im Repräsentantenhaus der USA gewonnen*, in den Legislativkammern der Bundesstaaten hat sie den Demokraten *rund 600 Sitze abgenommen*; die Tea Party hat es sogar geschafft, im Jahr 2012 *einen der ihren als Vize-Präsidentenskandidat der Republikaner durchzusetzen*.

Warum ist Occupy gescheitert?

Die hier besprochenen Bücher suchen eine Antwort auf die Frage, was Occupy Wall Street so erfolgreich machte. Aber das ist genau die falsche Frage. Was wir im Hinblick auf OWS fragen müssen, lautet: Warum ist dieser Versuch gescheitert? Wie hat OWS die Hoffnungen der ersten Tage verspielt? Warum versinken selbst die beliebtesten Anliegen der Linken in einem klebrigen Morast von akademischem Gerede und sinnlosem anti-hierarchischen Getue? Dabei begann OWS sicherlich mit einem Knall. Als die Besetzung des Zuccotti Parks im September 2011 begann, war sein Anliegen überwältigend populär; tatsächlich war die Abscheu auf die Wall Street wahrscheinlich das am weitesten verbreitete linke Motiv seit den 1930er Jahren, wie Todd Git-

lin betont. Die soziale Ungleichheit hatte obszöne Ausmaße erreicht, und es waren nicht länger nur Radikale, die darauf hinwiesen. Die Rettungsbeschlüsse für die Banken der Jahre zuvor hatten offenkundig gemacht, dass die Regierung vom „großen Geld“ gekapert worden war. Nahezu jeder verabscheute die Wall Street in diesen Tagen; nahezu jeder war froh, dass jemand diesen überbezahlten Gaunern unsere Wut ins Gesicht hielt. Die Menschen schlossen sich in Scharen dem OWS-Anliegen an. Geldspenden flossen in Mengen, ebenso Nahrungsmittel und Bücher. Berühmtheiten traten im Zuccotti-Park auf, und die Medien berichteten über die Ereignisse mit einer Aufmerksamkeit, die sie linkem Aktivismus sonst selten entgegenbringen.

Aber alle Berichte, mit den wenigen Ausnahmen hier und da, verstanden die überwältigende Zustimmung zu *Occupy Anliegen* als Zustimmung zu den *Mechanismen* der Bewegung: wie im Park gezellet wurde, wie das Essen für die Armee der Protestierenden beschafft wurde, die endlose Suche nach Konsens, der Showdown mit den Cops, das Schimmernde der Bewegung. Diese Dinge, so nimmt jeder einzelne Autor an, sind es, worum es beim Phänomen *Occupy wirklich* ging. Dies sind die Details, auf die das Publikum hungrig wartet.

Die Schaffung einer „Gemeinschaft“ im Zuccotti Park ist ein besonders hervorgehobener Punkt. Noam Chomsky verdeutlicht dieses Verständnis, wenn er schreibt, dass „eines der wichtigsten Verdienste“ der Bewegung darin bestanden habe, „Gemeinschaften zu schaffen, wirklich funktionierende Gemeinschaften mit gegenseitiger Unterstützung und demokratischem Austausch“ usw. Dies sei wichtig, so Chomsky weiter, da „Amerikaner oft vereinzelt, Nachbarschaften zusammengebrochen, die Leute alleingelassen sind.“ Wie das Schaffen solcher „Gemeinschaften“ uns helfen soll, die Macht der Hochfinanz infrage zu stellen, bleibt unerklärt, ebenso wie Chomskys Schlussfolgerung, dass eine Stadt mit acht Millionen Menschen, ein hochkomplexer Ausdruck modernen

Lebens, vom Beobachten eines Zeltlagers von College-Studierenden lernen kann, wie Menschen zusammenleben sollten.

Die tatsächlichen Sünden der Wall Street allerdings bleiben vergleichsweise im Dunkeln. In „*Occupying Wall Street*“ etwa, dem Werk eines Autorenteam, das an den Protesten teilgenommen hatte, hört man erst von der Praxis der unverantwortlichen Kreditvergabe, als ein sympathisierender Polizist sie im Laufe einer Festnahme erwähnt. Die Autoren selbst greifen es zu keinem Zeitpunkt auf. Und wenn man wissen wollte, wie die Leute des Zuccotti Parks die Agenda der Banken blockieren wollten – etwa wie sie die unverantwortliche Kreditvergabe stoppen wollten –, ist man wahrlich an den falschen Ort gekommen. Nicht, weil es schwierig wäre, herauszufinden, wie man diese Praxis stoppen kann, sondern weil – insofern die *Occupy-Kampagne* in diesen Büchern zutreffend beschrieben ist –, sie keinerlei Absicht gehabt zu haben scheint, irgendetwas zu unternehmen, außer „Gemeinschaften“ im öffentlichen Raum zu bilden und die Menschheit mit ihrer ehrenhaften Zurückweisung von Anführern zu inspirieren.

Unglücklicherweise ist das nicht genug. Eine demokratische Bewegungskultur aufzubauen ist unverzichtbar für linke Bewegungen, aber das ist eben nur ein Ausgangspunkt. *Occupy* ist nie darüber hinausgekommen. Es forderte kein öffentliches Bankenwesen wie die Populisten. Es führte keinen Streik an (keine wirklichen, jedenfalls), oder ein Sit-in, blockierte kein Rekrutierungszentrum, übernahm kein Dekanat.

Bei *Occupy* war die horizontale Kultur alles. „Der Prozess ist die Botschaft“, wie die Protestierenden zu sagen pflegen und wie die meisten hier besprochenen Bücher übereinstimmen. Das erwähnte Zelten, das Kochen, die Vollversammlungen, das Füllen öffentlicher Räume: das war es, worum es bei *Occupy* ging. Jenseits dessen scheint es schlechthin keinerlei Strategie gegeben zu haben, die der Rede wert wäre, keine Agenda, die man der Welt übermitteln wollte.

Der Prozess ist die Botschaft

Ob man Forderungen aufstellen sollte oder nicht, war etwas, das die Occupy-Protestierenden leidenschaftlich untereinander diskutierten in den Tagen, als Occupy tatsächlich noch etwas besetzte. Liest man diese Bücher allerdings ein Jahr später, scheint jede Debatte in Konsense zerredet worden zu sein. Nahezu keiner der Autoren wird geradeheraus sagen, dass der Verzicht, sich auf Forderungen zu einigen, einen taktischen Fehler darstellte.³ Im Gegenteil: Die quasi-offizielle Abhandlung dieser Zeit *Occupying Wall Street* verhöhnt Forderungen als Fetischobjekte nüchternen Medienvertreter, die dummerweise Hierarchie und Befehlsketten herbeisehen. Chris Hedges sagt uns, dass Forderungen nur von „den Eliten und ihren Sprachrohren in den Medien“ erwartet wurden. Aufgeklärte Leute hingegen wüssten es besser; Forderungen unterstrichen nur die Legitimität des Gegners, namentlich der US-Regierung und ihrer Freunde, der Banken.⁴ Einen Protest ohne inhaltliche Forderungen anzufangen soll eine große Leistung darstellen, eine Handlung von überragender demokratischer Tugend.⁵

Und hiermit sind wir beim Grundwiderspruch der Kampagne. Im Jahr 2011 gegen die Wall Street zu protestieren bedeutete offensichtlich, gegen das finanzielle Fehlverhalten zu protestieren, das uns die große Rezession gebracht hat; es bedeutete Protest gegen die politische Macht des Geldes, die uns die Bailouts beschert hat; es bedeutete Protest gegen die schamlosen Gehaltspraktiken, die die schöpferische Arbeit unserer Gesellschaft in Boni für die 1 % verwandelt haben. Alle drei genannten Katastrophen wurden allerdings herbeigeführt durch Deregulierung und Steuernachlässe – *von einer Philosophie der Befreiung, die in ihrer Rhetorik genauso anarchisch ist, wie Occupy es in der Realität war*. Prüft Eure Prämissen, Ayn-Rand⁶-Fans: Es war der Aufstand der Banker gegen den verhassten Staat, der den „American way of life“ zerstörte.

Man braucht auch keinen Poststrukturalismus oder Anarchismus, um zu verstehen, wie man diese Entwicklungen umkehrt. Man tut es, indem man einen mächtigen und kompetenten Regulierungsstaat wiederaufbaut. Man baut dazu die Arbeiterbewegung wieder auf. *Man erreicht es mittels Bürokratie*.

Den Occupy-Aktivisten schien dies oft bewusst zu sein. Man erinnere sich, was so oft gehört wurde von den Lippen der Protestierenden im September 2011: Stellt die Trennung von Investment- und Geschäftsbanken wieder her, sagten sie. Bringt den eingreifenden Staat zurück! Bringt die Sicherheit zurück! Bringt die Langeweile zurück! Aber das ist keine Art, die Vorstellungskraft der Welt anzuhetzen. Wie also hält man das bunte Treiben aufrecht, während man sich insgeheim nach Wirtschaftsprüfern sehnt? Indem man den nächsten Schritt auf ewig hinauszögert. Indem man überhaupt keine Forderungen aufstellt. Forderungen hätten gezeigt, dass die humorlosen, dogmatischen Erwachsenen wieder am Ruder sind und der Spaß zu Ende ist.

Das war zu Beginn eine inspirierende Art, die Situation zu gestalten, und eine Zeitlang war es ein großer Erfolg. Aber es versah die Proteste auch mit einem klaren Verfallsdatum. So lange Forderungen aufgeschoben wurden, konnte Occupy sich nicht weiterentwickeln. Es blieb dem verhaftet, was Christopher Lasch – schon vor langer Zeit, im Jahr 1973 – als „Kultur des Narzissmus“ kritisiert hat, in der die Erfahrung des Protestierens schon alles ist, worum es beim Protest geht. Keines der hier besprochenen Bücher kann sich allerdings zu diesem spielverderbenden Eingeständnis durchringen. Viel angenehmer ist es, bei der Standardinterpretation zu bleiben: dass das Zuccotti-Zeltlager selbst die Lektion war. Dass der Prozess in der Tat die Botschaft war. Dass der korrekte Weg, die Macht der Finanzindustrie anzugehen – ja klar – darin besteht, befristet ein Dorf in einem nahegelegenen Park zu errichten und die Welt zu lehren, was „Gemeinschaft“ ist.

Die Akademisierung des Protests

Von allen Occupy-Artefakten hat mich in den ersten Tagen ein Tumblr-Feed am meisten bewegt, in dem Leute selbstgeschriebene Darstellungen ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten einstellten (es besagt einiges, dass es ausführlich nur in einem einzigen der hier besprochenen Bücher erörtert wird, wiederum dem $n+1$ -Sammelband). Was es zu einem so eindrucksvollen Zeugnis machte, war meiner Meinung nach die Art, wie es den „99 %“-Slogan verkörperte; man hörte hier unmissverständlich die Stimmen gewöhnlicher Leute aus allen Lebensbereichen, und jeder von ihnen wurde reingelegt durch den gleichen Drang der Bankenindustrie, die Welt aufs Kreuz zu legen, Kunde für Kunde. Einen besseren Ausdruck der Mehrheitsansprache in Zeiten der Depression hätte man kaum finden können.

Die Rhetorik im Zuccotti Park beschwor ihre Massenkompatibilität. Aber in der Praxis blieb, wenn man sich die Bücher über Occupy anschaut, überwiegend ein monotoner Geschmack: Akademisches, mit einem feinen Aroma von Karriere-Aktivismus. Die Protestierenden werden in den Büchern nicht immer mit ihrer Beschäftigung vorgestellt, aber wenn doch, stellen sie sich meist als (z.T. gerade fertig gewordene) College-Studierende heraus, als Doktoranden oder Professoren. Episoden wie der Studentische Aktionstag im November 2011 spielen eine große Rolle in der Erzählung. Slogans und Protestzeichen neigen zu zeitlosen Heranwachsenden-Themen wie Selbstdarstellung und Selbstfindung („Finde Deine eigene Wahrheit“, lautet ein typisches Protestmotiv, das in einem der Bücher wiedergegeben wird). Die Occupy-Aktivisten sollen immer dabei gewesen sein, „Räume zu schaffen“ für Dinge, ein Klischee der Akademiker und des Stiftungswesens, das ich in den 1990er Jahren schon satt hatte, das allerdings nichts von seiner Kraft verloren hat, Tiefe vorzugaukeln. Und OWS als Ganzes scheint zu einem unwiderstehlichen Magneten für radikale Akademiker aus der Kulturtheorie geworden zu sein; tatsächlich scheint es für sie eine heilige Episode

gewesen zu sein, der Moment, auf den sie gewartet hatten, die Umsetzung ihrer wichtigsten Überzeugungen.

Natürlich ist nichts Falsches daran, wenn College-Studierende und Doktoranden auf die Straße gehen. Die Gesellschaft muss sie anhören. Wenn Studiengebühren astronomische Höhen erreichen, wenn frische Absolventen regelmäßig 100.000 Dollar Schulden mit sich herumtragen, wenn Doktoranden schamlos ausgebeutet werden, dann *sollten* sie verdammt noch mal protestieren. Sie sollten das System dichtmachen. Sie sollten nach Preiskontrollen rufen. Schaut nur nach Quebec, wo ein Großteil der Bevölkerung die Forderung studentischer Gruppen nach bezahlbarer Hochschulbildung unterstützte: *Die Protestierenden setzen sich tatsächlich durch*. Sie bekamen, was sie wollten. Der gesellschaftliche Protest sicherte die Chancen für Akademiker.

Was mich hingegen stört: anspruchsvollste akademische Debatten als Modell des sozialen Protests zu verkaufen. Warum verleitet das Thema Occupy seine Bewunderer so oft zum Kauderwelsch? Warum scherten manche Occupy-Aktivisten aus der Aktion aus, um an Podiumsdiskussionen teilzunehmen? Warum entschieden sich andere dafür, ihre Protesterinnerungen auf den Seiten des *American Ethnologist* und ihre Protestsympathien im *Journal of Critical Globalisation Studies* zu teilen? Warum sollte der Autor eines (zugegebenermaßen sehr interessanten) Aufsatzes über Musikimprovisationszirkel das Bedürfnis verspüren, mitzuteilen, dass er zur „wissenschaftlichen Literatur“ beiträgt? Warum sollte ein Flugblatt, das eindeutig als eine Art *allgemeiner Ausdruck* für das Zeitalter von Occupy gedacht war, gefüllt sein mit Verlautbarungen wie der Folgenden:

„Unser Angriffspunkt hier sind die herrschenden Formen der Subjektivität, die im Kontext der aktuellen sozialen und politischen Krise hervorgebracht werden. Wir greifen vier vorrangige subjektive Figuren auf – die Verschuldeten, die Mediatisierten, die Verbrieften, und die Repräsentierten – die allesamt verarmt

sind, deren Kräfte für soziales Handeln maskiert oder mystifiziert werden. (...) Wir finden, dass Bewegungen von Revolte und Rebellion nicht nur die Mittel an die Hand geben, die repressiven Regime zurückzuweisen, unter denen diese Subjektivitäten leiden, sondern auch, um diese Subjektivitäten in Figuren der Macht umzukehren“.⁷

Und *warum*, um Himmels willen, verspürten die Occupy-Aktivisten nach nur wenigen Monaten der Parkbesetzung das Bedürfnis, *ihre eigene Zeitschrift für akademische Theorie zu lancieren*? Eine Zeitschrift, die ihre Seiten dann mit undurchdringbaren Essays füllte, die anscheinend geschrieben wurden, um – einmal mehr – die eiskalte Nutzlosigkeit des Theorie-sprech zu demonstrieren?

Baut man so eine Massenbewegung auf? Indem man konsequent das Gegenteil der verständlichen Rede wählt? Ja, ich kenne die Antwort: Damit ein Protest zu einer breiteren Bewegung werden kann, muss er analysieren und strategisieren und theoretisieren. Nun ja, dieser hat das genug für alle Proteste der vergangenen vierzig Jahre getan, und doch scheiterte er daran, sich weiterzuentwickeln.

Occupy machte viele Dinge richtig: Es hatte einen tollen Slogan und ein perfektes Feindbild, und es inspirierte die Vorstellungskraft der Öffentlichkeit. Es schuf eine demokratische Bewegungskultur. Es suchte die Verbindung mit den organisierten Beschäftigten, ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung. Es sprach viel von Solidarität, der grundlegenden Tugend der Linken. Aber in der Praxis schienen die Erfordernisse des Akademischen zuerst zu kommen. OWS wurde als Versuchsgelände für Theorie aufgefasst.

Das ist tatsächlich noch eine eher optimistische Lagebeschreibung. Die pessimistische offenbart sich, wenn man Michael Kazins jüngstes Buch, „*American Dreamers*“ öffnet und nüchtern feststellen muss, dass es, vielleicht mit Ausnahme der Anti-Apartheid-Kampagne in den 1980ern, seit den Bürgerrechts- und Vietnam-Protesten keine Bewegung der Linken geschafft hat, sich in der breiteren amerikani-

schen Öffentlichkeit durchzusetzen. Klar, natürlich hat es in diesem Zeitraum etliche Linke gegeben – insbesondere an den Hochschulen. „Widerstand“ zu studieren ist ein abgedroschener Karriereweg, bisweilen schon die eigentliche Definition ganzer Unterdisziplinen. Aber bei all ihren akademischen Errungenschaften – die Linke verliert doch weiter. Sie schafft es schlicht nicht, sich mit dem gewöhnlichen amerikanischen Volk zu verbünden.

Vielleicht ist der Grund dafür, dass die Linke inzwischen von einer einzigen Berufsgruppe dominiert wird, deren Arbeitsweise bewusst abstrus, ultrahierarchisch, streitsüchtig und vorschnell urteilend ist (ihre tägliche Routinearbeit besteht im Vergeben von Einsen und Sechsen) – und daher das genaue Gegenteil von mehrheitsfähig. Vielleicht ist es passiert, weil die Linke tatsächlich ein Ort puritanischer Verachtung durchschnittlicher Leute ist, bei denen fast jedem einzelnen nachgewiesen werden kann, im einen oder anderen imperialistischen Sinne gesündigt zu haben. Vielleicht macht der Kollaps der Fabrikarbeit soziale Bewegungen überflüssig. Wir wissen es nicht. Und keiner der hier besprochenen Berichte bringt uns einer Antwort irgendwie näher.

Occupy und Tea Party

Occupy-Leute mögen Tea-Party-Leute nicht; darin sind sich alle einig. Tatsächlich sind die Tea-Party-Leute für Occupy gar keine richtigen Menschen; auf sie treffen andere biologische Regeln zu. Betrachten wir einen Essay im Occupy-eigenen Magazin von Judith Butler (2011), einer Professorin der Columbia University, die mit Abscheu von einer Tea-Party-Zusammenkunft schreibt, bei der nach Berichten über das bevorstehende Ableben von nicht-versicherten Kranken gejubelt worden sein soll. „Unter welchen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen entstehen solche Formen fröhlicher Grausamkeit?“, fragt sie.

Das ist eine gute Frage. Zwei Absätze später allerdings hat sich das Thema unvermeidlich zu Occupy verschoben und seiner glor-

reichen Weigerung, Forderungen aufzustellen, und Butler hat sich in ein ganz anderes Verständnis von Protestierenden hineintheorisiert: „Wenn Körper sich zusammenfinden, wie sie es tun, um ihre Empörung auszudrücken und ihre plurale Existenz im öffentlichen Raum darzubieten, stellen sie auch weitergefasste Forderungen“, schreibt sie. „Sie fordern, anerkannt und wertgeschätzt zu werden; sie machen ein Recht geltend, zu erscheinen und Freiheit auszuleben; sie rufen nach einem lebenswerten Leben.“ Das ist es, was sich empörende Leute automatisch tun, einfach indem sie auftauchen und ihre Existenz mit ihren Körpern darbieten – außer, so scheint es, wenn es sich um die zwei Absätze zuvor beschriebenen Leute handelt. Wenn die Empörten von der Tea Party sind, schätze ich, sind ihre Körper negativ aufgeladen oder ähnliches, so dass sie nach dem Ableben anderer Menschen rufen, wenn sie zusammenfinden.

Das ist ein großer Unterschied, wenn man bedenkt, dass sich die beiden Bewegungen oberflächlich betrachtet so ähnlich sind. Beispielsweise sind beide beinahe besessen von den Bankenrettungen von 2008, die sie richtigerweise als Wendepunkt in der öffentlichen Wahrnehmung von Geschäftswelt und Regierung auffassen. Mitglieder beider Bewegungen beschreiben die Bankenrettungen als „Kumpel-Kapitalismus“. Beide tun ihren Unmut durch Besetzung öffentlicher Räume kund, und beide betonen den Aufwand, den ihre Kader zur Sauberhaltung dieser Räume betrieben haben. Unter prominenten Vertretern sowohl der Tea Party als auch von Occupy finden sich Anhänger Ron Pauls⁸, und Rufe nach einem „Ende der Fed“ waren sowohl im Zuccotti Park als auch bei den Kundgebungen von Glenn Beck⁹ zu hören. Dann gab es die Guy Fawkes-Masken, die in beiden Gruppen beliebt sind, die nicht an die 99 % oder einen Amerikaner aus einem streng republikanischen Bundesstaat erinnern, sondern einen Comichelden, der einen gerechten Ein-Mann-Krieg gegen eine tyrannische Regierung führt.¹⁰

Auch die Bewegungskulturen gleichen sich. Tea-Party- wie Occupy-Leute halten ihre Forderungen bewusst unscharf, um so ein weites Spektrum der Unzufriedenen einspannen zu können. Und beide Gruppen haben einen Verfolgungsfetisch. Bei den Occupy-Anhängern ist es die Polizei, die die Hilflosen mit Pfefferspray aufmischt und festnimmt, was in jedem der genannten Büchern breitgetreten wird. Will Bunchs „*October 1, 2011: The Battle of the Brooklyn Bridge*“ (2011) ist eine vierzigseitige Nacherzählung davon, wie ein einzelner Occupy-Protestmarsch in einer Massenverhaftung endete, während Chomskys Buch „den 6705 Menschen, die bis heute wegen ihrer Unterstützung von Occupy festgenommen wurden“ gewidmet ist. Auf der anderen Seite sind es bei der Tea Party die liberalen Medien, die sie „rassistisch“ nennen, eine Grausamkeit, die rechte Autoren genauso besessen nacherzählen wie die Occupy-Leute die Grausamkeit der New Yorker Polizei – zum Beispiel in Michael Grahams Buch „*That’s No Angry Mob, That’s My Mom: Team Obama’s Assault on Tea-Party, Talk-Radio Americans*“ (2010), das nahezu ausschließlich damit befasst ist, liberale Beschimpfungen der Tea Party aufzulisten.

Führungslosigkeit ist ein weiterer Wert, der von den *Indignierten* von rechts wie von links beansprucht wird. Es gibt sogar ein Kapitel im „Tea Party Manifest“ von Dick Armey (Armey/Kibbe 2010) mit dem Titel „Wir sind eine Bewegung von Ideen, nicht von Anführern“ – wie ironisch, schließlich wird Armey oft „Armey, der Anführer“ genannt, in Anerkennung der Zeit, als er Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus war. Die Begründung ist hier allerdings die gleiche wie bei Occupy. Oder, wie Armey es ausdrückt: „Wenn sie wüssten, wer das Sagen hat, könnten sie ihn oder sie angreifen. Sie könnten die lästige Gegenstimme der Tea Party zerstören“. Die Occupy-Leute sagen natürlich das gleiche: Wenn man Anführer hat, können sie kooptiert werden.

Aber immerhin ist doch das Alleinstellungsmerkmal von Occupy, dass Protestieren ein

Zweck an sich ist, dass „der Prozess die Botschaft ist“ – immerhin *das* ist doch einzigartig, nicht wahr? Schließlich haben die Occupy-Aktivistinnen und ihre Chronisten so viel Gehirnschmalz darauf verwendet, zu theoretisieren, zu erklären und zu verteidigen, dass die horizontale Organisationsweise ein Modell, eine Forderung und eine Philosophie zugleich ist, dass es unmöglich von ihrem politischen Gegenbild geteilt werden kann.

Doch auch hier ähneln sich die Bewegungen – wenn man die Theorie leicht verändert. „Wir nennen diese komplexe und mannigfaltige Bewegung ‚schönes Chaos‘“, schreibt Dick Arme in seinem Tea Party-Manifest. „Damit beziehen wir uns auf die herrschende Theorie des Organisationsmanagements: Dezentralisierung des individuellen Wissens ist der beste Weg, das Engagement der Leute zu maximieren“. Während die glorreiche Dezentralisierung von OWS eine akademische Theorie des Räumeschaffens umsetzen sollte, setzt die glorreiche Dezentralisierung der Tea Party die Regeln des Marktes um; sie verwirklicht die jüngste Management-Theorie; sie verwirklicht die Demokratie selbst. Die linksliberalen Befürworter der eingreifenden Regierung hingegen fühlen sich Arme zufolge hingezogen zu Hierarchien: „Sie können sich eine ungeleitete gesellschaftliche Ordnung nicht vorstellen“, erklärt er, „*es muss jemand die Kontrolle haben*“.

Armes Ko-Autor Matt Kibbe greift diese Idee auf und führt sie weiter. „Dies ist keine politische Partei“, insistiert er, „es ist eine soziale Zusammenkunft“. Die Tea-Party-Events haben meines Wissens keine Trommelkollektive, aber Kibbe sagt nichtsdestotrotz, sie erinnern ihn „an den Gemeinschaftssinn, den man auf dem Parkplatz vor einem Grateful-Dead-Konzert hatte: friedlich, verbunden, lächelnd, im gemeinsamen Ziel vereinigt.“ Es sei „eine Revolte von unten, (...) eine Gemeinschaft im wahrsten Sinne des Wortes“.

Betrachtet man die Tea-Party-Kultur genau, findet man sogar Spuren von Occupys Weigerung, konkrete Forderungen zu stellen. Man

denke nur an die Bewegungs-Säulenheilige Ayn Rand (als Philosophin genauso weitschweifig wie Judith Butler) und ihr 1957 erschienenes Opus Magnum *Der Streik*¹¹, in dem „Forderungen“ etwas sind, das die Regierung im Namen ihrer faulen und unproduktiven Klientel stellt. Geschäftsleute hingegen bedienen sich der Verträge; sie handeln nur durch die als zwangslos dargestellten Marktverhältnisse. So erklärt John Galt, der Anführer des Kapitalisten-Generalstreiks in einer langen Rede dem amerikanischen Volk (das Rand eindeutig verachtete): „Wir haben keine Forderungen an Euch zu richten, nichts, um darüber zu verhandeln, keinen Kompromiss mit euch zu erreichen. Ihr könnt uns nichts bieten. *Wir brauchen Euch nicht.*“

Ein Streik ohne Forderungen? Waaas?!?!? Warum nicht? Weil Forderungen bedeuteten, die Legitimität des Feindes, namentlich des Staates, anzuerkennen. Rands irreführend-augefeilter Begriff dafür ist die „Sanktion des Opfers“. Wenn er auf seine Selbstverwirklichung zuarbeitet, soll der Wirtschaftsmagnat – das „Opfer“ in Rands verzerrtem Weltbild – lernen, seine Segnungen der Gesellschaft vorzuenthalten, die ihn mit Steuern und Regulierungen ausbeutet. Sobald er erleuchtet wurde, soll der Milliardär nichts zu tun haben mit den Plünderern und Schnorrern der linksliberalen Welt; es gibt nur antagonistische Begegnungen zwischen ihnen.

Und wie planen Rands geknechtete 1 %, schließlich zu obsiegen? *Indem sie eine Modellgemeinschaft innerhalb der alten schaffen, genauso wie Occupy es im Sinn hatte.* Anstatt jedoch Versammlungen im Park abzuhalten, ziehen sich ihre verfolgten Milliardäre zurück in ein unbekanntes Tal in Colorado, wo sie einen vollkommenen, zwanglosen Kapitalismus erschaffen, inklusive eines selbstgeschaffenen Goldstandards. Eine Art Singapur in luftiger Höhe, schätze ich. Und dann, als Amerika zusammenbricht – ein Ereignis, das Rand auf hunderten von Seiten mit quasi-pornographischer Detailtreue ausbreitet – treten die Magnaten einfach hervor und übernehmen.

Eine letzte Übereinstimmung. Der eigentümliche ideologische Schachzug der Tea Party bestand natürlich darin, die Wut der Öffentlichkeit weg von der Wall Street und auf die Regierung umzulenken. Und dies hat Occupy auch getan, wenn auch in abstrakterer und theoretischer Weise. Betrachten wir beispielsweise die Worte, mit denen der Anthropologe Jeffrey Juris (2012) uns erläutert, warum es genau richtig war, Parks zu besetzen: „Die Besetzungen stellten die souveräne Macht des Staates infrage, die Verteilung von Körpern in Raum (hier folgen fünf Zitate) zu regulieren und zu kontrollieren; teilweise durch Aneignung und Umwidmung bestimmter städtischer Räume wie öffentlicher Parks und Plätze als Arenen für öffentliche Versammlungen und demokratische Meinungsäußerung (es folgen weitere drei Zitate)“. Diese Art Rhetorik ist völlig typisch für Occupy und die akademische Linke – immer im Kampf gegen „den Staat“ und seine abscheuliche Macht „zu regulieren und zu kontrollieren“ – aber es braucht keine besonders gründliche Lektüre des Textes, um zu bemerken, dass diese Sprache, mit ein bisschen Zurechtbiegen, auch als libertärer Protest gegen Bauordnungsbestimmungen durchgehen könnte.

Weil keines der hier beschriebenen Bücher die vielen offensichtlichen Parallelen zwischen beiden Protestbewegungen ernst nimmt, bietet auch keines davon eine Theorie darüber an, warum sie sich so erstaunlich ähnlich sind. Erlauben Sie mir also, meine vorzustellen.

Occupy und Tea Party sind so verblüffende Abziehbilder des jeweils anderen, weil beide vom zähen, selbstbezogenen Radikalliberalismus zehren, der heute unser Denken durchflutet, von den Teenagern vom Disney-Kanal, die sie selbst sein wollen, bis zu den Punk-Rock-Halbstarren, die eine Starbucks-Filiale verwüsten. Von Chris Hedges bis zu Paul Ryan glaubt jeder Andersdenkende, dass er gegen „den Staat“ auflehnt. Es scheint in die kulturelle DNA unserer Tage eingelassen zu sein; unsere Rock-‘n’-Roll-Rebellen, unsere Hollywood-Helden, sogar unsere FBI-Agenten. Sie alle hassen

den Staat – die Protestierenden im Zuccotti-Park ebenso wie die Armani-tragenden Wertpapierhändler, welche die Protestler einzuschüchtern hoffen. Aber hier liegt der Hund begraben: Nur die Rechte scheint davon zu profitieren.

Und nun?

Wie sich herausstellte, meinte die Tea Party nichts von ihrem Gerede über horizontale Organisation wirklich ernst; das gab es nur, um die Bewegung für potentielle Anhänger attraktiv zu machen. Die Tea Party hatte keine post-strukturalistischen Denker, die zu ihren Theoriemagazinen beitrugen, aber sie hatte Geld, Organisation und eine TV-Mediengruppe im Rücken. Sie entwickelte schnell Anführer, Forderungen, und Anschluss an eine politische Partei. Ihre wichtigen Organisationen mutierten zu SuperPACs¹², ihr antihierarchischer Populismus verherrlichte schließlich das Geld – was, für Gläubige des freien Marktes, dem authentischen Ausdruck des Allgemeinwillens am nächsten kommt. Und vielleicht war das von Anfang an der Plan der Herren dieser Bewegung. Die Unschärfe und Führerlosigkeit waren nur Täuschung, so scheint es – Verkaufstricks, um dem Produkt die größtmögliche Anziehungskraft zu verleihen.

Occupy Wall Street ist nie bis an diesen Punkt gekommen. Es nahm seine horizontale Organisationform ernst. In seinen Anfangstagen wuchs es beachtlich, weil jeder, der sich über irgendetwas ärgerte, Anknüpfungspunkte mit den unspezifischen Forderungen zu finden glaubte. Aber als der Staat eine härtere Gangart gegenüber Occupy einlegte, wurde schnell deutlich, dass diese Art des Wachstums nicht nachhaltig war.

Mir ist aber schon seit 2011 klar, dass die konservative Ära nur von einer Art linker Massenbewegung beendet werden kann. Aber welche Art von Bewegung könnte erfolgreich sein? Nun, für den Anfang sollte es eine Bewegung sein, deren wichtigste Werte nicht aus einer abstrakten Gegnerschaft zum Staat erwachsen oder dem Bedürfnis der Protestieren-

den, dass ihre Stimme erhört wird, sondern vielmehr aus dem Alltag der arbeitenden Menschen. Es wäre hilfreich, wenn die Bewegung nicht in New York ihren Ausgang nimmt. Und es ist absolut erforderlich, dass sie nicht ausgerufen wird wegen eines Bedürfnisses von Aktivist*innen, Phantasien über das Paris von 1968 auszuleben.

Versucht Euch eher an Mississippi in den 1950ern¹³. Oder wiederholt Flint, Michigan von etwa 1937¹⁴, und Ihr werdet weiterkommen. Schaut nach Omaha im Jahr 1892¹⁵, und die Dinge könnten anders laufen.

Dieser Text erschien im Original unter dem Titel „To the Precinct Station. How theory met practice and drove it absolutely crazy“ in der Zeitschrift *The Baffler* (Nr. 21, Oktober 2012). Aus dem Amerikanischen von Alban Werner.

Thomas Frank ist Publizist und Mitbegründer der Zeitschrift *The Baffler*. Auf deutsch erschien zuletzt „Arme Milliardäre! Der große Bluff oder Wie die amerikanische Rechte aus der Krise Kapital schlägt“ (erschienen bei Kunstmann).

Anmerkungen

¹ Die Sprecherin war Natasha Lennard, die für die New York Times über OWS berichtete, aber gleichzeitig eine offensichtliche Sympathisantin der Bewegung war.

² Forderungen wurden zu Beginn von OWS mehr wie ein Scherz behandelt; so veröffentlichte das Zuccotti-Park-Camp gleich zu Beginn eine Liste mit ironischen Nicht-Forderungen. Etwas später einigte man sich auf eine Liste mit ernstesten Beschwerden, bevor man im Dezember 2011 schließlich eine konkrete politische Forderung aufstellte.

³ Wiederum stellt der n+1-Sammelband die einzige Ausnahme dar.

⁴ So schreibt Judith Butler in der zweiten Ausgabe von *Tidal*, einem Journal für Occupy-Theory: „Simply put, the appeal or de-

mand that sought to be satisfied by the existing state, global monetary institutions, or corporations, national or transnational, would be giving more power to the very sources of inequality, and in that way aiding and abetting the reproduction of inequality itself. As a result, another set of strategies are required, and what we are now seeing in the Occupy Movement is precisely the development of a set of strategies that call attention to, and oppose, the reproduction of inequality.“ (Butler 2012)

⁵ Ich gestehe, dass ein Verzicht auf Forderungen etwas Herausragendes ist, aber nicht in dem Sinne, wie Hedges und Konsorten glauben. Indem auf konkrete Forderungen verzichtet wurde, gelang es Occupy, auf der Welle öffentlicher Erregung mitzuschwimmen, ohne direkt von Ultralinken (also beispielsweise Chris Hedges) gekapert zu werden – also von der Gruppe, die die Öffentlichkeit weiterhin noch mehr hasst als Investmentbanker. Wenn das jedoch der wirkliche Plan hinter der Unordnung von Occupy gewesen sein sollte, wird er dennoch in keinem Buch erwähnt.

⁶ Anm. d. Ü.: Die radikalliberale Philosophin Ayn Rand ist Autorin des libertären Standardwerks „Der Streik“ (s.u.).

⁷ Declaration von Michael Hardt und Antonio Negri.

⁸ Anm. d. Ü.: Ron Paul ist ein Libertärer, der eine relevante, radikal staatskritische und marktliberale politische Strömung in den USA anführt und drei Mal (zuletzt 2012) den Versuch unternahm, zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner nominiert zu werden. Paul vertritt neben wirtschaftsliberalen auch gesellschaftspolitisch eher „links“ konnotierte Positionen wie Gegnerschaft zum Militarismus, Legalisierung von Drogen und Homosexuellenrechten. Eines seiner bekanntesten Bücher heißt „End the Fed“, in dem er die Auflösung der Zentralbank Federal Reserve und ein Ende des staatlichen Geldmonopols fordert.

- ⁹ Anm. d. Ü.: Glenn Beck ist ein berühmter Fernsehmoderator und Buchautor, der in seinen Sendungen auf dem konservativen TV-Sender FoxNews zur Teilnahme an den Aktionen der Tea Party aufrief.
- ¹⁰ Anm. d. Ü.: Guy Fawkes war ein englischer Soldat im 17./18. Jahrhundert und an einem gescheiterten Attentat auf König James I. beteiligt. Seine Figur dient dem Helden des Alan-Moore-Comics „V for Vendetta“ in einem dystopischen Großbritannien als Vorbild. Die von diesem getragene „Guy Fawkes“-Maske wurde vor allem durch die Verfilmung aus dem Jahre 2005 weltweit bekannt und immer häufiger auf Demonstrationen verwendet.
- ¹¹ Anm. d. Ü.: Im Original „Atlas Shrugged“. Der 1168 Seiten starke, dystopische Roman gilt als Kultbuch und Pflichtlektüre bei vielen Wirtschaftsliberalen und Marktlibertären in den USA und wird jährlich in 400.000er Auflage vom Ayn-Rand-Institut an High-School-Schüler gratis verteilt (Anm. d. Ü.).
- ¹² Anm. d. Ü.: Die sog. Super Political Action Committees (PACs) sind Organisationen, die formal von den beiden großen Parteien unabhängig sind und seit der „Citizens United“-Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von 2010 unbegrenzt Spenden empfangen und in Wahlkämpfen einsetzen dürfen, solange sie nicht explizit für einen Kandidaten Position ergreifen, was zur massiven Steigerung des sog. „negative campaigning“ geführt hat.
- ¹³ Anm. d. Ü.: Mississippi wurde ab den 1950ern Schauplatz einer Kampagne zur Registrierung der schwarzen US-Bevölkerung in die Wählerlisten, was auf erheblichen Widerstand der lokalen Behörden und weißen Bevölkerung stieß.
- ¹⁴ Anm. d. Ü.: Damals fand ein berühmt gewordener Besetzungstreik von Arbeitern gegen General Motors statt.
- ¹⁵ Anm. d. Ü.: Am 4. Juli 1892 fand in Omaha, Nebraska der Gründungskongress der „Populist Party“ statt, auf dem sie auch das nach der Stadt benannte Parteiprogramm verab-

schiedete. Die Populisten vereinigten aufgebrauchte Bauern mit dem damals radikaleren Teil der US-amerikanischen Arbeiterbewegung, den „Knights of Labor“.

Literatur

Armey, Dick/Kibbe, Matt 2010: Give us Liberty. A Tea Party Manifesto. New York: HarperCollins.

Blumenkranz, Carla/Gessen, Keith/Greif, Mark/Leonard, Sarah/Resnick, Sarah (Hg.) 2011: Occupy!: Scenes from Occupied America. London/New York: Verso.

Bunch, Will 2011: October 1, 2011: The Battle of the Brooklyn Bridge. Kindle Edition.

Butler, Judith 2011: For and Against Pre-arity. In: tidal. Occupy theory, occupy strategy, Jg. 1, Heft 1, 12-13.

Chomsky, Noam 2012: Occupy (Occupied Media Pamphlet Series). New York: Zucotti Park Press.

Flank, Lenny (Hg.) 2011: Voices From the 99 Percent: An Oral History of the Occupy Wall Street Movement. St. Petersburg, FL: Red and Black.

Gitlin, Todd 2012: Occupy Nation: The Roots, the Spirit, and the Promise of Occupy Wall Street. New York: HarperCollins.

Graham, Michael 2010: That's No Angry Mob, That's My Mom: Team Obama's Assault on Tea-Party, Talk-Radio Americans. Washington, DC: Regnery.

Hedges, Chris/Sacco, Joe 2012: Days of Destruction, Days of Revolt. New York: Nation Books.

Juris, Jeffrey 2012: Reflections on #Occupy Everywhere: Social Media, Public Space, and Emerging Logics of Aggregation. American Ethnologist, Jg. 39, Heft 2.

van Gelder, Sarah (Hg.) 2011: This Changes Everything: Occupy Wall Street and the 99 % Movement. San Francisco: Berret-Koehler.

Writers for the 99 % (Hg.) 2011: Occupying Wall Street: The Inside Story of an Action that Changed America. Chicago: Haymarket.

ANALYSE

Die Politik der Antipolitik: „Finnlandisierung“ von Occupy?

Zwischen den verschiedenen Formen von Occupy und dem Wandel in mittelosteuropäischen Staaten während des Kalten Krieges lassen sich Parallelen aufzeigen. Die Bevölkerungen von Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei beispielsweise versuchten in den 1970er und 1980er Jahren mit Hilfe von „Antipolitik“, sich langsam von der sowjetischen Dominanz zu entfernen und ihre Regierungen dazu zu bringen, diesen Kurs zu unterstützen. Bei „Antipolitik“ (Konrád 1989) geht es weniger darum, den Staat zu etwas zwingen zu wollen, sondern vielmehr darum, einen Prozess der Entmystifizierung und Machtverteilung in Gang zu setzen. So verstanden sind die Occupy-Bewegungen rund um den Globus weniger an Macht interessiert, als es eine Massenrevolution wäre.

Vielleicht geht es beim Verständnis der Occupy-Bewegung genau darum: eben nicht um die direkte Konfrontation mit dem Staat und seinen Vertretern, sondern um das Heraustreten aus dem herrschenden Paradigma der ideologischen Auseinandersetzung und der Ablehnung der Argumente der „politischen Klasse“ oder der „Herrscher“. György Konráds (1989) Essay „Antipolitik“ beschreibt einen solchen Prozess, ähnlich dem, was während des Kalten Krieges in Finnland geschah und dementsprechend „Finnlandisierung“ genannt wurde. In Finnland wurde Antipolitik Teil der Außenpolitik, und Finnland wurde zu einem der wohlhabendsten Nationalstaaten der Welt – indem es den ideologischen Konflikt mit den beiden Supermächten vermied und nicht an dem ideologischen Wettkampf teilnahm. Können wir also das Konzept von Antipolitik verwenden, um Occupy analytisch zu „finnlandisieren“?

Soziale Bewegungen und Macht

Politische Theorie beschäftigt sich häufig mit (staatlicher) Macht und der Frage, wie

und warum diese angefochten wird. In diesem „Machtkampf“ geht es im Allgemeinen auch um Ressourcen, um Beschäftigung, um die Verteilung von Waren und Dienstleistungen und um die grundlegenden Bedürfnisse des Lebens. Historisch betrachtet war das wichtigste Ziel revolutionärer sozialer Bewegungen die Erlangung staatlicher Macht, um diese Ressourcen zu verteilen (Della Porta 2007, 2009). Alternativ ging es sozialen Bewegungen um die Ausweitung sozialer und politischer Rechte, die sie durch Aushandlung mit dem Staat zu erreichen suchten (Della Porta/Diani 2006; Tilly 2005, 2009). Es gibt in der Literatur zu sozialen Bewegungen eine signifikante Leerstelle, wenn es um soziale und politische Veränderungen geht, die nicht direkt mit einer legislativen oder strukturellen Staatsreform in Verbindung gebracht werden können. Deshalb können hier sowohl Konráds Antipolitik als auch das innovative Konzept der Finnlandisierung erhellend sein.

„Das Erstaunliche der Antipolitik ist, dass einer Person Dinge als komisch, grotesk oder sogar unmöglich erscheinen. Sie erkennt, dass sie ein Opfer ist und dies nicht sein will. Sie möchte nicht, dass ihr Leben von anderen Menschen abhängt. Sie vertraut Politikern ihr Leben nicht an und nimmt sich die Sprache und die Philosophie von ihnen zurück.“ (Konrád 1989) Mit diesen Worten beginnt Konrád sein Essay „Antipolitik“, in dem er einen besonderen Blick auf Widerstand und die Möglichkeiten sozialer Bewegungen unternimmt, reale Veränderungen hervorzubringen. Die große (und gefährliche) Ironie des Ganzen: Ein antipolitischer Standpunkt ist nicht verbunden mit konkreten Forderungen, hat kein eigenes Programm, und die vorrangigen Anliegen sind oftmals abstrakt und von Prinzipien geleitet, die keine klare liberale oder auf Rechte fokussierte Agenda offenbaren. Ein solcher Standpunkt ist fast libertär in seinem Individualismus und humanistisch-marxistisch in seinem Vertrauen auf das kreative menschliche Subjekt.

Es ist klar, dass die Menschen in Mitteleuropa Veränderung anstrebten und sich vor allem der Machtstrukturen entledigen wollten, die so offensichtlich von der UdSSR unterstützt wurden. Dennoch bedeutet das nicht, dass die gesamte mitteleuropäische Bevölkerung antikommunistisch oder antisozialistisch war, noch bedeutet es, dass sie einer gemeinsamen politischen Idee folgten. Die meisten modernen Staaten und Gesellschaften sind unterschiedlich und haben unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen – und die mitteleuropäischen Länder bildeten hier keine Ausnahme. Konráds These der Antipolitik kann jedoch in gewisser Weise als ein einigendes Moment wahrgenommen werden, das jenseits des ideologischen Links-Rechts-Spektrums liegt und uns ein analytisches Werkzeug bietet, mit dem sozialer und politischer Wandel anders untersucht werden kann. Das einigende Moment ist dabei die Loslösung vom Staat und die (Wieder-)Verbindung mit Menschen in unserem alltäglichen Leben.

Diesen Gedanken möchte ich gerne weiterführen und sehen, ob man von einer genuinen sozialen Bewegung sprechen kann, die sich in ihrer Kritik an politischen und ökonomischen Strukturen manifestiert und dennoch gleichzeitig keine traditionellen Reformforderungen an den Staat stellt. So kann man Antipolitik als eine soziale Bewegung charakterisieren, aber als eine, die „immanent“ ist und nicht von vorneherein aus universellen Bedürfnissen und entsprechenden Forderungen entspringt. Oder einfacher: Anstatt zu fragen, „Was wollen sie?“, bringt uns Antipolitik dazu, zu fragen, *warum* sie soziale Veränderung wollen. An dieser Stelle kommt Antipolitik als soziale Bewegung der These der *Multitude* von Hardt und Negri (2004) sehr nahe – und zeigt gleichzeitig Ähnlichkeiten mit Finnland nach dem Zweiten Weltkrieg auf, als die Finnische Außenpolitik geprägt war von der Ablehnung des Marshall-Plans und gleichzeitiger Ablehnung sowjetischer Dominanzansprüche. Effektiv verdeutlicht die finnische Neutralität nach dem Zweiten Weltkrieg und während des Kalten Krie-

ges, wie eine Abkopplung vom internationalen Staatensystem und eine Wiedereingliederung unter eigenen Bedingungen möglich waren. Dieser Doppelschritt, von manchen Politikern als Appeasement kritisiert, war so innovativ, dass er einer eigenen Definition und Charakterisierung bedurfte: das Paradigma der „Finnlandisierung“.

Was bedeutet das nun für Occupy und ähnliche Entwicklungen in sozialen Bewegungen weltweit – mit dem Ziel der Veränderung, aber ohne klare Forderungen und ohne klare Adressaten? In meinen Augen liegt zumindest ein Teil der Antwort in Konráds Idee der Antipolitik. Konrád ging es weniger um Opposition als vielmehr um die Loslösung von einem System, das nicht einmal basale humanistische Eigenschaften aufwies. Wie soll man mit einem Staat interagieren, der ständig überwacht und das alltägliche Leben kontrolliert? Protest ist bedeutungslos, offizielle Briefe und Anfragen an Staatsvertreter stärken nur deren Dominanz – der einzige Ausweg ist dementsprechend, am Anfang anzufangen und den eigenen Körper einzusetzen, etwas physisch zu besetzen [occupy, Anm. d. Ü.] oder ihn aus einer Situation oder einem Ort herauszunehmen [de-occupy, Anm. d. Ü.], nicht unbedingt mit der Staatsgewalt zu kommunizieren, sondern sich zu entziehen und zu hoffen, dass andere das auch machen. Hier geht es weder um die Herrschaft der Masse noch im den Rechtediskurs der liberalen Theorie, hier geht es um die Antipolitik des Widerstands. Widerstand nimmt die Form einer *Abkopplung* von den staatsgenerierten Alternativen an. Ironischer Weise sehen wir uns heute, weltweit betrachtet, ähnlichen Herausforderungen ausgesetzt wie unter den realsozialistischen Systemen der mitteleuropäischen Staaten in den 1970er und 1980er Jahren. Dies werde ich im Folgenden erläutern.

Der Totalitarismus der Biopolitik

Für Konrád ist Widerstand gegen totalitäre Regime nur durch *Opt-Out* möglich. Die dahinterstehende Logik ist, dass einem totali-

tären System, das alle Bereiche des Lebens kontrollieren und sicherstellen will, dass alle menschlichen Handlungen irgendwie auf den Staat bezogen sind, nur dadurch begegnet werden kann, dass man nicht mit ihm interagiert. Schließlich, so die These, werde der Staat zusammenbrechen, weil keiner mehr da ist, der am Staatsleben teilnimmt und dieses zusammenhält. Diese Auflösung wird stattfinden, da der Staat nur noch Aktivitäten überwachen wird, die nicht einmal mehr Teil dessen sind, was der Staat wirklich überwachen will, und damit immer weiter nach innen schaut, bis er nur noch eine leere Hülle ist. Eine solche Sicht verändert unsere Interpretation der Geschichte von sozialen Bewegungen und von politischem Wandel fundamental, denn es offenbart sich eine vollständig neue Version von sozialer und politischer Organisation.

Darüber hinaus bricht damit auch unsere Vorstellung einer Dichotomie zwischen den liberaldemokratisch-kapitalistischen und den realsozialistischen Staaten während des Kalten Krieges. Dieser „Bruch“ zeigt sich in der fast allgegenwärtigen Festschreibung von Überwachungsapparaten in den Strukturen der meisten liberaldemokratischen Staaten. Kommunikationen und finanzielle Transaktionen stellen einen integralen Bestandteil des alltäglichen Lebens dar; und wenn all diese Daten verfügbar sind, haben wir eine zweifache Systemähnlichkeit zwischen liberalen und realsozialistischen Staaten: Zum einen verfallenen liberaldemokratische Systeme in den Glauben, ständige Überwachung sei notwendig, d.h. sie „wollen“ ihre Bürgerinnen und Bürger überwachen, und da alle diese Daten verfügbar sind, ist dies auch ohne weiteres möglich. Zum anderen verstärken die allgegenwärtigen sozialen Medien den aktuellen Trend der „Unterwachung“¹, also einer Form der „Überwachung von unten“, die zur Zeit häufig anzufinden ist (Owen/Imre 2013). Diese Unterwachung wird nicht unbedingt von durch den Staat kooptierten Akteuren durchgeführt, so wie es während des Kalten Krieges in der DDR üblich war – es ist nicht

nötig, Agenten anzustellen, die die Menschen überwachen, wenn die Fähigkeit zur und Möglichkeit der Überwachung direkt durch die sozialen Medien bereitgestellt wird (ebd.).²

So gesehen sind wir in einer bestimmten Art und Weise alle am gleichen Punkt angekommen: einer konsumorientierten Realität mit einem ausgehöhlten Staatssystem, einer entrechteten Mehrheit und einem kleinen Prozentsatz von sehr reichen Menschen, die die Produktionsmittel kontrollieren. Vielleicht können an dieser Stelle Biopolitik und biopolitische Analysen zum Verständnis der neuen Formen von Massenbewegungen beitragen. Das werde ich im Folgenden kurz diskutieren.

Die Analysen der Probleme liberalkapitalistischer Systeme nach dem Ende des Kalten Krieges von Michael Hardt und Antonio Negri haben deshalb Bedeutung für uns, weil sie die biopolitischen Veränderungen aufzeigen, unter denen die „Multitude“ von unten agieren kann. Dieses „Agieren von unten“, eigentlich die gesamte Definition der Multitude in ihrem Widerstand gegen die immer weiterführende „Versicherheitlichung“ [securitisation, Anm. d. Ü.] und gegen die totale wirtschaftliche Kontrolle des alltäglichen Lebens ist nicht unbedingt Widerstand gegen den Staat; noch ist es eine Affirmation staatlicher Macht. Dementsprechend deuten Analysen von politischem Wandel und Machtverschiebungen auf eine spezifische Fragestellung hin: Wie und warum besetzt „der Körper“ dann staatlich kontrollierte Räume, und was bedeutet das?

Machtbeziehungen sind in modernen Staaten überall zu finden. Die Analyse dieser Machtbeziehungen und ihre Verbindung zu Biopolitik ist Gegenstand vieler Untersuchungen. Giorgio Agamben beispielsweise zeigt eine Reihe von möglichen Weiterentwicklungen biopolitischer Machtarrangements auf. Mit *Die kommende Gemeinschaft* (2003 [1993]) bereitet er den Weg für die späteren Überlegungen von Hardt und Negri, indem er Konzepte zu *nichtessentieller Solidarität* einführt, die uns eine neue Sicht auf soziale Bewegungen ermöglicht, die politischen Wandel fordern.

In dem Sammelband *Beyond Biopolitics: Essays on the Governance of Life and Death* von Patricia Ticineto Clough und Craig Willse (2011) wird die biopolitische Sachlage von unterschiedlichen Positionen aus betrachtet, doch ein roter Faden bleibt sichtbar: die fortschreitende Loslösung von einem Staat, der seinerseits darauf konzentriert ist, die Körper der Bürgerinnen und Bürger immer stärker an seinen Staatsapparat zu binden. So gibt es beispielsweise Konzepte wie das der „surveillant assemblage“ (Owen/Imre 2013), also der Vernetzung unterschiedlicher Überwachungsmethoden, das als Überwachungskonglomerat verschiedener Institutionen und Organe des neoliberalen Staates nicht nur die Fähigkeit besitzt, das „nackte Leben“ zu ordnen, sondern jede Nuance des alltäglichen Lebens zu leiten, zu analysieren, zu überwachen, zu evaluieren. So hat diese „vernetzte Überwachung“ Machtstrukturen geschaffen, die es dem neoliberalen Staat nicht nur ermöglichen, die Bevölkerung zu befrieden, sondern auch zu verunsichern und mit Angst zu erfüllen. Diese Machtstrukturen sind somit nicht nur hegemonial, sondern totalitär und maskieren diese totale Kontrolle mit liberalen Freiheiten.

So führt zum Beispiel Cagatay Topal (2011) eine interessante Analyse dieses Prozesses am Beispiel türkischer Migranten in Deutschland durch. Während verstärkte Partizipation und eine bessere Integration der türkischen Minderheit in Deutschland aus liberaler Sicht einen Fortschritt darstellen, zeichnet Topal ein anderes Bild, wenn man das Phänomen mit einem biopolitischen Ansatz – oder sogar noch weitergehend mit einem nekro-politischen, in dem bestimmte Menschengruppen als „entbehrlich“ gesehen werden – betrachtet. In diesem Verständnis finden Integration und „liberale Partizipation“ nur statt im Tausch gegen die „Seele“: Integration des Körpers und die Übergabe totaler Kontrolle über das, was türkische Identität bedeutet, an den deutschen Staat.³

So verstanden können biopolitische Ansätze einen guten Einblick darin vermitteln, wie moderne soziale Bewegungen und neue Solidaritäten entstehen, wie politischer und gesellschaftlicher Wandel stattfindet – ohne sich auf die „Was wollen sie“-Frage verlassen zu müssen. Es kann gut sein, dass das, was sie wollen, so neu ist, dass wir uns nicht richtig darauf einstellen können. Genau das, so mein Eindruck, ist mit der Occupy-Bewegung passiert.

Biopolitischer Widerstand gegen das Empire

Als Reaktion auf die andauernde globale Finanzkrise beginnt im September 2011 die „Occupy-Wall-Street“-Bewegung (OWS). Die Bewegung findet schnell Widerhall in anderen amerikanischen Städten und an Orten rund um die Welt. Doch auch schon vor Occupy und auch danach hat überall auf der Welt ähnliches stattgefunden, so dass Occupy vielleicht nur als Ereignishorizont oder Dreh- und Angelpunkt verstanden werden kann – mit ähnlichen Ereignissen vor und nach der eigentlichen Occupy-Wall-Street-Episode. „Occupy“ ist ein gutes nicht zeitlich festgelegtes Label, weil es die Art und Weise erfasst, wie es zur tatsächlichen physischen Besetzung kam, ohne direkten Anschluss an die sehr spezifischen um Rechte kämpfenden sozialen Bewegungen der Vergangenheit. Ähnliche Ereignisse gab es in Ägypten und Tunesien und dem Arabischen Frühling, den farbigen Revolutionen in der Ukraine 2004 (orange) und in Georgien 2003 (rosa) usw. Ich glaube, dass es Verbindungen zwischen Occupy und dieser Reihe von sozialen Bewegungen nach der Ära des Kalten Krieges gibt – und Konrads Arbeit nimmt vorweg, wie diese Verbindungen entstehen. In Occupy entstehen sie durch die Kreation einer neuen Form von Subjektivität außerhalb des neoliberalen Paradigmas – genau so, wie sich Antipolitik und Finnlandisierung um die Loslösung und Entkopplung von den vorherrschenden Paradigmen drehen, und nicht unbedingt darum, ein neues Paradigma zu schaffen. Was

Konrád nicht voraussehen konnte, war, wie sehr die neue Version des zeitgenössischen Liberalismus bzw. der neoliberalen Staat dem Politik- und Staatstypus nahekam, den er in den 1970er und 1980er Jahre in Ungarn (und in den anderen Staaten des Ostblocks, hauptsächlich der Tschechoslowakei, Polen und der DDR) kritisierte.

Die Occupy-Bewegung etablierte sich an verschiedenen Orten der Welt, gemeinsam mit anderen „Frühlings“ oder „Revolutionen“ im Nahen Osten und in Nordafrika. Diese „vielleichtigen“ [„multitudinal“, Anm. d. Ü.] politischen Veränderungen lassen sich direkt zurückführen auf (post)moderne Vorstellungen von Wandel, die man in linksradikalen und autonomen Bewegungen in Europa findet und die sich sogar noch früher in Forderungen nach Wandel in den mitteleuropäischen Staaten offenbarten. Die Herausforderung, die solche Vorstellungen für die internationalen Beziehungen hatten, ist tiefgreifend – weil sie eine Lösung von traditioneller Politikgestaltung bedeuten. Für die Vertreter des Staates ergeben sich zwei Schwierigkeiten: Zum einen zeigen diese Entwicklungen eine Wiederkehr des Körpers – Menschen, die tatsächlich den Staat herausfordern, indem sie Plätze besetzen, langsam oder gar nicht arbeiten oder Bagatelldiebstähle von staatlichen oder privaten Betrieben begehen. Zum anderen bleibt für die Vertreter des Staates unklar, was denn die Forderungen dieses „politischen Körpers“ [*body politic*, Anm. d. Ü.] waren; sie konnten nicht auf diese Forderungen der Menschen reagieren und den Körper nicht kooptieren. So bekommt der Körper seine wichtige Rolle als politischer Körper zurück.⁴

Aushandlungsprozesse als Ziel

In diesem kurzen Aufsatz habe ich versucht, mehrere theoretische Ansätze vorzustellen, die uns helfen können, moderne soziale Bewegungen zu verstehen. Dies ist keine vollständige Analyse, sondern der Anfang, über einen andauernden und sich schnell entwickelnden Prozess nachzudenken; es gibt weiterhin ein gro-

ßes Forschungsdesiderat in Bezug auf gesellschaftlichen und politischen Wandel. Zumindest müssen wir uns lösen von simplifizierenden Rechts-Links-Unterscheidungen; wir müssen uns daran gewöhnen, dass die Frage „Was wollen sie?“ nicht immer von Belang ist; und wir müssen überdenken, durch was sich soziale Bewegungen definieren lassen (wenn sich das überhaupt identifizieren lässt). Politischer Wandel, der große ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen hervorbringt, mag im Moment nicht ausreichend charakterisiert sein; das könnte an einem neuen Set an Umständen liegen, deren Definition kurz bevorsteht oder unmöglich ist. Wenigstens aber können wir herausfinden, „was sie nicht wollen“; die Ablehnung der herrschenden politischen und sozialen Ordnung ist greifbar.

An dieser Stelle zeigt sich nochmals die Ähnlichkeit mit dem Prozess der Finnlandisierung während des Kalten Krieges, als mehrere aufeinanderfolgende finnische Regierungen mit derselben Forderung auftraten. Sie versuchten sich von der Politik des Kalten Krieges loszulösen, versuchten der unfreien Wahl zwischen der USA und der UdSSR auszuweichen. So gesehen wusste die finnische Regierung, unterstützt von ihrer Bevölkerung, genau, was sie nicht wollte – was diese Haltung für Folgen hatte, war nicht unbedingt klar für die USA und die UdSSR, zumindest nicht in der Hinsicht, dass man wusste, „was sie denn wollen“. Was folgte, war ein stetiger Aushandlungsprozess, der schließlich erfolgreich war, indem er dem Kalten Krieg einen antipolitischen Ansatz hinzufügte. Vielleicht müssen wir die Occupy-Bewegung genau so betrachten – als den Beginn eines langen Aushandlungsprozesses.

Aus dem Englischen von Jan Rohwerder.

Robert Imre, PhD, ist Senior Lecturer an der Newcastle Business School der University of Newcastle (Australien). Kontakt: robert.imre@newcastle.edu.au.

Anmerkungen

- ¹ Anm. d. Ü.: Im Gegensatz zu *surveillance* („Überwachung“) spricht Imre hier im Original von *sousveillance*.
- ² Obwohl dies nicht bedeutet, dass es keine Kooptation der Internetprovider und Technologiefirmen durch den Staat und seine Sicherheitsapparate gibt – im Gegenteil weisen die Enthüllungen von Edward Snowden auf eine dauerhafte und allumfassende Überwachung jeglicher elektronischer Kommunikation durch staatliche Behörden.
- ³ In dieser Sicht ist auch der deutsche Multikulturalismus nicht gescheitert – er wurde nie begonnen. Die europäische Version des Multikulturalismus ist mit der australischen oder kanadischen Spielart nicht vergleichbar, da sie immer auf interkultureller Interaktion beharrt und ihren essentialistischen Kern nie verliert: Jemand ist „französisch“ (oder „deutsch“ oder „türkisch“), wenn er als Franzose (oder Deutscher oder Türke) geboren wurde und sich dementsprechend französisch (oder deutsch oder türkisch) mit all den dazugehörigen Eigenheiten verhält. Ein Recht auf Austritt aus diesen kulturellen Normen existiert in dieser Sicht nicht, denn man kann sich nicht aussuchen, „Nicht-Franzose“ zu sein, wenn man als Franzose geboren wurde (s. die Schriften von Will Kymlicka zu diesem Thema, z.B. Kymlicka 1995, Kymlicka/Norman 2000).
- ⁴ Anm. d. Ü.: Imre verwendet im Original ein Wortspiel mit dem *body politic*: „... second, state actors were left confused as to the demands of this body politic and could not react to coopt the body and ‚meet the demands‘ of the people concerned. As such, the body returns to the body politic.”

Literatur

Agamben, Giorgio 1993. Die kommende Gemeinschaft. Berlin: Merve.

Clough, Patricia Ticineto/Willse, Craig (Hg.) 2011: Beyond Biopolitics: Essays on the

Governance of Life and Death. Durham and London: Duke University Press.

Della Porta, Donatella (Hg.) 2009: Democracy in Social Movements. Houndsmill: Palgrave.

Della Porta, Donatella (Hg.) 2007: The Global Justice Movement. Cross National and Transnational perspectives. Boulder, CO: Paradigm.

Della Porta, Donatella/Diani, Mario 2006: Social Movements: an introduction. 2nd edition. Oxford: Blackwell.

Hardt, Michael/Negri, Antonio 2000: Empire. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Hardt, Michael/Negri, Antonio 2004: Multitude: War and Democracy in the Age of Empire. London: Penguin.

Imre, Robert 2010: Badiou and the philosophy of social work: A reply to Stephen Webb. In: International Journal of Social Welfare, Heft 19, 253-258.

Imre, Robert/Millei, Zsuzsanna 2009: Smashing cosmopolitanism: The Neo-liberal destruction of cosmopolitan education in East-Central Europe. In: Current Issues in Comparative Education. Heft 12, 76-85.

Konrád, György 1989: Antipolitika. Az Autonomía Kísértése. Codex RT. Budapest.

Owen, Stephen/Imre, Robert 2013: Little mermaids and pro-sumers: The dilemma of authenticity and surveillance in hybrid public spaces. In: The International Communication Gazette, 75 (5-6). i.E.

Tilly, Charles 2009: Social Movements, 1768-2008. 2nd edition (with Lesley Wood). Boulder, CO: Paradigm Publishers.

Tilly, Charles 2005: Trust and Rule. Cambridge, Mass.: Cambridge University Press.

Topal, Cagatay 2011: Necropolitical Surveillance: Immigrants from Turkey in Germany. In: Clough, Patricia Ticineto/Willse, Craig (Hg.): Beyond Biopolitics: Essays on the Governance of Life and Death. Durham and London: Duke University Press, 238-57.

ANALYSE

Zeigt uns Occupy, dass die Wissensgesellschaft gescheitert ist?

Bedeutende Konzepte zur Wissensgesellschaft (Drucker 1993, 1998; Castells 2004; Willke 2011) gehen davon aus, dass in der Wissensgesellschaft alle Funktionssysteme wissensbasiert sind. Wissen wird zur wichtigsten Ressource und zum entscheidenden Produktionsfaktor. Mitarbeiter werden zu Produzenten und Inhabern immaterieller Vermögenswerte. Laut Drucker liegt ein Hauptcharakteristikum der Wissensgesellschaft in der Internationalität und Mobilität durch die Beweglichkeit von Wissen und gleichen Aufstiegsmöglichkeiten für alle dank der allgemeinen Schulbildung. Mitarbeiter und Organisationen sind in Druckers Konzept der Wissensgesellschaft wechselseitig aufeinander angewiesen; der Einzelne auf das Gehalt als Lebensgrundlage, die Organisationen auf das Wissen ihrer Mitarbeiter. Die vorherrschende Arbeitsform in der Wissensgesellschaft ist durch flexible Arbeit charakterisiert, wie freie Mitarbeit, Teilzeitarbeit, befristete Verträge, Unterbeschäftigung etc. Hierdurch werden die Zwangssolidargemeinschaften geschwächt und es lässt sich eine zunehmende Privatisierung der Sicherungssysteme verzeichnen. Darüber hinaus ergeben sich durch die Erosion der Loyalität zwischen Mitarbeiter und Unternehmen zusätzliche Probleme in der sozialen Absicherung. Durch den Wertewandel der Arbeit ist für die Wissensgesellschaft eine Verringerung des zentralen Stellenwertes der Arbeit anzunehmen: Wert und Erfolg eines Lebens spiegeln sich zunehmend weniger in einem gelungenen Erwerbsleben wider (Willke 1999; Hörning et al. 1998). Dem stehen zahlreiche Hindernisse wie Sicherheit, Anerkennung, Unabhängigkeit oder Selbstachtung gegenüber, die derzeit (noch) von der Erwerbsarbeit bestimmt werden. Daher beschreiben Konzepte zur Wissensgesellschaft während des

Wertewandels von Konformitäts- hin zu mehr Autonomiewerten eine Phase der Unsicherheit (Willke 1999). Die neue Selbstständigkeit der Wissensarbeiter wird einerseits als mitreißend beschrieben, andererseits ist bekannt, dass dem maßlose Anforderungen und Überforderungen gegenüberstehen (Glißmann 2000). In den Konzepten zur Wissensgesellschaft wird daher gefordert, dass diese neue Selbstständigkeit durch die Unternehmen aktiv unterstützt wird.

Teilhabe durch Investition in Bildung?

Angesichts der Occupy-Bewegung, bei der sich auch zahlreiche Wissensarbeiter aufgrund fehlender beruflicher und gesellschaftlicher Teilhabechancen engagieren, stellt sich die Frage, ob die Wissensgesellschaft als gescheitert zu bezeichnen ist.

Die Occupy-Bewegung (Graeber 2012), die sich selbst als die „99%“-Bewegung bezeichnet, entstand im Herbst 2011 ausgehend von der Aktion „Occupy Wall Street“ und hat sich in kurzer Zeit zu einer internationalen Massenbewegung entwickelt. Die Namensgebung spielt auf die Ungleichverteilung des gesamtgesellschaftlichen Vermögens an, wobei charakteristisch ist, dass nur ein sehr kleiner Teil (1%) der Bevölkerung über den Großteil des Vermögens verfügt und damit starken Einfluss auf Wirtschaft und Politik nimmt. Die Occupy-Bewegung ist eine heterogene, schichtübergreifende Gruppe, die auch gut ausgebildete, systemkonforme Wissensarbeiter einschließt und soziale Ungleichheiten sowie den Einfluss von Banken und Wirtschaft auf die Politik kritisiert. In den USA ist die Situation so, dass einerseits eine erstklassige Ausbildung als zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe erforderlich ist, andererseits eine solche aber mit der Aufnahme hoher Bildungskredite einhergeht, welche durch anschließend inadäquat vergütete Jobs nicht ausgeglichen werden können. Investitionen in Bildung sind somit kein Garant mehr für Erfolg, Teilhabechancen und finanzielle Unabhängigkeit und die gesellschaftlichen Versprechungen werden nicht eingelöst. Exemplarisch besteht hier im

Bereich Bildung ein eklatantes Missverhältnis zwischen gut ausgebildeten Wissensarbeitern als geforderter Ressource und einer fehlenden Bereitschaft, diese Ressource angemessen zu würdigen.

Befinden wir uns möglicherweise gerade in der von Wissensmanagementkonzepten beschriebenen Phase des Wertewandels? Oder besteht ein grundlegendes Missverhältnis zwischen den einerseits von Unternehmen dankend angenommenen Entwicklungen bzgl. Investitionen in die eigene Bildung, Projektorientierung, persönliche und räumliche Flexibilität etc. und andererseits eine fehlende Umgestaltung des Arbeitsumfeldes, so dass die neuen Risiken für die Wissensarbeiter beherrschbar werden? Findet sozusagen ein Abwälzen der Risiken nur zu Lasten der Wissensarbeiter statt?

Bildungskosten

Aktuell lässt sich nicht nur in den USA beobachten, dass der einzelne Wissensarbeiter durch die Abhängigkeit von Lohn und Arbeitslosigkeit sehr viel stärker von Organisationen abhängig ist als umgekehrt. Hier besteht ein ungesundes Ungleichgewicht. Die Occupy-Bewegung macht deutlich, dass vielfach der durch (flexible) Arbeit erwirtschaftete Lohn auch bei Akademikern nicht zur Deckung des Lebensunterhalts ausreicht, insbesondere wenn hohe Bildungskredite abgezahlt werden müssen. The Wall Street Journal (Pilon 2010) beschreibt exemplarisch den Fall einer 41-jährigen promovierten Ärztin, deren Studienkredit bei ihrem Abschluss 2003 in Höhe von \$250.000 bis 2010 durch Zinsanhebungen und Säumnisgebühren auf \$500.000 angestiegen ist. Die frappierende Tatsache, dass die Summe der Bildungskredite (\$867 Milliarden per 4. Quartal 2011) in den USA die Summe aller Kreditkartenkredite übersteigt, veranschaulicht das Dilemma (Graeber 2012; Federal Reserve).

Darüber hinaus entstehen für den Wissensarbeiter durch die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens kontinuierliche Weiterbildungskosten, für die zeitliche und finanzielle Aufwände ganz oder teilweise privat aufgebracht

werden müssen. Verschärft wird das Problem noch durch die rückläufigen Ausgleichsmöglichkeiten aus der Solidargemeinschaft. Zudem lässt sich anstelle des vielfach zitierten ‚war of talents‘ vielmehr beobachten, dass Unternehmen nach Mitarbeitern suchen, die bereits über eine umfangreiche und erstklassige Ausbildung verfügen, die sie zuvor auf eigene Initiative, Risiken und Kosten absolviert haben; es kann also vielmehr von einem ‚war of professionals‘ gesprochen werden. Insofern nutzen Organisationen die Vorteile, die sich für sie aus der Wissensgesellschaft ergeben, ohne ihren daraus resultierenden Beitrag für die Mitarbeiter zu leisten. Es ist zu fordern, dass Unternehmen an den gestiegenen Bildungsaufwendungen (Zeit und Kosten) stärker beteiligt werden müssen. Oder das Arbeitsumfeld für Wissensarbeiter müsste so verändert werden, dass die individuellen Risiken für Wissensarbeiter beherrschbar bleiben. Dies würde die Kosten für Wissensarbeit erhöhen, was jedoch angesichts der zu erwartenden Wertschöpfung, die aus Wissensarbeit resultiert, darstellbar sein müsste. Der Markt scheint dies jedoch momentan nicht herzugeben.

Unternehmerische Verantwortung

Neben der politisch-gesellschaftlichen Verantwortung soll hier das Augenmerk auf die vielbeschworene Corporate Social Responsibility gerichtet werden, die viele Unternehmen für sich in Anspruch nehmen: Der faire Umgang mit Beschäftigten und Verantwortungsübernahme für die Gesellschaft gehören zu den Grundpfeilern von Corporate Social Responsibility und können in einer sozialen Marktwirtschaft von Unternehmen erwartet werden (Bundesministerium für Arbeit und Soziales).

Sensibilisiert durch die Occupy-Bewegung fallen Auswüchse auf, die zu der Befürchtung veranlassen, die Wissensgesellschaft könne gescheitert sein. Dies möchte ich negieren, da es sich nach meiner Einschätzung vielmehr um die Gier des Marktes in der Übergangszeit zur Wissensgesellschaft handelt, die Marktteilnehmer veranlasst, ausschließlich die finanziellen

Optimierungschancen in Zeiten konjunktureller Krisen (in denen derlei Entwicklungen hin- genommen werden) zu nutzen. Betrachtet man die Situation in Deutschland, so zeigen sich besonders im Bildungsbereich wesentliche Unterschiede zur Situation in den USA: Augenscheinlich überwiegt in Deutschland die Anzahl der öffentlichen Hochschulen, die einen studiengebührenfreien Zugang ermöglichen. Darüber hinaus existieren private Hochschulen mit zumeist moderaten Studiengebühren. Anders als in den USA ist in Deutschland mit den BAföG-Krediten eine Finanzierung des Studiums zu staatlich kontrollierten und geförderten Bedingungen möglich, so dass die Konditionen erheblich günstiger sind als auf dem freien Kapitalmarkt und somit im Regelfall keine sechsstelligen Bildungskredite (Schuldenfalle) auflaufen können. Ebenso bieten berufs begleitende Studiengänge die Möglichkeit, das Studium durch den eigenen Verdienst unmittelbar selbst zu finanzieren. Oftmals werden die Kosten auch durch die Unternehmen getragen und das Studium als eine Form der Personal- und Potentialentwicklung angesehen. Hierin zeigt sich eine positiv hervorzuhebende unternehmerische Verantwortung, bei der sich die Unternehmen zu einem frühen Zeitpunkt in die Ausbildung von Wissensarbeitern einbringen.

Da die USA im Bereich der Hochschulbildung eine Vorreiterrolle inne haben und Universitäten in Deutschland zunehmend anstreben, sich nach amerikanischem Vorbild in Rankings als Eliteuniversität zu qualifizieren, wird es wichtig sein, sowohl die Kosten einer Hochschulausbildung begrenzt zu halten, als auch besonders den Zugang und die Durchlässigkeit des Bildungssystems für alle sozialen Schichten zu gewährleisten und damit dauerhaft Teilhabechancen für die Mehrheit der Bevölkerung, die „99%“, zu ermöglichen, wenn die Wissensgesellschaft im Bildungsbereich nicht scheitern soll.

Hartmut Hinke lehrt an der FOM Hochschule für Oekonomie und Management Human Resource Management und Schlüsselqualifikationen und ist darüber hinaus freier Organisationsberater. Kontakt: hartmut.hinke@gmx.de.

Literatur

Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013: <http://www.csr-in-deutschland.de> (19.6.2013)

Castells, Manuel 2004: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Das Informationszeitalter I. Opladen: Leske+Budrich.

Drucker, Peter F. 1993: Die postkapitalistische Gesellschaft. Düsseldorf: Econ.

Drucker, Peter F. 1998: Die Zukunft bewältigen. Aufgaben und Chancen im Zeitalter der Ungewissheit. 3. Auflage. München: Econ.

Federal Reserve 2013: www.federalreserve.gov (19.06.2013).

Glifsmann, Wilfried 2000: Die neue Selbstständigkeit der Arbeit. In: Hubig, Christoph (Hg.): Unterwegs zur Wissensgesellschaft. Grundlagen – Trends – Probleme. Ed. Sigma. Berlin: Rainer Bohn Verlag, 135-150.

Graeber, David 2012: Inside Occupy. Frankfurt/Main: Campus.

Hörning, Karl H./Gerhard, Annette/Michailow, Matthias 1998: Zeitpioniere. Flexible Arbeitszeiten – neuer Lebensstil. 3. Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

Pilon, Mary 2010: The \$555,000 Student-Loan Burden. The Wall Street Journal, February 13, 2010. <http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703389004575033063806327030.html> (19.06.2013)

Willke, Gerhard 1999: Die Zukunft unserer Arbeit. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

Willke, Helmut 2011: Einführung in das systemische Wissensmanagement. 3. Auflage. Heidelberg: Carl-Auer Verlag.

Abwertungskit – Miete selber drücken

Zwar ist der Blog des Hamburger Aktionsnetzwerks gegen Gentrification seit einiger Zeit nicht mehr aktualisiert worden, beinhaltet aber immer noch einige interessante Informationen und Hintergründe, insbesondere zur Wohnsituation und Stadtplanung in Hamburg. Besonders gelungen ist das erfolgsversprechende Abwertungskit, das frei nach dem Motto „Meine Miete drück ich mir selbst“ Ratschläge und originelle Ideen bereithält, wie man das Erscheinungsbild seiner Wohnung nach außen mit einigen wenigen Änderungen verschlechtern und so den Wohnraum unattraktiv für Investoren auf dem Immobilienmarkt gestaltet, um jegliche Gentrification im Keim zu ersticken. www.esregnetkaviar.de

Wasser ist Menschenrecht

Als erste EU-Bürgerinitiative konnte die Initiative „Wasser ist Menschenrecht“ in verschiedenen europäischen Ländern hinreichend viele Unterschriften sammeln. Insgesamt über 1,4 Millionen Menschen haben die Initiative unterstützt, die sich gegen die Privatisierung der Wasserwirtschaft wendet. Die formale Anforderung, mindestens 1 Millionen Unterschriften in insgesamt mindestens 7 Ländern zu sammeln, ist damit erfüllt. Nun muss eine Anhörung der EU-Kommission erfolgen – die InitiatorInnen legen hierzu einen Gesetzesentwurf vor, der das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung durchsetzt und die Wasserwirtschaft in öffentlicher Hand behält. Ob die EU-Kommission nun die Wasserversorgung aus den neue Konzessionsrichtlinien herausnimmt, damit auch das Instrument der im April 2012 eingeführten europäischen Bürgerinitiative ernst nimmt, wird sich nun zeigen. www.right2water.eu

Staat versagt bei Blick nach rechts

An zehn Orten aus sechs westdeutschen Bundesländern untersucht der durch die Amadeu-Antonio-Stiftung herausgegebene Bericht „Staatsversagen“ die systematische Unterschätzung des Rechtsextremismus und die Bagatel-

lisierung alltäglicher rechter Gewalt durch Justiz, Politik und Polizei. Wie der Bericht dokumentiert trifft dieser Befund noch stärker für die westdeutschen Bundesländer als für den Osten zu. „Im Westen des Landes konnten sich unbemerkt rechte Netzwerke und Kameradschaftsstrukturen verfestigen. Das Verharmlosen durch Behörden und Kommunen – ein folgenreicher Fehler“, so Anetta Kahane, Vorsitzende der Stiftung. Initiativen gegen Rechtsextremismus, so die Studie, seien hingegen wenig unterstützt oder sogar diskreditiert worden. Die Studie steht kostenfrei zum Download bereit unter www.amadeu-antonio-stiftung.de/staatsversagen.

Amadeu Antonio Stiftung 2013 (Hg.): Staatsversagen. Wie Engagierte gegen Rechtsextremismus im Stich gelassen werden. Ein Report aus Westdeutschland.

Briefkasten vor Nazis schützen

Insbesondere in Wahlkampfzeiten wird der eigene Briefkasten in vielen Regionen Deutschlands mit rechtsextremen Postwurfsendungen bedacht. Wer dies vermeiden möchte, kann mit Aufklebern für den Briefkasten zumindest dokumentieren, dass man dies nicht wünscht. Die Aufkleber „Dieser Briefkasten ist kein Ort für Neonazis“ können gegen einen frankierten Rückumschlag auf den Seiten der Amadeu-Antonio-Stiftung bestellt werden (<http://bit.ly/nazipost>).

Robert Jungk

Am 11. Mai 2013 wäre der im Juli 1994 gestorbene Wissenschaftsjournalist und Zukunftsforscher – und Beiratsmitglied des Forschungsjournals Soziale Bewegungen – Robert Jungk 100 Jahre alt geworden. In den 1970er Jahren war Jungk Honorarprofessor an der TU Berlin und in den darauf folgenden Jahren am Aufbau des heutigen Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) beteiligt. Bekannt wurde Jungk auch durch die von ihm entwickelten sogenannten Zukunftswerkstätten, in denen BürgerInnen zusammen mit WissenschaftlerInnen Zukunftsfragen diskutier-

ren. Jungk galt als Kritiker der Kernenergie und warnte vor Missbrauch des technologischen Fortschritts.

Bildungsmaterialien zu Antirassismus

Über 1.700 Bildungsmaterialien stellt das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V. in ihrer Vielfalt-Mediathek kostenlos zum Verleih oder zum Download zur Verfügung. Die Materialien stammen aus Programmen wie XENOS, Initiative Demokratie stärken, sowie weiteren von Bundesministerien geförderten Programmen aus dem Bereich Demokratieförderung und Antirassismus. Das Angebot bietet sich für Eltern und MultiplikatorInnen ebenso an wie für Jugendliche oder Verantwortliche aus Politik und Betrieben und ist über die Homepage www.vielfalt-mediathek.de zu erreichen. Die Mediathek bietet eine Suche nach Zielgruppe, Mediengattung und Schlagworten, so dass gezielt nach Bedarf im Angebot recherchiert werden kann. Darüber hinaus wird regelmäßig auf Neuerscheinungen hingewiesen.

Kongress im Mai – Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit

Vom 24. bis 26. Mai 2013 fand, initiiert von einem breiten Bündnis aus Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Stiftungen, an der TU Berlin der Kongress Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit statt. In 11 Foren und rund 70 Workshops diskutierten die TeilnehmerInnen zu Fragen der Verteilungsgerechtigkeit. Unter www.umverteilen-macht-gerechtigkeit.eu sind einige Teile der Tagung dokumentiert, im Downloadbereich der Seite findet sich die Abschlusserklärung der Teilnehmenden.

Protest gegen den gläsernen Patienten

Über 70 Prozent der in Deutschland gesetzlich Krankenversicherten haben inzwischen eine elektronische Gesundheitskarte erhalten. Aktuell verfügt diese Karte zwar über keine weiteren Funktionen als die bisherige Krankenkassenkarte, nach und nach sollen jedoch vielfältige Funktionen – so etwa der Kartenchip,

der neben zur Identifizierung notwendigen personenbezogenen Daten auch medizinische Daten, von ärztlichen Verordnungen über Informationen zu Medikamentenunverträglichkeit bis hin zur gesamten (elektronischen) Patientenakte, speichern kann – eingeführt werden; GegnerInnen befürchten entsprechend den gläsernen Patienten, der zudem selbst nicht mehr eigenständig kontrollieren und bestimmen kann, welche Krankendaten wem weitergegeben werden. Nach bestehender Gesetzeslage kann die Patientenakte jedoch nur durch Zustimmung der PatientInnen erfolgen; allerdings ist fraglich, ob dies so bleiben wird. Umso wichtiger ist nun die Aufklärung über die geplanten Vorhaben und der Protest gegen jede weitere Speicherung von Gesundheitsdaten auf zentral zugänglichen Servern. Weitere Infos unter www.grundrechtekomitee.de/node/562.

Weißbuch zur Entwicklungspolitik

Im Frühjahr 2013 hat die Bundesregierung den inzwischen 14. entwicklungspolitischen Bericht veröffentlicht. Das sogenannte Weißbuch zur Entwicklungspolitik zieht ein positives Resümee in Blick auf die deutsche Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahre, nicht zuletzt aufgrund des erfolgten Zusammenschlusses der bisher parallel arbeitenden deutschen Entwicklungsorganisationen GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) und DED (Deutscher Entwicklungsdienst) zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Deutsche Entwicklungshilfe – so die Bilanz des Berichts – sei dank dieser Reform wirksamer geworden. Der Bericht sowie eine Kurzfassung ist abrufbar unter www.bmz.de > Publikationen, Reihen > Sonderpublikationen.

Umweltbewusst einkaufen

Wer umweltbewusst und nachhaltig konsumieren möchte, findet hilfreiche Ratschläge im kostenlosen Einkaufsführer der Internetseite deals.com. Dieser informiert, auf welche Siegel und Kennzeichnungen VerbraucherInnen

achten sollten und gibt Tipps, wie man sich im Alltag relativ unaufwändig umweltschützend verhalten kann. Der Einkaufsführer kann als Pdf-Dokument heruntergeladen werden (www.deals.com/umweltbroschuere/dealsdot-com-umweltbroschuere.pdf)

Rechte Aufmärsche und demokratische Proteste

Das Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hat eine 80-seitige Broschüre der Arbeitsgruppe „Umgang mit rechtsextremen Aufmärschen“ veröffentlicht. Darin werden Erfahrungen von Zivilgesellschaft und Behörden mit Gegenwehr zu rechtsextremen Demos beschrieben und Handlungsempfehlungen gegeben. Gedruckte Ausgaben werden kostenfrei abgegeben und können per E-Mail an kontakt@aktionsbuenndnis-brandenburg.de unter Angabe der Postanschrift bestellt werden; als Pdf-Datei steht der Text zum direkten Download bereit unter www.demos-gegen-nazis.de/bericht/.

Heilgard Asmus 2013 (Hg.): Rechte Aufmärsche und demokratische Proteste in Brandenburg. Potsdam.

Indianische Proteste gegen die Politik Kanadas

Seit Oktober 2012 hat Kanada eine neue Protestbewegung, „Idle No More“ – in etwa übersetzbar als „nicht länger untätig“ – entsprang dem Protest gegen Umwelt- und Haushaltsgesetze der konservativen kanadischen Regierung. Inzwischen setzt sich die Bewegung für „eine Neuordnung der Beziehungen zwischen dem kanadischen Staat und seinen Ureinwohnern, mit weitreichenden Folgen für das soziale und wirtschaftliche Gefüge des Landes“ (2) ein. Von vier Frauen initiiert stellt „Idle No More“, nach vielen, eher regional beschränkten Protesten, die erste landesweite Protestbewegung der recht jungen kanadisch-indianischen Bevölkerung dar. Gerd Braune beschreibt in seinem Text, der in der *Rehie Internationale Arbeit* der Friedrich-Ebert-Stiftung erschienen ist, wie

die Bewegung aufgestellt ist, was sie fordert und wie sie agiert.

Gerd Braune 2013: Die konservative Politik Kanadas im Spiegel einer indianischen Protestbewegung. Perspektive FES Washington. Mai 2013 (<http://library.fes.de/pdf-files/id/10018.pdf>).

Woche des Engagement 2013

Wie in jedem Jahr richtet auch 2013 das Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement (BBE), nun bereits zum neunten Mal, eine Aktionswoche aus, um auf den Einsatz und die Leistungen freiwillig Engagierter hinzuweisen und diese zu würdigen. Die diesjährige Woche des bürgerschaftlichen Engagements findet vom 11. bis 23. September 2013 statt. Unter dem Motto „Engagement macht stark“ wird auch in diesem Jahr wieder ein umfangreiches Programm mit bundesweiten Aktionen erwartet. Der Engagementkalender 2013 gibt Auskunft über die jeweiligen Veranstaltungen. Im vergangenen Jahr hatten über 2.500 Menschen an den Aktionen, die überall im Land stattfanden, teilgenommen. Den Engagementkalender sowie viele weitere Informationen finden sich unter www.engagement-macht-stark.de.

Wie sozial sind die Piraten?

Nachdem die Otto-Brenner-Stiftung (OBS) Anfang Mai 2013 bereits eine Parteistudie zu den Piraten herausgegeben hat (www.piratenstudie.de), veröffentlicht sie nun eine neue Studie, die sich mit weiteren Aspekten der Partei beschäftigt – insbesondere mit dem unter den Piraten geführten Diskurs zum Sozialstaat. Im Arbeitspapier 5 der OBS gehen Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg der Frage nach, wie sozial die Piraten sind und auch zeichnen ausführlich die Haltung der Partei zu Gewerkschaften nach. Das Arbeitspapier ist online frei zugänglich unter www.otto-brenner-shop.de > OBS-Arbeitspapiere.

Herbert Hönigsberger/Sven Osterberg 2013: Wie sozial sind die Piraten? Die soziale Frage

in Programmen und Piratendiskursen. OBS-Arbeitspapier Nr. 5.

Wer sind die 99 Prozent?

„Wer sind eigentlich die 99 Prozent?“ fragten sich Ulrich Brinkmann, Oliver Nachtwey und Fabienne Décieux von der Universität Trier und entwickelten einen Onlinefragebogen, den seit Herbst 2012 rund 1.000 AktivistInnen beantwortet haben. Darin werden sozioökonomische Daten ebenso erhoben wie politische Einstellungen. Ergänzt wurde die Studie durch Experteninterview. Dass die Occupy-AktivistInnen großteilig jung sind (über die Hälfte sind unter 35 Jahre alt), hoch qualifiziert, jedoch schlecht bezahlt und prekär beschäftigt, war ein erwartbares Ergebnis. Dass nur lediglich 20 Prozent der Befragten studieren, hingegen rund 47 Prozent erwerbstätig sind, überrascht schon mehr. Die Ergebnisse der Untersuchung sind im Arbeitspapier 6 der Otto-Brenner-Stiftung veröffentlicht.

Ulrich Brinkmann/Oliver Nachtwey/Fabienne Décieux 2013: Wer sind die ‚99%‘? Eine empirische Analyse der Occupy-Proteste. OBS-Arbeitspapier Nr. 6. (www.otto-brenner-shop.de > OBS-Arbeitspapiere).

Fünf Jahre Arbeiterkind.de

Im Mai 2013 feierte die Initiative Arbeiterkind.de ihr fünfjähriges Jubiläum. Die Initiative, die inzwischen durch rund 5.000 ehrenamtliche MentorInnen, meist Studierende, an etwa 70 Standorten in ganz Deutschland vertreten ist, berät SchülerInnen, Eltern und Studierende aus der Arbeiterschicht, um sie zu einem Hochschulstudium zu ermuntern und sie hierbei zu unterstützen. Neben den lokalen Gruppen vor Ort bietet die Initiative Beratung über die Internetseite www.arbeiterkind.de sowie über ein Infotelefon.

Shop für Publikationen der Aktiven Bürgerschaft

Printpublikationen der Aktiven Bürgerschaft e.V. können ab sofort unkompliziert und gut recherchierbar über ein neues Internetportal

des Vereins bestellt werden. Die meisten Publikationen sind nicht kostenfrei, jedoch zu geringen Preisen zu erwerben. www.aktive-buergerschaft.de/shop

Beratung zu Zwangssehe und Gewalt im Namen der Ehre

Aufgrund zunehmender Anfragen und steigendem Hilfsbedarf hat TERRE DES FEMMES in Berlin die Fachberatungsstelle LANA zu Zwangsheirat und Gewalt im Namen der Ehre ins Leben gerufen. Im Jahr 2012 verzeichnete die Beratungsstelle von TERRE DES FEMMES über hundert Anfragen zu drohender oder bereits vollzogener Zwangsheirat sowie rund 130 Anfragen zu Gewalt im Namen der Ehre. Die neu gegründete Fachberatungsstelle soll hier nun psychologisch und pädagogisch unterstützen und den Betroffenen Strategien zur Überwindung ihrer Notlage zeigen. Neben persönlicher Beratung in Berlin gibt es Beratung über Telefon oder Chat; sie wird kostenfrei und anonym in deutscher und türkischer Sprache angeboten. Weitere Infos unter www.zwangsheirat.de sowie unter frauenrechte.de > Beratungsstelle.

Fortbildung zu Zwangsheirat

Bis Ende Oktober 2013 bietet TERRE DES FEMMES in Berlin mehrere Fortbildungstermine für LehrerInnen zum Thema Zwangsheirat an. Den Teilnehmenden werden wichtige Fakten und Fähigkeiten im Umgang mit Betroffenen sowie Wissen und Ideen zur Behandlung des Themas im Unterricht gegeben. Weitere Infos unter <https://frauenrechte.de/online/index.php/themen/gewalt-im-namen-der-ehre/unser-engagement/aktivitaeten/online-anmeldung.html>.

Neues Online-Journal EXIT-Deutschland

Seit Juni dieses Jahres gibt es mit dem Journal EXIT-Deutschland eine neue, online erscheinende Zeitschrift „für Deradikalisierung und demokratische Kultur“. Die Publikation ist – nach Registrierung – kostenfrei zugänglich und erscheint vierteljährig. Das Journal ist in zwei

Bereiche geteilt: einen wissenschaftlich-theoretischen Teil und einen praktischen Teil, wobei beide den gleichen Themenschwerpunkt behandeln. Auch die Redaktion ist gleichermaßen mit WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen besetzt. Die Texte werden in einem Double-Blind-Verfahren begutachtet. Exit-Deutschland wurde im Jahr 2000 von Kriminalisten/Kriminologen zusammen mit einem ehemaligen Neonazi mit dem Ziel gegründet, AussteigerInnen aus der rechten Szene zu unterstützen. Die erste Ausgabe des Journals beschäftigt sich mit Deradikalisierung und Familienberatung (<http://journals.sfu.ca/jed/index.php/jex/index>).

Gleichgeschlechtliche Erfahrungswelten – Kongress im November

Vom 28. bis 30. November 2013 findet in Berlin der erste Wissenschaftskongress der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld „Gleich-Ge-

schlechtliche Erfahrungswelten“ statt, der mit unterschiedlichsten Formaten – u.a. Vorträgen, Postern und Podiumsdiskussionen – Forschung zur Erfahrungswelt von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LBS-TI) vorstellen wird. Der Kongress möchte zudem eine Vernetzungsplattform für Vereine, Wissenschaft, Bildung, Politik und Medien bieten. Thematisiert werden sollen u.a. sexuelle Vielfalt in historischer Perspektive, im Kontext von Kunst und Kultur, im Rahmen sozialer Bewegungen sowie juristische Aspekte. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld (mhstiftung.de) wurde im September 2011 mit dem Ziel gegründet, Forschungs- und Bildungsprojekte zu initiieren und zu fördern, die sich mit Themen aus dem Bereich LBSTI auseinandersetzen und so die Akzeptanz nicht-heterosexueller orientierter Menschen voranzutreiben. Weitere Informationen zum Kongress unter www.hirschfeld-kongress.de.



SAMMELREZENSION

Wer jagt wen? – Vom Verhältnis zwischen Politik und Medien.

Krüger, Uwe 2013: Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Pörksen, Bernhard/Krischke, Wolfgang (Hg.) 2013: Die gehetzte Politik. Die neue Macht von Medien und Märkten. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Das Verhältnis zwischen Medien und den Eliten aus Politik und Wirtschaft stellt der Herbert von Halem Verlag in den Mittelpunkt von zwei Neuerscheinungen. Sie berichten aus unterschiedlichen Warten, wählen unterschiedliche Methoden und kommen auf den ersten Blick auch zu unterschiedlichen Befunden. Die Schlussfolgerungen, die daraus für das Verhältnis von Politik und Medien zu ziehen sind, führen die Kernaussagen beide Bücher allerdings wieder zusammen.

Beim Band von Bernhard Pörksen und Wolfgang Krischke handelt es sich um eine Sammlung von Interviews, die 23 Studierende der Universität Tübingen geführt haben. Eine wissenschaftliche Analyse schließt sich dem nicht an, es sind allerdings ein Vorwort und ein Einleitungskapitel vorgeschaltet, die das Unbehagen in Worte fassen, das sich wie ein Roter Faden durch die Interviews zieht. „Ein Verdacht geht um in Europa – der Verdacht, dass der Parlamentarismus alten Stils am Ende ist“ (7). So lautet das Leitmotiv des Interviewbandes. Die Studierenden versuchen gemeinsam mit ihren Gesprächspartnern zu belegen, was an diesem Verdacht dran ist.

Die Studierenden befragen zentrale Akteure aus der Politik, der Wirtschaft und aus den Medien. Auf Seiten der Politik sind es Akteure, die ihre ganz besonderen Erfahrungen mit der Macht der Medien gemacht haben, so etwa Ole von Beust, der ehemalige Erste Bürgermeister von Hamburg, oder Christian von

Boetticher, der Ministerpräsident in Schleswig-Holstein werden wollte, bis seine Liebesbeziehung zu einer 16-Jährigen öffentlich wurde. Zu den Gesprächspartnern zählen außerdem der Grüne Europapolitiker Daniel Cohn-Bendit, der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, Walter Kohl, Sohn des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, der erste Grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der FDP-Rebell Wolfgang Kubicki, der SPD-Politiker und Skandalautor Thilo Sarrazin, Finanzminister Wolfgang Schäuble, die stellvertretende Vorsitzende der Linken, Sahra Wagenknecht und Marina Weisband, die die Piraten-Partei als deren politische Geschäftsführerin bekannt gemacht hat. Die Studierenden sprachen auch mit dem Empört-Euch-Aktivisten Stéphane Hessel und dem Alt-Kommunarden Rainer Langhans. Aus der Wirtschaft kommen der Finanz-Unternehmer Carsten Maschmeyer und VW-Lobbyist Thomas Steg zu Wort. Die andere Seite der Medaille repräsentieren führende Journalisten wie der stellvertretende Chefredakteur der Bild-Zeitung, Nikolas Blome, der Leiter des ARD-Hauptstadtstudios Ulrich Deppendorf, Stern-Chefredaktionsmitglied Hans-Ulrich Jörges, Thomas Leif, Chefreporter des SWR, Zeit-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo, Medienjournalist und Blogger Stefan Niggemeier, ZDF-Moderatorin Marietta Slomka und Titanic-Satiriker Martin Sonneborn. Das Verhältnis zwischen Medien und Politik analysieren außerdem der ehemalige Sprecher von WikiLeaks, Daniel Domscheit-Berg, die Autorin Gertrud Höhler, die zuletzt das „System M(erkel)“ analysiert hat, der Historiker Paul Nolte und der Philosoph Richard David Precht.

Parlamentarismus in der Krise

Antrieb für das Interview-Projekt war die internationale Finanz- und Eurokrise und die damit verbundenen Veränderungen des Politikstils. Die Autoren beobachten eine zunehmende Alternativlosigkeit der Politik und einen wachsenden Zeitdruck bei politischen Entscheidungen, die nicht mehr genügend im Parla-

ment reflektiert und diskutiert werden können. Dies bedingt für die Herausgeber des Bandes „die schleichende Marginalisierung der Legislative und eine Übertragung von existenziellen Entscheidungen auf kleine Zirkel der Exekutive“ (16). Dies führe zu einem zunehmenden Unbehagen in der Bevölkerung und dem Eindruck, dass der klassische Parlamentarismus am Ende sei. „Auch der Diskurs und die Debatte zwischen den Parteien verändern sich, weil Gegenentwürfe fehlen – auch von Seiten der Opposition, die eben doch eigentlich für die systematische Produktion konzeptioneller Alternativen zuständig wäre“ (16).

Als weitere Ursache für die Krise des Parlamentarismus konstatieren die Autoren den verbreiteten „Lobbyismus von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden“ (18), der ein „latentes Misstrauen gegenüber der Politik (nährt), den Generalverdacht, dass die Republik – jedenfalls Teile von ihr ‚gekauft‘ seien“ (19). Dies untermauern Thomas Leif und Thomas Steg in ihren Interviews.

Skandale und Affären

Statt die große Politik kritisch zu hinterfragen, gieren Medien und ihr Publikum nach Einschätzung der Herausgeber eher nach Skandalen und Affären, bei denen es um persönliche Verfehlungen von Politikern geht. Christian von Boetticher berichtet dabei von seinen persönlichen Erfahrungen, aber auch die Affären um den Bundespräsidenten Christian Wulff oder den Verteidigungsminister Theodor Guterberg finden breiten Raum in den Interviews. Dabei wird von Seiten der Politiker die Boulevardisierung der Berichterstattung kritisiert, die Nikolaus Blome als stellvertretender Bild-Chefredakteur naturgemäß verteidigt. Aber auch Ulrich Deppendorf als Vertreter der öffentlich-rechtlichen Medien weiß um die Macht der Medien, in seinem Fall durch die Unmittelbarkeit des Fernsehens. Für ihn war das Live-Interview mit Christian Wulff teilweise schon ein Verhör. Von Seiten der Politiker wird beklagt, dass es unter dem Druck der Medien immer schwieriger sei, sich als „Politiker mit

Ecken und Kanten“ zu profilieren. Sie hoffen deshalb darauf, dass die Neuen Medien, insbesondere das Internet, ein Gegengewicht schaffen und den Politikern den direkten Kontakt zu den Bürgern ermöglichen – ohne dass die Medien ihre Aussagen übersetzen und dabei auch den einen oder anderen Übersetzungsfehler, bewusst oder unbewusst, machen. Von Seiten der klassischen Medien wird im Gegenzug beklagt, dass es immer schwieriger wird, Informationen aus Hintergrundgesprächen zu bekommen, wenn eigentlich Vertrauliches gleich über die Kanäle der Neuen Medien die Öffentlichkeit erreichen. Ob aus dem Internet „tatsächlich die Infrastruktur einer neuen plebiszitären Demokratie erwächst“ (29), ist nicht nur für die Herausgeber des Interviewbandes offen, sondern auch für viele der Interviewpartner. Journalisten wie Politiker beklagen dabei die „Beschleunigung des medialen Informationsausstoßes“ (30), der beide Seiten kaum gerecht werden können, wenn sie tatsächlich sachlich und fachlich fundiert berichten beziehungsweise entscheiden wollen. So dominiert deshalb das Verkaufen der Entscheidungen das politische Geschäft, nicht mehr die Entscheidungsfindung, wie der Philosoph Richard David Precht konstatiert.

Nähe der Journalisten zur Macht

Was im Band von Bernhard Pörksen und Wolfgang Krischke als Bauchgefühl in den Interviews mitschwingt, nämlich das Gefühl der Politiker, dass die Medien mehr und mehr über ihre Arbeit bestimmen, wird in der zweiten Neuerscheinung aus dem Halem-Verlag, „Meinungsmacht“ von Uwe Krüger, konterkariert. Krüger geht einem anderen Verdacht nach: Übernehmen deutsche Leitmedien unkritisch herrschende Meinungen in den Eliten von Wirtschaft und Politik? Krüger selbst formuliert seine Leitfrage etwas vorsichtiger: Wie bilden sich Journalisten ihre Meinung und wie bilden sie diese in ihrer Berichterstattung ab? Sein Buch ist die überarbeitete Version einer Dissertation, die im Oktober 2011 von der Universität Leipzig angenommen wurde und da-

mit den Forschungsstand bis Mai 2011 berücksichtigt. Krüger konstatiert zunächst eine „Nähe der Journalisten zur Macht“ und beobachtet zugleich „Leerstellen und Tabus in der Berichterstattung“ und „eine Konformität journalistischer Inhalte mit der Eliten-Diskussion“ (22). Doch Krüger ist weit davon entfernt, daraus den einfachen Schluss zu ziehen, dass Nähe zur Politik automatisch die Berichterstattung beeinflusst. „Der Zusammenhang zwischen Nähe und den Auffälligkeiten in der Berichterstattung, der Schluss vom einen auf das andere kann nur plausibel sein, nicht zwingend; (...) Es wird also nicht um Beweise gehen (können), sondern um Indizien.“ (22) Mit einer solchen Indiziensammlung will Krüger Qualitätskriterien wie Unabhängigkeit, Kritik und Ausgewogenheit in der journalistischen Berichterstattung auf den Prüfstand stellen. Deshalb will er herausfinden, „wie massiv die führenden deutschen Journalisten in vertraulichem, informellem Austausch mit Politik- und Wirtschaftseliten stehen, und zweitens, inwieweit in ihren Medien eine inhaltliche Elitenorientierung zu finden ist.“ (28) Dafür setzt Krüger auf die Methoden der Sozialen Netzwerkanalyse sowie der Frame- beziehungsweise Inhaltsanalyse.

Krüger referiert zunächst den Forschungsstand zur informellen Kommunikation zwischen Journalisten und den Eliten in Politik und Wirtschaft in Deutschland, wobei er das Augenmerk auf Auffälligkeiten in der Berichterstattung deutscher Leitmedien „im Sinne einer Elitenorientierung“ legt (28). Er referiert einige Studien zu der informellen Kommunikation mit Eliten aus der Politik, die zu dem Schluss kommen, dass „die normativen Vorstellungen über Journalisten als unabhängige und distanzierte Beobachter der Polit-Akteure zunächst vom Arbeitsalltag konterkariert“ werden (37). Dieser sei geprägt durch eine hohe Kontaktfrequenz, den Anspruch auf Quellenschutz und die Regeln eines informellen Umgangs mit den Eliten aus der Politik. Das Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern charakterisiert Krüger als eine „Symbiose“:

„Politiker sind in einer Mediendemokratie auf Publizität angewiesen, Journalisten leben von Themen und Informationen aus dem politischen System.“ (37) Für den Umgang mit den Eliten aus der Wirtschaft vermisst Krüger hingegen entsprechende empirische Untersuchungen. In einem zweiten Schritt reflektiert Krüger den Forschungsstand, inwieweit sich diese Elitenorientierung in den Artikeln der großen Leitmedien niederschlägt. Er geht dabei auf die Arbeit von Hans Magnus Enzensberger, aber auch auf Studien zum Kosovo-Krieg, zum Afghanistan-Krieg, zu Harzt IV, zur EU-Osterweiterung oder zur Finanzmarktpolitik ein. Sein Fazit: Das Thema Elitenorientierung in deutschen Leitmedien wurde bereits bearbeitet, „jedoch ohne einheitlichen theoretischen Hintergrund“ (45). Am häufigsten herangezogen wurde dabei die Indexing-Hypothese von Lance Benet, die davon ausgeht, dass „die Medien die Meinungsverteilung innerhalb der politischen Elite spiegeln, jedoch diesen Rahmen kaum verließen“ (255).

Theorie des deutschen Elitejournalismus

Im nächsten Kapitel macht sich Krüger daran, eine „Theorie des deutschen Elitejournalismus“ (29) zu entwickeln. Statt eines funktionalen Theorieansatzes, wie er bisher die Forschung in Deutschland dominiert hat, will Krüger einen kausalen Theorieansatz wählen. Dabei betrachtet er zunächst vier kritische Theorieansätze aus den USA und überprüft diese auf ihre Übertragbarkeit auf die deutschen Verhältnisse. Ausgangspunkt ist für ihn hierbei die Indexing-Hypothese von Lance Benet. Dieser geht davon aus, dass die kritische Medienberichterstattung abhängig ist „von Konfliktkonstellationen und Kritik innerhalb von Parlament und Regierung“. Damit sei sie „keine konstante Eigenleistung des Journalismus“ (47). Indem sie nur Meinungen vertreten, die innerhalb der politischen Eliten kursieren, würden Journalisten Druck und Kritik vermeiden und zugleich ihre Berichterstattung legitimieren. Zugleich spare der Journalist viel Zeit, Geld und Arbeit, wenn er sich an den Themenset-

zungen der Politiker selbst orientiere. Damit weist Bennet den Medien eine passive Rolle zu, die nicht über den offiziellen Diskurs hinausgeht und dessen Argumente auch nicht weiter hinterfragt. Doch „sobald es eine Kluft gibt zwischen Elite und Bevölkerung (...) oder die Eliten relevante Argumente ausblenden, ist von den Medien eine aktivere Rolle zu verlangen“, fordert Krüger (54). Er schärft sein Theoriemodell durch Elemente aus dem Propagandamodell, das ebenfalls davon ausgeht, dass die Leitmedien „nicht die ganze vorhandene Bandbreite an Argumenten und Informationen wiedergeben“. Herman und Chomsky, die diese Theorie entwickelt haben, gehen davon aus, dass die Eigentümer der Medien, die Werbekunden, die regelmäßig auftauchenden Quellen, die Angst vor negativen Reaktionen und vorherrschende Ideologien der Berichterstattung eine ganz bestimmte Richtung geben. Die großen Medien betrieben also keine Kontrolle der Eliten, sondern geben die Sichtweise der Eliten wieder und betrieben damit Propaganda. In eine ähnliche Richtung argumentieren Donhue, Tichenor und Oliien, die die Medien nicht in der Rolle eines Wachhundes, sondern in der Rolle eines Schutzhundes sehen, der die Eliten nicht herausfordert, weil er von ihnen abhängig ist. Dies belegen die Autoren vor allem auch an lokalen und regionalen Medien. Mit hinein spielt für McLeod und Hertog auch das Konzept der sozialen Kontrolle und der damit verbundene Umgang mit Protestgruppen, über die in der Regel nicht berichtet wird, weil deren Meinung nicht der Masse der Bevölkerung oder der staatlichen Haltung entspricht. Krüger entwickelt daraus ein Postulat des „Power Indexing“. Danach zeigen Medien „nicht zwangsläufig die Meinungsverteilung innerhalb der nationalen politischen Elite an, sondern bewegen sich im Rahmen der Diskussion jener Akteure, die auf den Fortgang des Geschehens den größten Einfluss haben“ (256). So erklärt Krüger das Medienverhalten „mithilfe von Pressure Groups und sozialen Netzwerken“ (256). Am wichtigsten ist für ihn dabei „das wechselseitige Abhängigkeitsverhält-

nis zwischen Journalisten und ihren Quellen sowie die Orientierung auf die Rezipienten (...): je mehr Quellen und Rezipienten eines Mediums im Elitenmilieu zu verorten sind, desto stärker dürfte die Konformität mit dem Elitendiskurs – im Sinne eines vorausseilenden Gehorsams – ausgeprägt sein“ (256).

Netzwerke der Journalisten

Zentraler Bestandteil der Arbeit sind drei Teilstudien, mit denen Krüger seine Theorie untermauern möchte. Eine davon ist eine Netzwerkanalyse, die aufzeigt, „welche führenden Journalisten deutscher Leitmedien in den Jahren 2002 bis 2009 in Organisationen involviert waren, in denen Kontaktpotenzial mit Politik und Wirtschaftseliten bestand“ (29). Dabei konzentriert sich Krüger auf die „Positionseliten“, also auf diejenigen, die „maßgeblich und regelmäßig Einfluss auf Auswahl und Framing von Themen und die Auswahl der veröffentlichten Meinung ausüben“ (109). So kommt Krüger auf 219 Personen, deren Kontakte er im Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2009 untersucht hat. Bei 64 Journalisten wurden Verbindungen zu insgesamt 82 Organisationen gefunden. So treffen die Hauptstadtkorrespondenten und Berliner Büroleiter deutsche Spitzenpolitiker in Hintergrundkreisen. Wirtschaftsjournalisten treffen in Presseclubs auf Konzernchefs. Der ZDF-Intendant ist im Bereich Kultur und Soziales in vielen gemeinnützigen Organisationen engagiert. Die Journalisten, die sich bei Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Süddeutschen Zeitung, Welt und Zeit mit Sicherheits- und Außenpolitik befassen, sind in Organisationen und Elitezirkel zu diesen Themen eingebunden. Unter ihnen kann Krüger vier benennen – Stefan Kornelius (Ressortleiter Außenpolitik der SZ), Klaus-Dieter Frankenberg (Verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik der FAZ), Michael Stürmer (Chefkorrespondent der Welt) und Jose Joffe (Mitherausgeber der Zeit) – die über „ausgeprägte Ego-Netzwerke im transatlantischen Elitenmilieu“ verfügen (151). Bei ihnen erkennt Krüger ein „Homophilie-Phäno-

men“ und attestiert, dass „die US- und Nato-affinen Eliten (...) Journalisten mit ähnlichen Werten und Einstellungen kooptiert“ haben (150).

Generell sieht Krüger die Vielzahl an Verbindungen äußerst kritisch: „Journalisten, die Mitwisser und Mitgestalter vertraulicher Politikplanungsprozesse sind, kommen zwangsläufig in Interessenskonflikte, in denen die Rücksichtnahme auf Akteure bzw. ein gemeinsames Projekt der umfassenden Information der Öffentlichkeit gegenübersteht.“ (150). So könne das „angehäufte Sozialkapital (...) in Form von exklusivem Zugang zu hochrangigen Quellen“ zu Schweigespiraleneffekten, also zum Verschweigen von Themen und Argumenten, die nicht von den Eliten geteilt werden, führen (150).

Das Milieu prägt den Journalisten und umgekehrt

Vertieft wird die Netzwerkanalyse durch die Untersuchung der Artikel von Stefan Kornelius, Klaus-Dieter Frankenberger, Michael Stürmer und Josef Joffe. Dabei überprüft Krüger, ob die Berichterstattung über das Themenfeld Sicherheit, Verteidigung und Auslandseinsätze der Bundeswehr auf der US- beziehungsweise der NATO-Linie liegt und ob Schweigespiraleneffekte in den Artikeln und Kommentaren zum Tragen kommen. Damit konzentriert sich Krüger auf ein Themenfeld, bei dem weite Teile der Bevölkerung Auslandseinsätzen und einem verstärkten Engagement der Bundeswehr kritisch gegenüber stehen, während die Politik versucht, einen „erweiterten Sicherheitsbegriff“ einzuführen, der neue Bedrohungen wie den Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, das Scheitern von Staaten und organisierte Kriminalität ausmacht (157) und militärische Einsätze als Gegeninstrument befürwortet. Krüger geht anhand seiner Theorie davon aus, dass von den Journalisten eine „unkritisch-persuasive Berichterstattung“ zu erwarten ist. Dazu entwickelt er neun Hypothesen, die anhand des Outputs der vier Journalisten zwischen dem 4. Dezember 2002 und dem 30. September

2010 inhaltsanalytisch überprüft werden. Die umfangreichen Ergebnisse machen deutlich, dass alle vier Journalisten im Sinne der außen- und sicherheitspolitischen Agenda der US- und NATO-Akteure argumentieren. Mehr noch: „Ihr Bild von Bedrohungen und Konflikten war ebenso eindimensional und nicht reflexiv wie das in den offiziellen Doktrinen“ (220). Stellenweise würden auch Propagandatechniken verwendet, wobei Krüger offen lässt, ob dies bewusst oder unbewusst geschieht. Quasi als Kontrollgröße hat Krüger auch die Berichterstattung der Frankfurter Rundschau und der taz untersucht, „die keine Netzwerke im Elitenmilieu aufwies“. Dort „fand sich weder eine Entsprechung noch ein adäquates Gegengewicht zum konsonanten Meinungsbild der vier Journalisten“ (220). Das spreche dafür, „dass die Netzwerke eine Bedeutung haben“, aber auch dafür, dass bei diesen Themen „im linken und elitenferneren Zeitungsspektrum erhebliche Verunsicherung herrscht“ (220). In seinen weiteren Schlussfolgerungen ist Krüger vorsichtig. Aller Wahrscheinlichkeit bestehe ein Zusammenhang zwischen Netzwerken und der publizistischen Stoßrichtung der Journalisten, die sich in diesen Netzwerken bewegen. Dass dieser aber kausal ist, könne daraus nicht geschlossen werden. Stattdessen macht Krüger aus, dass das Sozialkapital durch diese Netzwerke nicht nur die Journalisten, sondern auch das Milieu, in dem sie sich bewegen, bestimmt. Dies führt Krüger auf eine „Homophilie“ zurück: „Vielleicht brauchten die Journalisten gar keine Frame-Sponsoren, sondern dachten schon vorher milieukonform“ (221).

Das Beispiel der Münchner Sicherheitskonferenz

Im siebten Kapitel überprüft Krüger deshalb die gemachten Beobachtungen anhand der Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz und ihre Gegner. Dabei stellt er die Frage, „ob sich die Leitmedien damit begnügen, den auf der Sicherheitskonferenz laufenden Diskurs der außenpolitischen Eliten abzubilden oder ob sie auch vorhandenen Al-

ternativen Raum geben“ (29). Dafür betrachtet Krüger die Text- und Bildberichterstattung von Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau und taz und orientiert sich damit an der Skala der politischen Verortung von rechts nach links. Die Inhaltsanalyse ergibt eine Zweiteilung bei der Berichterstattung. Welt, FAZ und SZ bilden den Diskurs auf der Münchner Sicherheitskonferenz sehr umfangreich ab und bewerten die Sicherheitskonferenz als Institution „durchweg neutral bis positiv“ (253). Die Proteste gegen die Konferenz seien von der FAZ ignoriert, von der Welt marginalisiert und von der in München beheimateten Süddeutschen Zeitung als „reines Lokalphänomen“ behandelt worden. Die SZ habe die Proteste „teilweise stark negativ“ bewertet und sich mehr auf die äußeren als auf die inhaltlichen Aspekte konzentriert (253). Frankfurter Rundschau und taz dagegen kritisieren laut Krüger einzelne Aspekte der Münchner Sicherheitskonferenz und räumen dem Protestgeschehen deutlich mehr Platz ein. Keine der fünf Zeitungen berücksichtigt jedoch die Diskussionen auf der Münchner Friedenskonferenz, die als Gegenveranstaltung zur Sicherheitskonferenz gilt. Krüger fühlt sich nach diesen Befunden in seiner Theorie bestätigt, dass hochrangige Quellen (in diesem Fall die Veranstalter und Teilnehmer der Münchner Sicherheitskonferenz) und Rezipienten (in diesem Fall das deutsche Elitenpublikum) Einfluss auf die Berichterstattung haben – ob sie aktiv Einfluss nehmen, lässt Krüger aber erneut offen. In seinem Fazit regt Krüger deshalb an, Theorien der sozialen Milieus und individualpsychologische Ansätze mit heranzuziehen, um die von ihm entwickelte Theorie weiter auf ihre Tauglichkeit abzuklopfen. Außerdem regt er an, die Theorie an weiteren Themen zu überprüfen, bei denen in der Einschätzung eine Kluft zwischen Elite und Bevölkerung klafft.

Folgerungen für die journalistische Ethik
Die Konsequenzen, die Krüger für die journalistische Arbeit einfordert, lassen sich auch auf

die Erkenntnisse aus dem Sammelband von Pörsken und Krischke übertragen. Krüger fordert einen Qualitätsjournalismus, der den Elitendiskurs nicht nur abbildet, sondern auch kritisch würdigt und über die Argumente der Eliten hinausgeht: „Der Journalist soll mit unverstelltem Blick beobachten und unabhängig von den Interessen der Steuermänner und Kapitäne aus Politik und Wirtschaft berichten und analysieren – im Interesse des ganzen Schiffs“ (263f.). Zudem fordert Krüger, dass Journalisten auf eine Mitgliedschaft in Beiräten, Kuratorien und vertraulichen Politikplanungskörperschaften verzichten, wenn diese thematische oder personelle Überschneidungen zum eigenen Berichtsfeld haben. Dies müsse sich auch im Pressekodex und in der journalistischen Ausbildung niederschlagen. Damit könne der Journalist vielleicht nicht mehr gleich „die neueste Frontverschiebung im Elitendiskurs“ vermelden und „die heißesten Indiskretionen aus dem Zentrum der Macht“ erfahren, dafür aber „einen unbequemen, eigenständigen und im besten Sinne kritischen Diskurs“ bieten. Ein solcher Journalismus würde die Berichterstattung und damit auch das politische Handeln wieder entschleunigen, mehr auf Hintergründe setzen und auch dem entsprechen, was die Interviewpartner der Tübinger Studenten einfordern.

Karin Urlich, Mannheim

REZENSIONEN

Im Bann der Falschheit

Wolfgang Streecks Wiederaufnahme der Kapitalismuskritik

Wolfgang Streeck (2013): *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.

In seinem beeindruckenden Buch knüpft Wolfgang Streeck an die »Spätkapitalismus«-Theorien der 1960er und 1970er Jahre an. Deren

erwartete krisenpolitische Sequenz lautete wie folgt: Im Unterschied zum klassischen Kapitalismus der Vorkriegszeit (lies: im »goldenen Zeitalter« des fordistischen Kapitalismus) sei heute für jeden sichtbar, dass sich der Wohlstand zu ganz erheblichen Anteilen staatlichen Eingriffen in den nach wie vor kapitalistischen Akkumulationsprozess verdanke. Dadurch aber könne eine Konstellation auftreten, in der Erwartungen der Menschen an Wohlstandszuwächse und Spielräume zur individuellen Entfaltung schneller wachsen als es eine weiterhin auf stabile Ertragsaussichten angewiesene Kapitalakkumulation erlaube. Aus dem Interessenkonflikt zwischen den Ertragsansprüchen der Kapitalbesitzenden und den wohlfahrtsstaatlich geweckten Entfaltungserwartungen der demokratisch Regierten wurde die Entstehung sozialer Bewegungen erwartet – wohl auch erhofft –, die eine Demokratisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat auf die Tagesordnung setzen.

Von Frankfurt nach Manhattan und zurück

Streeck verändert das Krisennarrativ der Frankfurter Theorietradition insofern, als er das Aufkündigen des Kompromisses zwischen Arbeit und Kapital bei Letzterem verortet. Die Krisentheorien der 1970er hätten sich darin geirrt, das Kapital im Unterschied zu den Lohnabhängigen nicht als strategischen Akteur zu sehen. Es sei ebenso wie diese von normativ gefärbten Einstellungen darüber geprägt, wie die Erträge kapitalistischer Akkumulation zwischen ihm und den Lohnarbeitenden aufzuteilen sind, und: welches Kräfteverhältnis zwischen beiden es noch zu tolerieren bereit ist. Streeck betrachtet den Kapitalismus als grundsätzlich krisenhaft; vor Krisen bewahrt wurde er seit der Nachkriegszeit immer durch »Kauf von Zeit« (engl.: buying time). Auf den Prämissen der Frankfurter Schule aufbauend, wird durch diese, immer nur vorübergehend erfolgreichen Makro-Strategien das strukturell inkompatible Spannungsverhältnis von sozialem Leben (Jürgen Habermas' berühmte »Lebenswelt«) und

den Imperativen der Kapitalakkumulation verhöhnt. Den Verteilungskonflikt der 1970er Jahre beantworteten die Regierungen mit Inkaufnahme hoher Preissteigerungsraten. Diese Inflation war nach Streeck die erste von vier Strategien zum »Kauf von Zeit« (buying time). Später wurde der Gang in den Schuldenstaat eingeschlagen. Denn für die Finanzierung des Status Quo sind Steuereinnahmen notwendig, die wohlverdienende Bürgerinnen und Bürger nicht oder nicht mehr ausreichend bereit waren zu bezahlen – ein Komplettabriss des Wohlfahrtsstaates war aber unmöglich. Demokratie-theoretisch interessant stellt Streeck hier dem vom Steuerstaat regierten, national konstituierten Staatsvolk das aus Investoren bzw. Käufern von Staatsanleihen bestehende Marktvolk gegenüber. Der demokratische Schuldenstaat müsse nun Verzinsungsansprüche seiner Gläubiger und die Einkommensansprüche von Trägerinnen und Träger sozialer Rechte ausbalancieren. Um trotz nicht mehr steigender Lohn-einkommen in vielen industriekapitalistischen Ländern eine ökonomisch ausreichende Massennachfrage herzustellen und Massenloyalität zu sichern, wurde wachsende Privatverschuldung gefördert (der von Colin Crouch so bezeichnete »privatisierte Keynesianismus«). Wie dieser endete, ließ sich ab dem Jahr 2008 weltweit besichtigen. Die letzte Krisen- und Lösungssequenz sieht Streeck im neoliberalen Konsolidierungsstaat der Europäischen Union, in dem die Menschen einer offen technokratischen Regierungsweise unterworfen werden, für die Demokratie nur noch ein Störfaktor ist. Im Konsolidierungsstaat sollen die Regierten möglichst alle Ansprüche auf soziale Gerechtigkeit aufgeben und sich mit den marktgerechten, unangetasteten kapitalistischen Verteilungsergebnissen begnügen.

Im Westen was Neues?

Für Kenner neomarxistischer politischer Ökonomie bringt Streecks Entwurf sachlich wenig Neues. Allerdings schafft es Streeck, die Krisen und Krisenlösungen der vergangenen Jahrzehnte in ein plausibles Narrativ einzubetten,

das in doppelter Weise eine Frontstellung bezieht. Zum einen gegen eine bestimmte Variante institutionalistischer politischer Ökonomie, die auf Spielarten (varieties) des Kapitalismus abstellt und Gesellschaftskritik abgelegt hat zugunsten einer Suche nach optimalen Wirtschaftsregimen. Zum anderen wendet Streeck sein gesamtes Kritikinventar gegen die neoklassische, wirtschaftsliberal ausgerichtete Standardökonomie und die von ihr inspirierten sozialwissenschaftlichen Ansätze à la Public Choice, deren Prämissen in Fußnoten als haarsträubend weltfremd vorgeführt werden. Streecks Analyse ist dort am stärksten, wo sie mit Rekurs auf die Klassiker der politischen Ökonomie die problematischen bis skandalösen Entwicklungen im Gegenwartskapitalismus deutlich zu machen weiß, ohne dabei jedoch leichte Gegenrezepte zu versprechen. Jedoch scheint mir Streecks Analyse durch seine eigenen ‚Frankfurter‘ Ausgangsannahmen grundlegend getrübt. Über allen Konstellationen von Staat und Markt, die Streeck charakterisiert, liegt ein mal mehr, mal weniger ausgesprochenes Diktum der Falschheit. Zur neueren Kritischen Theorie bemerkte Georg Vobruba einmal, dass Habermas‘ Vorstellung von Sozialpolitik als wohlfahrtsstaatlicher Ersatzprogramm die »Vorstellung von authentischen Anspruchsqualitäten [birgt], welche durch sozialstaatliche Sicherung verschüttet wurden« (Jenseits der sozialen Fragen, Frankfurt am Main 1991, S. 71). Unter den Regelwerken der Sozialpolitik, so Vobruba, lägen für Habermas gesellschaftliche Anspruchs- und Konfliktpotentiale in der Latenz. Auf einer sehr ähnlichen, unausgesprochenen Annahme scheint Streecks Narrativ zu beruhen. Streeck sieht beim Kapital als strategischem Akteur die Kapazität, eine weniger falsche, d.h. seine authentischen Ansprüche weniger einschränkende Gesellschaftsformation durchzusetzen (wobei er die Leser in Ungewissen lässt über das Verhältnis einzelner Kapitalbesitzer zu „dem Kapital“ als gesellschaftlicher Struktur). Die Gegenseite zum Kapital allerdings erscheint dann im Rück-

blick als passive Masse, deren authentische Ansprüche von Wohlfahrts-, Schulden- und Konsolidierungsstaat immer weiter zurechtgestutzt wurden. Von dieser unausgesprochenen Annahme geprägt sind denn auch einige problematische Qualifizierungen in Streecks Modell. Wo er etwa Staatsvolk und Marktvolk gegenüberstellt, müssten den Bürgern nicht Investoren gegenüberstehen, sondern Sparer. Denn es handelt sich nicht selten um dieselben Menschen – nämlich materiell abgesicherte Mittelschichtsangehörige –, die einerseits zuverlässig wählen gehen, aber andererseits regelmäßig Einkommen mit Verzinsungserwartungen auf die Bank tragen. Auch ist die Rede einer profitabhängigen Klasse problematisch, die sich gegen marktkorrigierende Auflagen politisch durchgesetzt habe. Denn profitabhängig sind im Kapitalismus alle – nicht nur der spekulierende Investor, sondern auch der blaumanntragende Lohnarbeiter und der verbeamtete Professor, auch wenn ihre Ansprüche auf Anteile am Erwirtschafteten sehr unterschiedlich vermittelt sind und geltend gemacht werden (können). Auf dieser Folie allerdings würde die vermutete Grundannahme, kapitalistische Verwertungsimperative und authentische Lebenswelt stünden sich unversöhnlich gegenüber, hoch problematisch.

Fallstricke der Ideologiekritik

Ein so breit angelegtes, sozialwissenschaftliches Krisennarrativ hätte sich noch stärker mit der Frage konfrontieren können, warum die Präferenzen von offenbar so vielen Regierten von der sozialen Gerechtigkeit abweichen, die er immer wieder bemüht – immerhin so viele, dass die neoliberalen Revolutionäre Thatcher und Reagan mehrmals von Wählermehrheiten eingesetzt wurden. Streecks Narrativ entfaltet brillant eine Kritik an den falschen Annahmen und politisch fragwürdigen Vorgehensweisen eines sich durchsetzenden Neoliberalismus; er fragt aber deutlich seltener, wo der alltags-taugliche Wahrheitsgehalt der durchgesetzten Politik liegen könnte. „Die wichtigste Frage, die man an eine ‚organische‘ Ideologie stellen

muss, der es – wie unerwartet auch immer – gelungen ist, bedeutende Teile der Masse einzubinden und sie für politische Aktionen zu mobilisieren, ist nicht, was falsch an ihr, sondern was wahr an ihr ist. Mir ‘wahr’ meine ich nicht allgemeingültig wie ein Gesetz des Universums, sondern ‘einleuchtend’ (Stuart Hall, „Der Thatcherismus und die Theoretiker“, in: ders., *Ideologie, Kultur, Rassismus, Ausgewählte Schriften*, Bd. 1, Hamburg 2004, 172-206). Streecks einseitiger Blick auf die Falschheit der neoliberalen Ideologie und Praxis bleibt aber einer traditionellen Vorgehensweise der Ideologiekritik verhaftet. Das ist für einen Beobachter wie ihn, der selbst in Deutschland zeitweise als Berater der Sachzwangpolitik (in Gestalt der ersten rot-grünen Bundesregierung) zugespielt hat, besonders erstaunlich. Offenbar gibt es mehrheitsfähige Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, die eine Akzeptanz dauerhafter Massenarbeitslosigkeit, wachsender Einkommensungleichheit und Resignation gegenüber demokratischer Teilhabe zulassen; offenbar bringen Wohlfahrts-, Schulden- und schließlich Konsolidierungsstaat formationsspezifische und doch eigensinnige Interessenlagen und Weltdeutungen hervor, die für die Betroffenen handlungswirksam sind. So wirksam, dass sie den vom Staatsvolk relativ isolierten Institutionen wie Verfassungsgerichten, Zentralbanken und Bundespräsidenten mehr vertrauen als ihren direkt gewählten Vertreterinnen und Vertretern. Das allerdings zieht die von Streeck nahegelegte Schlussfolgerung in Zweifel, es könnten die authentischen Ansprüche der Lebenswelt gegen die systemischen Imperative der Kapitalakkumulation sich doch irgendwann politisch geltend machen. Dass ausgerechnet die rough justice der Währungsabwertung, die Streeck dem europäischen Konsolidierungsregime als Alternative gegenüberstellt, hier Abhilfe verschaffen kann, erscheint mehr als zweifelhaft.

Alban Werner, Aachen



Krise, Fortschritt, Anpassung

Ingolfur Blühdorn (2013): *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp.

Ingolfur Blühdorn unterzieht mit dem Band „Simulative Demokratie – Neue Politik nach der postdemokratischen Wende“ den gegenwärtigen Zustand der Demokratie einer ausführlichen Analyse. Er wählt dabei einen modernisierungstheoretischen Ansatz und macht es sich zur Aufgabe Dilemmata und Paradoxien demokratischer Regime zu untersuchen, die durch Modernisierungsprozesse hervorgehoben werden. Dabei sieht er die gegenwärtige Situation – also die Phase nach der im Titel genannten postdemokratischen Wende – insbesondere durch ein (post-)demokratisches Paradox gekennzeichnet. Dieses zeige sich in einer „Gleichzeitigkeit von sich radikalisierenden demokratischen Erwartungen und Positiveinstellungen einerseits und wachsender Desillusionierung und Distanz, das heißt dem zunehmenden Bewusstsein für die Leistungs- und Entwicklungsgrenzen der Demokratie andererseits“ (36). Damit thematisiert er durchgehend auch die von verschiedenen Seiten geäußerten Zweifel an der Leistungsfähigkeit demokratischer Systeme in Bezug auf die Lösung dringender gesellschaftlicher Probleme, wie z.B. Nachhaltigkeit.

Weder Krise noch Fortschritt

In den ersten beiden Kapiteln setzt er sich mit verschiedenen Diagnosen zum gegenwärtigen Zustand der Demokratie auseinander. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass sowohl solche Analysen unangemessen sind, die die Demokratie in einer Krise sehen, als auch solche, die angesichts verbesserter Voraussetzungen und zunehmender Beteiligungsprozesse etc. – optimistisch – Anzeichen für eine zunehmende Demokratisierung ausmachen. Das dieser Argumentation zugrundeliegende Kernargument, entwickelt er in Kapitel 3 und besteht darin, dass die Vorstellung eines auto-

nomen, identitären Subjekts, wie es für die Moderne charakteristisch gewesen ist, nach der postdemokratischen Wende nicht mehr plausibel sei. Wer an aktuelle Entwicklungen diese von Kant entwickelten Maßstäbe anlege, übersehe, dass die Vorstellungen des Subjekts im Modernisierungsprozess selber einer Veränderung unterzogen würden. Die normative Demokratietheorie, die diesen Analysen zugrunde liegt, sei insoweit fehlgeleitet, als dass für sie „die demokratischen Normen ein vom Modernisierungsprozess unberührter Fixpunkt seien“ (111). Stattdessen müsse untersucht werden „wie zum Beispiel Normen der Partizipation, Repräsentation oder Legitimation im Zeichen der postdemokratischen Konstellation ihre Bedeutung verändern“ (172). In der Konsequenz müsste auch der Begriff der Emanzipation neu gedeutet werden. Während Bürger und Zivilgesellschaft in der Emanzipation erster Ordnung Selbstbestimmung und -organisation gegenüber herrschenden Eliten erkämpft haben und sich im Modus vernünftiger, deliberativer Beratschlagung das Gemeinwohl verwirklicht haben, könne die derzeitige Entwicklung als Emanzipation zweiter Ordnung verstanden werden. Diese Denkfigur ermöglicht es Blühdorn, aktuelle Entwicklungen als Emanzipation zu interpretieren. Sie besteht anscheinend vor allem darin, dass Bürger von den hohen An-, bzw. in Blühdorns Verständnis auch Überforderungen, die die Emanzipation erster Ordnung und die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt mit sich bringen, zu entlasten.

Blühdorn dekliniert im vierten Kapitel für einige Normen (Partizipation, Repräsentation, Legitimation) durch, wie sie ihre Bedeutung nach der postdemokratischen Wende verändert haben. Diese Veränderungen, die die Gegenwart kennzeichneten, bringt er auf den Begriff „simulative Demokratie“. Diesen grenzt er deutlich vom – normativ negativ konnotierten – Begriff der symbolischen Politik ab. Simulative Demokratie stelle den Modus dar, in dem Gesellschaften „Paradoxa und Dilemmata, die sich im Zuge der fortlau-

fenden Modernisierung und der Emanzipation zweiter Ordnung ergeben und die zu bewältigen ein Interesse ist, das die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen miteinander teilen“ (232) bewältigen und erfüllt damit eine wichtige Funktion. Sowohl die Erwartungen, die Bürgerinnen und Bürger an Beteiligung als auch den Output des politischen Prozesses stellen, könnten so erfüllt werden. Am deutlichsten wird dieser simulative Charakter, wenn Blühdorn den Bedeutungswandel von Partizipation beschreibt: Dieser bedeute in der simulativen Demokratie nach der postdemokratischen Wende vor allem die „Teilnahme an der Produktion und Reproduktion von gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen, die in der postdemokratischen Konstellation die Gültigkeit demokratischer Normen im bürgerlich-modernistischen Sinne simulieren“ (199).

Demokratie – reaktionär statt progressiv
 Einen entscheidenden Dreh seiner Analyse entwickelt Blühdorn im abschließenden fünften Kapitel. Hier führt er ein Argument aus, das sich am besten in folgenden Zitaten auf den Punkt bringen lässt: „[D]ie Demokratie wandelt sich von einem progressiven in ein reaktionäres Instrument“ (261), denn „Demokratie ist nicht mehr das Instrument der Ermächtigung und Gleichstellung der Unterprivilegierten, sondern das Instrument der politischen Legitimation und des praktischen Managements zunehmender Ungleichheit“ (262). Die auch durch neue Soziale Bewegungen erkämpften neuen Formen der Beteiligung, verstärkten die bestehende Tendenz, dass Demokratien vor allem artikulations- und organisationsfähigen Bevölkerungsgruppen zugute kämen. Auch die neuen Formen des Regierens, die unter dem Begriff Governance diskutiert werden, könnten nicht lediglich als demokratischere Form des Regierens betrachtet werden. Sie nähmen zwar mit einem Mehr an Dezentralisierung, Subsidiarität und Bürgerbeteiligung zentrale Forderungen der partizipatorischen Revolution auf und könnten als

„Maßnahmen der fortschreitenden Demokratisierung dargestellt werden“ (264). Gleichwohl aber fehlten bei der Politikimplementierung die grundlegenden Entscheidungsspielräume und eine ausreichende Finanzausstattung. Insgesamt kommt er zu dem Urteil, dass „eine neuartige Allianz zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Kräften des Marktes, die gemeinschaftlich die Machtlosigkeit der Politik gegenüber den hegemonialen Systemimperativen verwaltet“ (268).

Anpassungsfähigkeit an die Moderne

Blühdorn geht bei seiner Analyse explizit deskriptiv-analytisch vor und grenzt sich dadurch auch von den populären Analysen zur Postdemokratie, wie z.B. Colin Crouch, ab. Gleichwohl will er nicht auf einen kritischen Impuls verzichten. Dieser Spagat gelingt ihm nicht immer überzeugend. Er zeichnet zwar plausibel nach, wie sich bestimmte Normen verändern. Allerdings wäre eine ausführlichere Durchdringung der von Blühdorn beschriebenen „Emanzipation zweiter Ordnung“ wünschenswert gewesen. Wenngleich man die Ansicht teilt, dass Bürgerinnen und Bürger vor immer komplexere Herausforderungen gestellt werden und Komplexitätsreduktion wünschenswert ist, bleibt unklar, was über die „jeweils aktuellen Bedürfnisse und Erwartungen“ (112) der Bürgerinnen und Bürger hinaus als Maßstab herangezogen werden kann, um eine Entwicklung als Emanzipation zu qualifizieren (Ähnliches gilt im Übrigen auch für das für Blühdorn normativ durchaus auch positiv konnotierte „progressiv“). Der Wert der Demokratie liegt für ihn wohl in der Anpassungsfähigkeit an den modernisierungsbe-

dingten Wandel und damit verbundener Systemimperative. Aus dieser Perspektive ist es durchaus schlüssig, weder von Krise noch von Fortschritt zu sprechen, sondern lediglich einen Formwandel zu konstatieren. Zwar mag man Blühdorns Feststellung für richtig halten, dass „gerade an einschlägigen Handlungsempfehlungen einstweilen keinerlei Mangel herrscht, sehr wohl aber an gründlichen Analysen, warum diese eigentlich so selten ihre Ziele erreichten“ (280) und auch den daraus folgenden Verzicht auf eben jene Handlungsempfehlungen gegenüber der Politik begrüßen. Gleichwohl bleibt beim Leser angesichts der normativen Zurückhaltung und Vagheit der Maßstäbe eine gewisse Ratlosigkeit zurück. Für Blühdorn steht zwar fest: „Bereits die Darstellung der reaktionären Politik und die schlichte Analyse der postdemokratischen Politik der Nicht-Nachhaltigkeit sind ein wesentlicher Beitrag zu einer kritischen Sozialwissenschaft, die sichtbar macht, thematisiert, zur Diskussion stellt, politisiert“ (280). Aber es müsste wohl neben die von Blühdorn selbst aufgeworfenen Forschungsfrage „Welche Bedeutung kommt demokratischen Normen wie Partizipation, Repräsentation und Legitimation in einer postdemokratischen Konstellation zu?“ noch eine zweite ergänzt werden: Welche Maßstäbe können für Emanzipation und Progressivität in der postdemokratischen Konstellation angesichts von Komplexität und (vermeintlichen) Systemzwängen angelegt werden?

Tobias Quednau, Berlin



Sigmar Gabriel: *Von der „marktkonformen Demokratie“ zum „Primat der Politik“* (FJ SB 3/2013, S. 8-10). Der SPD Parteivorsitzende Sigmar Gabriel plädiert in seiner aktuellen Analyse für eine stärkere Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen, bis hin zu Volksentscheiden auf allen politischen Ebenen. So ließe sich der politische Diskurs vitalisieren und könnte die Politik gegenüber mächtigen wirtschaftlichen Interessen wieder zu größerer Geltung verschaffen. In diesem Zusammenhang wendet sich Gabriel entschieden gegen die von Bundeskanzlerin Angela Merkel ins Feld geführte Forderung nach einer „marktkonformen Demokratie“, einer Demokratieform also, die den Geboten der Märkte folgt. Der SPD Parteivorsitzende fordert vielmehr ein „Primat der Politik“, um Demokratie und soziale Gerechtigkeit gegenüber zügellosen Märkten zu stärken.

Sigmar Gabriel: *From the „market-conforming democracy“ to the „primacy of politics“* (FJ SB 3/2013, pp. 8-10). In his analysis, SPD Party Chair Sigmar Gabriel recommends strengthening citizens' participation in political decision-making processes, including referenda at all political levels. He believes that this will vitalize the political discourse and improve the reputation of politics vis-a-vis powerful economic interests. In this context, Gabriel emphatically rejects the call for a „market-conforming democracy“ proposed by Chancellor Angela Merkel – that is, a form of democracy which follows the rules of markets. In contrast, the SPD chairman calls for a „primacy of politics“ to strengthen democracy and social justice vis-a-vis unrestrained markets.

Ulrich K. Preuß: *Notleidend: Defizite europäischer Öffentlichkeit* (FJ SB 3/2013, S. 12-18). Ulrich K. Preuß erkennt in seinem Beitrag die Defizite einer so genannten europäischen Öffentlichkeit. Zumal es vor allem keine europäische Kommunikationsgemeinschaft gibt, da eine Europäische Union als Union von Staaten und Völkern existiert. Eine europäische Kommunikationsgemeinschaft könne dann entstehen, wenn es einen europäischen politischen Raum gebe. Dieser erfordere eine transnationale Codierung politisierbarer gesellschaftlicher Konflikte, sprich: letztlich eine „Transnationalisierung sozialer Kämpfe“. Diese Stimmen würden in ihrer Intonation, so der Autor, nicht mit ihrem nationalen Akzent, sondern vielmehr mit „ihrer jeweiligen sehr unterschiedlichen sozialen Herkunft“ sprechen. Bei aller Pluralität, würden so dennoch Gemeinsamkeiten entstehen, die eine europäische Wirksamkeit in der Öffentlichkeit mit sich bringen könnten.

Ulrich K. Preuß: *Destitute: Deficits of the European public* (FJ SB 3/2013, pp. 12-18). In his article, Ulrich K. Preuß illustrates deficits of the so-called European public. Chiefly, given that the European Union exists as a union of states and peoples, there is no European communication community. A European communication community could emerge if there were a European political sphere. This requires a transnational coding of politicizable societal conflict, and eventually a „transnationalization of social struggles“. The author believes that these voices would not speak in their national accents, but from their „specific and distinct social origins“. A European visibility in the public would thus allow commonalities to flourish even in a context of plurality.

Claudia K. Huber: *Eine Beziehung in der Dauerkrise. Fünf Thesen zu Medien und Politik in der Europäischen Union* (FJ SB 3/2013, S. 18-23). Auch Claudia Huber sieht Defizite für eine so genannte europäische Öffentlichkeit. Die Berliner Autorin erkennt vor allem Defizite in der jeweiligen Berichterstattung. Kurz gesagt: Die Berichterstattung sei bei genauer Betrachtung häufig von einer rein nationalen Perspektive (bis hin zu einer nationalistischen Färbung) geprägt. Nur wenn dies abgebaut werden könne, gäbe es die Perspektive für eine europaweite Berichterstattung.

Erstmalig berichten sieben Vertreterinnen und Vertreter renommierter politischer und sozialwissenschaftlicher Zeitschriften in ihren jeweiligen Porträts von den Bedingungen für gesellschaftspolitische Magazine, deren Relevanz, ihrer Einflusslosigkeit und ihrer Perspektiven angesichts sich immer rascher wandelnden Kommunikationsformen.

Claudia K. Huber: *A relationship in perpetual crisis. Five theses on media and politics in the European Union* (FJ SB 3/2013, pp. 18-23). Claudia Huber also detects deficits for a so-called European public. The Berlin-based author mainly identifies deficits in the respective reporting. In short: viewed closely, reporting often takes a purely national perspective (to the point of nationalistically tainted reporting). A European reporting will only has a chance if these deficits can be dismantled.

Gerd Mielke: *Europäische Öffentlichkeit als Fata Morgana* (FJ SB 3/2013, S. 23-33). In Abgrenzung zu der von Ulrich K. Preuß in diesem Heft ausgearbeitete These, eine sogenannte *transnationale Codierung gesellschaftlicher Konflikte* könne den Transfer eines nationalen Öffentlichkeitsmodells für die europäische Ebene fruchtbar machen, führt der Mainzer Politikwissenschaftler Gerd Mielke Gegenargumente an. Demnach sieht Mielke keinen Willen unter den maßgeblichen nationalen und europäischen Akteuren, sich auf transnationale Diskurse einzulassen. Ebenso vermag der Autor durch den Fall des Eisernen Vorhangs und der Vielzahl an Mitgliedsstaaten der Europäischen Union immer schwierigere Voraussetzungen für die Schaffung transnationaler Öffentlichkeiten erkennen. Schließlich hätten Verfechter einer marktliberalen Ideologie in der Vielzahl EU-Staaten kaum ein Interesse an nationalen politisch-normativen Öffentlichkeiten. Dies und weitere Gründe lassen laut Mielke den skeptischen Befund zu, wonach es sich bei den Vorstellungen einer europäischen Öffentlichkeit um eine Fata Morgana handelt.

Gerd Mielke: *The European public as a mirage* (FJ SB 3/2013, pp. 23-33). Mainz-based political science Gerd Mielke presents counter-positions to the argument that a so-called *transnational coding of social conflict* can make the transfer of a national model of the public sphere feasible for the European level, as brought forward by Ulrich K. Preuß in this issue. Mielke does not believe that the competent national and European actors have enough political will to engage in transnational discourse. The author also argues that the fall of the Iron Curtain and the multitude of EU member states have made the creation of transnational public spheres much more difficult. Lastly, proponents of a market liberal ideology among the many EU states are not interested in national political-normative public spheres. For these and further reasons, it can be sceptically concluded that ideas concerning a European public are indeed a mirage.

Joachim Raschke: *200 Jahre in sieben Thesen* (FJ SB 3/2013, S. 61-65). Das langjährige Beiratsmitglied Joachim Raschke aus Hamburg, glaubt, dass soziale Bewegungen Kraft genug entwickeln können, Gesellschaften, die ihr Gleichgewicht verloren haben, wieder ins Lot zu bringen. Die Rahmenbedingungen für soziale Bewegungen und Demokratie hätten sich in den vergangenen 200 Jahren gravierend geändert, und doch seien es die sozialen Bewegungen, die gegen ein ausdifferenziertes System moderner Gesellschaft, „das kein verlässliches Steuerungssystem in sich trägt“, gegensteuern müssten.

Joachim Raschke: *200 years in 7 theses* (FJ SB 3/2013, pp. 61-65). Joachim Raschke from Hamburg, long-standing member of this publication's advisory board, believes that social movements can develop enough strength to recalibrate societies that have lost their balance. The frameworks for social movements and democracy have changed fundamentally over the last 200 years, and yet it is social movement that need to oppose an overly differentiated system of modern society „which does not bear any reliable method of governance“.

Dieter Rucht: *Demokratie ohne Protest? Zur Wirkungsgeschichte sozialer Bewegungen* (FJ SB 3/2013, S. 65-70). Für Dieter Rucht, Beiratsmitglied des Forschungsjournals, gibt es keine Demokratie ohne Protest. Im Mittelpunkt des gegenwärtigen und wohl auch zukünftigen Protestgeschehens stehen weiterhin Fragen nach einer menschenwürdigen Existenz, einem guten Leben und dem Kampf um Anerkennung auf der Tagesordnung. Die demokratische Frage und die sozialen Fragen müssten auch künftig als ein enger Zusammenhang betrachtet werden. Dafür seien die durch Protest gewonnenen demokratischen Errungenschaften als Verpflichtung zu verstehen.

Dieter Rucht: *Democracy without protest? A history of the achievements of social movements* (FJ SB 3/2013, pp. 65-70). For Dieter Rucht, member of the advisory board of this journal, there is no democracy without protest. Themes of what constitutes a dignified existence, a good life and the struggle for recognition are at the heart of protest activities today, and likely in the future. The democratic question and the social question will, as is current practice, continue to be regarded in close connection. The democratic achievements earned by protest are a commitment to this.

Ute Gerhard: *Nicht mehr neu, aber keineswegs out. Frauenbewegung und Feminismus heute* (FJ SB 3/2013, S. 71-76). Jenseits aller möglichen Einwände ist für Ute Gerhard klar: „Als historische soziale und politische Bewegung (...) ist die Frauenbewegung so lange nicht obsolet, als ihre emanzipatorischen und demokratischen Ziele nicht erreicht sind, Geschlechtergerechtigkeit im Privaten und Politischen herzustellen.“ Zwar gebe es immer wieder neue Tendenzen, die die Errungenschaften der Frauenbewegung verneinen oder in Zweifel ziehen mögen. Inzwischen sei vielen Beteiligten klar, dass die Zukunft des Feminismus als Bewegung und Gesellschaftstheorie „nur transnational und in neuen Bündnissen“ erfolgreich sein könne.

Ute Gerhard: *No longer new, but far from out. Women's movement and feminism today* (FJ SB 3/2013, pp. 71-76). For Ute Gerhard, it is undisputedly clear that „the women's movement (...) as historic, social and political movement is not obsolete as long as its emancipatory and democratic goals of establishing gender justice in the private and political sphere are not achieved.“ New tendencies periodically appear which aim to cast the achievements of the women's movement into doubt, but many now believe that the future of feminism as movement and social theory can only succeed „transnationally and as part of new alliances“.

Ralf Tils: *Die Merkel-Wahl. Strategische Chancenpotentiale der Parteien vor der Bundestagswahl 2013* (FJ SB 2/2013, S. 77-82). Ralf Tils beschreibt in seinem Beitrag, dass die deutsche Gesellschaft von drei Mehrheiten mit unterschiedlichen Trägern geprägt ist. Obwohl Rot-Grün sowohl die soziale als auch die kulturelle Mehrheit gewinnt und Schwarz-Gelb nur die ökonomische Mehrheit dominiert, ist die strategische Mehrheitsfähigkeit der Union nach wie vor ungeboren. Tils analysiert Strategien und Chancenpotentiale der Parteien. Er kommt zu dem Schluss, dass beide Lager – das bürgerliche und das linke – politisch nicht richtig funktionieren, aber nur Merkel dank ihrer Person und der strategischen Mehrheitsfähigkeit der Union davon profitiert und als verbleibende Alternative eine große Koalition unter der Führung der Union wahrscheinlich ist. Die Folge dieser Entwicklung ist eine fortschreitende Entpolitisierung der deutschen Gesellschaft.

Ralf Tils: *Merkel's election. The strategic possibilities of the German parties ahead of the federal elections in 2013* (FJ SB 2/2013, pp. 77-82). In his contribution, Ralf Tils describes the German society as characterized by three majorities with different support groups. With red-green dominating the social and cultural majority and black-green only holding sway in the economic realm, but the CDU remains the party most capable of entering a majority government. Tils analyzes parties' strategies and opportunity potentials and finds that both camps – bourgeois and the left alike – don't function well politically, but that Merkel is the only one profiting from this situation on account of her personality and the CDU's strategic possibility of forming a majority government. The remaining option, a Grand Coalition led by the CDU, is a likely possibility. This development brings a continuing de-politicization of German society.

Werner Weidenfeld: *Von einer neuen Epoche des Parteienstaats* (FJ SB 3/2013, S. 82-84). Weidenfeld attestiert dem bundesdeutschen Parteiensystem eine historische Zäsur, die weit über einen Zerfall der politischen Lager hinausgehe. Neu sei die sich jenseits der alten Machtorganisationen etablierende, höchst flexible Positionierung der Wählerschaft: *Liquid Voting* resultiere aus der Erosion der Bindungen und der Legitimationen, aus der Auflösung gesellschaftlicher Milieus und alter Erklärungsblöcke. Die Digitalisierung von Politik und die Neugründungen von Parteien verstärken diesen Trend noch. Konsequenz dieser Entwicklung, so Weidenfeld, wird eine Machtarchitektur sein, die sich jenseits der überkommenen Lagerformationen alter Zeiten organisieren muss.

Werner Weidenfeld: *A new era of the party state* (FJ SB 3/2013, pp. 82-84). According to Weidenfeld, Germany's party system is currently experiencing a historic break which reaches far beyond a dissolution of political camps. What is new is that the electorate is positioning itself in extremely flexible ways and outside of old powerful organizations: *Liquid Voting* results from an erosion of ties and legitimacies, from the dissolution of societal environments and old explanatory blocks. The digitalization of politics and the establishment of new parties reinforce this trend. Weidenfeld believes that this development will lead to a power architecture, which will need to organize itself outside of the dated camp formations of former times.

Gerd Mielke: *Wähler und Wolken. Anmerkungen zu den Mythen des Wählerverhaltens* (FJ SB 3/2013, S. 84-86). Gerd Mielkes Text beschäftigt sich mit den Mythen zum Wählerverhalten im Vorfeld der Bundestagswahl. Weidenfeld etwa beschreibt den Wähler als höchst flexibel, *Liquid Voting* löse die Stammwählerschaften der Parteien auf. Mielke zeigt hingegen, dass langfristige ideologische Orientierungen nach wie vor das Wahlverhalten bestimmen. Ebenso muss der Mythos des bindungslosen Wählers eingeschränkt werden; der überwiegende Teil der Wechselwähler verbleibt – trotz Wechsel – in seinem politischen Lager. Dass die Parteiidentifikation brüchiger geworden sei, liege zudem weniger an der Auflösung der Strukturen der Wählerschaft, sondern vielmehr an der Auflösung der programmatischen Traditionen der Parteien. Wozu also diese Mythenbildung? Zum einen, so Mielke, bleibe die Wahl spannend und jede oder jeder KanzlerkandidatIn kann sich als HeldIn in einem offenen Rennen darstellen, das es in letzter Minute zu gewinnen gilt. Vor allem aber erlaubt der Verweis auf entwurzelte, orientierungslose Wähler, die Frage zu ignorieren, „ob denn etwa die politischen Angebote der Eliten in beiden Parteien während der letzten Jahre hierzulande einfach *falsch* oder *schlecht* gewesen sind und ob man mit anderen Eliten und anderen Angeboten besser gefahren wäre.“

Gerd Mielke: *Voters and clouds. Remarks on myths of voting behaviour* (FJ SB 3/2013, pp. 84-86). Gerd Mielke's text addresses myths of voting behaviour in the run-up to federal elections. Weidenfeld, for example, describes the voter as highly flexible, arguing that *Liquid Voting* dissolves parties' traditional electorates. In contrast, Mielke elucidates that long-term ideological orientations continue to determine voting behaviour. The myth of the un-tied voter also needs to be qualified; the majority of swing voters remain in their political camps despite the change. Party identification has become brittle, but not primarily because of the dissolution of constitutional structures. Rather, it is owed to the dissolution of programmatic traditions that parties adhere to. So why the myth-making? One, Mielke argues, it makes for interesting elections in which each chancellor-candidate can present themselves as hero or heroine in an open race that needs to be won at the last minute. But mainly, the reference to uprooted and disoriented voters allows to ignore the question „if the political offers made by the elites of both parties over the last few years in these parts were simply *wrong* or *bad* and whether different elites or offers would have yielded better outcomes“.

Richard Gebhardt: *Eine „Partei neuen Typs“? Die Alternative für Deutschland (AfD) vor den Bundestagswahlen* (FJ SB 3/2013, S. 86-91). Obwohl die schwarz-gelbe Koalition mit ihrem Kurs der Euro-Rettung die ordoliberalen Grundfesten der konservativen Wählerschaft erschüttere, könne die Alternative für Deutschland (AfD) bislang nur mäßig Kapital daraus schlagen, so Richard Gebhardt in seinem Beitrag. Zwar verlief der Aufstieg der AfD zur ernstzunehmenden Kleinpartei rasant, doch bleibe sie auf Funktionärs- und Honoratiorenpartei der Professoren und Pensionäre. Die direkte Abgrenzung des Parteivorsitzenden Bernd Lucke nach rechts außen funktioniere zwar meistens, doch die mediale Unterstützung der Partei beschränke sich bislang weitgehend auf Spartenblätter wie die Junge Freiheit, die Sezession oder die Deutsche Nationalzeitung – und dies trotz der Tatsache, dass die AfD bislang auf allzu laute kulturkämpferische Töne verzichte und klassische Themen des Rechtspopulismus wie die Agitation gegen den Bau von Moscheen im Wahlkampf keine Rolle spielen. Dennoch, so das Fazit von Gebhardt, sei die Alternative für Deutschland eine partiell rechtspopulistische Partei, der nur gegenwärtig das populistische Moment fehle.

Richard Gebhardt: *A „new party type“? The Alternative für Deutschland (AfD) ahead of the federal elections* (FJ SB 3/2013, pp. 86-91). Richard Gebhardt argues that, although the black-yellow coalition's course of rescuing the euro has shaken the ordo-liberal foundations of its conservative electorate to the core, the *Alternative für Deutschland* (AfD) has so far only profited marginally from this fact. The AfD's rise to a smaller party was swift, but its functionaries are mainly members of elites or notables – notably, professors and pensioners. Party chair Bernd Lucke's clear demonstration of distance towards right-wing ideologies works for the most part, but the party remains largely unsupported by media except for specialized papers like *Junge Freiheit*, *Sezession* and *Deutsche Nationalzeitung* – despite the fact that AfD has so far refrained from any culture war rhetoric and classic themes of right wing populism, including agitating against mosques do not play any role in the election campaign. However, Gebhardt underlines that the AfD is a partially right wing populist party currently lacking in populist momentum.

Knut Bergmann/Clemens Striebing: *Parteimitgliedschaft als bürgerschaftliches Engagement – Chancen für die Parteiendemokratie und die Bürgergesellschaft* (FJ SB 3/2013, S. 91-101). In ihrem Beitrag analysieren Knut Bergmann und Clemens Striebing die Rolle von Parteien und Parteimitgliedern auf kommunaler Ebene und berichten die Ergebnisse eines Workshops mit einer Fokusgruppenbefragung von auf lokaler Ebene aktiven Parteimitgliedern. Sie betonen, wie wichtig Parteien für lokales Engagement im Allgemeinen sind, da Vereine und Initiativen sich meist auf wenige bestimmte soziale Probleme konzentrieren, während das kommunale Engagement durch die Parteimitgliedschaft verstetigt wird. Aus den Ergebnissen des Workshops und der Fokusgruppenbefragung arbeiten Bergmann und Striebing Empfehlungen und Maßnahmen heraus, um Überalterung und Mitgliederschwund der Parteien und dem damit einhergehenden Bedeutungsverlust entgegenzutreten.

Knut Bergmann/Clemens Striebing: *Party membership as civil engagement – opportunities for party democracy and civil society* (FJ SB 3/2013, pp. 91-101). In their contribution, Knut Bergmann and Clemens Striebing analyze the role of parties and party members in municipalities and report about the outcomes of a workshop and focus group survey of party members active at municipal level. They emphasize the importance of parties for local engagement in general, as associations and initiatives tend to concentrate on a few selected social problems. In contrast, municipal engagement is solidified through party membership. On basis of the workshop outcomes and the focus group survey, Bergmann and Striebing develop recommendations and measures to counter the lack representation of young people and loss of members, and the concurrent decline in importance, that parties struggle with.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 26, Heft 3, September 2013

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart
Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe SB herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, Frankfurt M.; Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Peter Kuleba, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin; Gabriele Schmidt, Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Ulrich, Mannheim, Regina Vierkant, Berlin

Redaktionelle Mitarbeit: Hans-Georg Feldbauer, Berlin; Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Katrin Kwiatkowski, Berlin; Miriam Küller, Berlin; Maria Langenthal, Berlin; Alexander Leistner, Leipzig; Aleksandra Lewicki, Bristol; Markus Mertens, Mannheim; Melanie Müller, Berlin; Laura Sasse, Berlin; Franziska Scholl, Berlin

Heftkonzept für diese Ausgabe und verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Peter Kuleba, Berlin (V.i.S.d.P.); Prof. Dr. Thomas Leif (V.i.S.d.P.); verantwortlich für *Pulsschlag*: Alexander Flohé, Bagelstr. 129, 40479 Düsseldorf, e-mail: alex.flohe@web.de; für *Aktuelle Analyse*: Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snaflu.de; für *Treibgut*: Vera Faust, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: vera.faust@gmx.de; für *Literatur*: Tobias Quednau, Katzbachstraße 26, 10965 Berlin, e-mail: t.quednau@gmx.de

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Detlef Wetzel, Kreuztal/Düsseldorf; Heidemarie Wiczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe SB, c/o Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de

Homepage: www.forschungsjournal.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snaflu.de; *Spendenkonto:* Sparkasse KölnBonn, BLZ: 370 501 98, Konto-Nr: 751 460 7

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.

Jahresabonnement 2013: Bibliotheken € 66,-, persönliches Abonnement € 42,-, Studierende (gegen Studienbescheinigung) € 30,-, jeweils zuzügl. Versandkosten (Inland € 4,-/Ausland € 8,-). Der Bezugspreis schließt den Zugang zum digitalen Volltext der Zeitschrift ein. Persönliche und Studentenabonnements zum reduzierten Preis erhalten den Zugang zur Datenbank gegen einen Zuschlag von € 12,-/Jahr. Mit dem Ende des Abonnements endet auch das Zugriffsrecht auf die Digitalversion. Einzelheft € 19,- (zzgl. Versandkosten). Alle Bezugspreise verstehen sich inkl. MwSt. und sind unverbindliche Preisempfehlungen.

Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

Abonnenentverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2012.

© 2013 Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Satz: com.plot Klemm & Leiby, Mainz

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

ISSN 2192-4848

 <p>Forschungsjournal <small>Analysen zur Demokratie und Zivilgesellschaft</small> Soziale Bewegungen</p> <p>Praxisanalysen mit Tiefgang</p>	<p>Forschungsjournal Soziale Bewegungen</p> <p>Im nächsten Heft: Anstifter, Strippenzieher, Urgesteine Schlüsselfiguren in sozialen Bewegungen</p> <p>Mit Beiträgen von Mona Bricke Andreas Pettenkofer Jutta Sundermann Silke Roth Dieter Rucht Thomas Schmidt-Lux Fabian Virchow u.a.</p> <p>Dezember 2013</p>
<p>Die Themenhefte 2013 im Überblick:</p> <p>1/13 Demokratie Zwischen Krise und Erneuerung</p> <p>2/13 Social Media Motor einer neuen Bewegungs- und Partizipationskultur?</p> <p>3/13 Erfolgreich scheitern 25 Jahre Forschungsjournal (Neue) Soziale Bewegungen</p> <p>4/13 Anstifter, Strippenzieher, Urgesteine Schlüsselfiguren in sozialen Bewegungen</p> <p>Einzelheft € 19 • Jahresabonnement € 42 – für Studierende € 30 Bestellungen über Ihre Buchhandlung, direkt beim Verlag oder im Internet! www.luciusverlag.com • www.forschungsjournal.de</p>	
<p style="text-align: center;">   Stuttgart </p>	